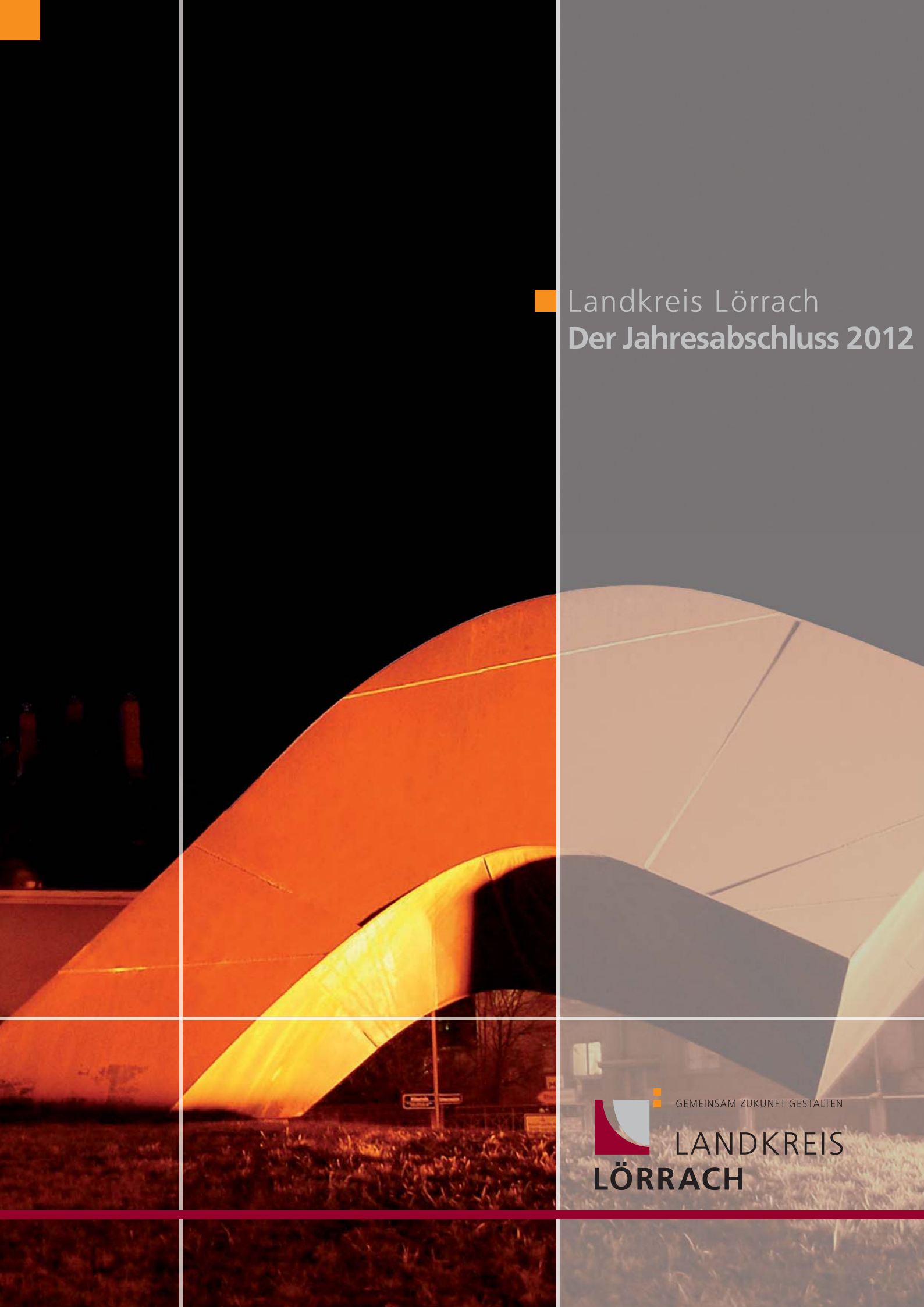


Landkreis Lörrach

Der Jahresabschluss 2012

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN

LANDKREIS LÖRRACH

Inhalt

I – Einleitung

Management Summary 4

Feststellungsbeschluss nach § 95 b GemO 8

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses (Anlage 18) gem. § 49 III S. 4 GemHvO 9

II – Jahresrechnung

Gesamtergebnisrechnung 10

Gesamtfinanzrechnung 11

Vermögensrechnung (Bilanz) 12

Anhang zum Jahresabschluss des des Landkreises Lörrach zum 31.12.2012 14

1. Grundlagen 15
2. Allg. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 15
3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite 18
4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite 28
5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung 31
6. Erläuterungen zur Finanzrechnung 32
7. Sonstige Angaben 33
8. Organe des Landkreises Lörrach 34
9. Anlagen 37

Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung 44

Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung 46

Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen 48

III – Rechenschaftsbericht

Ziele & Strategien 51
Wichtigste Jahresergebnisse 54
Drei-Komponenten-System 55
Verlauf der Haushaltswirtschaft 56
Kommunale Aufgabenerfüllung 70
Planabweichungen 71
Bewertung der Abschlussrechnungen 78
Wirtschaftliche Lage 85
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 85
Chancen & Risiken 86

Inhalt

IV – Prüfungen

Prüfbericht und abschließendes Ergebnis und Feststellungsvorschlag des FB Kommunalaufsicht & Prüfung **88**

Testat Bestätigungsvermerk der KPMG **90**

V – Teilhaushalte

Erläuterungen zu den THH **92**

THH 1
Finanzen & Zentrales Management **94**

THH 2
Ordnung & Gesundheit **122**

THH 3
Bildung & Kultur **138**

THH 4
Verkehr & Strukturpolitik **160**

THH 5
Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum **190**

THH 6
Soziales & Arbeit **208**

THH 7
Jugend & Familie **236**

VI – Abspann

Abspann **258**

Allgemeine Hinweise _____259

Budgetabrechnung _____260

Ermächtigungsübertragungen _____261

Gegenüberstellung Zeilentexte _____262

Jahresabschluss 2012 – Landkreis Lörrach

Management Summary

Management Summary

Der Jahresabschluss für das Jahr 2012 ist der zweite Jahresabschluss nach doppischem Haushaltsrecht. Er ist ein wichtiges Steuerungsinstrument im Gesamtgefüge des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR). Der Jahresabschluss besteht aus den drei Hauptrechnungen, der **Ergebnis-, Finanz- und der Vermögensrechnung**; er ist um einen **Anhang** zu erweitern und durch einen **Rechenschaftsbericht** zu erläutern. Damit wird ein vollständiges und transparentes Bild der finanziellen Lage des Landkreises Lörrach vermittelt.

Mit Verabschiedung des Haushaltsplans 2012 wurde ein Kontrakt (Zielvereinbarung) zwischen dem Kreistag und dem Landrat geschlossen. Unterjährig wurde in den Ausschüssen über die Entwicklung der Zielerreichung und Budgets mittels zweier Haushaltszwischenberichte informiert. In den Ausschuss-Sitzungen im April diesen Jahres (und damit wesentlich früher als in den vergangenen Jahren) wurde bereits ausführlich über die vorläufigen Jahresergebnisse berichtet. Dies diente als Grundlage zur Fortschreibung der Zukunftsstrategie im Rahmen des weiter optimierten Steuerungskreislaufs.

Der vorliegende Jahresabschluss zeigt die wesentlichen Ereignisse des letzten Jahres und gibt damit in Verbindung mit der finanziellen Perspektive einen ganzheitlichen Einblick in die Arbeit der Verwaltung. Einzelheiten können Sie den jeweiligen Berichten zu den Teilhaushalten und ausgewählten Produktgruppen entnehmen. Die deutlich erhöhte Transparenz ermöglicht den Adressaten eine wesentlich objektivere Bewertung.

Das Haushaltsjahr 2012 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von **2.909.255,94 EUR** ab, welches durch insgesamt positive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen begünstigt wurde. Dazu zählt die gute Wirtschaftslage, die zu höheren Schlüsselzuweisungen, Grunderwerbsteuern und Verwaltungsgebühren geführt hat. Auch die in den vergangenen Jahren getroffenen Entscheidungen tragen ihre Früchte in strukturellen Haushaltsverbesserungen (bspw. keine Zinsbelastung).

Das gute finanzielle Ergebnis in Verbindung mit einem hohen Grad an Zielerfüllung ist auch ein Zeichen von guter Steuerung und konsequenter Haushaltspolitik.

Die Deckung der ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge ist im Sinne des Haushaltsausgleichs gemäß § 80 GemO gewährleistet. Bei Erwirtschaftung des gesamten Ressourcenverbrauchs schloss das Haushaltsjahr 2012 mit einem Überschuss ab. Dieser resultiert jedoch auch teilweise daraus, dass manche geplanten Maßnahmen nicht mehr im Jahr 2012 umgesetzt werden konnten (wie z.B. Bauunterhaltung), wobei es sich bei diesen Minderaufwendungen nicht um Einsparungen handelt.

Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden war das Jahr 2012 ein besonders erfreuliches Haushaltsjahr. Der Kreistag beschloss mit Nachtragssatzung, die kreisangehörigen Gemeinden an dem guten Jahresergebnis 2011 teilhaben zu lassen und knapp vier Millionen Euro über eine Senkung der Kreisumlage im Jahr 2012 zurückzubezahlen. Dies war ein deutliches Signal der Solidarität an die Städte und Gemeinden des Landkreises.

Die ersten beiden guten doppischen Jahresergebnisse stellen eine gute Ausgangslage für die finanziellen Herausforderungen der kommenden Haushaltsjahre (demografische Entwicklung, Fachkräftemangel, Instandhaltungs- und Investitionsstau, konjunkturelle Auswirkungen der Staatsschuldenkrise) dar, die es durch eine Beibehaltung und stetige Verbesserung der konsequenten Haushaltspolitik und strategischen Ausrichtung des Landkreises im Hinblick auf eine nachhaltige Steuerung weiter auszubauen gilt.

Der bewährt vertrauensvolle und konstruktiv kritische Umgang von Politik und Verwaltung bildet hierfür die Basis. Im Berichtsjahr wurde dieses Zusammenspiel, aber auch die interne Verwaltungskultur durch die Wahl von Frau Marion Dammann zur neuen Landrätin zum 01.03.2012 geprägt.

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN

LANDKREIS LÖRRACH

Landkreis Lörrach – Der Jahresabschluss 2012

Jahresabschluss 2012 – Landkreis Lörrach

Feststellungsbeschluss

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 24.07.2013 folgenden Feststellungsbeschluss gefasst:

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2012 wird nach § 95 b Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit § 48 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg wie folgt festgestellt

Ergebnisrechnung	
Ordentliche Erträge	181.415.278,17 EUR
Ordentliche Aufwendungen	178.506.022,23 EUR
Ordentliches Ergebnis	2.909.255,94 EUR
Außerordentliche Erträge	44.143,95 EUR
Außerordentliche Aufwendungen	1.343,60 EUR
Sonderergebnis	42.800,35 EUR
Gesamtergebnis 2012	**2.952.056,29 EUR**

Finanzrechnung	
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zum 01.01.2012	3.998.530,74 EUR
Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.141.019,38 EUR
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 1.114.942,45 EUR
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	- 6.836.637,00 EUR
Endbestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2012	**2.187.970,67 EUR**

Vermögensrechnung		
	Anfangsbestand zum 01.01.2012	Endbestand zum 31.12.2012
Aktiva und Passiva	140.999.657,38 EUR	135.489.283,51 EUR
Kapitalposition	96.457.247,33 EUR	98.898.481,66 EUR
Basiskapital	85.399.811,76 EUR	84.888.989,80 EUR
Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	10.984.098,95 EUR	13.893.354,89 EUR
Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	73.336,62 EUR	116.136,97 EUR

Lörrach, den 24.07.2012

Marion Dammann
Landrätin

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses

Nr.	Behandlung von Überschüssen * Haushaltsjahr 2012	Sonderergebnis	Ordentliches Ergebnis	Verlustvortrag vom Vorjahr	Verlustvortrag vom Vorvorjahr	Verlustvortrag vom Vorvor-vorjahr
		- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn					
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO					
3	verbleibende Beträge	-,-	-,-			
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		2.909.255,94			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	42.800,35				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		-,-			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	-,-				
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		-,-			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		-,-		-,-	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					-,-
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	-,-				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	-,-				

* (zu § 49 Abs. 3 Satz 4 i.V.m. § 2 Abs. 1 Nr. 26 bis 33 GemHVO)

Gesamtergebnisrechnung

lfd. Nr.		Gesamtergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	845.201,22	800.000	891.136,78	91.136,78	0	0	91.136,78-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	156.414.995,63	151.752.300	154.225.183,86	2.472.883,86	1.014.611,91	0	1.458.271,95-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	7.720.518,84	8.607.000	9.194.134,09	587.134,09	0	0	587.134,09-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.502.426,17	1.412.300	1.455.004,40	42.704,40	0	0	42.704,40-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	669.323,60	827.300	682.456,59	144.843,41-	0	0	144.843,41	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.523.332,44	11.262.400	12.158.339,32	895.939,63	0	0	895.939,63-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	302.999,12	103.300	347.724,73	244.424,73	0	0	244.424,73-	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0	0	8.103,49	8.103,49	0	0	8.103,49-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.894.219,83	2.913.500	2.453.194,91	460.305,09-	21.318,31	0	481.623,40	0
10	=	Ordentliche Erträge	182.873.016,85	177.678.100	181.415.278,17	3.737.178,48	1.035.930,22	0	2.701.248,26-	0
11	-	Personalaufwendungen	38.764.978,41-	41.180.640-	39.465.845,12-	1.714.794,97	0	70.000,00-	1.784.794,97-	78.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.636.472,93-	12.223.130-	10.280.000,87-	1.943.129,13	395.284,95	626.920,93-	2.174.765,11-	1.273.931,61-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	3.623.241,45-	2.650.100-	2.943.656,29-	293.556,29-	0	0	293.556,29	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	322.633,36-	352.300-	313.428,28-	38.871,72	0	0	38.871,72-	0
16	-	Transferaufwendungen	87.095.484,14-	93.724.100-	93.907.412,04-	183.312,04-	938.985,28-	151.957,03-	907.630,27-	51.700,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	31.446.107,61-	31.532.130-	31.595.679,63-	63.550,13-	8.570,38	170.400,00-	98.279,49-	411.100,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	171.888.917,90-	181.662.400-	178.506.022,23-	3.156.377,36	535.129,95-	1.019.277,96-	4.710.785,27-	1.814.731,61-
19	=	Ordentliches Ergebnis	10.984.098,95	3.984.300-	2.909.255,94	6.893.555,84	500.800,27	1.019.277,96-	7.412.033,53-	1.814.731,61-
21	=	Ordentliches Ergebnis einschließlich Fehlbetragsabdeckung	10.984.098,95	3.984.300-	2.909.255,94	6.893.555,84	500.800,27	1.019.277,96-	7.412.033,53-	1.814.731,61-
22	+	Außerordentliche Erträge	102.479,23	0	44.143,95	44.143,95	0	0	44.143,95-	0
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	29.142,61-	0	1.343,60-	1.343,60-	0	0	1.343,60	0
24	=	Sonderergebnis	73.336,62	0	42.800,35	42.800,35	0	0	42.800,35-	0
25	=	Gesamtergebnis	11.057.435,57	3.984.300-	2.952.056,29	6.936.356,19	500.800,27	1.019.277,96-	7.454.833,88-	1.814.731,61-

Gesamtfinanzrechnung

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	845.201,22	800.000	891.136,78	91.136,78	0	0	91.136,78-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	155.224.616,77	151.390.700	154.762.784,49	3.372.084,49	1.014.611,91	0	2.357.472,58-	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	8.400.082,53	8.607.000	9.738.185,01	1.131.185,01	0	0	1.131.185,01-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.411.174,71	1.412.300	1.441.566,56	29.266,56	0	0	29.266,56-	0
5	+	Privatrechliche Leistungsentgelte	742.511,70	827.300	711.838,34	115.461,66-	0	0	115.461,66	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.422.954,58	11.262.400	12.361.567,69	1.099.168,00	0	0	1.099.168,00-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	256.655,91	103.300	528.901,92	425.601,92	0	0	425.601,92-	0
8	+	Sonstige haushaltswirks. Einzahlungen	1.524.689,78	1.392.200	1.404.812,36	12.612,36	21.318,31	0	8.705,95	0
9	=	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	179.827.887,20	175.795.200	181.840.793,15	6.045.593,46	1.035.930,22	0	5.009.663,24-	0
10	-	Personalauszahlungen	38.889.351,17-	40.866.540-	40.726.555,67-	139.984,42	0	70.000,00-	209.984,42-	78.000,00-
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.574.253,96-	12.223.130-	11.056.858,90-	1.166.271,10	395.284,95	626.920,93-	1.397.907,08-	1.273.931,61-
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	370.186,47-	352.300-	313.739,58-	38.560,42	0	0	38.560,42-	0
14	-	Transferauszahlungen	85.731.789,65-	93.724.100-	93.086.986,66-	637.113,34	938.985,28-	151.957,03-	1.728.055,65-	51.700,00-
15	-	Sonstige haushaltswirks. Auszahlungen	31.022.222,60-	31.532.130-	30.515.632,96-	1.016.496,54	8.570,38	170.400,00-	1.178.326,16-	411.100,00-
16	=	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	165.587.803,85-	178.698.200-	175.699.773,77-	2.998.425,82	535.129,95-	1.019.277,96-	4.552.833,73-	1.814.731,61-
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	14.240.083,35	2.903.000-	6.141.019,38	9.044.019,28	500.800,27	1.019.277,96-	9.562.496,97-	1.814.731,61-
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	320.375,25	296.600	226.785,44	69.814,56-	0	0	69.814,56	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	52.135,65	0	2.099,50	2.099,50	0	0	2.099,50-	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	16.337.607,68	18.900	3.878.669,86	3.859.769,86	0	0	3.859.769,86-	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.710.118,58	315.500	4.107.554,80	3.792.054,80	0	0	3.792.054,80-	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.917,87-	30.000-	408.008,55-	378.008,55-	408.048,00-	30.000,00-	60.039,45-	60.000,00-
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	424.957,12-	160.000-	121.355,85-	38.644,15	145.162,82-	137.829,39-	321.636,36-	284.355,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	961.467,38-	895.300-	541.386,85-	353.913,15	40.015,50-	49.187,00-	443.115,65-	136.812,81-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16.700.000,00-	1.000.000-	3.500.000,00-	2.500.000,00-	0	0	2.500.000,00	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	427.768,79-	745.000-	651.746,00-	93.254,00	4.526,05	200.000,00-	288.727,95-	105.000,00-
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	18.598.111,16-	2.830.300-	5.222.497,25-	2.392.197,25-	588.700,27-	417.016,39-	1.386.480,59	586.167,81-
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.887.992,58-	2.514.800-	1.114.942,45-	1.399.857,55	588.700,27-	417.016,39-	2.405.574,21-	586.167,81-
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	12.352.090,77	5.417.800-	5.026.076,93	10.443.876,83	87.900,00-	1.436.294,35-	11.968.071,18-	2.400.899,42-
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	255,65-	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0,00	0
35	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	255,65-	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0,00	0
36	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	12.351.835,12	5.505.700-	5.026.076,93	10.531.776,83	0	1.436.294,35-	11.968.071,18-	2.400.899,42-
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	206.849.972,21	0	129.502.705,44	129.502.705,44	0	0	0,00	0
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	217.901.091,03-	0	136.339.342,44-	136.339.342,44-	0	0	0,00	0
39	=	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	11.051.118,82-	0	6.836.637,00-	6.836.637,00-	0	0	0,00	0
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	2.697.814,44	0	3.998.530,74	3.998.530,74	0	0	0,00	0
41	+ / -	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	1.300.716,30	0	1.810.560,07-	3.695.139,83	0	0	0,00	0
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln	3.998.530,74	0	2.187.970,67	7.693.670,57	0	0	0,00	0

Vermögensrechnung (Bilanz)

AKTIVA		31.12.2011 - in EUR -	- in EUR -	31.12.2012 - in EUR -
1.	**VERMÖGEN**			
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**122.712,42**		**109.295,95**
1.2	**Sachvermögen**			
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	142.022,53	
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.002.548,31	30.316.884,86	
1.2.3	Infrastrukturvermögen	12.129.752,68	11.867.843,71	
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	169.881,05	
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.305.735,15	2.181.292,06	
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.375.763,73	2.201.129,71	
1.2.8	Vorräte	175.116,37	162.493,01	
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	296.197,96	166.792,46	
		48.597.017,78		**47.208.339,39**
1.3	**Finanzvermögen**			
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	22.993.190,90	
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	1.033.466,32	1.033.716,32	
1.3.3	Sondervermögen	8.456.813,45	9.456.813,45	
1.3.4	Ausleihungen	7.735.331,03	6.357.911,45	
1.3.5	Wertpapiere	18.002.771,67	25.070.102,70	
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.231.138,82	2.517.435,43	
1.3.7	Forderungen aus Transferleistungen	10.266.496,68	3.142.924,36	
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	1.772.081,25	846.727,54	
1.3.9	Liquide Mittel	4.010.650,74	2.199.840,67	
		77.501.940,86		**73.618.662,82**
		126.221.671,06		**120.936.298,16**
2.	**ABGRENZUNGSPOSTEN**			
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.485.773,88	3.632.207,31	
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	11.287.815,95	10.917.187,15	
2.3	Verrechnungs- und Zwischenkonten	4.396,49	3.590,89	
		14.777.986,32		**14.552.985,35**
3.	**NETTOPOSITION** (nicht gedeckter Fehlbetrag)	**0,00**		**0,00**
BILANZSUMME		**140.999.657,38**		**135.489.283,51**

PASSIVA		31.12.2011 - in EUR -	- in EUR -	31.12.2012 - in EUR -
1.	**KAPITALPOSITION**			
1.1	Basiskapital	**85.399.811,76**		**84.888.989,80**
1.2	**Rücklagen**			
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	10.984.098,95	13.893.354,89	
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	73.336,62	116.136,97	
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	
		11.057.435,57		**14.009.491,86**
1.3	**Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses**			
1.3.1	Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00	
1.3.2	Jahresfehlbetrag, soweit eine Deckung im Jahresabschluss durch Entnahme aus den Ergebnisrücklagen nicht möglich ist	0,00	0,00	
		0,00		**0,00**
		96.457.247,33		**98.898.481,66**
2.	**SONDERPOSTEN**			
2.1	für Investitionszuweisungen	14.707.695,44	14.348.516,98	
2.2	für Investitionsbeiträge	0,00	0,00	
2.3	für Sonstiges	0,00	0,00	
		14.707.695,44		**14.348.516,98**
3.	**RÜCKSTELLUNGEN**			
3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	3.402.435,16	2.474.476,42	
3.2	Unterhaltsvorschussrückstellungen	281.504,25	405.299,35	
3.3	Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0,00	0,00	
3.4	Gebührenüberschussrückstellungen	0,00	0,00	
3.5	Altlastensanierungsrückstellungen	0,00	0,00	
3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, anhängigen Gerichtsverfahren	237.730,73	457.129,61	
3.7	Weitere Rückstellungen	4.205.670,70	4.447.613,55	
		8.127.340,84		**7.784.518,93**
4.	**VERBINDLICHKEITEN**			
4.1	Anleihen	0,00	0,00	
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	0,00	0,00	
4.3	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	6.371.281,22	6.283.420,67	
4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.125.958,11	3.795.370,39	
4.5	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	6.415,60	4.509,31	
4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	10.523.982,50	2.911.136,20	
		20.027.637,43		**12.994.436,57**
5.	**PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN**	**1.679.736,34**		**1.463.329,37**
BILANZSUMME		**140.999.657,38**		**135.489.283,51**

Nachrichtlich:
Die Höhe der bestehenden Bürgschaften beträgt zum 31.12.2012 in Euro 4.378.353,67.
Die Höhe der in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen beträgt zum 31.12.2012 in Euro 8.002.964,85.
Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Ergebnishaushalts beträgt zum 31.12.2012 in Euro 1.814.731,61.
Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen des Finanzhaushalts beträgt zum 31.12.2012 in Euro 586.167,81.
Kreditermächtigungen haben im Haushaltsjahr 2012 nicht bestanden.

Anhang zum Jahresabschluss des Landkreises Lörrach zum 31.12.2012

1. Grundlagen

Der Landkreis Lörrach hat auf Basis des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts und mit Beschluss des Kreistages vom 16.12.2009 sein Rechnungswesen zum 01.01.2011 von der Kameralistik auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) umgestellt.

Die Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2011 ist mit Beschluss des Kreistages vom 09.11.2011 festgestellt worden. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen des NKHR erstellt und knüpft an den Jahresabschluss des Vorjahres an, der am 25.07.2012 vom Kreistag festgestellt wurde.

Der Jahresabschluss umfasst die gemäß § 95 GemO erforderlichen Bestandteile und hat die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises unter der Beachtung der gemeindehaushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 47 ff. GemHVO, darzustellen. Die Gliederung entspricht den Vorgaben der GemO und GemHVO sowie den Anforderungen der „Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen)“ vom 11. März 2011.

Der Anhang ist ein Teil des Jahresabschlusses. Er erläutert die Positionen des Jahresabschlusses und dient somit, zusätzlich zum Rechenschaftsbericht, der Informationspflicht. Die Pflichtangaben des Anhangs sind überwiegend in § 53 GemHVO benannt.

Dem Anhang sind gemäß § 55 GemHVO eine Vermögensübersicht, eine Forderungsübersicht, eine Schuldenübersicht und eine Rückstellungsübersicht als Anlage beigefügt. Darüber hinaus sind die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Maßgabe des § 95 Abs. 3 GemO ebenfalls als Anlage beigefügt.

2. Allg. Bilanzierungs- u. Bewertungsmethoden

Allgemeine Angaben

Die Ansatzpflicht von Bilanzpositionen der Aktiv- und der Passivseite (Ansatz dem Grunde nach) ist durch den Gesetzgeber abschließend geregelt worden.
Die Bewertung und Bilanzierung erfolgte auf Basis der Regelungen der GemHVO und des „Leitfadens zur Bilanzierung nach den Grundlagen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) in Baden-Württemberg“ in der Fassung vom Januar 2011.
Bei der Bewertung von anzusetzenden Vermögensgegenständen und Schulden (Ansatz der Höhe nach) wird diesen, entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und den Bewertungsvorschriften der GemHVO, jeweils ein Geldbetrag zugeordnet.

Die in § 43 GemHVO normierten allgemeinen Bewertungsgrundsätze sind beachtet und die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden stetig fortgeführt worden.
Für die Bewertung der Forderungen wurde im Rahmen der Abschlusserstellung gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO ein Verfahren für die erforderliche Einzelbewertung entwickelt, mit dem die wertmäßig bedeutendsten Forderungen der betroffenen Fachbereiche hinsichtlich ihrer Einbringlichkeit einzeln beurteilt wurden. Auf die nicht einzeln betrachteten Forderungen wurde zu Ausweiszwecken die Pauschalwertberichtigung angewendet.

Von dem Wahlrecht des § 38 Abs. 4 GemHVO zur Freistellung der Inventarisierung der beweglichen Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000,00 EUR ohne Umsatzsteuer ist Gebrauch gemacht worden. Das Ziel des Wahlrechtes ist es, Erfassungsaufwand bei der Inventur zu senken.

Nach Maßgabe des § 40 Abs. 1 GemHVO sind die Vermögensgegenstände und Schulden vollständig ausgewiesen und hinreichend aufgegliedert. Eine anteilige Abbildung einzelner Vermögensgegenstände oder Schulden unter mehreren Bilanzpositionen liegt nicht vor.

In den folgenden tabellarischen Darstellungen zu den Positionen von Aktiv- und Passivseite (Kapitel 3 und 4) ist

2. Allg. Bilanzierungs- u. Bewertungsmethoden

jeweils der 31.12. des erwähnten Jahres gemeint (Stichtagsbetrachtung).

Vermögen (Aktiva)

Immaterielle Vermögensgegenstände
Die Vermögensgegenstände des Immateriellen Vermögens sind gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO zu ihren fortgeführten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet worden.
Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände liegen nicht vor. Die Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten war demgemäß nicht erforderlich.

Sachvermögen
Die Vermögensgegenstände des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind zu ihren historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 und 2 i. V. m. Abs. 2 GemHVO, bewertet worden.
Selbst erstellte Vermögensgegenstände des Sachvermögens liegen nicht vor. Es wurden Eigenleistungen i. H. v. 8.103,49 EUR aktiviert.
Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich unbegrenzt ist (Grund und Boden, Aufwuchs und Kunstgegenstände bzw. Denkmale), sind ebenfalls zu historischen Anschaffungskosten angesetzt.
Die Vorräte wurden zu ihren tatsächlich geleisteten Brutto-Einstandspreisen nach dem FIFO-Verfahren bewertet.
Für die Vorräte der Straßenmeistereien Kandern-Wollbach und Schönau ist ein Festwert auf Grundlage des Inventurbestandes zur Eröffnungsbilanz gebildet worden.
Auf die zeitlich unbegrenzt nutzbaren Vermögensgegenstände sowie das Vorratsvermögen wurden keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen. Sofern erforderlich, werden auf diese Vermögensgegenstände außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.
Der niedrigere beizulegende Wert gemäß § 46 Abs. 3 GemHVO für bestimmte Vermögensgegenstände des Sachvermögens (Infrastrukturvermögen) ist beibehalten worden.

Geleistete Anzahlungen betreffend das Sachvermögen lagen zum Stichtag nicht vor.
Anlagen im Bau sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen bewertet worden.

Finanzvermögen
Die Vermögensgegenstände des Finanzvermögens werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bewertet.
Für die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen (Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH) und weiterer Beteiligungen sowie dem Sondervermögen ist wegen der Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Anschaffungskosten nach verbindlicher Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt die sog. Spiegelbildmethode zur ersatzweisen Ermittlung der Anschaffungskosten angewendet worden. Die Ermittlung des Wertansatzes entspricht in diesen Fällen dem Betrag des anteiligen Eigenkapitals aus den zugrunde gelegten Jahresabschlüssen der Beteiligungsgesellschaften.
Ausleihungen sind mit ihrem Nennwert angesetzt. Sofern erforderlich, werden außerplanmäßige Wertberichtigungen vorgenommen. Im abgelaufenen Haushaltsjahr waren außerplanmäßige Wertberichtigungen jedoch nicht erforderlich.
Die Forderungen sind zu ihrem Nennwert angesetzt und unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit zum Teil einzeln bewertet worden. Für nicht einzeln bewertete Forderungen wurden weiterhin pauschale Wertberichtigungen gebildet.

Die Bestände der Liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert angesetzt worden.

Abgrenzungsposten
Unter den aktiven Abgrenzungsposten werden vorausbezahlte Ausgaben ausgewiesen, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.
Die Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse betreffend die Bereiche „Infrastruktur & Verkehr“ und „Alten- und Pflegeheime“ sind mit ihren Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen fortgeführt worden.

2. Allg. Bilanzierungs- u. Bewertungsmethoden

Schulden (Passiva)

Kapitalposition
Der Wertansatz des Basiskapitals zum 31.12.2012 vermindert sich im Saldo um 510.821,96 EUR um Korrekturen bei den Rückstellungen. Diese Änderungen sind auf Basis der überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO ergebnisneutral vorgenommen worden.

Darüber hinaus enthält die Kapitalposition das Jahresergebnis 2012 in Form der Zuführung an die Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen bzw. des Sonderergebnisses.

Sonderposten
Die empfangenen Investitionszuschüsse wurden passiviert, wenn die Zuwendung dem Grunde und der Höhe nach konkret feststand. Alle Sonderposten werden analog zur Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes ratierlich aufgelöst.

Für die Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens, die dem Landkreis Lörrach ehedem unentgeltlich zugegangen sind (z. B. Kreisstraßen), wurden, spezifisch in gleicher Höhe zu den bewerteten Vermögensgegenständen, Sonderposten gebildet.

Rückstellungen
Alle Rückstellungen sind mit dem Betrag angesetzt worden, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.
Die in § 41 Abs. 1 GemHVO aufgelisteten Rückstellungen wurden als Pflicht-Rückstellungen angesetzt. Daneben besteht gemäß § 41 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Wahlrecht, weitere Rückstellungen abzubilden.

Die Verwaltung hat entschieden, bestimmte „Weitere Rückstellungen" in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen, da nur so ein wirklichkeitsgetreues Bild der wirtschaftlichen Lage dargestellt werden kann. Diese wurden unter der Beachtung des Stetigkeitsgebotes beibehalten.

Als sogenannte „Wahl-Rückstellungen" wurden gebildet:
- Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub
- Rückstellungen für geleistete Überstunden
- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen
- Rückstellungen für bewilligte Zuschüsse
- Rückstellungen für bestimmte kreditorische Rechnungen
- Rückstellungen für Immobilienbewirtschaftung
- Sonstige Rückstellungen

Als Rückstellungen für die Immobilienbewirtschaftung werden vertragliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Nutzung von Immobilien abgebildet (z. B. Miet- oder Nebenkostenabrechnungen wie Strom-, Abwasser- oder Reinigungsabrechnungen), die zum Bilanzstichtag noch nicht kreditorisch abgerechnet gewesen sind.
Unter den Sonstigen Rückstellungen werden die übrigen rückstellungspflichtigen Sachverhalte erfasst, die nicht bereits in einer anderen Rückstellungsart abgebildet wurden.

Die Vorgabe des § 43 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 Hs. 1 GemHVO, dass alle vorhersehbaren Risiken und Verluste zu berücksichtigen sind, ist beachtet worden.

Bei der Erfassung der Rückstellungen für Altersteilzeitverhältnisse und der Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit ist kostenstellenbezogen eine Verrechnung der Aufwendungen und Erträge vorgenommen worden. Bei beiden Rückstellungsarten wurden die Zuführungen als Aufwand und die Verbräuche als Aufwandsabsetzung auf demselben Sachkonto erfasst. Der Grund für diese Vorgehensweise war die Darstellung der Personalkosten auf dem dafür durch den Kontenrahmen vorgegebenen Personalaufwandskonto.

Verbindlichkeiten
Alle Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO mit dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag bewertet worden.

3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite

VERMÖGEN

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Immaterielle Vermögensgegenstände	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Software und Software-Lizenzen	122.712,42	27.578,85	0,00	-40.995,32	109.295,95
Gesamt	**122.712,42**	**27.578,85**	**0,00**	**-40.995,32**	**109.295,95**

Unter **Immateriellen Vermögensgegenständen** sind alle werthaltigen, abgrenzbaren und unkörperlichen Vermögensgegenstände zu verstehen, die nicht Sachen i. S. v. § 90 BGB sind. Sie müssen einzeln greifbar sein und selbstständig bewertet werden können. Allen immateriellen Vermögensgegenständen ist gemeinsam, dass sie physisch nicht existent sind.

Überwiegend werden unter dieser Bilanzposition Software/Lizenzen für Büro- und Kommunikation, Fachanwendungen und Schulsoftware ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN

Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Grund und Boden bei Grünflächen	60.336,13	0,00	0,00	0,00	60.336,13
Grund und Boden bei Ackerflächen	74.307,61	0,00	0,00	0,00	74.307,61
Grund und Boden bei Wald, Forsten	1.957,18	0,00	0,00	0,00	1.957,18
Aufwuchs bei Wald, Forsten	3.814,76	0,00	0,00	0,00	3.814,76
Sonstige unbebaute Grundstücke	1.606,85	0,00	0,00	0,00	1.606,85
Gesamt	**142.022,53**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**142.022,53**

Alle Grundstücke sind mit ihren jeweiligen Anschaffungskosten angesetzt worden.
Als **Grund und Boden bei Grünflächen** werden 46 unbebaute Grundstücke ausgewiesen.
Als **Grund und Boden bei Ackerflächen** werden 16 unbebaute Grundstücke ausgewiesen.
Als **Grund und Boden bei Wald- und Forstflächen** werden 10 unbebaute Grundstücke ausgewiesen.
Der **Aufwuchs** wird nicht planmäßig abgeschrieben.

Als **Grund und Boden bei sonstigen unbebauten Grundstücken** sind 3 unbebaute Grundstücke ausgewiesen worden.

Zu- und Abgänge liegen im Haushaltsjahr 2012 nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Grund und Boden mit Schulen	978.691,47	0,00	0,00	0,00	978.691,47
Gebäude/Aufbauten bei Schulen	15.872.558,99	200.156,68	0,00	-629.939,58	15.442.776,09
Grund und Boden mit Sportanlagen	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Gebäude/Aufbauten bei Sportanlagen	1.084.599,18	0,00	0,00	-25.519,98	1.059.079,20
Grund und Boden mit Dienstgebäuden	1.351.255,63	49.027,00	0,00	0,00	1.400.282,63
Gebäude/Aufbauten bei Dienstgebäuden	11.608.624,17	271.121,00	0,00	-541.050,03	11.338.695,14
Außenanlagen auf Grundst.	106.818,86	0,00	0,00	-9.458,54	97.360,32
Gesamt	**31.002.548,31**	**520.304,68**	**0,00**	**-1.205.968,13**	**30.316.884,86**

Unter der Position **„Grund und Bodens mit Sportanlagen"** ist das Flurstück der Vicemooshalle in Schopfheim, auf dem der dritte Teil eines 75-jährigen Erbbaurechts zugunsten des Landkreises Lörrach liegt, mit einem Wert i. H. v. 0,01 EUR angesetzt worden.

An dem **Gebäude** der Vicemooshalle besteht ebenfalls ein Teileigentum i. H. v. 1/3 der tatsächlich festgestellten Baukosten. Dieses Teileigentum ist zum 31.12.2012 mit einem fortgeführten Buchwert i. H. v. 1.059.079,20 EUR ausgewiesen.

Die **übrigen Gebäude** und die **Außenanlagen auf Grundstücken** werden mit ihren fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten ausgewiesen.
Abgänge aus dem Anlagebestand liegen nicht vor.
Als Zugang ist die Grunderwerbsteuer i. H. v. 320.148,00 EUR betreffend den Erwerb des Hauses 2 (Telekom-Gebäude) erfasst (davon: Grund und Boden 49.027,00 EUR und 271.121,00 EUR Gebäude).
Darüber hinaus wurden aktivierungspflichtige Kosten zur Erweiterung des Eingangsbereiches der Gewerbeschule Schopfheim i. H. v. 200.156,68 aufgezeichnet (davon: 177.298,50 EUR Umbuchung von der bereits bestehenden Anlage im Bau und 22.858,18 EUR nachträgliche Anschaffungskosten).

SACHVERMÖGEN

Infrastrukturvermögen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Grund und Boden	3.245.285,62	0,00	-30,50	0,00	3.245.255,12
Brücken, Tunnel, Stützwände	5.320.617,14	0,00	0,00	-103.961,71	5.216.655,43
Straßenkörper, Wege, Plätze	1.723.630,60	0,00	0,00	-129.216,98	1.594.413,62
Sonstige Bauten	1.840.219,32	0,00	0,00	-28.699,78	1.811.519,54
Gesamt	**12.129.752,68**	**0,00**	**-30,50**	**-261.878,47**	**11.867.843,71**

3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite

Als **Grund und Boden des Infrastrukturvermögens** werden Straßengrundstücke und Radwege dargestellt. Im Haushaltsjahr 2012 wurde eine Teilfläche eines Grundstücks mit einem Erlös i. H. v. 30,50 EUR verkauft. Zugänge liegen nicht vor.

Unter **Straßenkörper, Wege und Plätze** werden Straßenkörper mit 723.239,11 EUR (historische Anschaffungs-/Herstellungskosten: 103.617.964,98 EUR) und Radwege mit 871.174,51 EUR (historische Anschaffungs-/Herstellungskosten: 1.884.401,35 EUR) dargestellt.
Bei den Straßenkörpern ist eine Nutzungsdauer von 27 Jahren zugrunde gelegt worden. Die Straßenkörper sind nahezu vollständig abgeschrieben.

Als **Ingenieurbauwerke** werden Brücken und Tunnel und als **sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens** werden Stützbauwerke ausgewiesen. Zu- oder Abgänge liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Kunstgegenstände und sontige Kulturdenkmale	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Kunstwerke	128.894,28	0,00	0,00	0,00	128.894,28
Denkmale	40.986,77	0,00	0,00	0,00	40.986,77
Gesamt	**169.881,05**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**169.881,05**

Die **Kunstwerke** und das **Denkmal** („Jahrhundert-Plastik" auf dem Vorplatz des Landratsamtes) sind mit ihren historischen Anschaffungskosten ausgewiesen.

SACHVERMÖGEN

Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Fahrzeuge	1.652.710,93	199.590,33	0,00	-261.815,63	1.590.485,63
Maschinen	477.818,57	53.230,70	0,00	-69.184,22	461.865,05
Technische Anlagen	175.205,65	0,00	0,00	-46.264,27	128.941,38
Gesamt	**2.305.735,15**	**252.821,03**	**0,00**	**-377.264,12**	**2.181.292,06**

Die **Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeuge** des Landratsamtes sind mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.

Als Zugänge werden 252.821,03 EUR ausgewiesen. Davon betreffen 199.590,33 EUR Zugänge von Fahrzeugen (z. B. Unimog 182.182,02 EUR) und 53.230,70 EUR Zugänge von Maschinen.
Abgänge liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Betriebs- und Geschäftsausstattung	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Betriebsvorrichtungen	41.470,04	2.859,75	0,00	-9.439,47	34.890,32
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.996.889,11	232.273,50	0,00	-341.183,77	1.887.978,84
Telekommunikation + EDV	336.185,49	52.051,75	0,00	-111.075,87	277.161,37
Musikinstrumente	1.219,09	0,00	0,00	-119,91	1.099,18
Gesamt	**2.375.763,73**	**287.185,00**	**0,00**	**-461.819,02**	**2.201.129,71**

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** ist mit den fortgeführten, historischen Anschaffungskosten angesetzt worden.
Anlageabgänge zu Restbuchwerten liegen nicht vor.

SACHVERMÖGEN

Vorräte	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Büro- und Verbrauchsmaterial	32.301,40	19.678,04
Materialien der Straßenmeistereien	142.814,97	142.814,97
Gesamt	**175.116,37**	**162.493,01**

Die Gegenstände des **Vorratsvermögens** betreffend das Büro- und Verbrauchsmaterial sind per Inventur erfasst und mit den tatsächlichen Brutto-Einstandspreisen bewertet worden.
Für die Bestände der Straßenmeistereien ist gemäß § 37 Abs. 2 Satz 1 GemHVO ein Festwert gebildet worden.
Als Bewertungsverfahren ist gemäß § 45 Abs. 1 GemHVO das FIFO-Verfahren angewendet worden.

SACHVERMÖGEN

Anlagen im Bau	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	31.12.2012 EUR
Verrechnungskonten	224,97	5.520,69	0,00	5.745,66
Erweiterung Landratsamt	6.580,70	0,00	0,00	6.580,70
Erweiterung Eingangsbereich GWS Schopfheim	177.298,50	0,00	-177.298,50	0,00
Energetische Sanierung Kaufm. Schule Lörrach	0,00	26.971,35	0,00	26.971,35
Energetische Sanierung GWS Lörrach, Bau A	0,00	1.927,43	0,00	1.927,43
Radwegebrücke Märkt, K 6326	9.146,70	8.000,00	0,00	17.146,70
Teilumfahrung Rümmingen, K 6327	102.947,09	2.224,83	0,00	105.171,92
Kanderbrücke bei Marzell	0,00	3.248,70	0,00	3.248,70
Gesamt	**296.197,96**	**47.893,00**	**-177.298,50**	**166.792,46**

Die **Anlagen im Bau** sind mit den tatsächlich geleisteten Auszahlungen angesetzt worden und werden bis zum Beginn ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzung nicht planmäßig abgeschrieben.

3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite

FINANZVERMÖGEN

Anteile an verb. Unternehmen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, 100 %	22.993.190,90	0,00	0,00	0,00	22.993.190,90
Gesamt	**22.993.190,90**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**22.993.190,90**

Der Wertansatz der **Beteiligung** des Landkreises Lörrach an der **„Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH"** ist im Haushaltsjahr 2012 unverändert geblieben.

FINANZVERMÖGEN

Sonstige Beteiligungen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Rheinhafengesellschaft mbH; 2,16 %	59.215,00	0,00	0,00	0,00	59.215,00
RRZ Südl. Oberrhein GmbH; 12,00 %	259.854,20	0,00	0,00	0,00	259.854,20
BGV, öff.-rechtl. Körperschaft; 0,40 %	3.100,00	0,00	0,00	0,00	3.100,00
WSW GmbH; 22,00 %	10.750,00	250,00	0,00	0,00	11.000,00
Bürgelnbund; 1.000 Anteile	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01
Schwarzwald Tourismus GmbH; 6,85 %	6.850,00	0,00	0,00	0,00	6.850,00
Zweckverband KIVBF; ca. 4,16 %	502.633,72	0,00	0,00	0,00	502.633,72
Zweckverband PROTEC; ca. 6,78 %	191.063,39	0,00	0,00	0,00	191.063,39
Gesamt	**1.033.466,32**	**250,00**	**0,00**	**0,00**	**1.033.716,32**

Als **Sonstige Beteiligungen** werden Unternehmen und Zweckverbände dargestellt, bei denen die Beteiligungsquote des Landkreises Lörrach kleiner oder gleich 50 % ist.
Der Anteil an der Wirtschaftsregion Südwest GmbH hat sich durch die Übernahme der Anteile der Gemeinde Bad Bellingen um 250,00 EUR erhöht.

FINANZVERMÖGEN

Sondervermögen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2012 EUR
EB Heime, Ambulanter Dienst	100.000,00	0,00	0,00	100.000,00
EB Heime, Pflegeheim Schloss Rheinweiler	848.000,00	1.000.000,00	0,00	1.848.000,00
EB Heime, Pflegeheim Markgräflerland	3.900.000,00	0,00	0,00	3.900.000,00
EB Heime, Markus-Pflüger-Heim	3.300.000,00	0,00	0,00	3.300.000,00
EB Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach	308.813,45	0,00	0,00	308.813,45
Gesamt	**8.456.813,45**	**1.000.000,00**	**0,00**	**9.456.813,45**

Als **Sondervermögen** werden die Verbindungen zu den Eigenbetrieben des Landkreises Lörrach angesetzt. Diese sind nach der Spiegelbildmethode bewertet worden.

Mit Beschluss des Kreistages vom 25.07.2012 wurde die Kapitalrücklage des Pflegeheimes „Schloss Rheinweiler" um 1.000.000,00 EUR erhöht, um damit einer beständig gegebenen Unterfinanzierung des Sachanlagevermögens und den daraus resultierenden strukturellen Liquiditätsproblemen entgegen zu wirken.

FINANZVERMÖGEN

Ausleihungen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2012 EUR
Ausleihungen an Zweckverbände	48.900,00	0,00	-48.900,00	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.000.000,00	2.500.000,00	-3.800.000,00	5.700.000,00
Ausleihungen a. sonst. öffentl. Sonderrech.	132.404,31	0,00	-23.116,13	109.288,18
Ausleihungen a. sonst. inländischen Bereich	554.026,72	0,00	-5.403,45	548.623,27
Gesamt	**7.735.331,03**	**2.500.000,00**	**-3.877.419,58**	**6.357.911,45**

Die **Ausleihungen** werden zu den jeweiligen Nennwerten ausgewiesen.
Sie betreffen überwiegend Kassenkredite i. H. v. 5,7 Mio. EUR an die „Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH" aber auch Ausleihungen an die Wohnungsbaugesellschaften Lörrach und Rheinfelden und mehrere kirchliche und wohltätige Organisationen.
Die Ausleihungen werden regelmäßig wie jeweils vereinbart getilgt.
Drei Ausleihungen im Gesamtwert i. H. v. 58.479,06 EUR sind vom jeweiligen Schuldner vollständig getilgt worden (davon: „Städtische Wohnbau Lörrach": insgesamt 9.579,06 EUR und „ZV KIVBF": 48.900,00 EUR).

FINANZVERMÖGEN

Wertpapiere und Sonstige Einlagen	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2012 EUR
Termineinlagen	18.000.000,00	25.068.000,00	-18.000.000,00	25.068.000,00
Kautions-Sparbücher	2.771,67	0,00	-668,97	2.102,70
Gesamt	**18.002.771,67**	**25.068.000,00**	**-18.000.668,97**	**25.070.102,70**

Die **Wertpapiere und Sonstigen Einlagen** werden mit ihren jeweiligen Nennwerten ausgewiesen und betreffen überwiegend kurzfristige Geldanlagen.

FINANZVERMÖGEN

Forderungen	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.231.138,82	2.517.435,43
Forderungen aus Transferleistungen	10.266.496,68	3.142.924,36
Privatrechtliche Forderungen	1.772.081,25	846.727,54
Gesamt	**15.269.716,75**	**6.507.087,33**

Eine Einzelbewertung aller Forderungen wurde aufgrund der hohen Anzahl der Sachverhalte nicht für sämtliche offenen Posten durchgeführt.

3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite

Jedoch sind aus dem Gesamtbestand der Forderungen 117 Einzel-Forderungen mit einem individuellen Buchwert i. H. v. 9.000,- EUR oder höher aus den Fachbereichen Soziales und Jugend & Familie für eine spezifische Betrachtung ausgewählt worden. Die Werthaltigkeit dieser Forderungen (Buchwert ca. 1,9 Mio. EUR) wurde anhand der aktuellen Fall- bzw. Vollstreckungsakten durch die jeweiligen Fachbereiche oder durch das zwischenzeitlich mit der Beitreibung beauftragte Sachgebiet Forderungsmanagement beurteilt. Dabei wurden Kriterien wie regelmäßige (Raten-) Zahlungen, dingliche Sicherungsrechte (z. B. Hypotheken, Grundschulden) oder sonstige vollstreckungsrelevante Vermögenswerte der Schuldner in die Werthaltigkeitsbeurteilung einbezogen.
Als Ergebnis dieser Einzelbetrachtung bestimmter Forderungen konnten drei Kategorien gebildet werden. Neben einwandfreien Forderungen (0% Wertberichtigung) und als uneinbringlich anzusehenden Forderungen (100% Wertberichtigung) sind auch zweifelhafte Forderungen identifiziert worden. Diese wurden gemäß des Grundsatzes der wirklichkeitsgetreuen Bewertung individuell abgewertet (1% - 99% Wertberichtigung).
Der Wertansatz der noch nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde in einem zweiten Schritt um eine pauschale Wertberichtigung korrigiert. Dazu wurden die Forderungen in verschiedene Bestände gruppiert und die Haushaltsjahre 2012, 2011 und 2010 (bei Forderungen betreffend den Bereich Unterhaltsvorschuss: zzgl. 2009 und 2008) betrachtet. Für jedes dieser Haushaltsjahre wurde ein Quotient gebildet, der das Verhältnis der offenen Posten zu den erfassten Eingangszahlungen beschreibt. Das Ausfallrisiko je Forderungsbestand wurde als Durchschnittswert auf Basis dieser Quotienten bestimmt und auf den jeweiligen Forderungsbestand zum 31.12.2012 angewendet.
Die so ermittelten pauschalen Wertberichtigungssätze bewegen sich in Abhängigkeit der jeweils betrachteten Forderungsart zwischen ca. 8,53% betreffend den Forderungsbestand der „Sonstigen Gebühren" und ca. 89,67% betreffend die Forderungen aus verausgabten Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG).

Nachrichtlich:
Wichtig ist, dass die oben beschriebene Abwertung des Forderungsbestandes ausschließlich zu bilanziellen Ausweiszwecken im Rahmen der Jahresabschlusserstellung erfolgt ist. Jede einzeln abgewertete Forderung und jeder wertberichtigte Forderungsbestand wird zunächst auch weiterhin unverändert als aktiver Sachverhalt geführt und ggf. zwangsvollstreckt.

Als **öffentlich-rechtliche Forderungen** sind sowohl öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen als auch übrige öffentlich-rechtliche Forderungen erfasst.

Als öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen sind überwiegend Forderungen aus der Grunderwerbsteuer (813.227,24 EUR), Forderungen aus Fleischbeschau-Gebühren (151.016,95 EUR), und Forderungen an den Bund aus der Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (Rate Dezember 2012: 78.522,20 EUR) ausgewiesen.
In den übrigen öffentlich-rechtlichen Forderungen sind mehrheitlich Forderungen aus zugesagten Zuschüssen (80.000,00 EUR), Forderungen an das Land Baden-Württemberg aus der Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern (56.545,32 EUR), Forderungen an das Land und den Bund für die Erhaltung und Unterhaltung von Landes- und Bundesstraßen (90.113,23 EUR) und übrige öffentlich-rechtliche Forderungen (Saldo: 528.930,98 EUR) enthalten.

Als **Forderungen aus Transferleistungen** sind überwiegend Forderungen aus Sozial- und Jugendhilfeleistungen (2.429.039,33 EUR) und als werthaltig eingeschätzte Forderungen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (607.949,03 EUR) ausgewiesen.

Als **privatrechtliche Forderungen** sind vorwiegend Forderungen aus verschiedenen Lieferungen und Leistungen (Saldo: 693.044,49 EUR), debitorische Kreditorenforderungen (63.602,50 EUR), Forderungen aus Minderarbeitsstunden (45.284,33 EUR) und übrige privatrechtliche Forderungen (38.543,58 EUR) dargestellt.

Nachrichtlich:
Aufgrund der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) sind die Forderungen aus Transferleistungen betreffend das Mündelvermögen (Vorjahr: 7.237.473,95 EUR) nicht mehr in der Vermögensrechnung des Landkreises abzubilden, da diese Beträge kein Vermögen des Landkreises darstellen. Korrespondierend dazu findet auch keine Abbildung unter den „Sonstigen Verbindlichkeiten" statt.

Nachrichtlich:
Beim Jobcenter des Landkreises Lörrach bestehen zum 31.12.2012 Forderungen i. H. v. 3.379.330,72 EUR überwiegend aus Leistungen „Unterkunft und Heizung" und „einmalige Leistungen". Diese Forderungen sind seit 2005 bis dato entstanden und nicht im Kreishaushalt enthalten. Die unmittelbaren Rechte aus diesen Forderungen stehen der Bundesagentur für Arbeit zu, die die Forderungen in ihren Büchern führt.

FINANZVERMÖGEN

Liquide Mittel	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten	3.986.214,53	2.180.144,41
Kassenbestand	12.094,22	17.474,49
Bankverrechnungskonto	221,99	-9.648,23
Handvorschüsse	12.120,00	11.870,00
Gesamt	**4.010.650,74**	**2.199.840,67**

Die liquiden Mittel sind zu ihrem Nennwert ausgewiesen.

Als **Sichteinlagen** sind 2 Girokonten (660.556,39 EUR) und ein Giro-Pluskonto (1.500.000,00 EUR) jeweils bei der Sparkasse Lörrach / Rheinfelden ausgewiesen. Daneben wird ein Girokonto bei der Sparkasse Schopfheim abgebildet (19.588,02 EUR).

In den Sichteinlagen ist ein Anteil an der Gemeinschaftskasse betreffend das Mündelvermögen (221.248,36 EUR) enthalten.

Nachrichtlich:
Das gemäß § 97 Abs. 3 GemO im Jahresabschluss gesondert nachzuweisende Mündelvermögen beläuft sich auf 237.734,92 EUR. Das Mündelvermögen umfasst zum Stichtag 31.12.2012 neben dem oben erwähnten Anteil an der Gemeinschaftskasse die mündelsicher angelegten aber nicht bilanzierten Kapitalanlagen jugendlicher und erwachsener Mündel i. H. v. 16.486,56 EUR.

Als **Kassenbestand** ist der Bestand der Barkasse (17.474,49 EUR) erfasst.

3. Erläuterungen zu den Positionen der Aktivseite

Auf den **Bankverrechnungskonten** sind schwebende Posten ausgewiesen (- 9.648,23 EUR). Der Negativsaldo resultiert aus Eingangszahlungen, denen, aufgrund des Buchungsschlusses im WAUS-Bereich, über den Jahreswechsel korrespondierende Sollstellungen fehlten. Der Negativsaldo wäre grundsätzlich in der Bilanz auf die Passivseite umzugliedern. Die Bankverrechnungskonten sind jedoch Konten der „Liquiden Mittel", die mit der Finanzrechnung korrespondieren. Daher ist eine Umgliederung nicht möglich, da ansonsten der Endbestand an Zahlungsmitteln aus der Finanzrechnung nicht mit dem Bestand an liquiden Mitteln in der Bilanz übereinstimmen würde.
Unter der Position der **Handvorschüsse** werden der Bestand des Geldautomaten (7.270,00 EUR) und die Bestände der Handkassen (4.600,00 EUR) nachgewiesen.
Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Bestand an Zahlungsmitteln (2.187.970,67 EUR) umfasst auf Grund der VwV-Gliederung nicht die Position der „Handvorschüsse". Insofern ergibt sich eine geringfügige Abweichung der Darstellung in der Finanzrechnung.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Abgrenzungsposten	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.490.170,37	3.635.798,20
Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	11.287.815,95	10.917.187,15
Gesamt	**14.777.986,32**	**14.552.985,35**

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Ausgaben auszuweisen, sofern sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.
Im Geschäftsjahr 2012 sind Ausgaben an das Jobcenter (1.327.483,83 EUR), verausgabte soziale Hilfeleistungen (1.650.633,62 EUR), Beamtenbezüge für den Monat Januar 2013 (580.592,69 EUR), kreditorische Rechnungsabgrenzungen (73.497,17 EUR) und Verrechnungskonten (3.590,89 EUR) ausgewiesen.
Als **Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse** sind bereits vom Landkreis geleistete Zuschüsse an die Bereiche „Infrastruktur und Verkehr" und „Alten- und Pflegeheime" abgebildet. Die gebildeten Sonderposten werden entsprechend den korrespondierenden Investitionen des Zuschussempfängers aufgelöst.

4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite

KAPITALPOSITION

Kapitalposition	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2012 EUR
Basiskapital	85.399.811,76	0,00	-510.821,96	84.888.989,80
Rücklagen aus Überschüssen d. ordentl. Ergeb.	10.984.098,95	2.909.255,94	0,00	13.893.354,89
Rücklagen aus Überschüssen d. Sonderergeb.	73.336,62	42.800,35	0,00	116.136,97
Gesamt	**96.457.247,33**	**2.952.056,29**	**-510.821,96**	**98.898.481,66**

Das **Basiskapital**, das sich erstmalig in 2011 als Rechengröße aus der Eröffnungsbilanz ergeben hatte, ist in 2012 um drei Buchungen berichtigt worden. Die Korrekturen ergaben sich aufgrund von Prüfungsfeststellungen der im Herbst 2012 durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Berichtigt wurden einerseits die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Mehrarbeit (- 165.626,38 EUR) und die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaub (- 348.772,77 EUR). Andererseits wurden die Forderungen aus Minusstunden (3.577,19 EUR) korrigiert. Die Rechtsnorm für diese Änderung ist der § 63 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO.
Der Wert der **Kapitalposition** zum 31.12.2012 ergibt sich ausgehend vom berichtigten Basiskapital zuzüglich des Jahresergebnisses (2.952.056,29 EUR).

SONDERPOSTEN

Sonderposten	01.01.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Auflösungen EUR	31.12.2012 EUR
Sonderposten aus Zuwendungen	14.707.695,44	66.062,29	-4.984,95	-420.255,80	14.348.516,98
Gesamt	**14.707.695,44**	**66.062,29**	**-4.984,95**	**-420.255,80**	**14.348.516,98**

Die **passiven Sonderposten** sind zu den fortgeführten Nennwerten der erhaltenen Investitionszuschüsse abgebildet. Die Auflösung erfolgt korrespondierend zu den bezuschussten Vermögensgegenständen.
Enthalten sind überwiegend Sonderposten für unentgeltlich zugegangene Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens i. H. v. 9.621.507,59 EUR.
Die Zugänge betreffen im Wesentlichen erhaltene Zuwendungen für eine Fußgängersignalanlage (5.978,08 EUR) und den Zuschuss des Bundes 2012 für Fahrzeuge und Geräte der Straßenmeistereien (43.473,83 EUR).
Wenn empfangene Zuschüsse für abschreibungspflichtige Investitionen zu verwenden waren, werden diese Zuschüsse analog zu den jeweiligen Nutzungsdauern der bezuschussten Vermögensgegenstände im gleichen Verhältnis ertragswirksam aufgelöst.
Sofern die korrespondierenden Vermögensgegenstände nicht planmäßig abgeschrieben werden (wie bspw. Grundstücke), erfolgt auch keine Auflösung dieser Zuschüsse.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen	01.01.2012 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2012 EUR
Pflicht-Rückstellungen	3.921.670,14	-80.658,34	-2.018.712,14	1.514.605,72	3.336.905,38
Weitere Rückstellungen	4.205.670,70	-1.509.418,65	-2.754.695,56	4.506.057,06	4.447.613,55
Gesamt	**8.127.340,84**	**-1.590.076,99**	**-4.773.407,70**	**6.020.662,78**	**7.784.518,93**

4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite

Rückstellungen wurden gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger Beurteilung notwendig ist.

In den **Pflicht-Rückstellungen** werden Rückstellungen für bestehende Altersteilzeitverhältnisse (2.474.476,42 EUR), Rückstellungen für latente Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschussleistungen an das Land BW (405.299,35 EUR) und Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (457.129,61 EUR) ausgewiesen.

Der Ausweis der **Weiteren Rückstellungen** enthält überwiegend Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen (1.713.169,20 EUR) und Überstunden (791.738,80 EUR), Rückstellungen für fehlende Abrechnungen von im Haushaltsjahr 2012 empfangenen Lieferungen und Leistungen (522.607,04 EUR), Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (223.733,71 EUR) sowie sonstige Rückstellungen (1.181.364,80 EUR).
In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge betreffend noch nicht verbrauchter Mittel für „Bildung und Teilhabe" i. H. v. 771.928,81 EUR, noch abzurechnende Krankheitskosten des sozialen Bereiches i. H. v. 321.000,00 EUR, noch nicht erfolgter Abrechnungen i. H. v. 60.198,80 EUR und Erstattungen für die Schülerbeförderung i. H. v. 26.000,00 EUR enthalten.

Nachrichtlich:
Das Berechnungskonzept der Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaubsansprüchen und aus Überstunden ist geändert worden. Die Änderung geht auf Prüfungsfeststellungen der im Herbst 2012 stattgefundenen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) zurück. Die GPA stellte fest, dass die Bilanzansätze in der Eröffnungsbilanz auf Basis von 260 Arbeitstagen pro Jahr berechnet wurden, was unzutreffend sei. Bei der Berechnung müsse von 220 Arbeitstagen pro Jahr ausgegangen werden.
Des Weiteren sind bei der Berechnung beider Rückstellungen bestimmte Personalaufwandsbestandteile bei den Beamten unberücksichtigt geblieben. In der Grundliste zur Eröffnungsbilanz zum 31.12.2010 waren Aufwendungen zu Beihilfe- und Umlagezahlungen für Beamte nicht enthalten.
Beide Modifikationen der Berechnungsweise haben zu einem höheren Wertansatz der betreffenden Rückstellungen geführt.

Die Erhöhungen der Wertansätze betreffend die Eröffnungsbilanz sind gemäß § 63 Absatz 1 Nr. 2 i. V. m. Absatz 2 GemHVO direkt mit dem Basiskapital verrechnet worden.
Für das Haushaltsjahr 2011 sind die Änderungen im Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2012 aufwandserhöhend erfasst worden. Die Berechnung für das Haushaltsjahr 2012 entspricht der von der GPA geforderten Vorgehensweise. Darüber hinaus werden die Rückstellungen zu nicht genommenen Urlaubstagen und Mehrarbeitsstunden ab dem Haushaltsjahr 2012 mit dem Bezugsdatum 30.11. ermittelt. Dabei werden die für den Monat Dezember bereits genehmigten Urlaubstage berücksichtigt.

Die Berücksichtigung der Daten zu Ende November dient der zeitlichen Anpassung an den Jahresabschlusserstellungsprozess.

Rückstellungen sind nach Vorgabe des § 41 Abs. 3 GemHVO nur aufgelöst worden, soweit der Grund für deren Bildung entfallen ist. Im Haushaltsjahr 2012 betrafen die Auflösungen Fälle, in denen das eingetretene Risiko geringer war als die dafür vorgesehene Rückstellung.

Die Abgänge betrafen im Wesentlichen die Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen (1.932.022,00 EUR), die Rückstellungen für nicht in Anspruch genommene Zeiten aus Urlaub (1.835.687,88 EUR) und Überstunden (881.661,74 EUR), die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (1.261.266,29 EUR) sowie die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsprozessen (167.348,48 EUR).
Eine tabellarische Darstellung zur Entwicklung der Rückstellungen ist in Form eines Rückstellungsspiegels als Anlage dieses Anhangs enthalten.

Nachrichtlich:
Zum Stichtag 31.12.2012 beträgt der auf den Landkreis Lörrach entfallende Anteil an der beim KVBW gemäß § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensions-Rückstellung 41.512.289,00 EUR (Vorjahr: 38.633.111,00 EUR).

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	0,00	0,00
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	6.371.281,22	6.283.420,67
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.125.958,11	3.795.370,39
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	6.415,60	4.509,31
Sonstige Verbindlichkeiten	10.523.982,50	2.911.136,20
Gesamt	**20.027.637,43**	**12.994.436,57**

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 44 Abs. 4 GemHVO zu ihrem Rückzahlungsbetrag abgebildet worden.

Die **Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**, enthalten ausschließlich die Verbindlichkeiten aus dem bestehenden Leasingverhältnis für das Haus 2 (Telekomgebäude). Der Stand der Verbindlichkeit entspricht dem zugrundeliegenden Zins- und Tilgungsplan.
Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** beinhalten Schulden gegenüber Lieferanten für bereits zum Bilanzstichtag erbrachte Lieferungen oder Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** enthalten noch nicht ausbezahlte Leistungen des sozialen Bereiches.

In den **Sonstigen Verbindlichkeiten** waren überwiegend Schulden gegenüber Mündeln enthalten (Vorjahr: 7.242.397,25 EUR). Die Abbildung dieser Verbindlichkeiten darf aufgrund einer Prüfungsfeststellung der GPA aus der überörtlichen Prüfung im Jahr 2012 unter Anwendung der aktuellen Rechtsentwicklung nicht mehr abgebildet werden. Der bisherige Korrespondenzposten in den Forderungen der Aktivseite der Bilanz wird dementsprechend auch nicht mehr abgebildet. Lediglich der Anteil an der Gemeinschaftskasse i. H. v. 221.248,36 EUR ist enthalten.
Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus beschiedenen Zuschüssen (1.304.219,00 EUR) und zum Bilanzstichtag vorhandene Überzahlungen oder ungeklärte Zahlungseingänge (701.284,68 EUR) ausgewiesen.

4. Erläuterungen zu den Positionen der Passivseite

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Passive Rechnungsabgrenzung	01.01.2012 EUR	31.12.2012 EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.679.736,34	1.463.329,37
Gesamt	**1.679.736,34**	**1.463.329,37**

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten empfangene Einnahmen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.
Die abgegrenzten Beträge betreffen im Wesentlichen erhaltene Einzahlungen im Zusammenhang mit der Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen (688.282,53 EUR) und abgegrenzte Einnahmen zu soziale Hilfen aus WAUS (678.863,96 EUR).

5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung nach § 49 GemHVO werden sämtliche Erträge und Aufwendungen unabhängig vom zeitlichen Anfall der mit ihnen verbundenen Zahlungen erfasst, um das tatsächliche Ressourcenaufkommen bzw. den Ressourcenverbrauch darzustellen. Die Ergebnisrechnung weist entsprechend der Gliederung des Ergebnishaushalts separat die Positionen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses aus.

Zusätzlich wird der nach § 51 GemHVO erforderliche Planvergleich vorgenommen. Planabweichungen werden durch die Gegenüberstellung von den im Haushaltsplan ausgewiesenen Ansätzen, ggf. unter Einbeziehung von Nachtragshaushalten, den Ist-Werten gegenüber gestellt. Darüber hinaus werden die Haushaltsermächtigungen dargestellt.

Die Ergebnisrechnung 2012 schließt mit einem ordentlichen Ergebnis i. H. v. 2.909.255,94 EUR ab, das der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wurde.

Zur Zusammensetzung und den Planabweichungen des ordentlichen Ergebnisses wird auf die Ausführungen des Rechenschaftsberichts verwiesen.

Das außerordentliche Ergebnis hat mit einem Ertragsüberschuss i. H. v. 42.800,35 EUR keine besondere Bedeutung für den Jahresabschluss.

Die außerordentlichen Erträge i. H. v. 44.143,95 EUR betreffen hauptsächlich Veräußerungsgewinne von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens (39.159,00 EUR).

Die außerordentlichen Aufwendungen i. H. v. 1.343,60 EUR betreffen ausschließlich außerplanmäßige Abschreibungen einer ausgesonderten aber noch nicht vollständig abgeschriebenen Software.

Der Saldo des Sonderergebnisses 2012 wurde der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt.

In das folgende Haushaltsjahr übertragene Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) liegen für die Ergebnisrechnung 2012 i. H. v. 1.814.731,61 EUR vor.

6. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung nach § 50 GemHVO enthält sämtliche, nach Arten gegliederte Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres und weist die Ursachen der Veränderungen des Zahlungsmittelbestands und die Abweichungen zum Plan nach.

Hierzu werden die Ein- und Auszahlungen des Ergebnishaushalts und der Investitionstätigkeit zum Finanzierungmittelüberschuss bzw. –fehlbetrag zusammengefasst. Nach Einbeziehung des Saldos aus der Finanzierungstätigkeit, aus den Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten für Investitionen, wird die Änderung des Bestands an eigenen Finanzierungsmitteln ermittelt.

Zusätzlich zum Finanzhaushalt werden haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge wie durchlaufende Gelder, Geldanlagen und die Aufnahme bzw. Tilgung von Kassenkrediten aufgenommen, um die Finanzrechnung zu den Positionen der Vermögensrechnung überzuleiten.

Im Haushaltsjahr 2012 wurden die Investitionen wie folgt finanziert (Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen, § 53 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO):

	EUR	EUR
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		4.107.554,80
davon Ausleihungen	3.878.669,86	
Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung		6.141.019,38
abzüglich Auszahlungen für Tilgungen		-
zuzüglich Einzahlungen aus Kreditaufnahmen		-
Finanzierungsmittel		10.248.574,18

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		- 5.222.497,25
davon Ausleihungen	-2.500.000,00	
Investitionsauszahlungen		- 5.222.497,25

Finanzierungsmittelbestand		**5.026.076,93**

Zur Finanzierung der Investitionen stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (empfangene Investitionszuwendungen und Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen) und der Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung sowie ggf. Einzahlungen aus der Kreditaufnahme abzüglich Kredittilgungen zur Verfügung.

In der Rechnungsperiode 2012 konnten die Investitionen des Landkreises durch Investitionseinzahlungen und den Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung finanziert werden. In den Aus- und Einzahlungen aus Investitionstätigkeit finden sich Ausleihungen von im Saldo rd. 1,4 Mio. EUR wieder.

In der Finanzrechnung 2012 sind 586.167,81 EUR Ermächtigungen nach 2013 übertragen worden.

7. Sonstige Angaben

Bürgschaften (nachrichtlich)

Der Valuta-Betrag der zum Stichtag vorhandenen Bürgschaften beträgt insgesamt 4.378.353,67 EUR und teilt sich wie folgt auf:

Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH, insgesamt:	4.137.780,00 EUR	
davon bei Kreditinstitut:		
Sparkasse Lörrach	3.228.286,00 EUR	vom 18.02.1999
davon in Anspruch genommen:	794.650,00 EUR	
Sparkasse Schopfheim	255.646,00 EUR	vom 21.02.2002
davon in Anspruch genommen:	79.695,00 EUR	
DG Hypo	246.203,00 EUR	vom 29.09.1999
HELABA	407.645,00 EUR	vom 13.08.2003
Bürgelnbund e. V.	88.367,15 EUR	vom 27.01.1998
Kinder- und Jugendhilfe-Verein	96.800,00 EUR	vom 26.09.2003
Kambium e. V.	55.406,52 EUR	vom 16.12.2005

Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen sind im Jahr 2012 in Höhe von 8.002.964,85 EUR in Anspruch genommen worden. Davon entfallen 6.402.964,85 EUR auf den Erwerb des Hauses 2 (Telekom-Gebäude) nebst dem dazugehörigen Grund und Boden und 1.600.000,00 EUR für die energetische Sanierung der kaufmännischen Schule / Mathilde–Planck–Schule Lörrach.

Ermächtigungsübertragungen

Zum Abschlussstichtag liegen Ermächtigungsübertragungen nach 2013 für den Ergebnishaushalt in Höhe von 1.814.731,61 EUR und für den Finanzhaushalt in Höhe von 586.167,81 EUR vor.

8. Organe des Landkreises Lörrach

- Landrätin ab dem 01.03.2012: Marion Dammann
- Landrat bis zum 29.02.2012: Walter Schneider
- Allg. Stellvertreter: Erster Landesbeamter Walter Holderried

Mitglieder des Kreistages des Landkreises Lörrach (Stand: 31.12.2012)

CDU-FRAKTION		
Braun, Alexander	Bankkaufmann	Inzlingen
Escher, Bernhard	Polizeibeamter	Lörrach
Fischer, Karl	Landwirtschaftsmeister	Weil am Rhein
Fürstenberger, Wolfgang	Bürgermeister	Efringen-Kirchen
Grüter, Dr. Stefan	Arzt	Weil am Rhein
Heute-Bluhm, Gudrun	Oberbürgermeisterin	Lörrach
Hüttlin, Hanspeter	Krankenpfleger	Maulburg
Hug, Karl-Friedrich	Metzgermeister	Steinen
Markus, Wilfried	Glasbläsermeister	Rheinfelden (Baden)
Niethammer, Eberhard	Oberbürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Nitz, Christof	Bürgermeister	Schopfheim
Renkert, Dr. Christian	Rechtsanwalt	Schliengen
Renz, Paul	Sparkassenfilialdirektor i. R.	Rheinfelden (Baden)
Schmidt, Bruno	Bürgermeister	Häg-Ehrsberg
Schubnell, Ulrich	Rechtsanwalt	Schönau
Stiasny, Siegfried	Bahnoberamtsrat a. D.	Weil am Rhein
Vollmer, Ursula	Hausfrau	Lörrach
Winterhalter, Bernhard	Bürgermeister	Kandern
Zabel, Dr. Günter	Chefarzt i. R.	Schopfheim

SPD-FRAKTION		
Baier, Herbert	Bürgermeister a. D.	Kleines Wiesental
Böhringer, Hans-Dieter	Fahrlehrer	Lörrach
Caspers-Merk, Marion	Parl.Staatssekretärin a. D.	Efringen-Kirchen
Cremans, Artur	Rentner	Schopfheim

Eberhardt, Klaus	Bürgermeister	Weil am Rhein
Gula, Inge	Oberstudienrätin a. D.	Lörrach
Intveen, Heinz	Oberstudiendirektor a. D.	Grenzach-Wyhlen
Karrer, Rolf	Bürgermeister	Rheinfelden (Baden)
Lewerenz, Michael	Arzt	Rheinfelden (Baden)
Lutz, Jörg	Bürgermeister	Grenzach-Wyhlen
Nuß, Hannelore	Personalfachkauffrau	Rheinfelden (Baden)
Rümmele, Rudolf	Bürgermeister	Zell i. W.
Schlecht, Günter	Ortsvorsteher, Betriebsratsvors.	Lörrach
Valley, Jürgen	Dipl. Finanzwirt (FH)	Weil am Rhein
Weber, Gabriele	Sonderschullehrerin	Kandern

ausgeschieden am 25.07.2012		
Vogt, Karl Heinz	Bürgermeister a. D.	Hausen i. W.

FW-FRAKTION		
Brogle, Erika	Hausfrau	Lörrach
Bühler, Martin	Bürgermeister	Hausen i. W.
Claassen, Uwe	Geschäftsführer	Lörrach
Halm, Martin	Geschäftsführer	Schönau i. Schw.
Halter, Gunter	Rektor	Maulburg
Hildebrand, Erich	Bürgermeister a. D.	Inzlingen
Lützelschwab, Ewald	Gärtnermeister	Rheinfelden (Baden)
May, Ulrich	Bürgermeister	Binzen
Meier, Daniela	Bürgermeisterin	Lörrach
Müller, Dr. Dieter	Zahnarzt i. R.	Weil am Rhein
Reichert-Moser, Karin	Lehrerin	Rheinfelden (Baden)
Silbereisen, Walter	Dipl. Verw.wirt (FH)	Efringen-Kirchen

ausgeschieden am 01.03.2012		
Dammann, Marion	Bürgermeisterin	Lörrach

8. Organe des Landkreises Lörrach

"Die Grünen"-Fraktion		
Ferger, Dietmar	Dipl.-Ing. Umweltschutz	Lörrach
Hauk, Heike	Dipl. Geoökologin	Efringen-Kirchen
Kurfeß, Margarete	Techn. Lehrerin	Lörrach
Lohmann, Heinrich	Dipl.-Biologe	Rheinfelden (Baden)
Schalajda, Peter	Selbst. Dipl. Physiker	Kandern
Straub, Michael	Systemanalytiker	Schopfheim
Pross, Ingrid	Erzieherin	Weil am Rhein

ausgeschieden am 18.05.2012		
Wilke, Dr. Michael	Umweltwissenschaftler	Weil am Rhein

FDP-Fraktion		
Kiefer, Franz	Metzgermeister, Ortsvorsteher	Efringen-Kirchen
Perinelli, Mario	Dipl. Kaufmann	Lörrach
Roth-Greiner, Wolfgang	Industriekaufmann i. R.	Weil am Rhein
Zahoransky, Dr. Prof. Richard	Geschäftsführer	Todtnau

Die Unabhängigen - fraktionslos Hospitanten der FW-Fraktion		
Kerscher, Willibald	Arzt	Steinen
Lenz, Dr. Fritz	Internist	Schopfheim

9. Anlagen

Vermögensübersicht*

Vermögen		Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen im Haushaltsjahr					Stand des Vermögens
		zum 01.01. des HH-jahres ***	Vermögens-zugänge	Vermögens-abgänge	Um-buchungen	Zuschrei-bungen	Abschrei-bungen	am 31.12. des HH-jahres (Σ Sp. 2 bis 7)
		-EUR-	-EUR-	-EUR-	-EUR-	-EUR-	-EUR-	-EUR-
1		2	3	4	5**	6	7	8
1.1	Immaterielle Vermögens-gegenstände	122.712,42	27.578,85	0,00	0,00	0,00	-40.995,32	109.295,95
1.2	Sachvermögen (ohne Vorräte)							
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	142.022,53	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	142.022,53
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.002.548,31	343.006,18	0,00	177.298,50	0,00	-1.205.968,13	30.316.884,86
1.2.3	Infrastrukturvermögen	12.129.752,68	0,00	-30,50	0,00	0,00	-261.878,47	11.867.843,71
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	169.881,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	169.881,05
1.2.6	Maschinen, techn. Anla-gen, Fahrzeuge	2.305.735,15	252.821,03	0,00	0,00	0,00	-377.264,12	2.181.292,06
1.2.7	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	2.375.763,73	287.185,00	0,00	0,00	0,00	-461.819,02	2.201.129,71
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen i. Bau	295.972,99	42.372,31	0,00	-177.298,50	0,00	0,00	161.046,80
1.3	Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)							
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	22.993.190,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	22.993.190,90
1.3.2	Sonst. Beteilig. u. Kapi-taleinlagen in Zweck-verbänden, Stiftungen od. and. kommunalen Zusammenschlüssen	1.033.466,32	250,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.033.716,32
1.3.3	Sondervermögen	8.456.813,45	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.456.813,45
1.3.4	Ausleihungen	7.735.331,03	2.500.000,00	-3.877.419,58	0,00	0,00	0,00	6.357.911,45
1.3.5	Sonstige Einlagen und Wertpapiere	18.002.771,67	25.068.000,00	-18.000.668,97	0,00	0,00	0,00	25.070.102,70
insgesamt		**106.765.962,23**	**29.521.213,37**	**-21.878.119,05**	**0,00**	**0,00**	**-2.347.925,06**	**112.061.131,49**

* "Anlagespiegel"

** In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet (z. B. von Nr. 2.8 nach Fertigstellung nach Nr. 2.3)

*** entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

9. Anlagen

Forderungsübersicht

	Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 01.01. des HH-jahres *	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im HH-jahr	Zuschreibungen im HH-jahr	Abschreibungen im HH-jahr	Gesamtbetrag am 31.12. des HH-jahr
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.231.138,82	274.784,21	-1.038.645,74	55.220,39	-5.062,25	2.517.435,43
2.	Forderungen aus Transferleistungen	10.266.496,68	0,00	-7.804.075,21	845.393,20	-164.890,31	3.142.924,36
3.	Privatrechtliche Forderungen	1.772.081,25	20.977,32	-946.139,03	0,00	-192,00	846.727,54
Summe aller Forderungen		**15.269.716,75**	**295.761,53**	**-9.788.859,98**	**900.613,59**	**-170.144,56**	**6.507.087,33**

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3 (Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)		Gesamtbetrag am 01.01. des Haushaltsjahres * -Euro-	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -Euro-
				bis zu 1 Jahr ** -Euro-	über 1 bis 5 Jahre *** -Euro-	mehr als 5 Jahre **** -Euro-	
1		2	3	4	5	6	7
1.	**Geldschulden**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1.1	**Anleihen**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
1.2	**Kredite für Investitionen**						
1.2.1	Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.2	Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.5	sonstiger öffentlicher Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.6	Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3	**Kassenkredite**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
2.	**Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen ********	**6.371.281,22**	**6.283.420,67**	**6.283.420,67**	**0,00**	**0,00**	**-87.860,55**
Schulden, Kernhaushalt		**6.371.281,22**	**6.283.420,67**	**6.283.420,67**	**0,00**	**0,00**	**-87.860,55**

Nachrichtlich:

3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Angaben jeweils für einzelne Sondervermögen)

EIGENBETRIEB HEIME							
3.1.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.490.455,75	7.210.894,89	0,00	0,00	7.210.894,89	-279.560,86
	davon vom Kreditmarkt:	1.208.921,99	126.058,02	0,00	0,00	126.058,02	-1.082.863,97
	davon vom EB Abfallwirschaft:	6.281.533,76	7.084.836,87	0,00	0,00	7.084.836,87	803.303,11
3.1.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

EIGENBETRIEB ABFALLWIRTSCHAFT							
3.2.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	davon vom Kreditmarkt:	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

9. Anlagen

Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3 (Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)		Gesamtbetrag am 01.01. des Haushaltsjahres * -Euro-	Gesamtbetrag am 31.12. des Haushaltsjahres -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -Euro-
				bis zu 1 Jahr ** -Euro-	über 1 bis 5 Jahre *** -Euro-	mehr als 5 Jahre **** -Euro-	
1		2	3	4	5	6	7
Schulden der Eigenbetriebe insgesamt							
3.3.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.490.455,75	7.210.894,89	0,00	0,00	7.210.894,89	-279.560,86
3.3.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Schulden, Eigenbetriebe		**7.490.455,75**	**7.210.894,89**	**0,00**	**0,00**	**7.210.894,89**	**-279.560,86**

4. Schulden insgesamt

4.1.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	7.490.455,75	7.210.894,89	0,00	0,00	7.210.894,89	-279.560,86
4.1.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	6.371.281,22	6.283.420,67	6.283.420,67	0,00	0,00	-87.860,55
Summe 4.1.1 + 4.1.2 + 4.1.3 + 4.1.4		**13.861.736,97**	**13.494.315,56**	**6.283.420,67**	**0,00**	**7.210.894,89**	**-367.421,41**

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres
** Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr
*** Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr
**** Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr
***** Spalte 3 minus Spalte 2
****** Der Inhalt dieser Position wird unter der gleichen Bezeichnung im Anhang dargestellt.

Ermächtigungsübertragung nach 2013 (Ergebnishaushalt)

PG	Bezeichnung	Übertragungen	
		lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -	Budgetüberträge - in EUR -
11.12	Steuerungsunterstütz., Controlling u. Beteil.man.		21.000,00
11.14	Zentrale Funktionen	3.300,00	3.600,00
11.20	Organisation und IuK		89.300,00
11.21	Personalmanagement		35.500,00
11.22	Finanzmanagement		30.500,00
11.24.02	Facility Management	73.000,00	80.000,00
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	76.300,00	259.900,00
12.20	Ordnungswesen		9.900,00
12.23	Personenstandswesen		900,00
12.26	Veterinärswesen und Lebensmittelüberwachung		7.000,00
12.60	Brandschutz		5.100,00
12.80	Katastrophenschutz		11.800,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	0,00	34.700,00
21.20	Bereitstellung u. Betrieb von Sonderschulen	141.412,02	0,00
21.30	Bereitstellung u. Betrieb von berufsbild. Schulen	681.119,59	0,00
THH 3	Bildung & Kultur	822.531,61	0,00
12.21	Verkehrswesen		30.000,00
21.40	Schülerbeförderung		127.300,00
51.10	Räumliche Planung	152.000,00	0,00
51.11	Vermessung und Geoinformation		26.000,00
54.20	Kreisstraßen	147.100,00	0,00
57.10	Wirtschaftsförderung	46.600,00	0,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	345.700,00	183.300,00
52.10	Baurecht		2.900,00
5520	Gewässerschutz		10.000,00
55.50	Waldwirtschaft		4.500,00
55.51	Landwirtschaft		2.800,00
56.10	Umweltschutz	20.000,00	43.000,00
56.20	Arbeitsschutz		4.000,00
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	20.000,00	67.200,00
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen	5.100,00	0,00
THH 6	Soziales & Arbeit	5.100,00	0,00
THH 7	Jugend & Familie	0,00	0,00
Gesamt		**1.269.631,61**	**545.100,00**
		1.814.731,61	

9. Anlagen

Ermächtigungsübertragung nach 2013 (Finanzhaushalt)

PG	Bezeichnung	Übertragungen lt. HH-Vermerk 100 % - in EUR -
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	0,00
12.60	Brandschutz	5.000,00
12.80	Katastrophenschutz	7.700,00
THH 2	Ordnung & Gesundheit	12.700,00
21.20	Sprachheilschule	14.496,00
21.20	Summe Sonderschulen	14.496,00
21.30	Gewerbliche Schulen Lörrach	33.680,00
21.30	Gewerbliche Schulen Schopfheim	33.000,00
21.30	Gewerbliche Schulen Rheinfelden	3.200,00
21.30	Technisches Gymnasium Rheinfelden	5.600,00
21.30	Kaufmännische Schulen Lörrach	7.000,00
21.30	Kaufmännische Schulen Schopfheim	20.770,00
21.30	Summe berufsbild. Schulen	103.250,00
THH 3	Bildung & Kultur	117.746,00
54.20	Radwegbrücke Märkt	81.645,00
54.20	Straßenbauwerke	46.751,00
54.20	TU Rümmingen	215.959,00
54.20	Fuhrpark	11.366,81
54.20	Summe Kreisstraßen und Radwege	355.721,81
54.70	Tram 8	100.000,00
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	455.721,81
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	0,00
THH 6	Soziales & Arbeit	0,00
THH 7	Jugend & Familie	0,00
Gesamt		**586.167,81**

Rückstellungsübersicht 2012

Rückstellungen		Stand der Rückstellungen	Veränderungen		Stand der Rückstellungen
		zum 01.01. des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	am 31.12. des Haushaltsjahres
		-in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
1		2	3	4	6
1.	**Pflichtrückstellungen**				
1.1.	für Lohn- und Gehaltszahlungen für Altersteilzeit u. ä. Maßnahmen	3.402.435,16	1.004.063,26	1.932.022,00	2.474.476,42
1.2.	für Verpflichtungen aus der Erstattung von Unterhaltsvorschüssen	281.504,25	123.795,10	0,00	405.299,35
1.3.	für die Stilllegung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4.	für den Ausgleich von ausgleichspfl. Gebührenüberschüssen	0,00	0,00	0,00	0,00
1.5.	für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00
1.6.	für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	237.730,73	386.747,36	167.348,48	457.129,61
Zwischensumme Pflichtrückstellungen		**3.921.670,14**	**1.514.605,72**	**2.099.370,48**	**3.336.905,38**
2.	**Wahlrückstellungen**				
2.1.	für nicht beanspruchte Zeiten aus Urlaub	1.576.095,20	1.972.761,88	1.835.687,88	1.713.169,20
2.2.	für nicht beanspruchte Zeiten aus Mehrarbeit	761.389,20	912.011,34	881.661,74	791.738,80
2.3.	für unterlassene Instandhaltungen	1.435.000,00	50.000,00	1.261.266,29	223.733,71
2.4.	für zum Stichtag ausstehende Kreditorenrechnungen	57.322,44	247.903,04	57.322,44	247.903,04
2.5.	für bereits bewilligte Zuschüsse	19.900,00	10.000,00	14.900,00	15.000,00
2.6.	aus Immobilienbewirtschaftung	163.558,00	141.302,00	30.156,00	274.704,00
2.7.	Sonstige Rückstellungen	192.405,86	1.172.078,80	183.119,86	1.181.364,80
Zwischensumme Wahlrückstellungen		**4.205.670,70**	**4.506.057,06**	**4.264.114,21**	**4.447.613,55**
Insgesamt		**8.127.340,84**	**6.020.662,78**	**6.363.484,69**	**7.784.518,93**

Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge - in EUR -	anteilige ordentliche Aufwendungen - in EUR -	Erträge aus internen Leistungen - in EUR -	Aufwendungen aus internen Leistungen - in EUR -	kalkulatorische Kosten - in EUR -	Nettoressourcen bedarf/ -überschuss - in EUR -
11.10	Steuerung	19.023	-681.187	855.090	-184.314	-8.610	0
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	68	-81.659	87.154	-5.563	0	0
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	13.747	-842.404	944.921	-116.264	-1	0
11.14	Zentrale Funktionen	9.301	-364.700	423.527	-65.524	-2.604	0
11.20	Organisation und IuK	3.908	-1.744.002	2.048.840	-252.900	-7.066	48.780
11.21	Personalmanagement	104.597	-2.531.643	2.841.888	-396.571	-433	17.839
11.22	Finanzmanagement	80.434	-1.637.868	1.945.643	-388.191	-18	0
11.23	Justitiariat	2.473	-198.353	250.112	-41.317	-12.916	0
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	595.665	-7.784.624	8.744.472	-584.900	-486.953	483.660
11.25	Fuhrpark	3.488	-81.921	110.590	-13.872	-430	17.854
11.26	Zentrale Dienstleistungen	17.187	-1.963.311	2.538.227	-576.207	-132	15.764
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	25	-60.613	79.099	-18.500	-12	0
11.33	Grundstücksverkehr, -verwaltung	677	-4.640	0	-246	-514	-4.723
41.10	Krankenhäuser	99.468	-71.317	0	-18.412	-1	9.739
53.70	Abfallwirtschaft	892.946	0	0	-830.621	-2.692	59.634
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	120.877.850	-7.598.546	0	0	0	113.279.304
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.243.603	-167.671	0	0	0	1.075.932
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	123.964.462	-25.814.459	19.099.417	-1.723.254	-522.382	115.003.783
11.13	Rechnungsprüfung	329	-208.238	265.577	-56.362	-1.306	0
11.31	Kommunalaufsicht	5.240	-285.490	0	-94.312	-15.387	-389.949
12.10	Wahlen	148.556	-141.681	0	-21.328	-1.361	-15.813
12.20	Ordnungswesen	601.094	-805.782	248.543	-280.461	-9.297	-245.903
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	205.030	-517.311	0	-137.929	-5.347	-455.557
12.23	Personenstandswesen	4.129	-37.854	0	-10.335	-409	-44.470
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	245.883	-1.018.342	571	-357.215	-541.190	-1.670.293
12.60	Brandschutz	51.271	-224.918	0	-49.452	-9.705	-232.804
12.70	Rettungsdienst	2.660	-455.827	0	-101.875	-5.362	-560.404
12.80	Katastrophenschutz	12.867	-242.094	0	-75.054	-9.016	-313.296
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	169.650	-536.258	74.859	-453.699	-837.085	-1.582.533
42.10	Förderung des Sports	0	-2.450	0	-71.602	-28.326	-102.378
THH 2	Ordnung & Gesundheit	1.446.711	-4.476.246	589.550	-1.709.625	-1.463.790	-5.613.400
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	1.437.920	-1.666.029	0	-1.138.324	-95.883	-1.462.316
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	4.450.917	-2.365.196	0	-4.602.206	-495.636	-3.012.121
21.50	Sonstige schulische Aufgaben u. Einrichtungen	88	-160.007	0	-59.629	-1.909	-221.458
22.20	Schulentwicklung	45.000	-101.215	0	-15.032	-2.392	-73.639
25.21	Archiv	0	-36.948	0	-12.025	-800	-49.773
26.20	Musikpflege	0	-107.148	0	-841	-60	-108.050
28.10	Kulturpflege	28.533	-90.850	0	-22.375	-6.870	-91.562
THH 3	Bildung & Kultur	5.962.458	-4.527.394	0	-5.850.433	-603.550	-5.018.918

Rechnungsquerschnitt der Ergebnisrechnung

PG	Bezeichnung	anteilige ordentliche Erträge - in EUR -	anteilige ordentliche Aufwendungen - in EUR -	Erträge aus internen Leistungen - in EUR -	Aufwendungen aus internen Leistungen - in EUR -	kalkulatorische Kosten - in EUR -	Nettoressourcen bedarf/ -überschuss - in EUR -
12.21	Verkehrswesen	3.394.658	-1.930.537	0	-1.349.423	-58.612	56.086
21.40	Schülerbeförderung	4.103.083	-5.797.904	0	-31.561	-1.201	-1.727.583
51.10	Räumliche Planung	0	-425.859	0	-1.742	-76	-427.676
51.11	Vermessung & Geoinformation	732.705	-1.463.551	0	-705.438	-263.315	-1.699.599
51.12	Flurneuordnung	1.190	-787.869	0	-144.185	-138.674	-1.069.538
54.20	Kreisstraßen	2.501.338	-2.541.884	0	-150.971	-83.193	-274.709
54.30	Landesstraßen	1.625.493	-1.873.540	0	-173.312	-37.105	-458.464
54.40	Bundesstraßen	793.102	-1.031.157	0	130.766	-25.599	-394.421
54.70	ÖPNV	1.325.781	-3.609.168	0	-20.471	-162.982	-2.466.840
54.90	Sonstige Leistungen	124.369	-295.152	0	-178.579	-26.177	-375.538
57.10	Wirtschaftsförderung	12.106	-474.898	0	-44.745	-31.856	-539.392
57.50	Tourismus	5.667	-213.366	0	-28.786	-14.801	-251.286
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	14.619.493	-20.444.886	0	-2.959.978	-843.590	-9.628.961
52.10	Baurecht	931.001	-644.783	22.159	-242.350	-27.206	38.641
52.20	Wohnungsbauförderung	756	-14.363	0	-5.314	-792	-19.712
52.30	Denkmalschutz	2.767	-37.541	0	-6.303	-396	-41.473
55.20	Gewässerschutz	93.897	-704.367	8.049	-291.619	-139.281	-1.033.321
55.40	Naturschutz	10.226	-347.754	8.049	-172.519	-84.477	-586.476
55.50	Forstwirtschaft	2.155.023	-3.817.855	0	-1.070.724	-341.893	-3.075.449
55.51	Landwirtschaft	9.410	-1.190.937	1.217	-597.211	-463.355	-2.240.876
56.10	Umweltschutz	60.897	-560.586	10.732	-244.297	-182.687	-915.941
56.20	Arbeitsschutz	84.628	-149.447	0	-153.388	-57.354	-275.560
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	3.348.606	-7.467.633	43.963	-2.777.663	-1.297.441	-8.150.168
31.10	Grundversorgung u. Hilfen nach dem SGB XII	14.167.970	-59.376.942	0	-466.209	-11.152	-45.686.332
31.20	Grundsicherung f. Arbeitssuchende n. d. SGB II	10.628.309	-23.957.092	0	-707.493	-8.538	-14.044.813
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	1.096.823	-1.419.973	0	-62.678	-624	-386.452
31.40	Soziale Einrichtungen	495.317	-958.661	0	-708.929	-270.973	-1.443.246
31.50	Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz	844.326	-1.025.547	0	-59.264	-12.447	-252.931
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	95	-211.166	0	0	0	-211.071
31.70	Betreuungsleistungen	126.434	-287.480	0	-78.702	-788	-240.535
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	198.871	-1.736.815	0	-216.458	-1.911	-1.756.313
31.90	Bildung & Teilhabe	67	-531.898	0	-25.298	-249	-557.379
37.10	Schwerbehindertenrecht	439	-433.939	0	-113.703	-1.206	-548.409
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	2.459	-136.133	0	-52.530	-44.223	-230.427
THH 6	Soziales & Arbeit	27.561.110	-90.075.646	0	-2.491.264	-352.110	-65.357.911
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	63.394	-1.021.013	0	-71.348	-319	-1.029.287
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	1.814.329	-19.724.383	0	-1.940.324	-19.139	-19.869.517
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinr.- u. pflege	1.429.373	-2.660.072	0	-69.650	-708	-1.301.058
36.80	Kooperation und Vernetzung	187	-174.348	0	-41.481	-268	-215.910
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	1.205.156	-2.119.942	0	-97.908	-836	-1.013.531
THH 7	Jugend & Familie	4.512.438	-25.699.758	0	-2.220.712	-21.271	-23.429.303
Summe		**181.415.278**	**-178.506.022**	**19.732.930**	**-19.732.930**	**-5.104.135**	**-2.194.879**

Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungs-mittelüberschuss/ -bedarf der Ergeb-nisrechnung - in EUR -	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit - in EUR -	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit - in EUR -	anteiliger Finanzierungs-mittelüberschuss/-bedarf - in EUR -
11.10	Steuerung	-682.983	0	0	-682.983
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	-85.169	0	0	-85.169
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling, Beteiligungsmanagement	-844.112	0	0	-844.112
11.14	Zentrale Funktionen	-365.879	0	0	-365.879
11.20	Organisation und IuK	-1.709.329	49.206	-6.190	-1.666.314
11.21	Personalmanagement	-2.480.179	0	0	-2.480.179
11.22	Finanzmanagement	-1.521.253	0	0	-1.521.253
11.23	Justitiariat	-190.290	0	0	-190.290
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement	-6.787.965	60.500	-531.588	-7.259.053
11.25	Fuhrpark	-75.385	0	0	-75.385
11.26	Zentrale Dienstleistungen	-2.125.873	3.903	-5.908	-2.127.878
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-60.245	0	0	-60.245
11.33	Grundstücksverkehr, -verwaltung	-181	0	0	-181
41.10	Krankenhäuser	56.544	3.800.000	-2.500.000	1.356.544
53.70	Abfallwirtschaft	1.247.175	0	0	1.247.175
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	113.933.747	0	0	113.933.747
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	511.998	0	0	511.998
THH 1	Finanzen & Zentrales Management	98.820.623	3.913.608	-3.043.687	99.690.544
11.13	Rechnungsprüfung	-208.287	0	0	-208.287
11.31	Kommunalaufsicht	-281.001	0	0	-281.001
12.10	Wahlen	5.668	0	0	5.668
12.20	Ordnungswesen	-227.662	0	0	-227.662
12.22	Ausländer- und Einbürgerungswesen	-317.003	0	0	-317.003
12.23	Personenstandswesen	-34.063	0	0	-34.063
12.26	Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	-851.233	0	0	-851.233
12.60	Brandschutz	-153.819	100.092	-4.048	-57.775
12.70	Rettungsdienst	-494.149	0	0	-494.149
12.80	Katastrophenschutz	-218.987	4.800	-13.167	-227.355
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege	-379.217	0	-7.123	-386.341
42.10	Förderung des Sports	-2.450	0	0	-2.450
THH 2	Ordnung & Gesundheit	-3.162.203	104.892	-24.339	-3.081.651
21.20	Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen	-135.936	0	-14.173	-150.110
21.30	Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen	2.388.042	1.669	-186.057	2.203.654
21.50	Sonstige schulische Aufgaben u. Einrichtungen	-146.480	0	0	-146.480
22.20	Schulentwicklung	-57.761	0	0	-57.761
25.21	Archiv	-33.008	0	0	-33.008
26.20	Musikpflege	-103.823	0	0	-103.823
28.10	Kulturpflege	-54.717	0	0	-54.717
THH 3	Bildung & Kultur	1.856.317	1.669	-200.230	1.657.755

Rechnungsquerschnitt der Finanzrechnung

PG	Bezeichnung	anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/ -bedarf der Ergebnisrechnung - in EUR -	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit - in EUR -	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit - in EUR -	anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf - in EUR -
12.21	Verkehrswesen	1.381.606	0	-12.318	1.369.288
21.40	Schülerbeförderung	-1.641.046	0	0	-1.641.046
51.10	Räumliche Planung	-388.755	0	0	-388.755
51.11	Vermessung & Geoinformation	-765.133	0	0	-765.133
51.12	Flurneuordnung	-935.561	0	0	-935.561
54.20	Kreisstraßen	87.735	57.522	-275.208	-129.951
54.30	Landesstraßen	-183.330	0	0	-183.330
54.40	Bundesstraßen	-313.573	0	0	-313.573
54.70	ÖPNV	-2.090.999	0	-250.000	-2.340.999
54.90	Sonstige Leistungen	-130.510	0	0	-130.510
57.10	Wirtschaftsförderung	-450.587	0	-17.382	-467.969
57.50	Tourismus	-248.644	0	0	-248.644
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik	-5.678.797	57.522	-554.908	-6.176.184
52.10	Baurecht	413.985	0	-2.380	411.605
52.20	Wohnungsbauförderung	-13.756	23.116	0	9.360
52.30	Denkmalschutz	-42.115	0	0	-42.115
55.20	Gewässerschutz	-653.690	0	0	-653.690
55.40	Naturschutz	-337.102	0	0	-337.102
55.50	Forstwirtschaft	-1.771.040	0	-1.099	-1.772.139
55.51	Landwirtschaft	-1.190.396	0	0	-1.190.396
56.10	Umweltschutz	-560.711	0	-1.990	-562.701
56.20	Arbeitsschutz	-101.842	0	0	-101.842
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-4.256.668	23.116	-5.469	-4.239.020
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII	-44.302.121	0	0	-44.302.121
31.20	Grundsicherung f. Arbeitssuchende n. d . SGB II	-13.034.074	0	0	-13.034.074
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler	-375.281	0	0	-375.281
31.40	Soziale Einrichtungen	72.072	6.748	-1.393.864	-1.315.044
31.50	Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz	-146.374	0	0	-146.374
31.60	Förderung v. Trägern der Wohlfahrtspflege	-211.071	0	0	-211.071
31.70	Betreuungsleistungen	-153.446	0	0	-153.446
31.80	Sonstige soziale Hilfe und Leistungen	-1.472.642	0	0	-1.472.642
31.90	Bildung und Teilhabe	-177.024	0	0	-177.024
37.10	Schwerbehindertenrecht	-436.076	0	0	-436.076
37.20	Soziales Entschädigungsrecht	-134.961	0	0	-134.961
THH 6	Soziales & Arbeit	-60.370.999	6.748	-1.393.864	-61.758.115
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	-915.450	0	0	-915.450
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	-18.135.709	0	0	-18.135.709
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinr.- u. pflege	-1.258.439	0	0	-1.258.439
36.80	Kooperation und Vernetzung	-177.533	0	0	-177.533
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen	-580.122	0	0	-580.122
THH 7	Jugend & Familie	-21.067.254	0	0	-21.067.254
Summe		**6.141.019**	**4.107.555**	**-5.222.497**	**5.026.076**

Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zum verbindlichen Produktrahmen

Produkt-bereich/-gruppe	Bezeichnung	ordentliche Erträge - in EUR -	ordentliche Aufwendungen - in EUR -	ordentliches Ergebnis - in EUR -	Nettoressourcen-bedarf/überschuss - in EUR -
11	**Innere Verwaltung**	**856.163**	**-18.470.653**	**-17.614.490**	**189.225**
12	**Sicherheit und Ordnung**	**4.666.149**	**-5.374.347**	**-708.198**	**-3.482.455**
12.60	Brandschutz	51.271	-224.918	-173.647	-232.804
21	**Schulträgeraufgaben**	**9.992.008**	**-9.989.136**	**2.872**	**-6.423.478**
22	**Schulpersonal und Schulentwicklung**	**45.000**	**-101.215**	**-56.215**	**-73.639**
25	**Museen, Archiv, Zoo**		**-36.948**	**-36.948**	**-49.773**
26	**Theater, Konzertem Musikschulen**		**-107.148**	**-107.148**	**-108.050**
27	**Volkshochschulen, Bibliotheken, kulturpädagogische Einrichtungen**				
28	**Sonstige Kulturpflege**	**28.533**	**-90.850**	**-62.317**	**-91.562**
31	**Soziale Hilfen**	**27.558.213**	**-89.505.574**	**-61.947.361**	**-64.579.074**
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	14.167.970	-59.376.942	-45.208.971	-45.686.332
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	10.628.309	-23.957.092	-13.328.782	-14.044.813
36	**Kinder-, Jugend- & Familienhilfe**	**4.512.438**	**-25.699.758**	**-21.187.320**	**-23.429.303**
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	1.814.329	-19.724.383	-17.910.054	-19.869.517
36.50	Förderung v. Kindern in Tageseinr. u. in Tagespflege	1.429.373	-2.660.072	-1.230.700	-1.301.058
37	**Schwerbehinderten- & soz. Entschädigungsrecht**	**2.898**	**-570.072**	**-567.174**	**-778.837**
41	**Gesundheitsdienste**	**269.118**	**-607.575**	**-338.456**	**-1.572.793**
41.10	Krankenhäuser	99.468	-71.317	28.152	9.739
41.80	Kur- und Badeeinrichtungen				
42	**Sport und Bäder**		**-2.450**	**-2.450**	**-102.378**
42.40	Bäder				
42.41	Sportstätten				
51	**Räumliche Planung & Entwicklung**	**733.895**	**-2.677.280**	**-1.943.384**	**-3.196.813**
52	**Bauen & Wohnen**	**934.525**	**-696.687**	**237.838**	**-22.544**
53	**Ver- & Entsorgung**	**892.946**	**0**	**892.946**	**59.634**
53.30	Wasserversorgung				
53.70	Abfallwirtschaft	892.946		892.946	59.634
53.80	Abwasserbeseitigung				
54	**Verkehrsflächen & -anlagen, ÖPNV**	**6.370.083**	**-9.350.901**	**-2.980.818**	**-3.969.973**
54.70	ÖPNV	1.325.781	-3.609.168	-2.283.388	-2.466.840
55	**Natur- & Landschaftspflege, Friedhofswesen**	**2.268.556**	**-6.060.913**	**-3.792.358**	**-6.936.122**
55.30	Friedhofs- und Bestattungswesen				
56	**Umweltschutz**	**145.526**	**-710.033**	**-564.507**	**-1.191.501**
57	**Wirtschaft und Tourismus**	**17.774**	**-688.264**	**-670.491**	**-790.678**
61	**Allgemeine Finanzwirtschaft**	**122.121.453**	**-7.766.217**	**114.355.236**	**114.355.236**
61.10	Steuern, allg. Zuweisungen, Umlagen	120.877.850	-7.598.546	113.279.304	113.279.304
61.20	Sonstige allg. Finanzwirtschaft	1.243.603	-167.671	1.075.932	1.075.932
61.30	Abwicklung der Vorjahre				
Gesamtsumme		**181.415.278**	**-178.506.022**	**2.909.256**	**-2.194.879**

*Übersicht über die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den verbindlich vorgegebenen Produktbereichen, Produktgruppen und Produkten nach Anlage 26 zu § 145 S. 1 Nr. 2 GemO

Jahresabschluss 2012 Landkreis Lörrach

Rechenschaftsbericht 2012

Ziele & Strategien

Der Kreistag des Landkreises Lörrach hat am 16.12.2009 die Gesamtstrategie „ Gemeinsam Zukunft gestalten – Landkreis Lörrach 2025“ beschlossen. Die darin definierte Vision sowie die übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze dienen als **Gesamtstrategie und Orientierungsrahmen**, an dem Politik und Verwaltung ihre Planungen und Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung des Landkreises Lörrach ausrichten.

VISION:

Das Landratsamt Lörrach
sieht sich als Dienstleister, mit
dem Ziel,
den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und
Wirtschaftsraum nachhaltig zu stärken.

Übergreifende Leitsätze

- Ziel der Zukunftsstrategie ist es, den Landkreis als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in allen Bereichen im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken und weiter zu entwickeln.
- Der Mensch und die Region in ihrer Vielfalt stehen im Mittelpunkt.
- Der Landkreis setzt sich für die Gleichstellung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen ein.
- Den Einflussgrößen, die sich aus der Lage in einer trinationalen Region ergeben, und den demografischen Entwicklungen ist Rechnung zu tragen.
- Urbane und ländliche Räume prägen den Landkreis. Die sich daraus ergebenden Gegensätze und Stärken sind positiv zu nutzen.
- Die finanzielle Stabilität des Landkreises und seiner Städte und Gemeinden ist das Fundament unseres zukunftgerichteten Handelns.
- Nur in einem vertrauensvollen Miteinander von Städten und Gemeinden mit dem Landkreis kann diese Strategie verwirklicht werden.
- Unsere vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben und Anforderungen erfordern leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter.

Verkehr & Mobilität	Bildung	Soziales & Familie	Wirtschaft	Umwelt, Klimaschutz & Energie	Gesundheit	Kultur & Sport
Der Landkreis sieht in einer gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur einen wichtigen Standortfaktor für die Region. setzt sich für einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr kreisübergreifend und im Eurodistrikt ein.	**Der Landkreis** stärkt den Wirtschaftsstandort durch eine bedarfsgerechte und effiziente Bildungslandschaft. wirkt als Schulträger maßgeblich bei der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte mit. trägt als Schulträger und durch Hilfeleistungen zur Bildung und gesellschaftlichen Integration von Kindern mit Benachteiligungen und Behinderungen bei. fördert im Sinne einer lokalen Bildungslandschaft die regionale und grenzüberschreitende Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsträger.	**Der Landkreis** bekennt sich mit einem umfassenden und vielfältigen Angebot zu seiner Verantwortung für die Gesellschaft, insbesondere für Familien, junge Menschen, Seniorinnen und Senioren. unterstützt nachhaltig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. fördert die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. leistet seinen Beitrag für ein gemeinsames Leben Behinderter und nicht behinderter Menschen.	**Der Landkreis** schafft durch leistungsfähige Infrastruktur und zukunftsorientierte Siedlungspolitik einen bevorzugten Wirtschaftsstandort im Trinationalen Eurodistrikt Basel. trägt zur Schaffung und Sicherung von Arbeit und Arbeitsplätzen im urbanen wie ländlichen Raum bei und macht den Kreis zu einem attraktiven Lebensmittelpunkt. ist kommunaler Partner von Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistung und Land- und Forstwirtschaft. zielt darauf ab, durch sanften Tourismus und umweltschonende Freizeitaktivitäten den ländlichen Raum und seine Kulturlandschaft weiter zu stärken.	**Der Landkreis** setzt sich für umweltfreundliche Technologien, Verkehrs- und Energieträger ein und schont damit Umwelt und Klima. sorgt für einen wirkungsvollen Schutz von Landschaft und Natur sowie für die Erhaltung der Artenvielfalt.	**Der Landkreis** unterstützt im urbanen wie ländlichen Raum die medizinische, klinische und pflegerische Gesamtversorgung. bildet mit seinen Bädern und Kurorten eine attraktive Gesundheitsregion und begreift Gesundheit auch als Wirtschaftsfaktor.	**Der Landkreis** hat das Anliegen, die Kultur in ihrer Tradition und Modernität zu pflegen und an ihrer vielfältigen Entwicklung mitzuwirken. nimmt im Eurodistrikt seine Chance wahr, das Angebot in den Bereichen Kultur und Sport zu bereichern.

Strategische Handlungsschwerpunkte (mittelfristig)

Ziele, Maßnahmen und Budgets

Da die **übergreifenden und themenspezifischen Leitsätze** (1. Ebene) für eine zielorientierte Steuerung der Kreisverwaltung durch die politischen Gremien zu abstrakt formuliert sind, müssen diese noch konkretisiert werden.

Dafür werden regelmäßig im Vorfeld der jährlichen Haushaltsplanung die gemeinsam von Politik und Verwaltung festgelegten **strategischen Handlungsschwerpunkte** (2. Ebene) fortgeschrieben. Sie stellen das Bindeglied zwischen der 1. Ebene, der Gesamtstrategie und den jährlichen **Ziel-, Leistungs- und Budgetplanungen** (3. Ebene) der Fachbereiche dar und konkretisieren, was die Verwaltung in den Themenfeldern leisten bzw. umsetzen will, die für den Landkreis strategisch relevant sind.

Ziele & Strategien

Mit Verabschiedung des Haushalts 2012 wurden vom Kreistag am 07.12.2011 folgende strategische Handlungsschwerpunkte beschlossen:

Themenfeld	Strategische Handlungsschwerpunkte	Zielbeiträge (THH = Teilhaushalt, PG = Produktgruppe)	
übergreifend	Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.	THH 1	PG 11.21 Personalmanagement
	Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.	THH 1	PG 11.14 zentrale Funktionen
			PG 11.21 Personalmanagement
		THH 6	PG 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
			PG 31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II
Verkehr & Mobilität	Der Landkreis unterstützt die zukunftsorientierte Bereitstellung eines bedarfsgerechten und umweltschonenden ÖPNV-Angebots.	THH 4	PG 51.10 Räumliche Planung
			PG 54.20 Kreisstraßen
			PG 57.10 Wirtschaftsförderung
	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der Radnutzenden Bevölkerung.	THH 4	PG 51.10 Räumliche Planung
			PG 54.20 Kreisstraßen
Bildung	Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet.	THH 3	PG 22.20 Schulentwicklung
Soziales & Familie	Im Landkreis besteht ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot für Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege, welches die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützt und die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeiten fördert.	THH 7	PG 36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
	Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.	THH 7	PG 36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Wirtschaft	Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.	THH 4	PG 57.10 Wirtschaftsförderung
	Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den ländlichen Raum.	THH 4	PG 57.10 Wirtschaftsförderung
Umwelt, Klimaschutz & Energie	Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.	THH 1	PG 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement
		THH 5	PG 52.10 Baurecht
			PG 56.10 Umweltschutz
	Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.	THH 5	PG 55.40 Naturschutz

Auf Grundlage dieser strategischen Handlungsschwerpunkte wurden anschließend, im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 die konkreten Ziele, Maßnahmen und Budgets für die einzelnen Produktgruppen geplant. Um Abweichungen von der vorgegebenen Strategie und Budgetabweichungen rechtzeitig festzustellen und so ein wirksames Gegensteuern von Politik und Verwaltung zu ermöglichen, wurde in der Kreisverwaltung bereits vor einigen Jahren ein unterjähriges Berichtswesen eingeführt. Grundsätzlich ist hierbei zwischen dem fachbereichsinternen und dem zentralen Berichtswesen zu unterscheiden.

Das fachbereichsinterne Berichtswesen wird durch die einzelnen Fachbereiche für ihren entsprechenden Aufgabenbereich eigenverantwortlich ausgestaltet. Das zentrale Berichtswesen dient der Messung der Aufgabenerfüllung der Kreisverwaltung und der Kommunikation gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit.

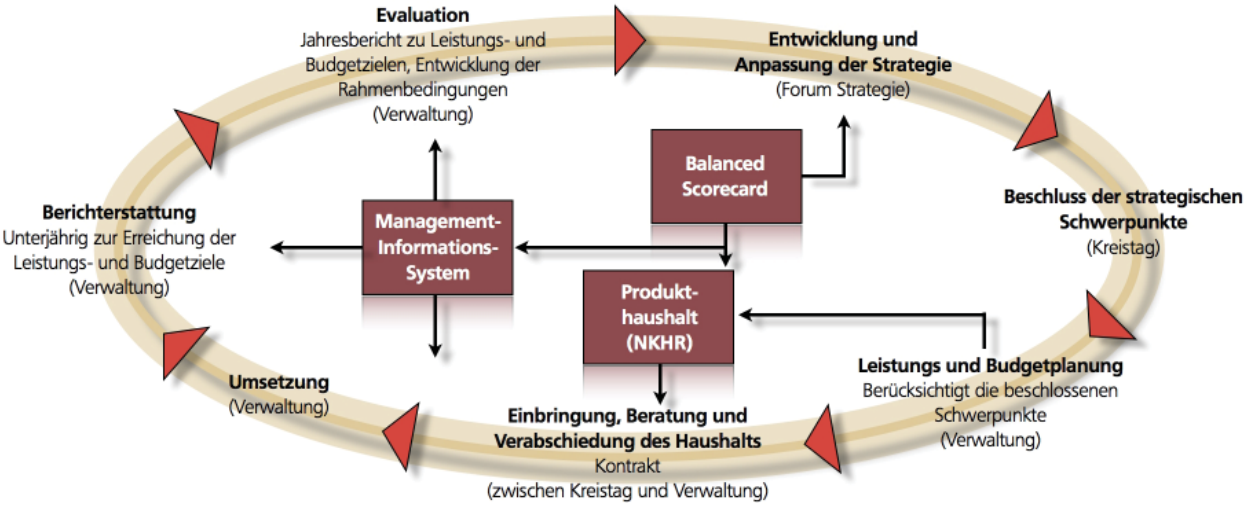
Entsprechend dem Kontrakt zwischen Kreistag und Landrätin hat die Verwaltungsführung die Kreisräte in unterjährigen Zwischenberichten (im Juli und Oktober 2012) über den aktuellen Stand der Aufgabenerfüllung, die Finanzlage sowie wesentliche Planabweichungen informiert. Darüber hinaus hat die Verwaltungsführung in den Ausschusssitzungen im April 2013 auch schon zum voraussichtlichen Jahresergebnis 2012 berichtet.

Mit dem vorliegenden Jahresabschluss 2012 informiert die Kreisverwaltung nicht nur über die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben und das Ergebnis 2012 sondern insbesondere auch über den Umsetzungsstand der strategischen Zielen, Maßnahmen und Projekte.

Die konkreten Ergebnisse sind in den einzelnen Teilhaushalten und Produktgruppen dargestellt. Hinsichtlich der Beantwortung der Frage, ob denn letztendlich auch die gewünschte Wirkung bei der jeweiligen Zielgruppe eingetreten ist, stehen wir noch am Anfang. Es ist aber unser Ziel, auch für die Beantwortung dieser Frage Zug um Zug aussagekräftige Indikatoren und Kennzahlen zu definieren und in zukünftigen Jahresberichten darzustellen.

Jeder Jahresbericht ist zum einen ein Rückblick auf das Vorjahr - zum anderen informiert er auch über künftige Entwicklungen und weist auf kommende Herausforderungen hin.

Strategischer Steuerungskreislauf - Landkreis Lörrach -



Jahresabschluss 2012 Landkreis Lörrach

Wichtigste Jahresergebnisse

Darstellung des Jahresergebnisses

Der Haushalt 2012 schließt im ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss in Höhe von **2.909.255,94 EUR** ab. Dies stellt im Vergleich zum Plan, welcher einen Fehlbetrag von 3.984.300 EUR auswies, eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 6.893.556 EUR dar. Zurückzuführen ist diese erfreuliche Verbesserung insbesondere auf Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Grunderwerbsteuer, den Erträgen aus Wertberichtigungen auf Forderungen und nicht realisierten Bauunterhalt. Durch die sparsame und wirtschaftliche Bewirtschaftung in allen Verwaltungsbereichen haben sich darüber hinaus monetäre Verbesserungen bei einer Vielzahl weiterer Positionen ergeben (siehe auch Erläuterungen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft).

Das Sonderergebnis 2012 beläuft sich auf **42.800,35 EUR**.

Der zweite doppische Haushalt schließt somit mit einem Gesamtergebnis in Höhe von **2.952.056,29 EUR** positiv ab. Bei Betrachtung dieses guten Ergebnisses darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in der Gesamtergebnisrechnung 2012 Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 1,815 Mio. EUR gebildet wurden. In dieser Höhe nimmt der Landkreis für das Jahr 2013 eine „Hypothek" auf, da die Ermächtigungsübertragungen erst in den Folgejahren zu Aufwendungen führen und die künftigen Ergebnisse belasten werden.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011 hat sich der Bestand an liquiden Mitteln von 3.998.530,74 EUR auf **2.187.970,67 EUR** verringert. Grund hierfür ist ein höherer Anteil an fest angelegten Finanzmitteln. Des Weiteren wird auf die Ausführungen zur Liquidität und des ordentlichen Ergebnisses verwiesen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2012 beträgt **135.489.283,51 EUR** und hat sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2011 um 5.510.373,87 EUR verringert. Diese Verringerung setzt sich auf der Aktivseite bei einer Zunahme der Termineinlagen (7,1 Mio. EUR) weitgehend aus Forderungen aus Transferleistungen und Mündelgeldern (7,1 Mio. EUR), liquiden Mitteln (1,8 Mio. EUR), Ausleihungen (1,4 Mio. EUR) und Sachvermögen (1,4 Mio. EUR) zusammen.

Das Basiskapital des Landkreises Lörrach zum 31.12.2012 beträgt **84.888.989,80 EUR**. Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 510.821,96 EUR reduziert. Dies beruht darauf, dass die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Mehrarbeit, die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaub und die Forderungen aus Minusstunden aufgrund von Prüfungsfeststellungen der im Herbst 2012 durchgeführten überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) gegen das Basiskapital korrigiert wurden.

Den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses wurde das Ergebnis 2012 in Höhe von **2,952 Mio. EUR** zugeführt. Die Rückstellungen haben sich von 8,127 Mio. EUR um 0,343 Mio. EUR auf **7,784 Mio. EUR** verringert.

Verwendung des Jahresergebnisses

Das Jahr 2012 schließt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 2.909.255,94 EUR und im Sonderergebnis in Höhe von 42.800,35 EUR ab. Gemäß § 49 Absatz 3 Satz 4 GemHVO ist im Jahresabschluss ein Überschuss beim ordentlichen Ergebnis der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses, ein Überschuss beim Sonderergebnis der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zuzuführen. Dieser Beschlussvorschlag wird dem Kreistag für seine Sitzung vom 24.07.2013 vorgelegt.

Bericht über die Entwicklung der Rücklagen

Rücklagen sind Bestandteil der Kapitalposition (Eigenkapital). Sie dienen der Aufnahme von Überschüssen aus dem ordentlichen Ergebnis und dem Sonderergebnis und dem Ausgleich von Fehlbeträgen im Rahmen des Haushaltsausgleichs. Sie sind nicht mit der bisherigen kameralen Rücklage zu vergleichen, die zur Sicherung der Haushaltswirtschaft (Liquidität) und für Zwecke des Vermögenshaushalts zu bilden war. Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt nach Zuführung insgesamt 13.893.354,89 EUR, die Rücklage aus den Überschüssen des Sonderergebnisses 116.136,97 EUR, in Summe 14.009.491,86 EUR.

Drei-Komponenten-System

Die Zusammenhänge der drei Rechensysteme sollen anhand folgender stilisierter Darstellungsform verdeutlicht werden

Ergebnisrechnung 2012			
Aufwendungen - in EUR -		Erträge - in EUR -	
Personalaufwendungen	39.465.845,12	Umlagen	74.816.766,76
Aufw. f. Sach-/Dienstleistungen	10.280.000,87	Zuweisungen, Zuschüsse	79.408.417,10
Abschreibungen, Zinsen	3.257.084,57	Sonstige Transfererträge	9.194.134,09
Transferaufwendungen	93.907.412,04	Kostenerstattungen u. -umlagen	12.158.339,32
Sonstige ordentl. Aufwendungen	31.595.679,63	Steuern, ähnliche Abgaben, Entgelte, Zinsen, akt. Eigenl. u. sonstige Erträge	5.837.620,90
Außerordentliche Aufwendungen	1.343,60	Außerordentliche Erträge	44.143,95
Gesamtergebnis	**2.952.056,29**		

Vermögensrechnung (Bilanz) 31.12.2012			
Aktiva - in EUR -		Passiva - in EUR -	
Immaterielle Vermögensgegenstände	109.295,95	Basiskapital	84.888.989,80
Sachvermögen	47.208.339,39	Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses u. Sonderergeb.	14.009.491,86
		davon Zuführung 2012	2.952.056,29
Finanzvermögen	73.618.662,82	Sonderposten	14.348.516,98
davon Liquide Mittel	2.187.970,67	Rückstellungen	7.784.518,93
		Verbindlichkeiten	12.994.436,57
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14.552.985,35	Passive Rechnungsabgrenzung	1.463.329,37
Summe	**135.489.283,51**	**Summe**	**135.489.283,51**

Finanzrechnung 2012			
Einzahlungen - in EUR -		Auszahlungen - in EUR -	
Anfangsbestand	3.998.530,74		
Einzahlungen des Ergebnishaushalts	181.840.793,15	Auszahl. des Ergebnishaushaltes	175.699.773,77
Einzahlungen a. Investitionstätigkeit	4.107.554,80	Auszahl. aus Investitionstätigkeit	5.222.497,25
davon Ausleihungen an Untern.	3.878.669,86	davon Ausleihungen an Untern.	2.500.000,00
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00
Einzahlungen aus haushaltsun-wirksamen Vorgängen	129.502.705,44	Auszahlungen aus haushalts-unwirksamen Vorgängen	136.339.342,44
		Endbestand an Zahlungsmitteln	**2.187.970,67**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Ergebnisrechnung

Die deutsche Wirtschaft hat sich in 2012 in einem schwierigen internationalen Umfeld als erfreulich widerstandsfähig erwiesen und ist im europäischen Vergleich beachtlich gewachsen. Auch im vergangenen Jahr verzeichnete Deutschland, anders als die Eurozone insgesamt, ein Wachstum in Höhe von 0,7 Prozent. Dieser Wert wurde bereits von der Bundesregierung im Rahmen der Mai-Steuerschätzung so prognostiziert. Im Rahmen der November-Steuerschätzung wurde sogar noch von einem geringfügig höheren Wachstum von 0,8 Prozent ausgegangen. Diese günstige Entwicklung führte zu einem Jahresergebnis, das in dieser Form nicht planbar war.

Die sieben Teilhaushalte schließen wie folgt ab:

THH	Bezeichnung	ordentliches Ergebnis Plan - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST - in EUR -	Vergleich Plan/IST - in EUR -
1	Finanzen & Zentrales Management	93.740.997	98.150.002	4.409.005
2	Ordnung & Gesundheit	-3.263.799	-3.029.536	234.263
3	Bildung & Kultur	640.560	1.435.065	794.505
4	Verkehr & Strukturpolitik	-6.988.206	-5.825.393	1.162.813
5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	-4.749.627	-4.119.026	630.601
6	Soziales & Arbeit	-63.134.832	-62.514.536	620.296
7	Jugend & Familie	-20.229.394	-21.187.320	-957.927
Ordentliches Ergebnis		**-3.984.300**	**2.909.256**	**6.893.556**

Im Haushaltsjahr 2012 haben folgende Positionen (gerundet) das positive Rechnungsergebnis maßgeblich begünstigt:

Ertrag/ Aufwand	THH	PG	Bezeichnung	Vergleich Plan/IST - in EUR -
E	1	61.10	Schlüsselzuweisungen	1.264.500
E	1	61.10	Grunderwerbssteuer	552.300
E/A	1	61.20	Wertberichtigungen auf Forderungen	732.900
E	2 - 5	div.	Verwaltungsgebühren	878.200
E	4	21.40	Schülerbeförderung, Kostenersätze u. Beförderungsleistungen	295.800
E	4	54.xx	Straßen, Kostenersätze und Schadenersatzleistungen	247.800
E	1	61.20	Zinserträge	243.000
E	1 + 4	div.	Sonstige FAG - Zuweisungen und Landeszuweisungen	208.100
E	2	21.xx	Sachkostenbeiträge Schulen	201.500
A	1	11.24	Bauunterhaltung	690.600
A	3	21.xx	Schulbudgets	361.600
A	1	11.24	Gebäudebewirtschaftung	258.600
E/A	1-7	div.	Personalaufwendungen u. Rückstellungsauflösungen ATZ	193.500
E/A	1-7	div.	sonstige Budgeteinsparungen	765.156
ordentliches Ergebnis				**6.893.556**

Die größten Positionen und bedeutendsten Bereiche werden nachfolgend erläutert:

- **Schlüsselzuweisungen - Mehrerträge von 1.264.500 EUR**
  Aufgrund des anhaltend hohen Steueraufkommens hob das Innenministerium mit der 4. Abschlagszahlung 2012 die Kopfbeträge zur Ermittlung der Bedarfszahl der Landkreise und die Ausschüttungsquoten an (§ 10 Abs. 2 FAG). Der Kopfbetrag wurde von 510 EUR auf 517 EUR und die Quote gegenüber der Planung von 71 auf 71,4 Prozent erhöht, was zu Mehrerträgen von rd. 1,251 Mio. EUR führte.
  Aus der Abschlusszahlung des Jahres 2011 ergaben sich Mehrerträge in Höhe von 13.700 EUR (Kopfbetrag von 459 EUR bei einer Quote von 71,4 Prozent).

- **Grunderwerbsteuer – Mehrerträge von 552.300 EUR**
  Durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent gab es im Jahr 2011 bedeutende Mehrerträge, die auf Sondereffekten wie der Vorziehung der Grundstückskauf-Protokollierung beruhten. Für das Jahr 2012 war daher eine rückläufige Entwicklung der Steuererträge zu erwarten (Plan 10,5 Mio EUR). Tatsächlich stellte sich der Rückgang der Grunderwerbsteuererträge des Landkreises Lörrachs gegenüber dem Jahr 2011 um -12,4 Prozent ein. Erfreulicherweise entwickelte sich nur das erste Halbjahr verhalten, so dass das Jahresergebnis insgesamt dennoch Mehrerträge von 552.323 EUR auswies.

- **Wertberichtigungen Forderungen – Mehrerträge (netto) von 732.900 EUR**
  Das Risiko eines vollständigen oder teilweisen Forderungsausfalls ist in der Bilanz angemessen zu berücksichtigen. Damit wird dem Grundsatz der wirklichkeitsgetreuen Bewertung und den Bilanzgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit entsprochen.

Neben der Einzelwertberichtigung wird das Ausfallrisiko je Forderungsart mittels eines pauschalen Wertberichtigungssatzes jedes Jahr neu ermittelt. Die Wertberichtigung auf Forderungen dient ausschließlich Zwecken des bilanziellen Ausweises und ist nicht als Forderungsverzicht zu verstehen.

Die berechneten Wertberichtigungssätze sind im Jahr 2012 mit Ausnahme der Forderungen betreffend Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Aus diesem Grunde mussten die entsprechenden, in die Bilanz eingestellten Wertberichtigungen auf Forderungen der Vorjahre ertragswirksam aufgelöst werden. Der Gesamtbetrag verteilt sich folgendermaßen auf die Bereiche:

Herkunft	Wertberichtigung - in EUR -
Unterhaltsvorschuss	-353.870
Jugend & Soziales	-326.633
Ordnungswidrigkeiten	2.781
Gebühren im Bereich:	
Baugebühren	-25.347
Sonstige Gebühren	-18.210
Verkehr	-7.210
Wohnheimgebühren	-4.453
Summe	**-732.943**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Verwaltungsgebühren – Mehrerträge von 878.200 EUR

Die Verbesserungen bei den überlassenen Verwaltungsgebühren haben sich hauptsächlich im Teilhaushalt 4, Bereich „Verkehrswesen" (437.973 EUR) und Teilhaushalt 5, Bereich „Baugenehmigungen" (220.124 EUR) ergeben. Darüber hinaus trugen auch die Bereiche Ausländer- und Einbürgerungswesen, Vermessung und Geoinformation, Ordnungswesen und Gewässerschutz zur Verbesserung bei (insgesamt 220.133 EUR).

Im Bereich Verkehrswesen sind die Mehrerträge auf höhere Kfz-Zulassungszahlen und Überwachungs- bzw. Zwangsmaßnahmen wegen Versicherungs- und Steuerverzug oder Mängel von Fahrzeugen zurückzuführen. Die Erträge in Höhe von rund 2.560.500 EUR liegen um rund 65.000 EUR über dem Ergebnis aus 2011. Bei der Haushaltsplanerstellung und der Ansatzermittlung für diesen Bereich wurde noch von rückläufigen Zulassungen ausgegangen.

Bei den Baugenehmigungen konnte durch erhöhte Bautätigkeit bzw. durch erhöhte Bausummen der geplante Ansatz um rund 220.100 EUR überschritten werden. Allein 175.000 EUR sind hiervon auf fünf Großprojekte zurückzuführen, die bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes 2012 nicht absehbar waren.

Gebäudebewirtschaftung und Bauunterhaltung – Minderaufwendungen von 949.200 EUR

Die Einsparungen im Bereich Gebäudebewirtschaftung sind den Auswirkungen der energetischen Maßnahmen, der Überwachung der Heizungsanlagen und dem milden Winter zu verdanken. Durch gemeinsame Ausschreibungen (bei Strom und Wärme) mit anderen Kommunen und sonstigen Gründen wie Prämiensenkung bei Versicherungen konnten günstigere Preise erzielt werden als dies zunächst zu erwarten war. Ferner sind die Minderaufwendungen auch auf die Umstellung des Konzeptes der Abfallbeseitigung und den Umstieg der Entsorgung durch private Unternehmen auf den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft zurückzuführen.

Im Bereich der Bauunterhaltung konnten aufgrund enger personeller Ressourcen einige angedachte Sanierungen nicht plangemäß durchgeführt werden. Dazu zählt insbesondere die energetische Dachsanierung bei der Gewerbeschule Lörrach (300.000 EUR). Verzögerungen ergaben sich bei den Projekten Umstrukturierung des Landratsamtes (Organisation von außen nach innen) und der Radonsanierung bei dem Berufsschulzentrum Lörrach. Diese Maßnahmen werden in den Folgejahren durchgeführt.

Personalaufwand – Minderaufwendungen in Höhe von 193.500 EUR

Der Personalaufwand 2012 (ohne Rückstellungen Altersteilzeit, Urlaub und Mehrarbeit) beläuft sich auf **40.731.600 EUR**. Dies entspricht einer Steigerung um 1.845.822 EUR (4,5 %) gegenüber dem Vorjahresergebnis in Höhe von 38.885.777 EUR.
Im Vergleich zum Planansatz (40.866.540 EUR) ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 134.940 EUR (0,33 %), die auf unbesetzte Stellen zurückzuführen sind.

Die Mehraufwendungen gegenüber 2011 i.H.v. 1.845.822 EUR begründen sich durch:

- die tarifliche Erhöhung für die Beschäftigten (+ 3,5 %) und die Besoldungserhöhung (+ 1,2 %) für die Beamten (insgesamt rd. 768.000 EUR),
- die Erhöhung des Leistungsentgelts (LOB) nach § 18 TVöD von 1,50 % auf 1,75 % (entspricht rd. 78.000 EUR)
- sonstigen personellen Veränderungen wie z.B. Stellenbesetzungen, Stellenbewertungen, Auswirkungen von Stufenaufstiegen und Entscheidungen der Stellenbesetzungskommission (im Umfang von rd. 999.900 EUR).

Jahr	Personalaufwand - in EUR -			Stellen		
	PLAN	IST	△	PLAN	besetzt	△
2011	38.953.200	38.885.777	- 67.423	772,13	701,02	71,11
△	1.913.340	1.845.823		+ 11,63	+ 24,71	
2012	40.866.540	40.731.600	-134.940	783,76	725,73	58,03

Die Zahl der Planstellen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,63 Stellen erhöht. Gegenüber dem Vorjahr konnten 24,71 Stellen besetzt werden.

Die Zahl der tatsächlich besetzten Stellen liegt unter der im Stellenplan ausgewiesenen Stellenzahl. Hierunter fallen:

- Unbesetzte Planstellen in Voll- und Teilzeit
- Personen, die sich in der beruflichen Arbeitsphase der Altersteilzeit befinden.
- Stellen, die nicht zu 100% Arbeitszeit besetzt sind

Rückstellungen

Durch die Einführung des NKHR sind für die Altersteilzeitbeschäftigten (Blockmodell: eine Hälfte Arbeitsphase, eine Hälfte Freistellungsphase) Rückstellungen zu bilden. Beim Blockmodell erhalten die Beschäftigten in der ersten Hälfte (Arbeitsphase) für 100 % Arbeit 50 % Gehalt. Für den Arbeitgeber bedeutet dies, dass er in der Freistellungsphase weiterhin Gehalt zahlen muss, von dem Altersteilzeitbeschäftigten aber keine Arbeitsleistung mehr erhält. Für diese Zahlungen sind in der Arbeitsphase entsprechende Rückstellungen zu bilden.
Bei den Aufwendungen für Altersteilzeit ist ein positiver Wert von 927.959 EUR ausgewiesen, da auch im Jahr 2012 der Aufwand für die Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung (1.004.063 EUR) niedriger war, als die diesjährige Inanspruchnahme (1.932.022 EUR).
Aufgrund einer Prüfungsbemerkung der GPA waren im Haushaltsjahr 2012 die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Mehrarbeit und die Rückstellungen für nicht genommene Zeiten aus Urlaub und die Forderungen aus Minusstunden für die Eröffnungsbilanz gegen das Basiskapital und für das Jahr 2011 aufwandswirksam korrigiert werden. Hieraus resultierend ergeben sich positive Beträge in der Ergebnisrechnung 2012, obwohl sich die Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr erhöht haben.
Insgesamt ergeben sich für das Haushaltsjahr 2012 Minderaufwendungen im Bereich Personal einschl. Rückstellungen in Höhe von 193.495 EUR.

Plan-Ist Vergleich 2012:

Personalaufwendungen	IST 2011	Plan 2012	IST 2012	Plan-IST Vergleich
Personalaufwand	-38.885.777	-40.866.540	-40.731.600	-134.940
Rückstellung ATZ	613.468	1.207.200*	927.959	-279.241
Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	-350.598	0	205.802	+205.802
Rückstellungen für Mehrarbeit	-142.071	0	131.994	+131.994
Summe	**-38.764.978**	**-39.659.340**	**-39.465.845**	**-193.495**

* Die Rückstellung Altersteilzeit war brutto veranschlagt, das bedeutet als Zuführung in Höhe von - 314.100 EUR bei den Personalaufwendungen (Zeile 11) und als Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 1.521.300 EUR bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (Zeile 9), was so jedoch nicht gebucht wurde. Die saldierte Darstellung aus diesen beiden Ansätzen wurde gewählt, um den Plan-Ist-Vergleich transparent zu veranschaulichen.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Zuschussbedarf bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen 28.000 EUR unter Plan

Der Zuschussbedarf der Sozial- und Jugendhilfeleistungen in den THH 6 und 7 blieb mit 66.294.000 EUR ganz knapp unter dem Plan 2012. Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Transferleistungen damit ein Anstieg um 26.745 EUR (+ 0,04 %) zu verzeichnen. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass durch die von 15 % auf 45 % erhöhte Bundesbeteiligung an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine Entlastung um rd. 3 Mio. EUR eingetreten ist. Ansonsten hätte die Steigerung 4,6 % betragen. Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich die einzelnen Hilfeleistungen im Jahr 2012 gegenüber dem Ergebnis 2011 und den Planansätzen 2012 entwickelten. Die Aufwendungen setzen sich zusammen aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeilen 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung).

Entwicklung der Transferleistungen im Landkreis Lörrach 2011-2012

Bezeichnung	PG	IST 2011			PLAN 2012			IST 2012		
		Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf	Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf	Erträge	Aufwendungen	Zuschussbedarf
Hilfe zur Pflege	31.10.01	1.863.177	-11.263.955	-9.400.778	2.043.000	-11.865.000	-9.822.000	1.645.807	-11.648.657	-10.002.850
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	4.493.779	-29.897.337	-25.403.558	4.047.000	-30.741.000	-26.694.000	5.629.246	-31.561.624	-25.932.378
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	-15.523	-896.159	-911.682	8.000	-828.000	-820.000	5.448	-1.092.686	-1.087.238
Hilfe für blinde Menschen	31.10.04	3.205	-1.007.670	-1.004.465	4.000	-987.000	-983.000	4.866	-869.913	-865.047
Hilfe zum Lebensunterhalt ohne Soziallastenausgleich	31.10.05.01	-277.264	-913.490	-1.190.754	194.000	-981.000	-787.000	185.958	-942.297	-756.339
nach § 21 FAG:	31.10.05.01	2.761.666		2.761.666	2.579.100		2.579.100	2.558.849		2.558.849
nach § 22 FAG:	61.10.01	3.805.479		3.805.479	3.098.000		3.098.000	3.080.412		3.080.412
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	31.10.05.02	1.761.881	-9.900.725	-8.138.844	4.886.400	-10.436.000	-5.549.600	4.431.275	-10.600.898	-6.169.623
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SBG XII	31.10.06	0	-77.763	-77.763	0	-70.000	-70.000	0	-67.318	-67.318
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	862	-497.338	-496.476	1.000	-690.000	-689.000	3.358	-596.819	-593.461
Grundsicherung für Arbeitssuchende	31.20	9.115.898	-21.594.435	-12.478.537	8.825.000	-21.518.800	-12.693.800	8.666.288	-20.521.127	-11.854.839
Leistungen für Ausländer / Asyl	31.30	1.147.455	-1.409.601	-262.146	901.200	-1.438.000	-536.800	1.052.382	-1.249.469	-197.087
Leistungen nach BVG (Kriegsopferfürsorge)	31.50.01	980.417	-1.124.272	-143.855	832.000	-980.000	-148.000	844.301	-1.007.182	-162.881
Sonstige soziale Hilfen u. Leistungen	31.80	0	-163.730	-163.730	0	-4.000	-4.000	4.157	-1.818	2.339
Bildung und Teilhabe	31.90	0	0	0	0	-364.000	-364.000	0	-497.560	-497.560
SUMME THH 6		25.641.032	-78.746.475	-53.105.443	27.418.700	-80.902.800	-53.484.100	28.112.347	-80.657.368	-52.545.021
Allg. Förderung junger Menschen	36.20	69.380	-52.302	17.078	31.100	-68.000	-36.900	63.394	-90.010	-26.616
Kinder- und Jugendhilfe	36.30	1.596.967	-12.868.191	-11.271.224	1.629.000	-13.588.000	-11.959.000	1.748.693	-14.280.889	-12.532.196
Finanzielle Förderung in Tageseinrichtungen	36.50.02/03	390.469	-1.445.301	-1.054.832	1.187.300	-1.625.900	-438.600	1.323.371	-1.996.942	-673.571
Unterhaltsvorschussleistungen	36.90.01	907.271	-1.759.759	-852.488	1.405.000	-1.808.000	-403.000	1.205.153	-1.721.404	-516.251
SUMME THH 7		2.964.086	-16.125.553	-13.161.467	4.252.400	-17.089.900	-12.837.500	4.340.611	-18.089.245	-13.748.634
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		28.605.119	-94.872.028	-66.266.910	31.671.100	-97.992.700	-66.321.600	32.452.958	-98.746.613	-66.293.655

Die Abweichungen bei den einzelnen Hilfeleistungen zum Planansatz 2012 werden in folgender Tabelle dargestellt:

Bezeichnung	Produkt/PG	Abweichungen 2012 +/- (*)			Anteile BuT am Zuschussbedarf
		Erträge - in EUR -	Aufwendungen - in EUR -	Zuschussbedarf - in EUR -	
Hilfe zur Pflege	31.10.01	-397.193	216.343	-180.850	
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	31.10.02	1.582.246	-820.624	761.622	
Hilfen zur Gesundheit	31.10.03	-2.552	-264.686	-267.238	
Hilfe für blinde Menschen	31.10.04	866	117.087	117.953	
Hilfe zum Lebensunterhalt ohne Soziallastenausgleich	31.10.05.01	-8.042	38.703	30.661	50.002
nach § 21 FAG:	31.10.05.01	-20.251	0	-20.251	
nach § 22 FAG:	61.10.01	-17.588	0	-17.588	
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	31.10.05.02	-455.125	-164.898	-620.023	-503
Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SBG XII	31.10.06	0	2.682	2.682	
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	31.10.07	2.358	93.181	95.539	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	31.20	-158.712	997.673	838.961	276.446
Leistungen für Ausländer / Asyl	31.30	151.182	188.531	339.713	46.774
Leistungen n. BVG (Kriegsopferfürsorge)	31.50.01	12.301	-27.182	-14.881	
Sonstige soziale Hilfen u. Leistungen	31.80	4.157	2.182	6.339	
Bildung und Teilhabe	31.90	0	-133.560	-133.560	182.415
SUMME THH 6		**693.647**	**245.432**	**939.079**	**555.133**
Allg. Förderung junger Menschen	36.20	32.294	-22.010	10.284	
Kinder- und Jugendhilfe	36.30	119.693	-692.889	-573.196	
Finanzielle Förderung in Tageseinr.	36.50.02/03	136.071	-371.042	-234.971	
Unterhaltsvorschussleistungen	36.90.01	-199.847	86.596	-113.251	
SUMME THH 7		**88.211**	**-999.345**	**-911.134**	**0**
ZUSCHUSSBEDARF GESAMT		781.858	-753.913	27.945	555.133
ZUSCHUSSBEDARF OHNE BERÜCKSICHTIGUNG BUT				-527.189	

(*)
+ bedeutet Mehrertrag oder Minderaufwand oder verminderter Zuschussbedarf

- bedeutet Minderertrag oder Mehraufwand oder vermehrter Zuschussbedarf

In der Tabelle wurden lediglich die Transferaufwendungen in den Fokus genommen. Die Anteile des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) am Zuschussbedarf (555.133 EUR) entsprechen nicht genau den Werten aus der nachfolgenden Tabelle „Übersicht BuT 2012“, da in das Bildungs- und Teilhabepaket noch die Verwaltungskosten, die Schulsozialarbeit und das Hortessen mit einfließen. Die Minderaufwendungen dieser Bereiche blieben bei o.g. Zusammenstellung außer Betracht.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Der Zuschussbedarf bei den Transferleistungen im Bereich der Eingliederungshilfe konnte durch höhere Ersatzleistungen von Sozialleistungsträgern und anderen Ersatzleistungen wie z.B. Bafög-Erstattungen gegenüber der Planung um rund 760.000 EUR verbessert werden.

Im Bereich der Hilfe zur Pflege resultiert der erhöhte Zuschussbedarf hauptsächlich aus geringeren Erträgen. Ursache hierfür ist die nunmehr abgeschlossene Restabwicklung der Altfälle im Wohngeldbereich, wodurch sich keine Rückzahlungen mehr ergeben. Auch auf der Aufwandsseite wurde der Planansatz unterschritten. Gründe hierfür sind geringere Fallzahlen gegenüber der Planung sowohl ambulant (103 statt geplant 114) als auch stationär (775 statt geplant 780).

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung fehlen bei der Bundeserstattung aufgrund eines Berechnungsfehlers in der Planung auf der Ertragsseite ca. 370.000 EUR. Die Aufwendungen liegen im stationären Bereich genau im Plan bei stabilen ca. 180 Fällen. Diese Hilfefälle sind auch bei denen der Hilfe zur Pflege enthalten, da dieser Personenkreis beide Hilfearten erhält. Im ambulanten Bereich gab es dagegen 40 Fälle mehr als geplant (Plan 1.220, IST 1.262), wodurch sich Aufwendungen in Höhe von ca. 165.900 EUR über dem Planansatz ergeben.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende ergab sich ein positives Ergebnis durch die starke Senkung der SGB II Quote. In Zahlen bedeutet das, dass sich die Bedarfsgemeinschaften von Dezember 2011 mit 4.941 auf 4.726 im Dezember 2012 verringert haben. Ende Dezember 2012 befanden sich 9.181 Personen in Bedarfsgemeinschaften. Bei den Kosten der Unterkunft ergaben sich hierdurch Minderaufwendungen von 937.700 EUR. Durch die geringere Zahl an Leistungsempfängern lag auch der Aufwand der einmaligen Hilfen (Erstausstattung Wohnung, Bekleidung etc.) um ca. 100.000 EUR niedriger als geplant. Die Leistungsbeteiligung des Bundes fiel in Folge dessen um 307.000 EUR niedriger aus. Durch Mehrerträge aufgrund höherer Weitergabe der Wohngeldentlastung durch das Land (91.100 EUR), nicht in dieser Höhe eingeplanter Rückzahlungen gewährter Hilfen (150.000 EUR) sowie Erstattungen für einmalige Hilfen (53.000 EUR) konnte dies auf der Ertragsseite kompensiert werden.

Bei den Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler sind aufgrund erhöhter Flüchtlingszuweisungen höhere Erstattungen von Kostenpauschalen des Landes eingegangen. Da der hohe Anstieg der Flüchtlingszahlen erst im zweiten Halbjahr zu verzeichnen war, blieben die Transferaufwendungen unter Plan, sodass sich per Saldo eine Reduzierung des Zuschussbedarfes um rund 339.700 EUR ergeben hat.

Bei der Kinder- und Jugendhilfe hat sich der Zuschussbedarf um 573.200 EUR erhöht. Dies ist vorwiegend auf Mehraufwendungen für die Heimunterbringung von jungen Volljährigen (300.000 EUR) sowie für die stationären Hilfen für junge Menschen mit seelischen Behinderungen (328.000 EUR) zurückzuführen. Die Ursachen sind vielschichtig und in der PG 36.30 näher erläutert. Weitere Mehraufwendungen ergaben sich bei den Inobhutnahmen (133.000 EUR) und der gemeinsamen Unterbringung von Vätern, Mütter und Kinder (64.000 EUR). Erfreulicherweise konnten die Hilfen im ambulanten Bereich ausgebaut und in diesem Bereich Minderaufwendungen in Höhe von 34.000 EUR erzielt werden. Ebenfalls Minderaufwendungen ergaben sich beim Betreuten Jugendwohnen (-135.000 EUR) und den Elternbildungskursen (-110.000 EUR). Bei den Erträgen schlugen neben höheren Kostenbeiträgen zusätzlich 64.000 EUR Landeszuschuss für Frühe Hilfen positiv zu Buche.

Aufgrund der geänderten Fördergrundsätze in der Kindertagespflege ergaben sich Mehraufwendungen von rd. 370.000 EUR, die nur anteilig durch höhere Kostenbeiträge (134.000 EUR) kompensiert werden konnten.

Die Mindererträge im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen (rd. 199.800 EUR) basieren auf der Niederschlagung von zahlreichen Forderungen wegen Uneinbringlichkeit, die 2012 vorgenommen wurden.

Die Verbesserungen beim Zuschussbedarf der Transferleistungen im THH 6 Soziales & Arbeit (inkl. Rückstellung im Bereich des Bildungs- und Teilhabepakets mit 771.900 EUR) belaufen sich in Summe auf rd. 939.100 EUR und können damit die Verschlechterungen des Zuschussbedarfs im THH 7 Jugend & Familie in Höhe von 911.100 EUR kompensieren. Bei einem Zuschussbedarf von 66,3 Mio. EUR für die Transferleistungen im Sozial- und Jugendhilfebereich ist eine Abweichung um rd. 28.000 EUR eine Punktlandung! Falls die Rückzahlungsverpflichtung der nicht ausgeschütteten BuT-Mittel an den Bund nicht eintreten würde, hätte dies einen weiteren positiven Effekt auf das Sozial- und Jugendbudget.

Zuschüsse im Sozial- und Jugendbereich

Neben den Transferleistungen sind die Zuschüsse an freie Träger in den Teilhaushalten 6 und 7 eine bedeutende Größe. Im Vergleich zum Vorjahr 2011 ist dabei zu berücksichtigen, dass etliche Zuschüsse im Vorfeld der Umstellung aus NKHR in das Jahr 2010 vorgezogen wurden.

Ergebnis 2012 - Erträge - in EUR -			
Träger / Verein	IST 2011	Planansatz 2012	IST 2012
Erhaltene Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)		22.900	38.639
Erhaltene Zuschüsse Aussiedler GU (PG 31.30+31.40)	36.607	31.000	44.320
Erstattungen Betreuungverein (PG 31.70)	0	115.000	123.603
Sonstige Erträge (PG 31.80+36.20)	35.722	35.500	45.964
Erträge zur Kindertagespflege (PG 36.50)	105.706	213.100	224.123
Erträge gesamt	**178.035**	**417.500**	**476.649**

Ergebnis 2012 - Aufwendungen - in EUR -			
Träger / Verein	IST 2011	Planansatz 2012	IST 2012
Zuschüsse Träger der freien Wohlfahrtspflege (PG 31.10 + 31.60)	621.516	621.516	621.516
Zuschüsse Suchtberatungsstellen (PG 31.80)	0	829.949	824.760
Zuschüsse im Vor- und Umfeld der Pflege (PG 31.60)	35.427	50.000	22.970
Weitere Zuschüsse FB Soziales (PG 31.30, 31.40, 31.70)	22.919	90.400	91.900
Zwischensumme THH 6	679.862	1.591.865	1.561.147
Zuschüsse zur Schulsozialarbeit (PG 36.20)	156.226	618.680	406.691
davon: Landkreismittel alt	156.226	152.000	140.011
davon: Landkreismittel neu	0	200.000	0
davon: Mittel aus BuT	0	266.680	266.680
Zuschüsse zur Kindertagespflege (PG 36.50)	190.141	271.100	314.174
Weitere Zuschüsse FB Jugend und Familie (PG 36.20+36.50)	72.900	116.500	113.995
davon: Kindergartenförderprogramm	0	60.000	60.000
Zuschüsse Jugendarbeit durch Jugendreferat (PG 36.20+36.30)	337.583	362.200	313.013
davon: Jugendförderprogramm	150.058	150.000	140.676
Zwischensumme THH 7	756.850	1.368.480	1.147.873
Aufwendungen gesamt	**1.436.712**	**2.960.345**	**2.709.020**

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Bildungs- und Teilhabepaket

Für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) erhielt der Landkreis 2012 Bundesmittel in Höhe von 1.778.643 EUR ein. Die Erträge in Form der Erhöhung der Bundesbeteiligung finden sich in der PG 31.20 (Zeile 2). Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaket wurden je nach Leistungsberechtigung in den PG 31.10, 31.30, 31.50, 31.80 verbucht und belaufen sich auf 904.165 EUR. Für die nicht ausgeschütteten Mittel in Höhe von insgesamt rund 771.900 EUR wurde eine Rückstellung gebildet, da eine Rückforderung durch den Bund möglich ist (Spitzabrechnung).

Bezeichnung	Auftrag 2012	Plan 2012 - in EUR -	Ist 2012 - in EUR -	Abweichung 2013 - in EUR -
Erträge BuT				
Gesamtsumme Erträge (9,4 % der Kosten der Unterkunft)		**1.871.900,00**	**1.778.642,75**	**-93.257,25**
Aufwendungen BuT				
5,40 % Leistungen BuT / Transfers:				
Leistungen nach § 28 SGB II	31.20.06	-645.000,00	-368.553,98	276.446,02
Leistungen nach § 6b BKKG Kinderzuschlagsempfänger	31.90.01	-161.000,00	-20.351,50	140.648,50
Leistungen nach § 6b BKKG Wohngeldempfänger	31.90.02	-161.000,00	-119.233,60	41.766,40
Sozialhilfe nach § 34 SGB XII (HzL)	31.10.05.01	-54.000,00	-3.998,28	50.001,72
Sozialhilfe nach § 42 SGB XII (Grusi)	31.10.05.02	0,00	-503,04	-503,04
Leistungen in bes. Fällen nach § 2 AsylbLG	31.30.01.01	-54.000,00	-7.226,13	46.773,87
Zwischensumme Leistungen BuT / Transfers 5,4 %:		**-1.075.000,00**	**-519.866,53**	**555.133,47**
2,8 % Hortessen und Schulsozialarbeit:				
Hortessen	31.20.01.68 und 31.80.06.18 und 28	-140.000,00	-4.158,25	135.841,75
Schulsozialarbeit	36.20.02	-418.000,00	-266.680,00	151.320,00
Zwischensumme Hortessen und Schulsozialarbeit 2,8 %:		**-558.000,00**	**-270.838,25**	**287.161,75**
Personal und Sachkosten BuT				
1,2 % Verwaltungskosten:				
Personal- und Sachkosten Jobcenter	31.20.01	-196.900,00	-82.941,86	113.958,14
Personal- und Sachkosten Kommunal	31.20.01	-42.000,00	-30.518,00	11.482,00
Zwischensumme Verwaltungskosten 1,2 %:		**-238.900,00**	**-113.459,86**	**125.440,14**
Gesamtsumme Aufwendungen		**-1.871.900,00**	**-904.164,64**	**967.735,36**
Differenz (Erträge -Aufwendungen)		**0,00**	**874.478,11**	**874.478,11**

Die pauschalen Erträge für das Bildungs- und Teilhabepaket übersteigen auch im zweiten Jahr die Aufwendungen. Die Auszahlungsquote belief sich ohne Berücksichtigung der Verwaltungs-kosten auf rund 50 %. Mit diesem Wert liegt der Landkreis Lörrach unter dem Durchschnitt von rund 60 %. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die pauschale Zuweisung des Bundes (8,2 % der Kosten der Unterkunft) nicht auf einer nachvollziehbaren Bedarfserhebung oder Berechnung beruhte. Vielmehr handelte es sich hierbei um einen ausgehandelten Betrag, der in dieser Höhe den tatsächlichen Bedarf nicht widerspiegelt. Hinzu kommen Sondereffekte. So wurde die Schülerbeförderung erst ab 01.09.2012 über BuT bezahlt, da vorher generell Befreiung durch die Landkreissatzung erfolgte.

Ein Teil der Schülerbeförderungskosten für aus dem BuT leistungsberechtigte Kinder wird nach wie vor über die Satzung zur Erstattung bzw. Bezuschussung der notwendigen Schülerbeförderungskosten vom Landkreis bezahlt. Beim Mittagessen ist der Aufwand nicht so hoch wie bei anderen Landkreisen, da wir nicht so viele Schulen und Kinderhorte haben, die Mittagessen anbieten. Bei den eintägigen Klassenausflügen ist im Vergleich mit anderen Landkreisen der Aufwand sehr niedrig, bei mehrtägigen Klassenfahren aber hoch. Diese Besonderheiten führen im Vergleich zu einem geringeren Aufwand.

Sonstige Budgeteinsparungen
Bildung von Ermächtigungsübertragungen – 1,815 Mio. EUR

Die Teilhaushalte 1 bis 6 erzielten Verbesserungen (Mehrerträge, Minderaufwendungen) gegenüber der Planung und haben damit zum guten Jahresergebnis 2012 beigetragen.
Die dadurch ermöglichten Ermächtigungsübertragungen ins Jahr 2013 setzen sich aus Übertragungen aufgrund der Übertragungsvermerke gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO (1.269.631,61 EUR) und Budgetüberträgen (545.100 EUR) zusammen, insgesamt 1.814.731,61 EUR. Details zur Bildung der Ermächtigungsübertragungen sind im Abspann ersichtlich.

Die in 2012 gebildeten Ermächtigungsübertragungen haben (im Gegensatz zu den Haushaltsresten in der Kameralistik) keine Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2012, sondern belasten die Folgejahre, wenn sie tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist in vier Blöcke untergliedert. Nachfolgend werden diese Bereiche laufende Verwaltungstätigkeit, Investitionen, Finanzierung und haushaltsunwirksame Vorgänge betrachtet und erläutert. Die Zahlungsströme der Finanzrechnung korrelieren überwiegend mit der Entwicklung der Ergebnisrechnung. Auf eine tiefergehende Ausführung zu den bereits in der Ergebnisrechnung erläuterten Gründen wird an dieser Stelle verzichtet und auf die Ergebnisrechnung verwiesen.

Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Das gute ordentliche Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung spiegelt sich in der Finanzrechnung in einem Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit wider. Sämtliche Einzahlungen abzüglich aller Auszahlungen der Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2012 ergeben einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Abweichung zwischen dem ordentlichen Ergebnis der Ergebnisrechnung und dem Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit der Finanzrechnung resultiert aus den nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträgen sowie der periodengerechten Verbuchung. Hierdurch entstehen offene Forderungen sowie Verbindlichkeiten, deren Einzahlung bzw. Auszahlung erst im nachfolgenden Haushaltsjahr erfolgt bzw. umgekehrt.

	Ordentliche Erträge		181.415.278,17
-	31610000	Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen	420.255,80
-	35820000	Erträge aus Aufl. / Herabs. von Rückstellungen	111.022,37
-	35831000	Auflösung von Wertberichtigungen	900.860,54
-	35839000	Sonstige nicht zahlungswirksame Erträge	4.519,68
-	37110000	Aktivierte Eigenleistungen	8.103,49
+	3*	Jahresabgrenzung	1.870.276,86
=	Einzahlungen des ErgHH		181.840.793,15

	Ordentliche Aufwendungen		178.506.022,23
-	40710000	Zuführung zu Rückstellungen Altersteilzeit	927.958,74
-	40710010	Zuführung zu Rückstellungen Urlaub	205.801,53
-	40710020	Zuführung zu Rückstellungen Mehrarbeit	131.994,18
-	47*	Abschreibungen	2.943.656,29
+	4*	Jahresabgrenzung	1.403.162,28
=	Auszahlungen des ErgHH		175.699.773,77

=	**Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit**	**6.141.019,38**

Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 8,0 Mio. EUR gesunken, da es im Jahr 2012 rund 10 Mio. EUR mehr Auszahlungen sowie 2,0 Mio. EUR mehr an Einzahlungen

als 2011 gab. Dennoch ist der Zahlungsmittelüberschuss mit 6.141.019,38 EUR (VJ 14.240.083,35 EUR) um rund 9,0 Mio. EUR höher ausgefallen als im Plan 2012 veranschlagt. Das gute Ergebnis resultiert aus Mehreinzahlungen durch Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 3,4 Mio. EUR, durch Transfereinzahlungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Mio. EUR, durch Kostenerstattungen in Höhe von 1,1 Mio. EUR und durch Zinsen in Höhe von 0,4 Mio. EUR. Daneben gibt es weniger Auszahlungen für Dienst- und Sachleistungen in Höhe von 1,2 Mio. EUR, für Transferleistungen in Höhe von 0,6 Mio. EUR und für Sonstige Auszahlungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR (wie z.B. Schülerbeförderung oder Aus- und Fortbildungen).

Zahlungsmittelfehlbetrag aus Investitionstätigkeit

Im Investitionsbereich ergibt sich ein Saldo von -1.114.942,45 EUR (VJ -1.887.992,58 EUR). Der geplante Wert belief sich auf rund -2,5 Mio. EUR (VJ -1,2 Mio. EUR). Der Grund für diese Verbesserung liegt insbesondere in der Rückzahlung von Kassenkrediten (Ausleihungen) der Kliniken GmbH.
Die nicht mehr zur Liquiditätssicherung benötigten Mittel in Höhe von 1.300.000 EUR wurden an den Landkreis zurückgeführt. Diese Rückführung der Ausleihungen war nicht veranschlagt.

Wie geplant erhielt der Eigenbetrieb Heime zur Liquiditätssicherung eine Aufstockung der Kapitalrücklage um 1,0 Mio. EUR. Weitere Ausführungen zur Investitionstätigkeit finden sich bei den nachfolgenden Ausführungen zur Vermögensrechnung.

Keine Finanzierungstätigkeit

Der Kernhaushalt blieb auch im vergangenen Jahr schuldenfrei. Es wurde kein Fremdkapital benötigt. Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit betrug folglich 0 EUR (VJ -255,65 EUR). Dies ist eine einmalige Situation, die sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht wiederholen wird, da im Zuge der energetischen Sanierung der Gewerbeschule Lörrach eine Kreditaufnahme im laufenden Haushaltsjahr 2013 geplant ist. Hierbei handelt es sich um ein zinsgünstiges KfW-Darlehen in Höhe von 2 Mio. EUR.

Haushaltsunwirksame Vorgänge

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen wird wie im Vorjahr ein erheblicher Saldo in Höhe von -6.836.637,00 EUR (VJ -11.051.118,82 EUR) ausgewiesen. Der Saldo aus 129,5 Mio. EUR Einzahlungen und 136,3 Mio. EUR Auszahlungen ergibt sich aus jahresübergreifenden Ein- und Auszahlungen, welche zum Bilanzstichtag als Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen werden. Die Auszahlungen für Termingelder stellen mit 7,0 Mio. EUR (VJ 12 Mio. EUR) nahezu den gesamten Saldo dar. Der Anstieg der Geldanlagen ist im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Mio. EUR zurückgegangen.
Hierdurch lässt sich auch der deutliche Rückgang des Saldos der haushaltsunwirksamen Vorgänge erklären. Von den insgesamt 129,5 Mio. EUR Einzahlungen sind die FAG Zahlungen mit 106 Mio. EUR der größte Teil. Daneben sind die Geldanlagen mit 18 Mio. EUR, die Mündelgelder mit rund 2,6 Mio. EUR sowie die Umsatzsteuerzahlungen mit rund 1,0 Mio. EUR die größten Positionen.

Bestand

Insgesamt ergibt sich aus den oben angeführten Salden der vier Blöcke eine Senkung der liquiden Mittel um 1,8 Mio. EUR auf 2.187.970,67 EUR (VJ 3.998.530,74 EUR). Grund hierfür ist ein höherer Anteil an fest angelegten Finanzmitteln.
Die gesamten Finanzmittel erhöhten sich um rund 3,9 Mio. EUR (VJ 13,7 Mio. EUR).

Verlauf der Haushaltswirtschaft

Vermögensrechnung

Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Der Landkreis Lörrach hat auch im zweiten Jahr nach der Umstellung auf NKHR eine Investitionspause eingelegt. Ziel war es, durch ein geringes Investitionsvolumen die Liquidität auf einem guten Niveau zu halten, um damit die Voraussetzungen für die Finanzierung der bedeutenden Investitionen in den Finanzplanungsjahren zu schaffen. Aus diesem Grunde ist das Sachvermögen wie schon im Jahr 2011 leicht rückläufig. Die Investitionstätigkeit beschränkte sich auf wenige Positionen. Nachfolgende Tabellen geben einen Überblick über die wichtigsten Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Jahr 2012:

PG	Investition	Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Vergleich Plan/Ist - in EUR -
11.24	Energetische Sanierung Kaufmännische Schule Lörrach	0	-17.515	-17.515
11.24	Umbau Eingangsbereich Gewerbeschule Schopfheim	0	-123.352	-123.352
11.24	Grunderwerbsteuer Haus 2 (Grundst. u. Telekom-Gebäude)	0	-320.148	-320.148
11.24	Finanzierungsleasing Telekom-Gebäude	0	-87.861	-87.861
21.30	Bewegl. AV der kreiseigenen Schulen	-318.200	-186.057	132.143
31.40	Erhöhung Kapitalrücklage EB Heime	-1.000.000	-1.000.000	0
54.20	Brückenbaumaßnahme - Planung	-50.000	-3.249	46.751
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien (netto)	-145.700	-154.917	-9.217
XX.XX	Diverse bewegliche Anlagegüter	-157.100	-130.603	26.497

Der Tilgungsanteil des Finanzierungsleasings für das Telekomgebäude wurde zunächst als Auszahlung für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen veranschlagt (Zeile 20 Teilfinanzrechnung – THH 1). Die Buchung in 2012 erfolgte korrekterweise als Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Zeile 10 Teilfinanzrechnung – THH 1), wodurch sich formal eine Plan-Ist-Abweichung ergab, die jedoch eine zulässige Mehrauszahlung darstellt.

Eine weitere bedeutende Abweichung ergibt sich durch die Buchung der Ausleihungen (Kassenkredite) an die Kliniken GmbH. Die Rückzahlung der Kassenkredite sind als Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Zeile 8 Teilfinanzrechnung – THH 1); und die Gewährung als Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Zeile 13 Teilfinanzrechnung – THH 1) darzustellen. Per Saldo ergab sich in 2012 eine um 1.300.000 EUR höhere Einzahlung, wodurch sich der Saldo aus Investitionstätigkeit um diesen Betrag erhöhte.

PG	Investition	Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Vergleich Plan/Ist - in EUR -
31.40	Pflegeheimförderung	-500.000	-384.364	115.636
54.70	Zuschuss Tramlinie 8 Basel – Weil am Rhein	-150.000	-250.000	-100.000
57.10	Strukturförderung	-75.000	-15.340	59.660

Detailinformationen zu den einzelnen Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen befinden sich in den jeweiligen Teilhaushalten

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beinhaltet neben Zahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen des laufenden Jahres immer auch Auszahlungsbeträge für Investitionen des Vorjahres. Dies ergibt sich durch Rechnungseingänge zum Jahreswechsel.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.		Gesamtfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	320.375,25	296.600	226.785,44	69.814,56-	0	0	69.814,56	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	52.135,65	0	2.099,50	2.099,50	0	0	2.099,50-	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit	16.337.607,68	18.900	3.878.669,86	3.859.769,86	0	0	3.859.769,86-	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.710.118,58	315.500	4.107.554,80	3.792.054,80	0	0	3.792.054,80-	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.917,87-	30.000-	408.008,55-	378.008,55-	408.048,00-	30.000,00-	60.039,45-	60.000,00-
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	424.957,12-	160.000-	121.355,85-	38.644,15	145.162,82-	137.829,39-	321.636,36-	284.355,00-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	961.467,38-	895.300-	541.386,85-	353.913,15	40.015,50-	49.187,00-	443.115,65-	136.812,81-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16.700.000,00-	1.000.000-	3.500.000,00-	2.500.000,00-	0	0	2.500.000,00	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	427.768,79-	745.000-	651.746,00-	93.254,00	4.526,05	200.000,00-	288.727,95-	105.000,00-
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	18.598.111,16-	2.830.300-	5.222.497,25-	2.392.197,25-	588.700,27-	417.016,39-	1.386.480,59	586.167,81-
31	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.887.992,58-	2.514.800-	1.114.942,45-	1.399.857,55	588.700,27-	417.016,39-	2.405.574,21-	586.167,81-

Insgesamt hat sich auf der Aktivseite der Vermögensrechnung eine Verringerung von 5.510.373,87 EUR ergeben; dies beruht zum einen auf dem leicht rückläufigen Sachvermögen. Zum anderen ist dies vorwiegend darauf zurück zu führen, dass aufgrund eines Hinweises der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Mündelgeldern nur noch saldiert dargestellt werden dürfen. Die Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Bilanz sind im Wesentlichen aus diesem Grunde um 7.033.200,86 EUR geringer als im Vorjahr.

Kommunale Aufgabenerfüllung

Der Rechenschaftsbericht soll gem. § 54 Abs. 2 GemHVO auch Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung sowohl im Hinblick auf deren Gewährleistung als auch deren Gefährdung darstellen.

Die kommunale Aufgabenerfüllung war im Jahr 2012 in allen Bereichen grundsätzlich gewährleistet.

Für das Haushaltsjahr 2012 lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Landkreis Lörrach unter Beachtung der strategischen Ziele seine Aufgaben stetig und nachhaltig erfüllen konnte und das vorgegebene Gesamtbudget dabei eingehalten wurde.

Planabweichungen

Der Nachtrag zum Haushaltsplan 2012 wies einen Fehlbetrag in Höhe von 3.984.300 EUR aus; in der Rechnung konnte das Jahr 2012 mit einem Überschuss in Höhe von 2.909.256 EUR abgeschlossen werden. Die tatsächliche Ergebnisverbesserung beträgt 6.893.556 EUR. Nach der Darstellung des Haushaltsverlaufs mit den Erläuterungen zu den bedeutendsten Bereichen zeigt nachfolgende Liste die erheblichen Abweichungen nach den Ertrags- und Aufwandsarten. Um das Rechnungsergebnis im Gesamthaushalt herleiten zu können, sind daneben auch kleinere Abweichungen aufgeführt.

		Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Delta - in EUR -
	Jahresergebnis 2012	**-3.984.300**	**2.909.256**	**6.893.556**
1	Steuern und ähnliche Abgaben	800.000	891.137	91.137
	höhere Wohngeldentlastung			91.137
2	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	151.752.300	154.225.184	2.472.884
	Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG *Abrechnung aus 2011 (13.100 EUR);* *höherer Kopfbetrag in 2012 (510 EUR auf 517 EUR)* *höhere Ausschüttungsquote in 2012 (71 % auf 71,4 %)*	19.399.600	20.664.098	1.264.498
	Überlass.Verwaltungsgebühren (nach § 11 (3) FAG) *davon bei Kfz-Zulassungen/Überwachungsmaßnahmen (438.000 EUR), Baurecht (220.100 EUR), Ausländer- und Einbürgerungswesen (84.030 EUR), Vermessung&Geoinfo. (59.700 EUR), Ordnungswesen (45.300 EUR), Gewässerschutz (43.700 EUR)*	3.937.200	4.815.430	878.230
	Grunderwerbsteuer	10.500.000	11.052.323	552.323
	Zuweis. Land § 17 FAG (Sachkostenbeiträge) erhöhte Sachkostenbeiträge	5.311.300	5.512.799	201.499
	Zuweisung laufende Zwecke Land *davon Berufsbildende Schulen - Unterbringung Blockschüler (40.200 EUR), ÖPNV - RVL (21.500 EUR), Zensus (14.000 EUR)*	1.211.600	1.292.594	80.994
	Zuw. Land § 25 FAG (Verkehrslasten)	2.128.150	2.191.200	63.050
	Auflösung SoPo aus Zuweisungen	361.600	420.256	58.656
	Zuw. Land § 11 (4) FAG (Sonderbehörden)	2.244.000	2.299.737	55.737
	Soziallastenausgleich § 22 FAG	3.098.000	3.080.412	-17.588
	Soziallastenausgleich § 21 FAG	2.579.100	2.558.849	-20.251
	Leistungsbeteiligung Bund KdU	7.925.000	7.617.588	-307.412
	Ausgleichsleistungen des Bundes § 46 a SGB XII	4.552.400	4.182.817	-369.583
3	Sonstige Transfererträge	8.607.000	9.194.134	587.134
	Sonstige Transfererträge *davon Eingliederungshilfe (1.443.726 EUR),* *Hilfe zur Pflege (-388.715 EUR),* *Hilfe zum Lebensunterhalt (-332.403 EUR),* *Unterhaltsvorschuss (-208.065 EUR),* *Übernahme Teilnahmebeiträge für Kinder in Tageseinrichtungen (136.708 EUR),* *Grundsicherung im Alter (-113.135 EUR),* *Grundsicherung für Arbeitssuchende (57.564 EUR),* *Mindererträge teilweise auf Niederschlagungen von Forderungen zurückzuführen*	8.607.000	9.194.137	587.137

Planabweichungen

		Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Delta - in EUR -
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte	1.412.300	1.455.004	42.704
	Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte *davon Unterbringung von Flüchtlingen/Aussiedlern (26.950 EUR), Projekt Bildungshaus 3-10 (21.007 EUR), Vermietung von Räumen in Schulen (20.618 EUR)*	1.208.600	1.281.774	73.174
	Verwaltungsgebühren *davon Fleischhygiene (-18.327 EUR)*	203.700	173.230	-30.470
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	827.300	682.457	-144.843
	Sonst.privatrechtl.Leistungsentgelte: *davon Zentrale Dienstleistungen - Hausdruckerei (-87.925 EUR), Dienstleistungen GIS für Gemeinden (-57.000 EUR, gebucht in Zeile 6 mit 19.010 EUR), GWS Schopfheim u. Rheinfelden, Unterbringung Blockschüler (-26.792 EUR)*	458.700	280.555	-178.145
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.262.400	12.158.339	895.939
	Erstattungen vom Bund *davon Grundsicherung f. Arbeitssuchende einmalige Leistungen (194.428 EUR); Personal- und Sachkostenerstattung Jobcenter (-50.147 EUR); Kriegsopferfürsorge (-33.761 EUR)*	3.255.409	3.373.989	118.580
	Kostenerstattungen vom Land *davon Hilfen für Flüchtlinge (179.271 EUR), Spitzabrechnung Waldarbeiter (-123.808 EUR), Landesstraßen (72.880 EUR), Kriegsopferfürsorge (67.047 EUR), Bundesstraßen (24.343 EUR), Wahlen (14.470 EUR)*	4.548.686	4.802.891	254.205
	Erstattungen von Gemeinden und GV *davon Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (111.067 EUR), Kreisstraßen (33.759 EUR), Hilfe zur Überwindung soz. Schwierigkeiten (25.859 EUR), Vermessung und Geoinformation (19.010 EUR, geplant in Zeile 5), Rückzahlung Zuschuss Kindertageseinrichtungen (15.000 EUR)*	971.800	1.183.689	211.889
	Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich *davon Frühe Hilfen (64.083 EUR), Zentrale Dienstleistungen (11.396 EUR), Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII (11.029 EUR)*	53.900	161.657	107.757
	VKB Heime, EAL, Kliniken GmbH	1.506.605	1.400.748	-105.857
	Erstattungen von privaten Unternehmen/ von übrigen Bereichen *davon Schadensersatzforderungen Straßen (110.705 EUR); Schülerbeförderung (48.200 EUR), grenzüberschreitendes Modellprojekt Pflege (30.000 EUR), Rücklauf Pensionskasse (26.000 EUR), Vernetzung und Suchthilfeplanung (15.738 EUR)*	926.000	1.200.622	274.622
7	Zinsen und ähnliche Entgelte	103.300	347.725	244.425
8	aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	8.103	8.103
9	Sonstige ordentliche Erträge	2.913.500	2.453.195	-460.305
	Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	0	900.861	900.861
	Bußgelder, Zwangsgelder	1.333.800	1.348.322	14.522
	Säumniszuschläge, Mahngebühren u.ä.	49.400	59.956	10.556
	Erträge aus Auflös. oder Herabs. v. Rückstellungen *Erträge aus der Rückstellung für Altersteilzeit (1.521.300 EUR, gebucht in Zeile 11 in Höhe von -927.958,74 EUR)*	1.521.300	111.022	-1.410.278
10	**Ordentliche Erträge**	**177.678.100**	**181.415.278**	**3.737.178**

		Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Delta - in EUR -
11	Personalaufwendungen	-41.180.640	-39.465.845	1.714.795
	Rückstellungen *davon für Altersteilzeit (927.958,74 EUR, veranschlagt in Zeile 9 (mit 1.521.300 EUR) und in Zeile 11(mit -314.100 EUR), für Urlaub (205.800 EUR) und für Mehrarbeit (132.000 EUR)*	-314.100	1.265.754,45	1.579.854
	Personal- und Versorgungsaufwendungen *davon für Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte (223.023 EUR), Beamte (88.393 EUR), Sonstige Beschäftigte (13.000 EUR) für Beiträge Versorgungskassen Tariflich Beschäftigte (-267.461 EUR), Beamte (117.002 EUR) für Sozialversicherungsbeiträge Tarifliche Beschäftigte (-26.693 EUR) für Beihilfen, Unterstützungsl. Beschäftigte (-12.709 EUR)*	-40.866.540	-40.731.600	134.940
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.223.130	-10.280.001	1.943.129
	Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	-1.560.550	-1.083.384	477.166
	Unterhaltung bauliche Anlagen energetische Sanierung *davon Berufsschulzentrum Lörrach (281.660 EUR), Erich Kästner-Schule (36.929 EUR), Gewerbeschule Rheinfelden (36.400 EUR), Helen-Keller-Schul-kindergarten Weil am Rhein (11.350 EUR)*	-505.000	-138.838	366.162
	Unterhaltung bauliche Anlagen, Radonsanierung *Berufsschulzentrum Lörrach (134.364 EUR)*	-180.000	-45.636	134.364
	Unterhaltung bauliche Anlagen, elektro-technisch *davon Berufsschulzentrum Schopfheim (-369.413 EUR), Berufsschulzentrum Lörrach (82.319 EUR)*	-200.000	-487.094	-287.094
	Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen *davon Kreisstraßen (184.589 EUR), Schadensersatzforderungen Straßen (-91.768 EUR), Landesstraßen (29.065 EUR), Bundesstraßen (16.006 EUR)*	-1.200.000	-1.062.109	137.891
	Unterhaltung bewegliches Vermögen *davon berufsbildende Schulen (66.537 EUR), Kreisstraßen (18.693 EUR), Landesstraßen (14.031 EUR), Sonderschulen (12.445 EUR), Bundesstraßen (8.638 EUR), Organisation und IuK (8.430 EUR)*	-336.770	-166.207	170.563
	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter *davon berufsbildende Schulen (354.160 EUR), Sonderschulen (92.026 EUR) --> Ermächtigungsübertragungen Schulbudgets*	-946.130	-436.902	509.228
	Leasing *davon Vermessung & Geoinformation (44.639 EUR), Funk- und Fernmelde-technik ILSt (10.219 EUR), Waldwirtschaft (8.019 EUR), Verkehrswesen (5.873 EUR),*	-238.100	-167.091	71.009
	Aufwand für Wärme *davon Facility Management (161.022 EUR), Gemeinschaftsunterkunft Rhein-felden (-43.891 EUR)*	-578.600	-462.331	116.269
	Sonst. Bewirtschaftung Grundstücke u. bauliche Anlagen *davon Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden (50.252 EUR)*	-131.850	-81.719	50.131
	Aus- und Fortbildung, Umschulung *davon fachübergr. Fortbildung (84.264 EUR), Organisation und IuK (-32.682 EUR), Facility Management (25.286 EUR), Steuerungsunterstützung, Controlling u. Beteil.management (21.856 EUR), Finanzmanagement (15.131 EUR), Steuerung (-13.958 EUR), Helen-Keller-Schule u. -Schulkindergarten Maulburg/ Weil am Rhein (12.355 EUR)*	-458.950	-329.855	129.095

Planabweichungen

		Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Delta - in EUR -
	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen *davon Katastrophenschutzübungen (56.977 EUR), Steuerungsunterstützung, Controlling u. Beteiligungsmanagement (21.544 EUR), Maßnahmen der Gesundheitspflege (14.025 EUR)*	-125.800	-20.473	105.327
	Aufwendungen für EDV *davon Personalmanagement (81.536 EUR), berufsbildende Schulen (-42.265 EUR), Ordnungswesen (-29.498 EUR), Finanzmanagement (27.865 EUR)*	-841.750	-775.705	66.045
	Aufwendungen für Dienstleistungen Dritte *Externe Vergabe der Druckaufträge (Zentrale Dienstleistungen -74.632 EUR, Schulen -72.785 EUR)*	-653.500	-820.265	-166.765
	Aufwendungen f. bezogene Waren *davon GU (-14.611 EUR), Landesstraßen (-11.806 EUR), Kreisstraßen (-10.831 EUR)*	-61.700	-104.576	-42.876
	Lehr- und Unterrichtsmaterial *davon berufsbildende Schulen (39.421 EUR), Sonderschulen (-15.769 EUR), Kreismedienzentrum (12.040 EUR)*	-267.700	-232.023	35.677
14	Planmäßige Abschreibungen	-2.650.100	-2.943.656	-293.556
	Planmäßige Abschreibungen *davon auf Forderung wegen Uneinbringlichkeit (-167.798 EUR), Aktivierung des Eingangsbereichs des BSZ Schopfheim wegen Umbau (-51.946 EUR), auf Forderung wegen unbefristeter Niederschlagung (-49.677 EUR)*			-293.556
15	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-352.300	-313.428	38.872
	Zinsaufwendungen für Kassenkredite	-40.000	0	40.000
16	Transferaufwendungen	-93.724.100	-93.907.412	-183.312
	Zuweisungen an sonst. öffentlichen Bereich *davon Schulsozialarbeit (211.989 EUR), Jugendförderprogramm (9.324 EUR)*	-668.000	-439.005	228.995
	Zuschüsse an übrige Bereiche *davon Strukturförderung (83.822 EUR); Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (32.655 EUR)*	-2.655.800	-2.544.031	111.769
	Soziale Leistungen:			
	Hilfe zur Pflege (31.10.01)	-11.855.000	-11.648.657	206.343
	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (31.10.02)	-30.741.000	-31.561.624	-820.624
	Hilfen zur Gesundheit (31.10.03)	-828.000	-1.092.686	-264.686
	Hilfe für blinde Menschen (31.10.04)	-987.000	-869.913	117.087
	Hilfe zum Lebensunterhalt und Grusi im Alter und Erwerbsminderung (31.10.05)	-11.417.000	-11.542.718	-125.718
	Hilfe zur Überw. Bes. soz. Schwierigkeiten (31.10.07)	-926.400	-830.244	96.156
	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, BuT (31.20.06) *gebucht in Zeile 17*	-729.000	-140	728.860
	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler (31.30)	-1.438.000	-1.248.028	189.972
	Leistungen nach dem BVG (PG 31.50)	-980.000	-1.007.182	-27.182
	Bildung und Teilhabe (PG 31.90)	-364.000	-143.276	220.724
	Unterhaltsvorschussleistungen (PG 36.90)	-1.800.000	-1.714.576	85.424
	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien (PG 36.30)	-13.148.000	-13.701.968	-553.968
	Kindertageseinrichtungen und -pflege (PG 36.50)	-1.625.900	-1.996.436	-370.536

		Plan - in EUR -	Ist - in EUR -	Delta - in EUR -
17	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-31.532.130	-31.595.680	-63.550
	Schülerbeförderung	-4.070.000	-3.815.102	254.898
	Sachverständigenkosten & Gutachten *davon Organisationsuntersuchungen (62.980 EUR), Gründung Energieagentur (50.000 EUR), Nahverkehrskonzept (43.900 EUR); Radewegekonzepte (6.087 EUR)*	-765.300	-616.286	149.014
	Erstattungen an den Bund *davon Rückstellungen Bildung und Teilhabe (-771.900 EUR)*	0	-775.677	-775.677
	Erstattungen Land *davon UVG (-123.700 EUR)*	-207.500	-329.438	-121.938
	Erstattungen an Gemeinden/GV *davon für Hilfen für junge Volljährige (-159.821 EUR)*	-786.700	-928.322	-141.622
	Erstattungen an sonstige öffentliche Bereiche *Leistungen für Jobcenter*	-1.170.000	-1.198.249	-28.249
	Grundsicherung für Arbeitssuchende (KdU)	-20.789.800	-20.125.290	664.510
	Sonstige Geschäftsausstattungen *vorwiegend Sonderschulen und berufliche Schulen*	0	-64.454	-64.454
18	**Ordentliche Aufwendungen**	**-181.662.400**	**-178.506.022**	**3.156.378**
19	**Ordentliches Ergebnis**	**-3.984.300**	**2.909.256**	**6.893.556**

Planabweichungen

Über- und außerplanmäige Aufwendungen und Auszahlungen

Ergebnisrechnung

Aufgrund der im Haushaltsplan festgelegten Haushaltsvermerke und Budgetregeln zur gegenseitigen und unechten Deckungsfähigkeit entstehen über- und außerplanmäßige Aufwendungen nur noch, wenn der jeweilige Teilhaushalt im Ergebnis überschritten ist. In der Praxis sind über- und außerplanmäßige Aufwendungen daher in der Regel erst mit der Ermittlung des Ergebnisses im Rahmen des Jahresabschlusses konkret feststellbar. Im Rahmen der Informationspflicht wurden im Jahresverlauf vorab bereits einige Einzelgenehmigungen für überplanmäßige Aufwendungen eingeholt.

Nach Feststellung des Jahresergebnisses ist festzuhalten, dass die Teilhaushalte 1 – 6 die für 2012 gesteckten Finanzziele erreichen konnten. Sie schlossen im Vergleich zur Planung jeweils mit Verbesserungen ab. Einzig der Teilhaushalt 7 konnte aufgrund hoher Jugendhilfeaufwendungen sein Planungsziel nicht einhalten. Es entstanden überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 938.985,28 EUR, die durch den Kreistag zu genehmigen waren. Zur Deckung werden die allgemeinen Deckungsmittel (Schlüsselzuweisungen mit 1,264 Mio. EUR über Plan) der PG 61.10 herangezogen.

Finanzrechnung

Aufgrund der im Haushaltsplan (S. 581) festgelegten einseitigen Deckungsfähigkeit können Mehrauszahlungen für Investitionen durch Minderaufwendungen dieses Budgets in der Ergebnisrechnung ausgeglichen werden (§ 20 Abs. 4 GemHVO). Den über- bzw. außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt standen 2012 jeweils in mindestens gleicher Höhe Verbesserungen im Ergebnishaushalt gegenüber, sodass die Mehrauszahlungen zulässig waren und keiner weiteren Genehmigung bedürfen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag in Euro	Deckungsmittel	Genehmigung
Ergebnisrechnung					
11.24	Sanierung Sanitäre Einrichtung Kreissporthalle	üpl	-73.000,00	Sachkostenbeiträge (PG 21.30)	VA am 21.11.2012
THH 1	Finanzen & Zentrales Management		-73.000,00		
36.30	Sozialleistungen im THH 7	üpl	-938.985,28	THH 1 Schlüsselzuweisungen (PG 61.10)	KT am 24.07.2013
THH 7	Jugend & Familie		-938.985,28		
Summe Ergebnisrechnung			**-1.011.985,28**		

PG	Bezeichnung	ÜPL/ APL	Betrag in Euro	Deckungsmittel	Genehmigung
Finanzrechnung					
11.20	Bewegl. AV: Software	üpl	-6.190,38	ErgHH PG 11.20, Zeile 17 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 1	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Umbau Eingangsbereich GWS Schopfheim	üpl	-123.352,00	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 1	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Energ. Sanierung kaufmännische Schule Lörrach	üpl	-21.810,82	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 1	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Erwerb Telekomgebäude	üpl	-320.148,00	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 1	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Bewegl. AV: Verwaltung Gebäude	üpl	-10.485,51	ErgHH PG 11.24, Zeile 13 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 1	§ 20 Abs. 4 GemHVO
11.24	Tilgungszahlungen für Telekom-Gebäude	üpl	-87.900,00	Planansatz in Zeile 34 der Gesamtrechnung	
THH 1	Finanzen & Zentrales Management		-569.886,71		
12.21	Beschaffung Geschwindigkeitsmeßgerät und Fahrzeug Vitronic	üpl	-12.318,31	ErgHH PG 12.21, Zeile 9 Mehrerträge Bußgelder	§ 20 Abs. 4 GemHVO
54.20	Straßenmeistereien Fuhrpark; Bewegliches AV Kreisstraßen"	üpl	-2.626,63	2.626,63 EUR im ErgHH bei PG 54.20, Zeile 2 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 4	§ 20 Abs. 4 GemHVO
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik		-14.944,94		
52.10	Baurecht: Anbindung ProBau an GIS	üpl	-2.380,00	ErgHH bei PG 52.10, Zeile 17; PG 55.50 , Zeile 13 und PG 56.10, Zeile13 Verbesserung im Ergebnishaushalt THH 5	§ 20 Abs. 4 GemHVO
55.50	Bewegl. AV Forst	üpl	-1.098,94		
56.10	Bewegl. AV Umweltrecht	üpl	-389,68		
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum		-3.868,62		
Summe Finanzrechnung			**-588.700,27**		

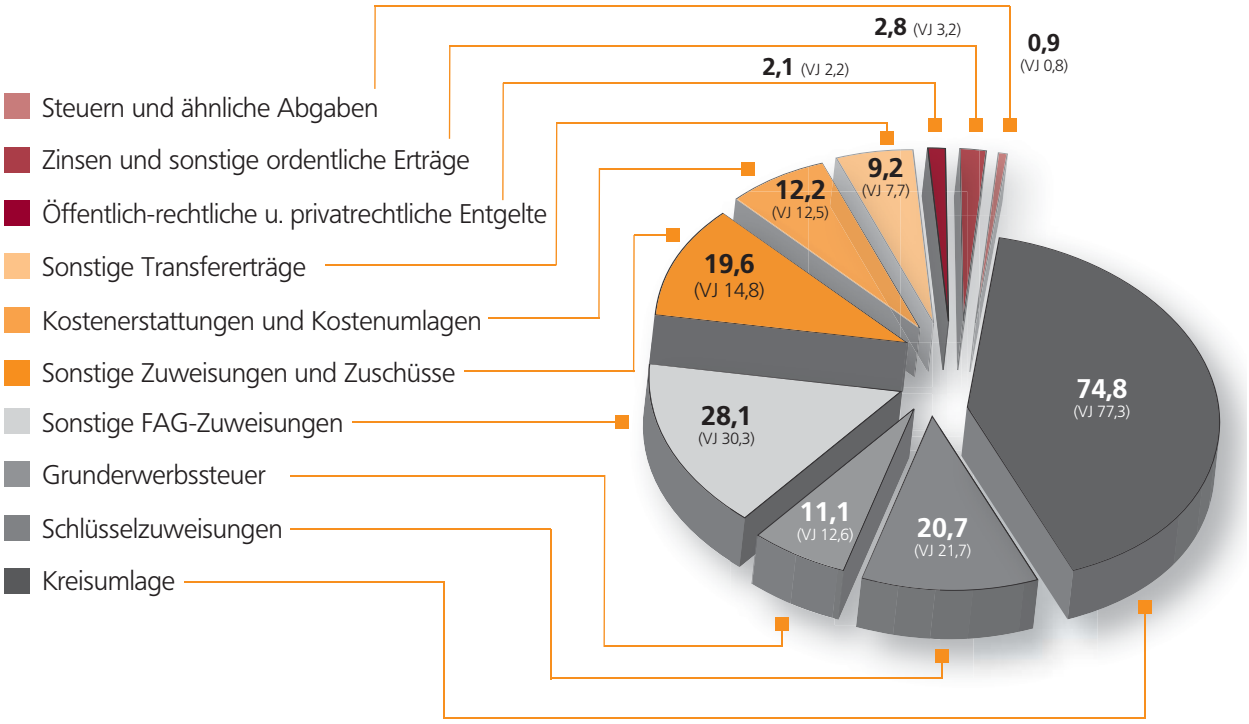
Bewertung der Abschlussrechnungen

Anhand von Kennzahlen kann die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Landkreises näher analysiert werden. Nachfolgend stellen wir einige ausgewählte Kennzahlen zum Jahresergebnisses 2012 dar, die auch in künftigen Jahren ermittelt werden sollen, um durch einen Zeitreihenvergleich an Aussagekraft zu gewinnen.

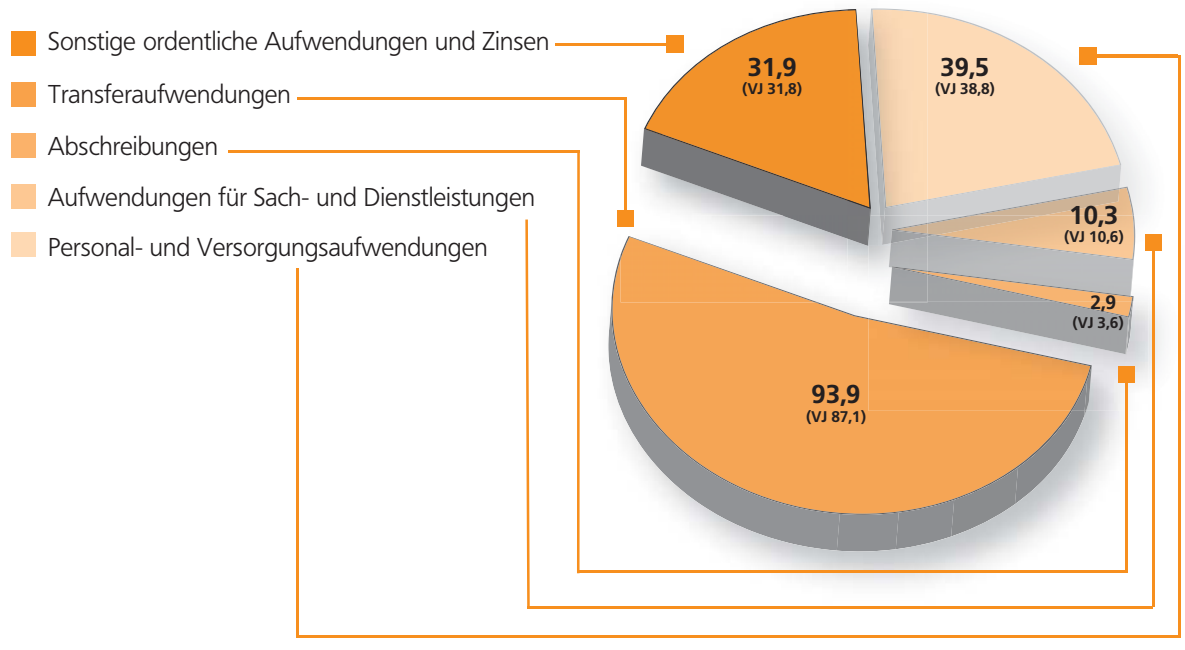
Ertragslage

Die Entwicklung der Ertragslage des Landkreises spiegelt sich in der Ergebnisrechnung wider. In der Ergebnisrechnung wird die Ertrags- und Aufwandsstruktur dargestellt sowie besondere Ereignisse des Haushaltsjahres, die das Jahresergebnis beeinflusst haben (Ordentliches Ergebnis und Sonderergebnis). Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandsarten sind nachfolgend dargestellt:

Ordentliche Erträge - in Mio. EUR -
Gesamt 181,4 (2011: 182,8)



Ordentliche Aufwendungen - in Mio. EUR -
(Gesamt 178,5 (2011: 171,9)



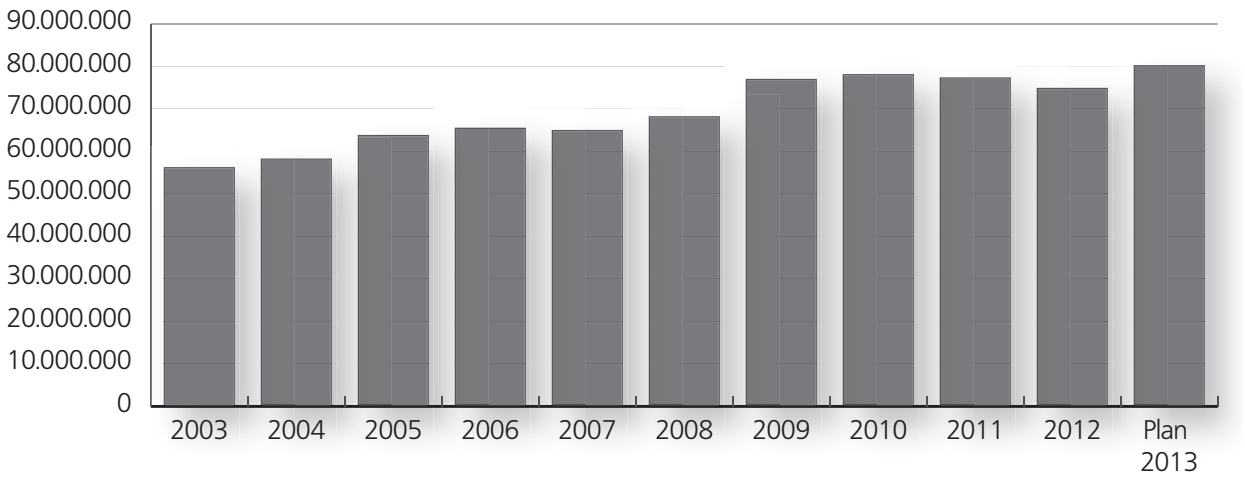
Bewertung der Abschlussrechnungen

Kreisumlagequote

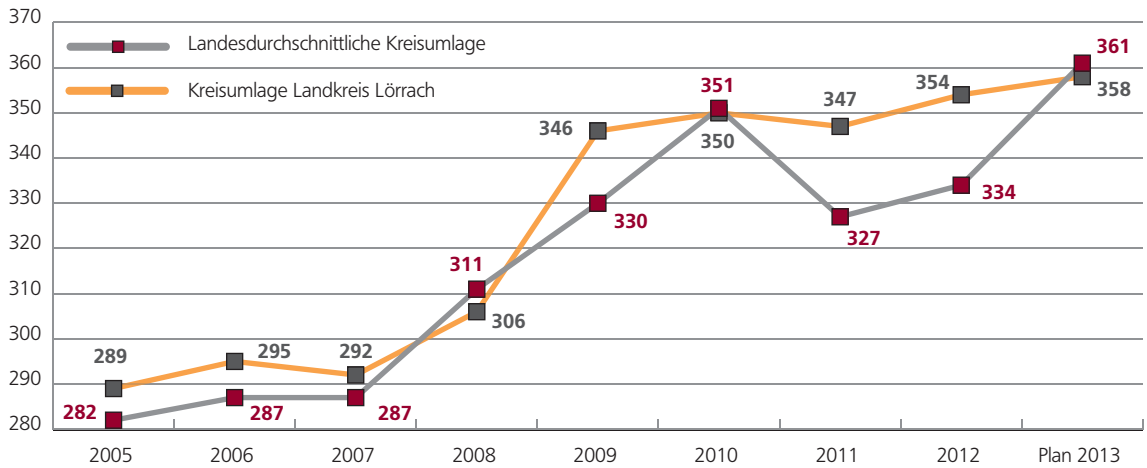
Kreisumlage * 100	74.816.767 EUR * 100	
Ordentliche Erträge	181.415.278 EUR	= 41,24 %

Die Kreisumlage ist ein Maßstab für die Umlagekraft der Landkreise. Beim Landkreis Lörrach beträgt der Anteil der Kreisumlage 41,24 % (VJ 42,26 %) an den ordentlichen Erträgen und ist damit weiterhin die wichtigste Ertragsart des Landkreises. Nachfolgend werden die absoluten Beträge der Kreisumlage der letzten zehn Jahre abgebildet

Kreisumlageaufkommen im Landkreis Lörrach - in EUR -

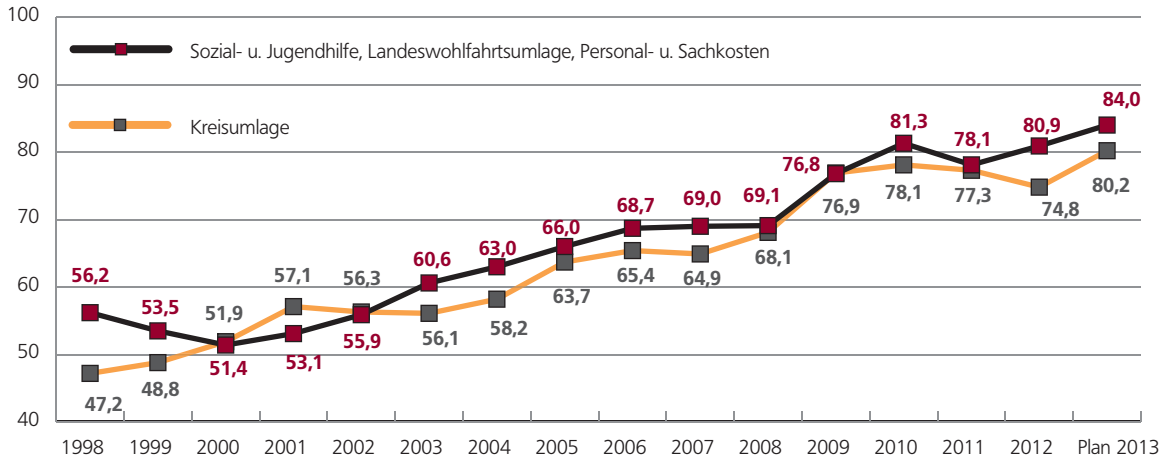


Vergleich der Kreisumlage zum Landesdurchschnitt - EUR/EW -



Die nachfolgende Grafik zeigt auf, dass die Kreisumlage im Landkreis Lörrach bis auf wenige Ausnahmen nie ausreichte, den Zuschussbedarf in der Sozial- und Jugendhilfe zu decken. Der ermittelte Zuschussbedarf setzt sich aus den ordentlichen Ergebnissen des THH 6 und 7, der KVJS-Umlage sowie den Erträgen aus der VRG-Leistung und des Soziallastenausgleichs zusammen.

Entwicklung des Zuschussbedarfs im Sozialbereich und der Kreisumlage-Einnahmen - in Mio. EUR -



Transferaufwandsquote

Aufwendungen der Sozialen Sicherung * 100	98.746.613 EUR * 100	
Ordentliche Aufwendungen	178.506.022 EUR	= 55,32 %

Diese Kennzahl betrachtet nur die Aufwandsseite der Sozial- und Jugendhilfe und bildet die reinen Hilfezahlungen an Dritte ab. Er setzt sich aus Transferaufwendungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Zeile 16 und anteilig 17 der Ergebnisrechnung) zusammen. Der Aufwand in dieser Kennzahl darf nicht mit dem Zuschussbedarf der Transferleistungen oder mit den unter der Zeile 16 abgebildeten Transferaufwendungen verwechselt werden.

Der Anteil der Transferaufwendungen für die Soziale Sicherung an den ordentlichen Aufwendungen beträgt **55,32 %** (VJ 55,19 %). Dies bedeutet, dass über die Hälfte der Aufwendungen des Landratsamts als Hilfeleistungen an Dritte geleistet werden.

Bewertung der Abschlussrechnungen

Finanzlage

Für die positive Entwicklung der Kreisfinanzen spielen unterschiedliche Faktoren eine Rolle. Ein Grund hierfür ist die starke Wirtschaft Deutschlands, die trotz der allgemein schwierigen Lage in Europa weiter stabil bleibt. Der Grundstein für die gute Finanzlage des Landkreises Lörrach ist eine solide und umsichtige Finanzpolitik. Es wurden unter anderem durch das Entschuldungskonzept richtungsweisende Entscheidungen getroffen. Der Kreishaushalt wird wie im Jahr 2011 nicht durch Schulden belastet. Dies bewirkte insgesamt, dass die Kreisumlage wie auch im Vorjahr nicht zusätzlich belastet wird und begünstigt die Sicherstellung ausreichender Liquidität für den Landkreis. Darüber hinaus können auf dieser soliden Basis notwendige Investitionen in die Zukunft, wie zum Beispiel den Masterplan, in Angriff genommen werden.

Aufgrund einer strategischen Finanzpolitik und günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist der Kernhaushalt des Landkreis Lörrach seit dem 31.12.2010 schuldenfrei. Der intergenerativen Gerechtigkeit wird hierdurch in besonderem Maße Rechnung getragen. Wie bereits im Vorjahr war auch im Haushaltsjahr 2012 keine Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich; die getätigten Investitionen konnten durch den Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit finanziert werden.

Eigenfinanzierungsquote und Fremdfinanzierungsquote

Die Eigenfinanzierungsquote des Landkreises liegt im Haushaltsjahr 2012 weiterhin bei **100,00 %** (VJ 100,00 %). Dies bedeutet, dass die Investitionen komplett aus Eigenmitteln finanziert werden konnten. Folglich beträgt die Fremdfinanzierungsquote **0,00 %** (VJ 0,00 %), da kein Fremdkapital aufgenommen werden musste.

Netto-Investitionsrate

Die absolute Netto-Investitionsrate (NIR) betrug im Jahr 2012 **6.141.019,38 EUR** (VJ 14.239.826,70 EUR). Sie gibt die Höhe der Eigenmittel für Investitionen aus dem erwirtschafteten Überschuss des Ergebnishaushalts an. Berechnet wird die NIR indem man von dem Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit die Kredittilgungen abzieht. Da im Berichtsjahr keine Tilgung erforderlich war, konnte der Zahlungsmittelüberschuss vollständig zur Finanzierung herangezogen werden.

Zahlungsfluss (Cash Flow)

Der Cash-Flow ist der aus der laufenden Tätigkeit innerhalb eines Haushaltsjahres erzielte Nettozufluss an liquiden Mitteln. Er gibt Aufschluss über die Zahlungskraft und die „finanzielle Gesundheit" einer Kommune. Die Liquiditätslage kann als umso positiver beurteilt werden, je höher der Wert ist. Ermittelt wird der Cash Flow durch das Saldieren der Ein- und Auszahlungen der Finanzrechnung. Im Jahr 2012 belief er sich auf 6.141.019,38 EUR (VJ 14.240.083,35 EUR). Der deutliche Rückgang ist auf den korrelierenden Rückgang des Ergebnisses aus laufender Verwaltungstätigkeit zurückzuführen. Da im Berichtsjahr keine Tilgungen für Kredite vorgenommen wurden, ist der Wert des Cash Flow identisch mit der Netto-Investitionsrate.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die Finanzlage des Landkreises weiterhin positiv zu bewerten ist, wenngleich der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen ist. Gleichwohl sollte die solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik zielstrebig weitergeführt werden, um eine gute Basis für künftige Herausforderungen zu gewährleisten. In den kommenden Haushaltsjahren wird es zu größeren Finanzmittelabflüssen durch geplante Investitionen, insbesondere durch die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke und durch die Umsetzung des Masterplans kommen.

Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital (Kapitalposition) steht auf der Passivseite der Bilanz und stellt die Differenz des Vermögens zu den Schulden dar. Die Kapitalposition (98.898.481,66 EUR) umfasst neben dem Basiskapital auch die Rücklagen und ggf. die erwirtschafteten Verlustvorträge.

Unter dem Gesichtspunkt der **intergenerativen Gerechtigkeit** gilt es, das Eigenkapital durch (zumindest im Durchschnitt) **ausgeglichene Haushaltsergebnisse** zu erhalten, im besten Fall sogar zu stärken. Dauerhaft nicht ausgeglichene Haushaltsergebnisse würden das Eigenkapital unablässig vermindern. Folglich ist das Eigenkapital, ausgehend vom absoluten Wert der Eröffnungsbilanz, zum einen unter intergenerativen Aspekten dauerhaft zu schützen, es dient zum anderen aber (zumindest temporär) als Verlustpuffer. Deshalb kann ein eher höheres Eigenkapital als positiv angesehen werden.

Die **Eigenkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr relativ von 68,41 % um 4,58 Punkte **auf 72,99 % gestiegen**. Der Grund für die Veränderung ist zum einen, neben der gesunkenen Bilanzsumme, das positive Jahresergebnis des Jahres 2012 (2.952.056,29 EUR) und zum anderen die aufgrund der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) durchzuführende Korrektur bestimmter Rückstellungen (- 510.821,96 EUR).

Die Fremdkapitalquote

Das Fremdkapital ist unterhalb des Eigenkapitals ebenfalls auf der Passivseite der Bilanz abgebildet und umfasst im Wesentlichen die Verbindlichkeiten und die Rückstellungen.

Allgemein können mit Hilfe der Fremdkapitalquote Rückschlüsse auf zukünftige Liquiditätsabflüsse gezogen werden, da das Fremdkapital zukünftige Auszahlungen (z. B. Zins- und Tilgungszahlungen für aufgenommene Darlehen) oder die Auszahlung periodisierter Aufwendungen (aus den Rückstellungen) nach sich zieht.
Im Allgemeinen kann eine eher niedrige Fremdkapitalquote als tendenziell positiv angesehen werden.

Die **Fremdkapitalquote** des Landkreises Lörrach ist im Haushaltsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr relativ um 4,63 Punkte **auf 15,34 % gesunken** (Vorjahr 19,97 %). Begründet ist die Verringerung hauptsächlich durch den Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten aufgrund des Verzichts des Ausweises der Verbindlichkeiten des Mündelvermögens.

Die Darlehensquote

Die Darlehensquote kann als Teil der Fremdkapitalquote verstanden werden. Durch die Darlehensquote werden die Teile des Fremdkapitals analysiert, die tatsächlich zukünftige Zinsauszahlungen aufgrund von abgeschlossenen Darlehenskontrakten mit Kreditinstituten nach sich ziehen.
Insofern kann eine eher niedrige Darlehensquote als tendenziell positiv angesehen werden.
Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen inhaltlich gleichkommen werden nicht in die Betrachtung einbezogen.

Die **Darlehensquote** des Landkreises Lörrach beträgt zum 31.12.2012, wie schon im Vorjahr, **0,00 %**, da zum 31.12.2012 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten vorlagen.

Bewertung der Abschlussrechnungen

Der Anlagendeckungsgrad

Bei der Kennzahl zum Anlagendeckungsgrad wird die Kapitalposition der Passivseite der Bilanz zum Sachvermögen auf der Aktivseite der Bilanz (horizontal) ins Verhältnis gesetzt. Da das Sachvermögen (bestenfalls) durch das Eigenkapital finanziert sein sollte, stellt eine Kennzahl > 100 % diesen Anspruch dar. Insofern ist eine Kennzahl > 100 % als positiv zu werten.

Während der **Anlagendeckungsgrad** des Landkreises Lörrach im Vorjahr 198,48 % betrug, ist er zum 31.12.2012 um 11,01 Punkte **auf 209,49 % gestiegen**. Daraus folgt, dass das Sachvermögen komplett durch Eigenkapital finanziert ist.

Die Reinvestitionsquote

Eine wichtige Voraussetzung zur nachhaltigen kommunalen Aufgabenerfüllung ist das Vorhalten einer aufgabenorientierten Struktur des Sachanlagevermögens. Der Verbrauch von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens wird typischerweise aufwands- und damit ergebniswirksam über die regelmäßigen Abschreibungen erfasst.

Neben der Instandhaltung des Sachanlagevermögens (Substanzerhalt) ist auch der Aspekt der Wiederbeschaffung für abgeschriebene („verbrauchte") Vermögensgegenstände relevant.

Die Reinvestitionsquote setzt die Netto-Investitionen (= Anlagenzugänge – Anlagenabgänge) eines Haushaltsjahres zu den Abschreibungen des betrachteten Haushaltsjahres ins Verhältnis. Demzufolge ist sie ein Indikator für die Investitionspolitik der Kommune und gibt an, ob die Investitionen den Werteverlust durch Abschreibungen ausgleichen. Eine Reinvestitionsquote von unter 100 % bedeutet einen Substanzverzehr. Eine Reinvestitionsquote von genau 100 % bedeutet einen Substanzerhalt und sollte das Ziel sein.

Insofern sollte die Reinvestitionsquote, zumindest längerfristig, nicht unter 100 % sinken.

Die **Reinvestitionsquote** des Landkreises Lörrach ist im Vergleich zum Vorjahr von 65,98 % **auf 40,61 %** zum 31.12.2012 **gesunken**. In beiden Jahren lagen die Reinvestitionsquoten unter 100 %.

Zu erkennen ist, dass die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen im Haushaltsjahr 2012 mit 2.346.581,46 EUR nicht durch die Netto-Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 952.932,87 EUR gedeckt wurden. Daraus ergibt sich ein Substanzverzehr für das Haushaltsjahr 2012 i. H. v. 1.393.648,59 EUR.

Die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert)

Die zahlungsorientierte Reinvestitionsquote setzt nicht den Saldo der Anlagenzugänge und -abgänge eines Haushaltsjahres zu den gebuchten Abschreibungen desselben Haushaltsjahres ins Verhältnis, sondern die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen des betrachteten Haushaltsjahres.

Ähnlich wie bei der Reinvestitionsquote stellt die Reinvestitionsquote II (zahlungsorientiert) ein Verhältnis zwischen den Reinvestitionen in das Sachanlagevermögen und den Abschreibungen eines Haushaltsjahres her. Nur werden nun Zahlungsströme betrachtet.

Insofern gibt die Reinvestitionsquote II an, ob die Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen eines Haushaltsjahres ausgereicht haben, um den durch die Abschreibungen dokumentierten Werteverzehr auszugleichen. Daher sollte zumindest ein Wert von 100 % angestrebt werden, da ansonsten ein Substanzverzehr vorliegt.

Die **Reinvestitionsquote II** des Landkreises Lörrach ist im Vergleich zum 31.12.2011 von 63,66 % **auf 45,63 %** zum 31.12.2012 relativ **gesunken**. Absolut betrachtet stehen den Abschreibungen im Haushaltsjahr 2012 i. H. v. 2.346.581,46 EUR Investitionsauszahlungen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 1.070.751,25 EUR gegenüber.

Wirtschaftliche Lage

Der Landkreis Lörrach ist dank seines Entschuldungskonzeptes seit Ende 2010 schuldenfrei; auch im Jahr 2012 wurde keine Fremdfinanzierung von Investitionen getätigt. Darüber hinaus hat sich das Eigenkapital im Vergleich zum Vorjahr durch das positive Ergebnis des laufenden Jahres weiter erhöht, die Eigenkapitalquote ist mit rund 73 % positiv zu bewerten. Wie schon im Jahr 2011 hat sich der Kreis für eine Investitionspause entschieden, um durch ein geringes Investitionsvolumen die Liquidität auf einem guten Niveau zu halten und so die Voraussetzungen für die Finanzierung der bedeutenden Investitionen in den Finanzplanungsjahren zu schaffen. Aus diesem Grunde ist das Sachvermögen leicht rückläufig. Dies zeigt sich in der auf rd. 41 % gesunkenen Reinvestitionsquote, die einen Substanzverzehr bedeutet.

Fremdkapitalquote und Liquidität sind als solide und positiv zu bewerten, was neben der stabilen wirtschaftlichen Lage auch auf der umsichtigen Finanzpolitik des Landkreises beruht. Im Ergebnishaushalt konnte wie schon im Vorjahr der gesamte Ressourcenverbrauch erwirtschaftet und das positive Ergebnis den Ergebnisrücklagen zugeführt werden. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die wirtschaftliche Lage des Landkreises Lörrach als solide bezeichnet werden kann.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, die hätten berücksichtigt werden müssen, sind nicht eingetreten.

Chancen & Risiken

Die künftige Entwicklung des Haushalts des Landkreises Lörrach wird insbesondere durch kurz- und mittelfristige konjunkturelle Schwankungen sowie langfristig durch die weltwirtschaftliche Entwicklung und das politische Umfeld beeinflusst.

Derzeit stehen die Kommunen ebenso wie die staatliche Ebene vor folgenden großen Herausforderungen. Sie müssen ihre Haushalte im Hinblick auf rückläufige EU-Gelder und den demografischen Wandel langfristig tragfähig gestalten. Darüber hinaus werden sich mit dem Wirksamwerden des europäischen Fiskalpakts, der im Unterschied zur Schuldenbremse im Grundgesetz und in der Landesverfassung auch die kommunale Verschuldung mit einschließt, die Konsolidierungsanforderungen für Bund, Länder und Kommunen deutlich erhöhen. Die Kommunen müssen sich vor dem Hintergrund der Zukunftsfestigkeit ihrer Haushalte auf diese neuen Rahmenbedingungen einstellen. Deswegen muss es oberstes Ziel sein, eine solide und seriöse Haushaltspolitik zu betreiben. Das NKHR rückt den Grundsatz der Generationengerechtigkeit unmittelbar ins Blickfeld und ist damit ein entscheidender Schritt zu nachhaltigem Haushalten.

Aus Sicht des Landkreises Lörrach sind darüber hinaus für die kommenden Haushaltsjahre folgende Entwicklungen von Bedeutung:

Fachkräftemangel

Die altersbedingte Fluktuation wird in den kommenden 11 Jahren dazu führen, dass 30 % der Mitarbeiter/-innen und ca. 50 % der Führungskräfte ausscheiden. Daher müssen künftig die Personalgewinnung und die Personalbindung noch mehr im Fokus des Personalmanagements stehen.

Insbesondere im Sozialwesen sind angemessene Vergütungen für die Beschäftigten der Leistungserbringer vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels unabdingbar, um zum einen die Fluktuation zu stoppen und zum anderen weil die Arbeitskräfte in diesen Bereichen besonderen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Dies führt zu höheren Transferaufwendungen in den Teilhaushalten 6 und 7, da diese zum Großteil aus Personalaufwendungen Dritter bestehen (Pflegesätze etc.).

Sozialstrategie

Im Jahr 2012 wurden mit der Prognos AG im Rahmen der Sozialstrategie zahlreiche konkrete Maßnahmen erarbeitet, durch deren Umsetzung ab 2013 mittelfristig die Ausgaben im Bereich Sozial- und Jugendhilfe auf den Landeschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg gesenkt werden sollen. Die Maßnahmen beinhalten neben einer breiten Palette neuer Angebote, vor allem im Bereich der Jugendhilfe, auch eine Verbesserung des Projektmanagements, die Einführung eines Wirkungscontrollings und der Optimierung der Schnittstellen innerhalb und außerhalb des Dezernates.

Inklusion

Im Bereich „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen“ wird die weitere Umsetzung der UN-Konvention den Landkreis vor große Herausforderungen stellen. Unter dem Stichwort „Inklusion“ wird sich der Landkreis auch mit Blick auf die Kostenfrage bei seinen Entscheidungen daran messen lassen müssen, wie ernst ihm die Umsetzung seines Strategischen Schwerpunktes „Menschen mit Behinderungen leben im Landkreis Lörrach so normal wie möglich“ tatsächlich ist. Denn nach aktueller Einschätzung ist mittelfristig von höheren Aufwendungen auszugehen.

Chancen & Risiken

Kreisstraßen

Die Projekte zur Erhaltung und Unterhaltung der Kreisstraßen werden gemäß dem Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramm 2011 – 2015 abgearbeitet. Mit den derzeit jährlich bereit gestellten Mitteln ist jedoch ein Erhalt der Kreisstraßen in ihrem jetzigen Zustand nicht gewährleistet.

Masterplan Dienstleistungszentrum

Von zentraler Bedeutung für den Landkreis Lörrach sind die Verhandlungen und Weiterentwicklungen in Sachen Masterplan Dienstleistungszentrum und die damit verbundenen Investitionen. Im Oktober 2013 wird der Optionspreis in Höhe von 6,403 Mio. EUR fällig. Mit dieser Investitionsentscheidung hat der Landkreis alle Optionen, um den zentralen Unterbringungsgedanken (Eigentum statt Miete) und das Konzept der kurzen Wege umzusetzen.

Unterbringung von Flüchtlingen

Aufgrund weiterhin zu erwartenden hohen Zugangszahlen, einer vom Land geplanten Erhöhung der Mindestwohnfläche in den Gemeinschaftsunterkünften und dem schlechten baulichen Zustand der Unterkunft in Rheinfelden müssen mittelfristig eine dauerhafte Lösung gefunden und entsprechende Mittel eingeplant werden.

Prüfungen

Abschließendes Ergebnis und Feststellungsvorschlag des Fachbereichs Kommunalaufsicht & Prüfung

Der Fachbereich Kommunalaufsicht & Prüfung hat die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2012 unter Einbeziehung der Unterlagen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie der Vermögensverwaltung nach den geltenden Vorschriften durchgeführt.

Im Berichtsjahr wurden neben den laufenden Prüfungsaufgaben auch Schwerpunktprüfungen vorgenommen. Die Prüfungsbemerkungen haben wir in Prüfungsberichten zusammengefasst und den betreffenden Fachbereichen zugeleitet.

Die Fachbereiche wurden gleichzeitig aufgefordert, die getroffenen Feststellungen auszuräumen bzw. Stellung zu ehmen. Soweit eine Erledigung noch nicht erfolgen konnte, wird diese von der örtlichen Prüfung überwacht.

Nach Abschluss der örtlichen Prüfung wird bestätigt, dass die Finanzwirtschaft des Landkreises Lörrach den in den gemeindewirtschaftlichen Bestimmungen festgelegten Grundsätzen entspricht. Gesetze und Vorschriften wurden im Wesentlichen beachtet.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung für das Haushaltsjahr 2012 wird entsprechend § 111 GemO bestätigt, dass

1. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,

2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,

3. der Haushaltsplan im Wesentlichen eingehalten worden ist und

4. das Vermögen sowie die Schulden und Rückstellungen richtig nachgewiesen worden sind.

Dem Kreistag kann die Feststellung des Jahresabschlusses 2012 empfohlen werden.

Lörrach, 13.06.2013

Herpig
FB Kommunalaufsicht & Prüfung

KPMG

6 Bestätigungsvermerk

Den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk haben wir wie folgt erteilt:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den Landkreis Lörrach

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Vermögensrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Rechenschaftsbericht des Landkreises Lörrach für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Landes Baden-Württemberg liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Landkreises. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung entsprechend § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Landkreises Lörrach sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter des Landkreises Lörrach sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts. Die in der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung enthaltenen Planzahlen für das Haushaltsjahr 2012 wurden mit der vom Kreistag am 7. Dezember 2011 beschlossenen Haushaltssatzung abgestimmt. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Landkreises Lörrach. Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Freiburg im Breisgau, den 26. Juni 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wildermuth
Wirtschaftsprüfer

Schlitzer
Wirtschaftsprüfer

Teilhaushalte

Erläuterung zu den einzelnen Teilhaushalten

Gemäß § 51 GemHVO sind im Jahresabschluss die die Erträge und Einzahlungen, die Aufwendungen und Auszahlungen nach Arten gegliedert für den Gesamthaushalt und die Teilhaushalte darzustellen.
Die Darstellung aller Produktgruppen im Jahresabschluss ist daher nicht zwingend. Da die Informationen im Vergleich zu den kameralen Abschlüssen sehr umfangreich sind, werden nicht alle Produktgruppen im Detail abgedruckt, sondern Schwerpunkte anhand der folgenden Kriterien getroffen:

- politische Relevanz
- strategische Relevanz
- Steuerungseinfluss
- Öffentlichkeitsinteresse
- Finanzvolumen

Welche Produktgruppen dies sind, entnehmen Sie bitte den einzelnen Teilhaushalten.
Die Schlüsselprodukte sind komplett dargestellt.

Finanzen & Zentrales Management

Dezernat I

Verantwortung:

Ausschuss: **Verwaltungsausschuss**
Dezernatsleitung: **Philipp von Ritter**

1

Produktbereich 11 Innere Verwaltung

11.10	Steuerung
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement
11.14	Zentrale Funktionen
11.20	Organisation und IuK
11.21	Personalmanagement*
11.22	Finanzmanagement
11.23	Justiziariat
11.24	Grundstücks- und Gebäudemanagement*
11.24.02	Facility Management*
11.25	Fuhrpark
11.26	Zentrale Dienstleistungen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
11.33	Grundstücksverwaltung

Produktbereich 41 Gesundheit & Sport

41.10	Krankenhäuser

Produktbereich 53 Ver- & Entsorgung

53.70	Abfallwirtschaft

Produktbereich 61 Allgemeine Finanzwirtschaft

61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen*
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 1

Das Landratsamt Lörrach

- ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.
- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Wirkungsziele 2012 - PG 11.21

- Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.
- Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.
- Den Mitarbeiter/-innen stehen attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung.

Zur Erreichung des erstgenannten Wirkungsziels ist eine zwischen dem FB P&O und dem jeweiligen Fachbereich rechtzeitig abgestimmte Nachfolgeplanung unerlässlich. Die für dieses Leistungsziel erforderlichen Maßnahmen sind:

- Frühzeitige Ermittlung der jährlich ausscheidenden Mitarbeiter
- Konkrete Nachfolgeplanung mit dem jeweiligen Bereich

und wurden auch im Jahr 2012 vollständig umgesetzt.

Im Hinblick auf den demografischen Wandel und den damit verbunden Mangel an Nachwuchskräften stellt die aktive Gestaltung und Förderung der Aus- und Weiterbildung eigener Mitarbeiter einen wesentlichen Baustein im Rahmen unserer Personalentwicklung dar.

Im Ausbildungsbereich wurde deshalb im Jahr 2012 die Anzahl der Ausbildungsplätze von 44 Auszubildenden auf 47 Auszubildenden erhöht. Des Weiteren hat der Fachbereich Personal & Organisation eine Bachelor-Arbeit betreut, in der das Thema „Ausbildungsmarketing im LRA Lörrach“ bearbeitet wurde. Die Umsetzung des Themas Ausbildungsmarketing ist als weiterer Beitrag zu o. g. strategischem Schwerpunkt für die Jahre 2013/2014 vorgesehen.

Im Bereich Nachfolgeplanung/Weiterbildung wurde für interessierte Mitarbeiter bereits im Jahr 2011 die Möglichkeit der Teilnahme an einem einjährigen interkommunalen Führungsnachwuchskräfteprogramm geschaffen. Wie im Jahr 2011 nahmen, entsprechend unserer Zielsetzung, auch im Jahr 2012 wieder vier Mitarbeiter/-innen an dieser Weiterbildung teil. Die Resonanz auf das Programm ist sehr positiv. Auch für das Jahr 2013 sind wieder vier Mitarbeiter/-innen für die Teilnahme an diesem Programm ausgewählt.

Um die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter des Landratsamtes Lörrach festzustellen ist eine Mitarbeiterbefragung für das Jahr 2013 geplant. In 2012 erfolgten die dafür erforderlichen Vorarbeiten in Zusammenarbeit mit dem Personalrat.

Dem Landratsamt ist die Förderung von Rahmenbedingungen, die es den Mitarbeiter/-innen ermöglichen, Beruf, Familie und Privatleben in Einklang zu bringen ein sehr wichtiges Anliegen, das durch eine Vielzahl an Maßnahmen vorangetrieben wird. Neu hinzugekommen ist im Jahr 2012 erstmals das Angebot einer Kinderbetreuung im Kleinkinderbereich für die Mitarbeiter/-innen. Das für 2012 gesetzte Ziel von zunächst 4 Plätzen wurde erreicht und von den Mitarbeiter/innen voll in Anspruch genommen. In den folgenden Jahren soll das Kinderbetreuungsangebot für unsere Mitarbeiter/-innen weiter ausgebaut werden.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels.

Wirkungsziel 2012 - PG 11.14

- Die Integrationsaktivitäten sind miteinander vernetzt und zielgerichtet auf aktuelle Problemlagen ausgerichtet. Alle beteiligten Akteure sind sich der strategischen Bedeutung von kommunaler Integrationspolitik und -arbeit bewusst.

Die Vernetzung und Koordination der Integrationsaktivitäten im Landkreis obliegt dem Integrationsbeauftragten. Dieser fungiert als Impulsgeber und Koordinator, während die eigentliche Integrationsarbeit vorrangig in den einzelnen Städten und Gemeinden erfolgt.

Durch den auf Landkreisebene angesiedelten Arbeitskreis Migration, in dem alle relevanten Akteure vertreten sind, werden die wesentlichen Informationen über Probleme und Bedarfslagen gebündelt und Integrationsmaßnahmen abgestimmt. Der Arbeitskreis Migration hat sich im Jahr 2012 viermal getroffen. Themenschwerpunkte waren allgemeine Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Vorstellung von verschiedenen Projekten („Kompetenz und Vielfalt" sowie „Kreativität, Orientierung und Aktivität" der Handwerkskammer Freiburg, neues Integrationsprojekt des SAK Lörrach, neues Integrationsprojekt „Stadtteilmütter" in Lörrach, neues Integrationsprojekt „Aktion und Integration im ländlichen Raum" der Falken), Möglichkeiten für muslimische Frauen für eine Ausbildung oder Anstellung in Kindergärten im Landkreis Lörrach, Inanspruchnahme von Dolmetschern des Beratungscafes in Rheinfelden, Jugendliche im Leistungsbezug des SGB II ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung, Laufzettel und deren Umsetzung bei den Ausländerbehörden, Förderprogramme der Baden-Württemberg-Stiftung „Vielfallt gefällt – 60 Orte der Integration" und „Wir sind dabei! – Integration durch soziales Engagement", Situation im Stadtteil Weil-Friedlingen, Ausländer ohne gesicherten Aufenthalt – Zugang in den Arbeitsmarkt und Bildung und Teilhabepaket im Landkreis Lörrach.

Der Fachkreis für Migration und Integration hat zwei Sitzungen abgehalten. Themenschwerpunkte waren die aktuelle Zugangs- und Unterbringungssituation von Flüchtlingen, das neue Integrationsprojekt „Stadtteilmütter in Lörrach", Informationen der Rückkehrberatungsstelle über erfolgreiche Integration im Heimatland, Situation im Stadtteil Weil-Friedlingen und Nationaler Aktionsplan „Integration". „Nichts ist so beständig wie der Wandel", so lautete das Schwerpunktthema der VHS Schopfheim. Dort trafen sich Integrationskursteilnehmer aus 9 Ländern in Workshops und zeichneten und malten mit der Künstlerin Ruth Loibel. Die Ergebnisse des Kunstprojektes wurden im Landratsamt vom 02.05. bis 01.06.2012 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Der Landkreis war Impulsgeber für einen berufsbezogenen Sprachkurs (ESF-BAMF gefördert) für Ausländer mit nachrangigem Zugang zum Arbeitsmarkt und die Bildung einer Arbeitsgruppe zum Thema „Jugendliche ohne Schul- und Berufsausbildung"

Folgende Integrationsprojekte haben der Landkreis Lörrach (31.000 EUR) und das Land Baden-Württemberg (31.500 EUR) im Jahr 2012 gefördert:

- Nachtsportangebote in Rheinfelden, Grenzach-Wyhlen, Lörrach, Weil am Rhein und Zell i.W,
- Kreativworkshops,
- Computer- und Internetwerkstatt,
- Eishockey,
- Grillabende und Kletterfreizeiten,
- „Mädchen, Frauen – Meine Fragen",
- „Come in" Treffpunkt im Lörracher Stadtteil Salzert,
- Mädchensozialarbeit in Weil am Rhein-Haltingen,
- Stadtteilmütter in Weil am Rhein
- Computer- und Internetwerkstatt für Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinfelden.

Finanzen & Zentrales Management

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Wirkungsziel 2012 - PG 11.24

- Der kreiseigene Energiebedarf wird in der erforderlichen Qualität und zu den gewünschten Zeiten klimafreundlich und mit geringstmöglichem Ressourceneinsatz gedeckt.

Ziel des Landratsamtes ist die Erhöhung des Anteils regenerativer Energien bei allen kreiseigenen Gebäuden (bis 2025 = 100 %) und die kontinuierliche Steigerung der Energieeffizienz. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich die kreiseigenen Gebäude in einen optimalen energetischen Zustand zu versetzten.

In den Jahren 2009 bis 2011 wurden deshalb energetische Maßnahmen mit einem Volumen in Höhe von rund 7,5 Mio. EUR umgesetzt. In der mittelfristigen Planung sind energetische Maßnahmen mit einem Volumen von 5,6 Mio. EUR geplant. Davon 0,6 Mio. EUR in 2012, 2 Mio. EUR in 2013 und 3 Mio. EUR in 2014.

In 2012 wurden Projekte zum Werterhalt in Höhe von 1.712.611,38 EUR umgesetzt, davon rd. 300 TEUR für energetische Maßnahmen. Im Vordergrund stand besonders die Sanierung der elektrischen-, sanitären- und Schallschutzmaßnahmen zur Nutzungsverlängerung. Zusätzlich wurden Sanierungen der elektrischen- und sanitären Anlagen aufgrund von Rückstellungen aus dem Jahr 2011 in Höhe ca. 1,3 Mio. EUR durchgeführt.

Parallel zu o.g. Maßnahmen wurden im Jahr 2012 auch die vFM-Gebäudedatenbank und die Gebäudeleittechnik (GLT) als Grundlage für regelmäßige Auswertungen und Analysen der steuerungsrelevanten Gebäude- und Verbrauchsdaten weiter aufgebaut.

Mit folgenden Maßnahmen sind wir unserer zweiten Zielsetzung: Ausstattung aller kreiseigenen Gebäude mit einer GLT bis Ende 2016, wieder ein Stück näher gekommen:

- Die GLT der bestehenden Anlagen (Berufsschulzentrum Lörrach und Schopfheim, Hellen Keller Schule Maulburg, Sprachheilschule Zell und Gewerbeschule Rheinfelden) wurden erweitert.

- Durch das ständige Controlling der Anlagen konnten Ressourcen eingespart werden. In Zahlen heißt das eine Einsparung der Heizkosten in Höhe von ca. 15.000,- Euro im Vergleich zum Vorjahr. Diese Einsparungen, welche sich seit Einführung der Hackschnitzelanlagen und der GLT im Jahr 2010 aufzeigen, setzten sich in den klimatisch vergleichbaren Jahren erfolgreich fort.

- Die Optimierung der Einstellungen von Heizungsanlagen und die Steuerung der Wärmezufuhr auf der Grundlage von aktuellen Temperaturmessungen der zu beheizenden Räume. Die zur Steuerung notwendigen Informationen werden mittels Gebäudeleittechnik (GLT) erfasst. Fühler und andere Messinstrumente erfassen Werte, welche in übersichtlicher Form dargestellt werden. Der Techniker ist somit in Echtzeit über die Leistung der Heizanlagen informiert und kann von einem ortsungebundenen PC aus gegensteuern. Hinzu kommt die Möglichkeit der Optimierung der Verbrennung in den Heizanlagen. Hierfür hat der Hersteller ebenfalls Zugriff auf die Informationen der GLT. Es liegt auf der Hand, dass ein weiterer Vorteil die direkte Meldung von Störungen ist. Sofern technisch möglich, kann der Fehler schon vor dem Abkühlen der Heizanlage und der zu beheizenden Räumlichkeiten behoben werden.

Ein weiterer Schritt wird die GLT-Aufschaltung der Erich Kästner Schule in Lörrach, des Helen Keller Schulkindergartens Weil und des Werkstattgebäudes der Gewerbeschule in Rheinfelden sein. Diese Maßnahmen sind für 2013 geplant.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2012

Erstellung des ersten doppischen Jahresabschlusses

Vor dem Ziel einer ordnungsgemäßen und effizienten Erstellung des ersten doppischen Jahresabschlusses 2011 erfolgte im FB Finanzen eine Geschäftsprozessanalyse mit Hilfe externer Beratung. Im Ergebnis konnte ein sehr dezidierter Plan des Jahresabschlussprozesses, der alle notwendigen Aufgaben personell und zeitlich verortet, erstellt und für den Jahresabschluss 2011 bereits umgesetzt werden. Dies ermöglichte eine frühzeitige Fertigstellung der Jahresrechnung 2011 incl. Rechenschaftsbericht, welche dem Kreistag in der Sitzung am 25.07.2012 mitsamt Prüfungsvermerk des FB Kommunalaufsicht und Prüfung sowie Testat der KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG zur Feststellung vorgelegt wurde.

Allgemeine Finanzprüfung der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA)

Im IV. Quartal 2012 hat die GPA die (letzten kameralen) Haushaltsjahre 2008-2010, die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011 sowie das (erste doppische) Haushaltsjahr 2011 geprüft. Von einer Schlussbesprechung (§12 Abs. 2 GemPrO) konnte abgesehen werden. Die Verwaltungsleitung wurde am 14.12.2012 mündlich über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung unterrichtet. In diesem Abschlussgespräch hat sich der leitende Prüfer Herr Albrecht lobend über die sehr gut gelungene Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) geäußert. Er hob die sehr gute Dokumentation zur Eröffnungsbilanz hervor und bestätigte dem Landkreis Lörrach geordnete Verhältnisse im Haushalts- und Kassenwesen.

Masterplan Dienstleistungszentrum

Die Umsetzung des Masterplans Dienstleistungszentrum und die damit verbundenen Investitionen sind für den Landkreis von elementarer Bedeutung. Um in den weiteren Planungen den vollen Zugriff auf das Grundstück „Telekomgebäude“ zu haben, hat der Kreistag in seiner Sitzung am 25.07.2012 den Erwerb des sog. Telekomgebäudes beschlossen.

Entsprechend den vertraglichen Regelungen ist am 31.10.2013 der Kaufpreis i.H.v. 6,403 Mio. EUR für die Liegenschaft Palmstraße 21 (Haus 2 – Telekomgebäude) zur Zahlung fällig. Ab diesem Zeitpunkt entfallen im Gegenzug die sonst bis zum Jahr 2033 monatlich fälligen Mietraten i.H.v. 39.605 EUR (bzw. 475.260 EUR p.a.) an die GOLO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH.
Mit dieser Investitionsentscheidung wurde der Grundstein zur Umsetzung unseres zentralen Unterbringungsgedanken (Eigentum statt Miete) und dem Konzept der kurzen Wege gelegt.

Organisationsuntersuchungen

In seiner Klausurtagung vom 29./30.06.2012 hat sich der Kreistag ausführlich mit dem Thema Personal und Organisation beschäftigt und erkannt, dass Personalentwicklung und die Optimierung der Geschäftsprozesse Schlüsselthemen für die nächsten Jahre und Grundlage unserer Entscheidungen im Rahmen der strategischen und operativen Planung sein werden.

Zur Optimierung der Geschäftsprozesse wurden im Jahr 2012 Organisationsuntersuchungen in den folgenden Bereichen durchgeführt:

- Stabstelle Bildung und Kultur
- Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit und Kreistag
- Kreismedienzentrum

Über die Ergebnisse der Untersuchungen wurde in den jeweiligen Ausschüssen berichtet. Darüber hinaus wurden erste Empfehlungen aus der Organisationsuntersuchung im Fachbereich Personal und Organisation umgesetzt.

Workshop: Grundsätze der Führung & Zusammenarbeit

Den Führungskräften des Landratsamtes Lörrach ist eine positive und motivierende Zusammenarbeit aller Kollegen und Kolleginnen ein wichtiges Anliegen. Die gemeinsam entwickelten Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit sind hierfür ein wichtiger Bestandteil und sollen von allen Mitarbeiter/-innen und Führungskräften gelebt werden.

Am 07. und 08.12.2012 fand ein Workshop für alle Führungskräfte des Landratsamtes Lörrach statt. Die rund 120 Führungskräfte haben an zwei Tagen sehr motiviert die bestehenden Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit diskutiert und versucht, die Umsetzung in ihrer Arbeit als Führungskraft zu reflektieren. In verschiedenen Workshops wurden die Inhalte der Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit sowie deren Umsetzung im Alltag diskutiert und erste Handlungsfelder herausgearbeitet.

Gesundheitsförderung

Als wichtige Ziele werden der gesundheitliche Schutz und die Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter/-innen im Landratsamt Lörrach gesehen. Hierfür wurden im Jahr 2012 die Führungskräfteschulungen mit dem Ziel, das Bewusstsein der Führungskräfte zum Thema Gesundheit zu schärfen, fortgesetzt. Darüber hinaus wurde ein Konzeptentwurf zum Thema Gesundheitsmanagement erstellt, der unter der Einbindung aller Führungskräfte und Mitarbeiter/-innen im Jahr 2013 diskutiert und zum Abschluss gebracht werden soll.

Wechsel an der Verwaltungsspitze und Vakanz der Dezernatsleitung I

Insgesamt betrachtet war das Jahr 2012 auch sehr stark durch den Wechsel an der Verwaltungsspitze von Herrn Landrat Walter Schneider zu Frau Landrätin Marion Dammann sowie den Weggang des bisherigen Dezernenten für Finanzen & zentrales Management Herrn Jürgen Kientz zur Hochschule Kehl im Herbst 2012 geprägt. Frau Marion Dammann hat am 01.03.2012 ihre Arbeit als neue Landrätin des Landkreises Lörrach aufgenommen und in der Sondersitzung des Kreistags vom 19.09.2012 ist Herr Philipp von Ritter zu Groenesteyn zum neuen Kreiskämmerer und Dezernenten ab dem 02.01.2013 gewählt worden.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 1 schließt das Jahr 2012 mit einem ordentlichen Ergebnis i.H.v. 98.150.002 EUR und damit 4.409.005 EUR besser ab als geplant (93.740.997 EUR).

Produktgruppen THH 1	Plan 2012	IST 2012	Abweichung 2012	Erläuterung
PG 11.12 Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagment	-912.896	-828.657	84.239	Aufgrund der Vakanz der Dezernatsleitung konnten nicht alle Projekte umgesetzt werden.
PG 11.20 Organisation und IuK	-1.832.948	-1.740.094	92.854	Einsparungen bei Leasing, Lizenzen und Dienstleistungen Dritter
PG 11.21 Personalmanagement	-2.561.679	-2.427.045	134.634	Minderaufwendungen von 81.500 EUR für EDV-Anwendungen u.a. aufgrund Verschiebung von Projekten nach 2013 (z.B. Bewerbermanagement, SAP-HR-Controlling). Zudem wird die Leistungsprämie hier mit 50.000 EUR zentral veranschlagt aber dezentral in div. Produktgruppen verbucht.
PG 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement	-8.229.031	-7.188.959	1.040.072	Minderaufwendungen bei Unterhaltungsmaßnahmen von 690.500 EUR und in der Bewirtschaftung von 283.600 EUR (Wärme, Strom, Abfall, Reinigung, Versicherung, Dienstleistungen Dritter) sowie Personalkosten.
PG 11.26 Zentrale Dienstleistungen	-2.047.033	-1.946.124	100.909	Minderaufwendungen für Personal und Einsparungen bei Druckerzeugnissen und Portokosten.
PG 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen	111.440.700	113.279.304	1.838.604	Mehrerträge aus höheren Schlüsselzuweisungen (1.264.500 EUR), Grunderwerbsteuer (552.300 EUR) und sonstige FAG-Zuweisungen.
PG 61.20 sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	60.000	1.075.932	1.015.932	Mehrerträge aus Wertberichtigungen auf Forderungen (733.000 EUR) und Zinsen (243.000 EUR) sowie eingesparte Kassenkreditzinsen (40.000 EUR).
Sonstige Produktgruppen			101.761	Allgemeine Budgeteinsparungen
Verbesserung THH 1			**4.409.005**	

Weiterführende Erläuterungen

zu den 3 Produktgruppen im THH 1 mit den größten Plan-Ist Abweichungen in 2012:

11.24 Grundstücks- u. Gebäudemanagement:
Minderaufwendungen i.H.v. 1.040.072 EUR

Aufgrund der engen personellen Ressourcen konnte die angedachte energetische Dachsanierung auf dem Gebäude Bau „C" bei der Gewerbeschule Lörrach mit geplanten Kosten in Höhe von 300.000 EUR und die WC-Sanierungen in der Sprachheilschule Zell und dem Berufsschulzentrum in Schopfheim mit Gesamtkosten in Höhe von 250.000 EUR nicht durchgeführt werden.

Verzögerungen i.R. der Erweiterung des Landratsamtes führten zur Rückstellung der erforderlichen anzupassenden Baumaßnahmen (Organisation von außen nach innen) innerhalb des Landratsamtes (Haus 1) mit geplanten Kosten in Höhe von 100.000 EUR.

Die geplante Sanierung der Grundleitungen (70.000 EUR) an der Gewerbeschule Rheinfelden konnte nicht abgeschlossen werden.

Der geplante Aufwand für die Wärme in den kreiseigenen Liegenschaften wurde um ca. 160.000 EUR unterschritten. Hier machen sich vor allem die energetischen Sanierungen sowie ein ständiges Monitoring bemerkbar. Auch hatte die Witterung Auswirkungen, die nicht beziffert werden können.

Bei den Stromkosten konnte durch die gemeinsame Stromausschreibung ein günstiger Preis vereinbart werden. In der Tiefgarage des Landratsamtes ist auf ein LED-System umgestellt worden, beides führte zu Minderkosten in Höhe von ca. 40.000 EUR.

61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen: Mehrerträge i.H.v. 1.838.061 EUR

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit der 4. Abschlagszahlung noch eine deutliche Verbesserung: der Kopfbetrag wurde bei einer Ausschüttungsquote von 71,4 % von 510 EUR auf 517 EUR angehoben. Zusammen mit einer geringen Nachzahlung für 2011 ergeben sich für 2012 Mehrerträge in Höhe von rd. 1.264.500 EUR.

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 552.300 EUR, welche insb. aus den Monaten Juni bis Oktober 2012 resultierten.

61.20 sonstige Finanzwirtschaft:
Mehrerträge i.H.v. 1.015.932 EUR

Aufgrund der guten Liquidität konnten in 2012 Zinserträge in Höhe von rd. 243.000 EUR erwirtschaftet und Zinsaufwendungen für Kassenkredite in Höhe von 40.000 EUR eingespart werden, was die Kreisumlage (um rd. 0,12 % Punkte) entlastet.

Darüber hinaus werden in dieser Produktgruppe die Wertberichtigungen auf Forderungen abgebildet. Aus den im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 erfolgten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen ergibt sich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 773.000 EUR für das Rechnungsjahr 2012.

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Erwerb Haus 2 (Grundstück u. Telekom-Geb.)	2013	-6.799.548				-320.148		-6.479.400
	Umsetzung Masterplan - Erweiterungsbau	2014	-3.597.000						-3.597.000
	Saldo Umsetzung Masterplan		-10.396.548				-320.148		-10.076.400
11.24	Tilgung Mietkauf Telekom-Gebäude (GOLO GmbH)						-87.861		
11.24	Zuschuss Land Erweiterungsbau GWS Rheinfelden	2008 - 2011	605.000	544.500			60.500		
11.24	Umbau Eingangsbereich GWS Schopfheim (ungeplant)	2011 - 2012	-200.157				-123.352		
11.24	Energetische Sanierung GWS Schopfheim	2010 - 2011	-1.390.544	-1.421.304			30.760		
	Zuschuss Bund Konjunkturpaket II		1.021.133	1.021.133					
	Saldo Energetische Sanierung GWS Schopfheim		-369.411	-400.171			30.760		
11.24	Energ. Sanierung Kfm. Schule Lörrach	2013	-2.000.000				-17.515		-2.000.000
11.24	Energ. Sanierung GWS Lörrach Bau A	2014	-2.100.000						-2.100.000
11.24	Energ. Sanierung BSZ Schopfh.	2015	-700.000						-700.000
11.24	Energ. Sanierung GWS Rheinf.	2015-2016	-1.200.000						-1.200.000
11.24	Energ. Sanierung HKS-Kindergarten Weil	2016	-200.000						-200.000
11.24	Einrichtungen; Einbau von Aufzügen	2014-2016	0						-630.000
11.24	Bauliche Umsetzung Schulent-wicklungsplanung	2014	-1.000.000						-1.000.000
11.24	Baumaßnahme Helen-Keller Schule Maulburg	2016	-1.000.000						-1.000.000
11.20	Rückfluss Ausleihungen der KIVBF						48.806		
41.10	Rückfluss Ausleihungen der Kliniken GmbH						3.800.000		
	Gewährung von Ausleihungen an Kliniken GmbH						-2.500.000		
	Saldo Ausleihungen an verbundene Unternehmen						1.300.000		
XX.XX	Veräußerung von bewegl. Vermögensgegenständen						400		
XX.XX	Zuschuss KVJS für bewegl. AV	2011					3.903		
XX.XX	Software und bewegl. AV	fortlaufend				-61.700	-25.571		
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-18.561.116**	**144.329**	**0**	**-61.700**	**869.922**	**0**	**-18.906.400**

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

Auf Basis der Entscheidung des Kreistags vom 25.07.2012 ist der Erwerb der Liegenschaft Telekom Gebäude im Jahr 2012 durchgeführt worden. Mit Abschluss des notariell beglaubigten Kaufvertrages am 02.10.2012 ist die Grunderwerbssteuer i.H.v. **320.148 EUR** angefallen. Der Kaufpreis i.H.v. 6,403 Mio. EUR wird zum Optionsstichtag, dem 31.10.2013 fällig.

Ab diesem Stichtag entfallen die monatlichen Leasingraten, die sich aus einem Zins- und einem Tilgungsanteil zusammensetzen. Im Jahr 2012 betrug der Tilgungsanteil **87.861 EUR**.

Für die Erweiterung der Gewerbeschule Rheinfelden hat der Landkreis den bereits in 2011 erwarteten Landeszuschuss i.H.v. **60.500 EUR** erhalten.

Der vom VA beschlossene Umbau des Eingangsbereiches der Gewerbeschule Schopfheim (2011-2012) war nicht geplant und verursachte in 2012 Kosten i.H.v. **123.352 EUR**.

Für die in 2011 abgeschlossene energetische Sanierung der GWS Schopfheim wurde noch eine überzahlte Rechnung zurückgefordert (Rückzahlungsbetrag i.H.v. **30.760 EUR**).

Für die ab 2013 vorgesehene energetische Sanierung der kfm. Schule sind Ende 2012 bereits Auszahlungen i.H.v. **17.515 EUR** für Architektenleistungen (Ausschreibung) angefallen.

Die Ausleihungen an die Kliniken GmbH (Kassenkredite) sind brutto darzustellen und konnten im Jahr 2012 um **1,3 Mio. EUR** reduziert werden.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	126.130.957,41	119.101.950	120.977.052,17	1.875.102,17	938.985,28	0	936.116,89-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	144.575,73	142.000	147.254,17	5.254,17	0	0	5.254,17-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	422.620,21	520.800	426.782,26	94.017,74-	0	0	94.017,74	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.291.262,65	1.071.305	1.065.918,68	5.386,41-	0	0	5.386,41	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	300.985,25	100.000	345.973,24	245.973,24	0	0	245.973,24-	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0	0	8.103,49	8.103,49	0	0	8.103,49-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.404.523,99	348.841	993.377,54	644.536,50	0	0	644.536,50-	0
10	=	Ordentliche Erträge	129.694.925,24	121.284.896	123.964.461,55	2.679.565,42	938.985,28	0	1.740.580,14-	0
11	-	Personalaufwendungen	7.797.941,81-	9.920.206-	9.666.382,95-	253.822,66	0	54.000,00-	307.822,66-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.657.577,36-	6.613.909-	5.213.548,25-	1.400.361,15	402.796,33	137.940,00-	1.135.504,82-	256.600,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.557.167,03-	1.279.000-	1.507.394,55-	228.394,55-	0	0	228.394,55	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	322.567,36-	352.300-	313.247,68-	39.052,32	0	0	39.052,32-	0
16	-	Transferaufwendungen	6.460.418,74-	7.713.100-	7.720.212,08-	7.112,08-	0	1.470,00-	5.642,08	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.327.167,77-	1.665.384-	1.393.673,55-	271.710,13	6.190,38	20.000,00-	285.519,75-	79.600,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	20.122.840,07-	27.543.899-	25.814.459,06-	1.729.439,63	408.986,71	213.410,00-	1.533.862,92-	336.200,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	109.572.085,17	93.740.997	98.150.002,49	4.409.005,05	1.347.971,99	213.410,00-	3.274.443,06-	336.200,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	15.023.055,56	20.574.265	19.099.416,60	1.474.848,56-	0	0	1.474.848,56	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	14.676,89-	0	15.012,86-	15.012,86-	0	0	15.012,86	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	788.553,71-	404.003-	386.548,42-	17.454,55	0	0	17.454,55-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	822.551,43-	892.191-	1.010.188,60-	117.998,09-	0	0	117.998,09	0
54	-	Aufwand für IuK	276.099,23-	282.177-	285.928,44-	3.751,92-	0	0	3.751,92	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	26.649,44-	20.767-	25.575,85-	4.808,65-	0	0	4.808,65	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.271.267,35-	1.161.277-	522.382,01-	638.895,03	0	0	638.895,03-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	11.823.257,51	17.813.851	16.853.780,42	960.070,50-	0	0	960.070,50	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	121.395.342,68	111.554.848	115.003.782,91	3.448.934,55	1.347.971,99	213.410,00-	2.314.372,56-	336.200,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	127.226.349,74	120.931.269	124.156.583,07	3.225.314,10	938.985,28	0	2.286.328,82-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	17.386.388,94-	26.187.209-	25.335.960,10-	851.249,07	408.986,71	213.410,00-	655.672,36-	336.200,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	109.839.960,80	94.744.060	98.820.622,97	4.076.563,17	1.347.971,99	213.410,00-	2.942.001,18-	336.200,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	211.133,51	0	64.402,62	64.402,62	0	0	64.402,62-	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	49.935,65	0	400,00	400,00	0	0	400,00-	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	16.300.000,00	0	3.848.805,60	3.848.805,60	0	0	3.848.805,60-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	16.561.069,16	0	3.913.608,22	3.913.608,22	0	0	3.913.608,22-	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.917,87-	0	408.008,55-	408.008,55-	408.048,00-	0	39,45-	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	394.979,52-	0	110.107,15-	110.107,15-	145.162,82-	0	35.055,67-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	19.011,47-	61.700-	25.571,01-	36.128,99	16.675,89-	0	52.804,88-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16.700.000,00-	0	2.500.000,00-	2.500.000,00-	0	0	2.500.000,00	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	76.298,00-	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.274.206,86-	61.700-	3.043.686,71-	2.981.986,71-	569.886,71-	0	2.412.100,00	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	713.137,70-	61.700-	869.921,51	931.621,51	569.886,71-	0	1.501.508,22-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	109.126.823,10	94.682.360	99.690.544,48	5.008.184,68	778.085,28	213.410,00-	4.443.509,40-	336.200,00-
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	255,65-	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	255,65-	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	109.126.567,45	94.594.460	99.690.544,48	5.096.084,68	865.985,28	213.410,00-	4.443.509,40-	336.200,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Organisationsuntersuchungen
Für die Weiterentwicklung und Optimierung unserer Dienstleistungen und Geschäftsprozesse ist es wesentlich, die mit dem Kreistag vereinbarten Organisationsuntersuchungen konsequent fortzuführen und dabei jeweils eine Aufgabenkritik vorzunehmen und Schnittstellen zu prüfen.

Ab 2013 sind Organisationsuntersuchungen in den Fachbereichen Verkehr & Straßen, Vermessung & Geoinformation, Finanzen sowie im Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz und in einzelnen Bereichen des Dezernats V geplant.

Personalmanagement
Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass sich der demografisch bedingte Fachkräftemangel inzwischen auch für den Landkreis deutlich bemerkbar macht. Die altersbedingte Fluktuation wird in den kommenden 11 Jahren dazu führen, dass 30 % der Mitarbeiter/-innen und ca. 50 % der Führungskräfte ausscheiden. Daher müssen künftig die Personalgewinnung und die Personalbindung noch mehr im Fokus des Personalmanagements stehen. Ausschlaggebend wird zunehmend sein, ob wir für unsere derzeitigen und zukünftigen potentiellen Mitarbeiter tatsächlich attraktive Rahmenbedingungen bieten können.

Einen wesentlichen Baustein im Rahmen unserer Personalentwicklung stellt die aktive Gestaltung und Förderung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten eigener Mitarbeiter dar. Das Landratsamt hat derzeit rd. 50 Ausbildungsplätze in 16 Ausbildungsberufen im technischen, sozialen, kaufmännischen und Verwaltungsbereich sowie rd. 80 Praktikaplätze. Aufgrund des zu erwartenden Rückgangs der Bewerberzahlen, werden wir uns sehr intensiv mit dem Ausbildungsmarketing beschäftigen und hoffen, wie in den vergangenen Jahren mindestens zwei Drittel der Auszubildenden übernehmen zu können.

Masterplan Dienstleistungszentrum

Von zentraler Bedeutung für den Landkreis Lörrach sind die Verhandlungen und Weiterentwicklungen in Sachen Masterplan Dienstleistungszentrum und die damit verbundenen Investitionen. Im Oktober 2013 wird der Optionspreis i.H.v. 6,403 Mio. EUR fällig. Ab diesem Stichtag entfallen die monatlichen Leasingraten. Mit dieser Investitionsentscheidung haben wir alle Optionen, um unseren zentralen Unterbringungsgedanken (Eigentum statt Miete) und das Konzept der kurzen Wege umzusetzen.

Sonstiges

Eine zentrale Aufwandsposition stellen in den kommenden Jahren die Aufwendungen für Bauunterhaltung dar, für die wir im Haushaltsplan 2013 2,69 Mio. Euro und für die Jahre 2014 und 2015 je 3 Mio. EUR vorsehen haben.

11.21 Personalmanagement

Ziele & Kennzahlen

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A S	Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.	alle Organisationseinheiten des LRA sowie EAL
B S	Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.	alle Mitarbeiter/-innen
C S	Den Mitarbeiter/-innen stehen attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung.	alle Mitarbeiter/-innen, Landratsamt

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1 S	Eine zwischen dem FB P&O und dem jeweiligen Fachbereich rechtzeitig abgestimmte Nachfolgeplanung ermöglicht grundsätzlich bis zum Ausscheiden der stelleninhabenden Person eine Wiederbesetzung der vakanten Stelle.	**A 1 k1/A 1 k2**
A 2 S	Pro Jahr werden 4 potentielle Führungsnachwuchskräfte in einem gemeinsam mit anderen Landkreisen durchgeführten Führungsnachwuchskräfteprogramm (FNK) gefördert und auf eine mögliche Führungsaufgabe vorbereitet.	
B 1 S	Die Istanalyse zur Arbeitszufriedenheit und durchschnittlicher Beschäftigungsdauer ist bis zum 31.12.2013 abgeschlossen.	**B 1 k1**
C 1 S	Das Landratsamt Lörrach schafft bis Ende 2012 für Mitarbeiter/-innen ein Kinderbetreuungsangebot im Kleinkinderbereich für zunächst max. 3 Kinder.	**C 1 k1/C 1 k2**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Die jährlich ausscheidenden Personen werden rechtzeitig im dvv.personal-System ermittelt (Sachbearbeitungen mind. 1/2 Jahr vorher; Führungskräfte mind. 1 Jahr vorher). Daran schließt sich in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachbereich die konkrete Nachfolgeplanung an.	
A 2.1 S	Die Auswahl der Teilnehmer/-innen am Führungsnachwuchskräfteprogramm wird im 4. Q 2012 getroffen. Das Modular aufgebaute Programm wird zusammen mit 3 weiteren Landkreisen von Januar bis Dezember 2012 durchgeführt.	
B 1.1 S	Um die Arbeitszufriedenheit feststellen zu können, ist eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Die Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Personalrat erfolgt 2012, die Durchführung 2013.	
C 1.1 S	Ein Kinderbetreuungsangebot für zunächst max. 3 Kinder wird durch Vereinbarung mit einer Lörracher Einrichtung geschaffen.	100 %

	KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1 S	Anzahl mehrstufiger Auswahlverfahren (in %)	69	40	Anzahl Personalauswahlverfahren gesamt: 102 Anzahl mehrstufiger Personalauswahlverfahren: 41
A 1 k2 S	Anzahl Ausbildungsplätze	44	47	Zusätzliche Auszubildende wurden in folgenden Ausbildungsgängen eingestellt: Erzieher/-in, BA Soziale Arbeit, BA Puplic Management.
B 1 k1 S	Durchschnittliche Beschäftigungsdauer			Die Istanalyse zur Arbeitszufriedenheit, sowie die Ermittlung der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer werden bis zum 31.12.2013 erfolgt sein. Die Erhebung verläuft planmäßig.
C 1 k1 S	Anzahl der Teilzeitmodelle	144	145	
C 1 k2 S	Anzahl der Tele-Arbeitsplätze	10	12	

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis der Produktgruppe 11.21 Personalmanagement entspricht den Zielvorstellungen des Jahres 2012. Das Haushaltsjahr hat einen positiven Verlauf genommen.
Die dargestellten Angebote werden nachgefragt und angenommen. Positive Rückmeldungen der Teilnehmer/innen bzw. Nutzer bestätigen die bedarfsspezifischen Angebote.

Das Kinderbetreuungsangebot konnte erfolgreich eingeführt werden.
Die 3 Kindergrippenplätze sind von Mitarbeiter/-innen belegt. Ebenso konnte die Anzahl an Telearbeitsplätzen erhöht werden.

Die Anzahl an Ausbildungsplätzen konnte gesteigert werden. Trotz sinkender Bewerbungen konnten im Jahr 2012 alle Ausbildungsplätze besetzt werden.
Optimierungspotential bietet eine auf das Landratsamt zugeschnittene Strategie zum Ausbildungsmarketing, welche bereits 2013 thematisiert werden soll.

Am interkommunalen Führungsnachwuchskräfteprogramm nehmen vier potentielle Führungsnachwuchskräfte teil.

Das Aus- und Fortbildungsbudget wurde nicht ausgeschöpft, da zentrale Fortbildungen unter geänderten Rahmenbedingungen durchgeführt wurden.
Einsparungen wurden auch erzielt durch die zeitliche Veschiebung von Projekten.
Die Einführung eines EDV-gestützten Bewerbermanagements erfolgt 2013.
Die Ausgaben im Rahmen der Mitarbeiterbefragung, sowie die Gefährungsbeurteilung fallen 2013 an.

Personalmanagement **11.21**

Teilergebnisrechnung

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	6.622,55	9.450	4.944,00	4.506,00-	0	0	4.506,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	67.978,96	65.176	68.476,46	3.300,30	0	0	3.300,30-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	35.797,97	15.100	13.204,04	1.895,96-	0	0	1.895,96	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	85,22	85,22	0	0	85,22-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	43.574	17.887,61	25.686,11-	0	0	25.686,11	0
10	=	Ordentliche Erträge	110.399,48	133.300	104.597,33	28.702,55-	0	0	28.702,55	0
11	-	Personalaufwendungen	1.939.929,76-	2.035.636-	2.146.755,35-	111.118,88-	0	0	111.118,88	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	204.296,86-	458.957-	189.490,46-	269.466,42	0	7.500,00-	276.966,42-	35.500,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	2.993,70-	2.893-	2.906,98-	14,34-	0	0	14,34	0
16	-	Transferaufwendungen	3.608,94-	0	5.007,04-	5.007,04-	0	0	5.007,04	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	179.687,30-	197.493-	187.482,53-	10.010,31	0	0	10.010,31-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.330.516,56-	2.694.979-	2.531.642,36-	163.336,47	0	7.500,00-	170.836,47-	35.500,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	2.220.117,08-	2.561.679-	2.427.045,03-	134.633,92	0	7.500,00-	142.133,92-	35.500,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	2.468.391,06	2.909.604	2.841.887,54	67.716,74-	0	0	67.716,74	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	334,74-	334,74-	0	0	334,74	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	121.872,87-	190.396-	211.560,22-	21.164,48-	0	0	21.164,48	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	89.437,11-	123.676-	148.568,78-	24.892,47-	0	0	24.892,47	0
54	-	Aufwand für IuK	25.917,85-	31.562-	33.931,19-	2.368,79-	0	0	2.368,79	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	0	767-	2.175,85-	1.408,65-	0	0	1.408,65	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.154,05-	1.524-	432,85-	1.090,83	0	0	1.090,83-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.230.009,18	2.561.679	2.444.883,91	116.795,04-	0	0	116.795,04	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	9.892,10	0	17.838,88	17.838,88	0	7.500,00-	25.338,88-	35.500,00-

Teilergebnisrechnung

Personalmanagement **11.21**

Teilfinanzrechnung

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	111.079,96	89.840	86.448,60	3.391,44-	0	0	3.391,44	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.361.924,06-	2.690.081-	2.566.627,15-	123.453,64	0	7.500,00-	130.953,64-	35.500,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.250.844,10-	2.600.241-	2.480.178,55-	120.062,20	0	7.500,00-	127.562,20-	35.500,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.752,87-	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.752,87-	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	1.752,87-	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.252.596,97-	2.600.241-	2.480.178,55-	120.062,20	0	7.500,00-	127.562,20-	35.500,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	2.252.596,97-	2.600.241-	2.480.178,55-	120.062,20	0	7.500,00-	127.562,20-	35.500,00-

Teilfinanzrechnung

11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Das kreiseigene Vermögen (Bausubstanz der Gebäude) wird im Wert erhalten.	Landkreis
B	Ein modernes Immobilienmanagement bündelt die Aufgaben der Verwaltung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Immobilien „in einer Hand" und sorgt für die Bereitstellung adäquater und wirtschaftlicher Raumressourcen für die Aufgabenbereiche.	Nutzer
C S	Der kreiseigene Energiebedarf wird in der erforderlichen Qualität und zu den gewünschten Zeiten klimafreundlich und mit geringstmöglichem Ressourceneinsatz gedeckt.	Nutzer

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Fortlaufende systematische Erfassung des Gebäudezustandes und Werterhaltungsbedarfs aller kreiseigenen Gebäude auf Basis eines typenspezifischen Standards als Grundlage für die Prioritätensetzung bei Verwaltungsgebäuden, Schulen, Sporthallen, die Umsetzung der Maßnahmen sowie deren regelmäßige Fortschreibung.	**A 1 k1**
B 1	Optimierte Nutzung und Bewirtschaftung von Flächen, Gebäuden und Räumen.	**B 1 k1**
B 2	Jährliches Abarbeiten der erforderlichen baulichen Veränderungen der Kreisimmobilien nach Festlegung einer Prioritätensetzung.	**B 2 k1**
C 1 S	Jährliche Energiebericht wird spätestens in der Juli Sitzung dem VA vorgelegt und liefert alle notwendigen Informationen für eine sinnvolle Maßnahmenplanung.	**C 1 k1**
C 2 S	Um die notwendigen technischen Informationen zu erhalten werden alle kreiseigenen Gebäude bis spätestens 31.12.2016 komplett mit Gebäudeleittechnik ausgestattet.	**C 2 k1**
C 3 S	Bis spätestens 31.12.2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100 % und die Energieeffizienz wurde im Vergleich zur Basis 31.12.2010 um 10 % gesteigert.	**C 3 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Fortführung der Gebäudedatenbank.	
A 1.2	Gebäudespezifische Priorisierung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.	
B 1.1	Konsequente Umsetzung des KT Beschlusses zum Reinigungskonzept.	100 %
B 2.1	Systematische Erfassung und jährliche Fortschreibung der Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten pro qm Nutzfläche und Gebäudetyp.	100 %
C 2.1 S	Schrittweise Umsetzung der technischen Ausstattung mit Gebäudeleittechnik.	70 %
C 3.1 S	Weiterführung der begonnenen energetischen Maßnahmen.	
C 3.2 S	Kontinuierliche Fortbildung der Mitarbeiter im energetischen Bereich (aktueller Stand der Technik).	

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Wiederbeschaffungswert (WBW) aller kreiseigenen Gebäude	130.000.000		Die Gebäudedatenbank wird kontinuierlich fortgeführt. Der Wiederbeschaffungswert wurde in den Folgejahren mit einem Index versehen und angepasst.
B 1 k1	Auslastungsgrad aller kreiseigenen Gebäude (in %)	104	104	Räumliche Entlastung ist durch den Auszug des EAL entstanden
B 2 k1	Kosten (Wärme, Strom, Wasser) pro qm Nutzfläche/Jahr (in EUR) (ohne Heime)	8,51		Mit Vorlage des Energieberichts sind die Verbrauchskosten pro m^2 bekannt.
C 1 k1 S	Pünktliche Vorlage des Energieberichts (Ja/Nein)	Ja	Ja	Der Energiebericht wurde in der Julisitzung des KT vorgelegt.
C 2 k1 S	Anteil der Gebäude mit Gebäudeleittechnik (in %)		70	Es sind bereits 70 % aller Gebäude mit einer GLT ausgestattet.
C 3 k1 S	Energieverbrauch der kreiseigenen Gebäude (in MWh) (ohne Heime)	6418		Erst mit Vorlage des Energieberichtes 2012 sind die Daten des Energieverbrauchs bekannt.

GESAMTBETRACHTUNG

Die Fortführung der Gebäudedatenbank auf Grundlage der Analyse aus dem Jahr 2011 im Bereich der Gebäude des Landkreises ermittelte notwendige Mittel zur Gebäudeunterhaltung in Höhe von 18 Mio. EUR. Im Haushaltsjahr 2012 wurden Projekte zum Werterhalt in Höhe von 1.712.611,38 EUR umgesetzt. Dabei stand besonders die Sanierung der elektrischen-, sanitären- und Schallschutzmaßnahmen zur Nutzungsverlängerung im Vordergrund.

Zusätzlich wurden Sanierungen der elektrischen- und sanitären Anlagen aufgrund von Rückstellungen aus dem Haushaltsjahr 2011 in Höhe ca. 1,3 Mio. EUR durchgeführt.
Aufgrund der engen personellen Ressourcen konnte die angedachte energetische Dachsanierung auf dem Gebäude Bau „C" bei der Gewerbeschule Lörrach mit geplanten Kosten in Höhe von 300.000 EUR und die WC- Sanierungen in der Sprachheilschule Zell und dem Berufsschulzentrum in Schopfheim mit Gesamtkosten in Höhe von 250.000 EUR nicht durchgeführt werden.
Verzögerungen zur Erweiterung des Landratsamtes führten zur Rückstellung der erforderlichen anzupassenden Baumaßnahmen (Organisation von außen nach innen) innerhalb des Landratsamtes (Haus 1) mit geplanten Kosten in Höhe von 100.000 EUR.

Die geplante Sanierung der Grundleitungen (70.000 EUR) an der Gewerbeschule Rheinfelden konnte nicht abgeschlossen werden.
Der geplante Aufwand für die Wärme in den kreiseigenen Liegenschaften wurde um ca. 160.000 EUR unterschritten. Hier machen sich vor Allem die energetischen Sanierungen sowie ein ständiges Monotoring bemerkbar. Auch hatte die Witterung ihre Auswirkungen, die nicht beziffert werden kann.
Auch bei den Stromkosten konnte durch die gemeinsame Stromausschreibung ein günstiger Preis vereinbart werden. In der Tiefgarage des Landratsamtes ist auf ein LED System umgestellt worden, beides führte zu Minderkosten in Höhe von ca. 40.000 EUR.

Teilergebnisrechnung

Grundstücks- und Gebäudemanagement **11.24**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	0	51.900	87.810,07	35.910,07	0	0	35.910,07-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	32.973,30	142.000	147.159,67	5.159,67	0	0	5.159,67-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.437,19	355.136	346.522,48	8.613,92-	0	0	8.613,92	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.875,38	0	3.011,75-	3.011,75-	0	0	3.011,75	0
8	+	Aktivierte Eigenleistungen	0	0	8.103,49	8.103,49	0	0	8.103,49-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	93.600	9.081,34	84.518,66-	0	0	84.518,66	0
10	=	Ordentliche Erträge	69.285,87	642.636	595.665,30	46.971,10-	0	0	46.971,10	0
11	-	Personalaufwendungen	818.866,55-	2.394.668-	2.287.142,15-	107.525,35	0	0	107.525,35-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.364.044,18-	4.975.584-	3.941.181,27-	1.034.402,77	402.796,33	0	631.606,44-	153.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	574.633,65-	1.187.638-	1.242.890,44-	55.252,76-	0	0	55.252,76	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	295.184,57-	291.300-	291.241,89-	58,11	0	0	58,11-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.892,45-	22.478-	22.168,30-	310,10	0	0	310,10-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	3.062.621,40-	8.871.668-	7.784.624,05-	1.087.043,57	402.796,33	0	684.247,24-	153.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	2.993.335,53-	8.229.031-	7.188.958,75-	1.040.072,47	402.796,33	0	637.276,14-	153.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	4.759.318,49	9.825.467	8.744.472,00	1.080.995,35-	0	0	1.080.995,35	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	235.812,44-	398.147-	434.589,72-	36.442,85-	0	0	36.442,85	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	55.036,80-	60.210-	124.689,38-	64.479,66-	0	0	64.479,66	0
54	-	Aufwand für IuK	24.532,18-	26.170-	25.621,07-	549,01	0	0	549,01-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.095.371,42-	1.006.410-	486.953,38-	519.456,58	0	0	519.456,58-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	3.348.565,65	8.334.531	7.672.618,45	661.912,27-	0	0	661.912,27	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	355.230,12	105.500	483.659,70	378.160,20	402.796,33	0	24.636,13	153.000,00-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Grundstücks- und Gebäudemanagement **11.24**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	65.652,36	497.136	494.132,87	3.003,53-	0	0	3.003,53	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.222.165,43-	7.653.330-	7.282.097,75-	371.232,19	402.796,33	0	31.564,14	153.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.156.513,07-	7.156.194-	6.787.964,88-	368.228,66	402.796,33	0	34.567,67	153.000,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	211.133,51	0	60.500,00	60.500,00	0	0	60.500,00-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	211.133,51	0	60.500,00	60.500,00	0	0	60.500,00-	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	83.917,87-	0	408.008,55-	408.008,55-	408.048,00-	0	39,45-	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	394.979,52-	0	110.107,15-	110.107,15-	145.162,82-	0	35.055,67-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	13.372,09-	20.000-	13.472,28-	6.527,72	10.485,51-	0	17.013,23-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	492.269,48-	20.000-	531.587,98-	511.587,98-	563.696,33-	0	52.108,35-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	281.135,97-	20.000-	471.087,98-	451.087,98-	563.696,33-	0	112.608,35-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.437.649,04-	7.176.194-	7.259.052,86-	82.859,32-	160.900,00-	0	78.040,68-	153.000,00-
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	87.900-	0	87.900,00	87.900,00	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	1.437.649,04-	7.264.094-	7.259.052,86-	5.040,68	73.000,00-	0	78.040,68-	153.000,00-

Teilfinanzrechnung

11.24.02 Facility Management

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Reduzierung des kreiseigenen Energieverbrauchs in allen Nutzungsarten.	K 11.2402- 01 - 07
Erhöhung des Anteils regenerativer Energien am Gesamtverbrauch (Wärme) auf mindestens 53 %.	K 11.24.02- 08
Weitere Reduzierung der CO2 Emissionen.	K 11.24.02- 09

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Aufbau eines Energie-Controlling-Systems (Gebäudeleittechnik, GLT).	70 %
Einrichtung einer Energiedatenbank (vFM=visual Facility Management) und regelmäßige Auswertung der Verbrauchsdaten.	0 %
Erstellen von Prioritätenkatalogen und Berichten.	100 %
Identifikation und Realisierung von Energiesparpotentialen, fachtechnische Konzeption, organisatorische Planung, Entwicklung von Finanzierungskonzepten, Energiespar-Contracting.	0 %
Schulungs- und Motivationsprogramme zur Änderung des Nutzungsverhaltens (u.a. Energiesparteams an Schulen und Hausmeisterschulungen), Verhandlung, Prüfung und Gestaltung von Energielieferverträgen.	50 %
Entwicklung ökologischer Standards für kommunale Gebäude und Anlagen.	0 %
Energiekonzepte für kreiseigene Liegenschaften.	0 %
Ausarbeiten von Projekten und Abwicklung von Contracting-Mitteln.	0 %
Installation einer neuen Heizungsanlage (mit regenerativen Energien) im Gebäude Luisenstraße 35 (Psychologische Beratungsstelle).	0 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
11.24.02- 01	Durchsch. Energiekosten (gesamt) je m² Nutzfläche	9,00	7,40	Positive Auswirkung der gemeinsamen Ausschreibungen
11.24.02- 02	Heizkosten je m² Nutzfläche	3,80	3,60	konsequentes Monitoring
11.24.02- 03	Stromkosten je m² (in EUR)	4,30	3,80	Einbau v. energieeinsparenden Leuchtmittel
11.24.02- 04	Wasserkosten je m² (in EUR)	0,90		Daten liegen noch nicht vor.
11.24.02- 05	Wärmeverbrauch je m² Nutzfläche	68,60	70,00	
11.24.02- 06	Stromverbrauch je m² Nutzfläche	23,10	22,20	
11.24.02- 07	Wasserverbrauch je m² Nutzfläche	0,20		Daten liegen noch nicht vor.
11.24.02- 08	Anteil regenerative Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	55,30		Daten liegen noch nicht vor.
11.24.02- 09	Prozentuale Minderung CO-Emission ggü. VJ (in %)	-5,00	100,00	

Gesamtbetrachtung

Bei den eingetragenen Werten für Wärme und Strom handelt es sich um vorläufige Zahlen. Die Zahlen für den Wasserverbrauch konnten noch nicht ausgewertet werden. Die endgültigen Zahlen werden im Energiebericht 2012 dargestellt. Dieser wird bis Juli 2013 fertiggestellt sein.

Facility Management 11.24.02

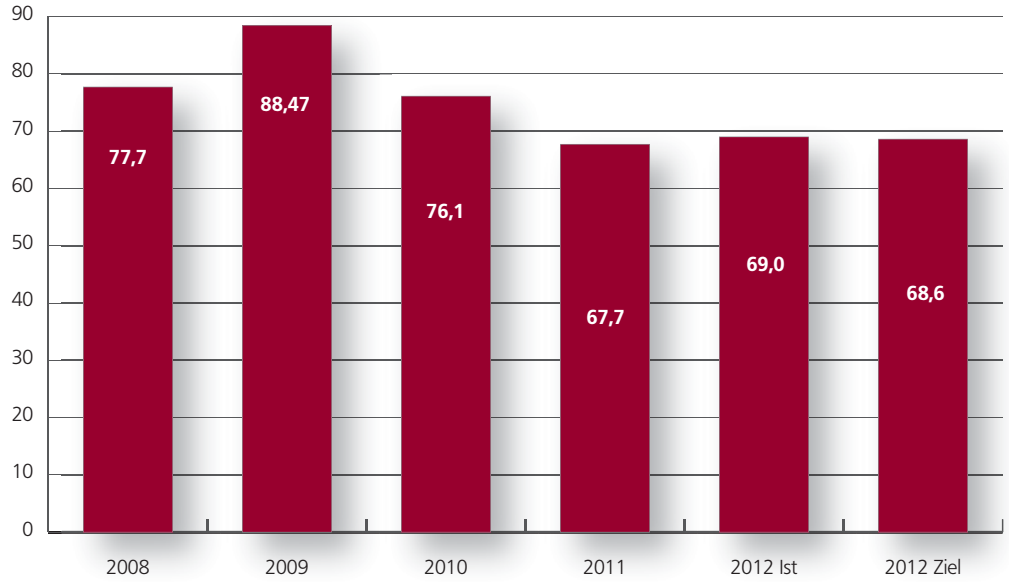
Schlüsselprodukt

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

- Wärmeenergieverbrauch- und Kosten je m²Nutzfläche

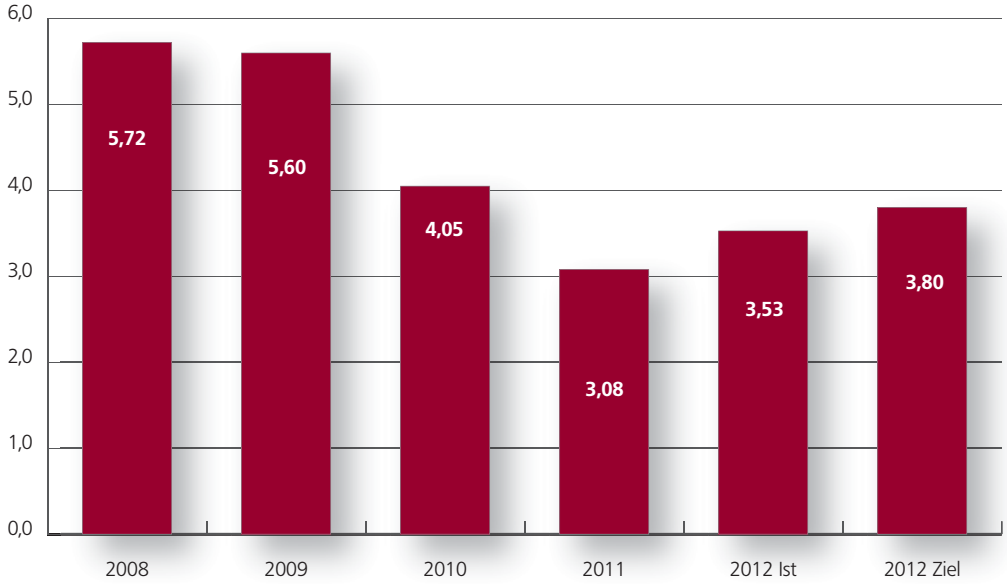
Das erste Diagramm zeigt die Entwicklung des Verbrauchs für die Wärme, der durchschnittlich je m² Nutzfläche anfällt. Im Jahresvergleich wird deutlich, dass es seit dem Höchststand von 88,4/m² im Jahr 2009 gelingt, den durchschnittlichen Energieverbrauch konstant zu senken und in den Folgejahren zu halten (Ergebnis der seit 2009 erfolgten energetischen Maßnahmen).
Das geplante Ziel des Gesamtverbrauchs pro m² Nutzfläche für 2012 ist fast erreicht worden.

Wärme Verbrauch in kWh/qm - 2008 - 2012



Das zweite Diagramm zeigt die Entwicklung der Kosten für die Wärme, die durchschnittlich je m² Nutzfläche anfallen. Im Jahresvergleich wird deutlich, dass es seit dem Höchststand von 5,72 ²/m² im Jahr 2008 gelingt, die tatsächlichen Energiekosten zu senken. Schwankungen bei den Kosten entstehen durch Witterungseinflüsse und den Marktpreis. Entgegen dem konstanten Verbrauch zeigt sich bei den Kosten pro m² ein positives Ergebnis, dieses ist sicher auch auf die gemeinsamen Ausschreibungen für die Lieferung der benötigten Energie mit den Städten und Gemeinden des Landkreises zurückzuführen.

Wärme Kosten in EUR/qm - 2008 - 2012



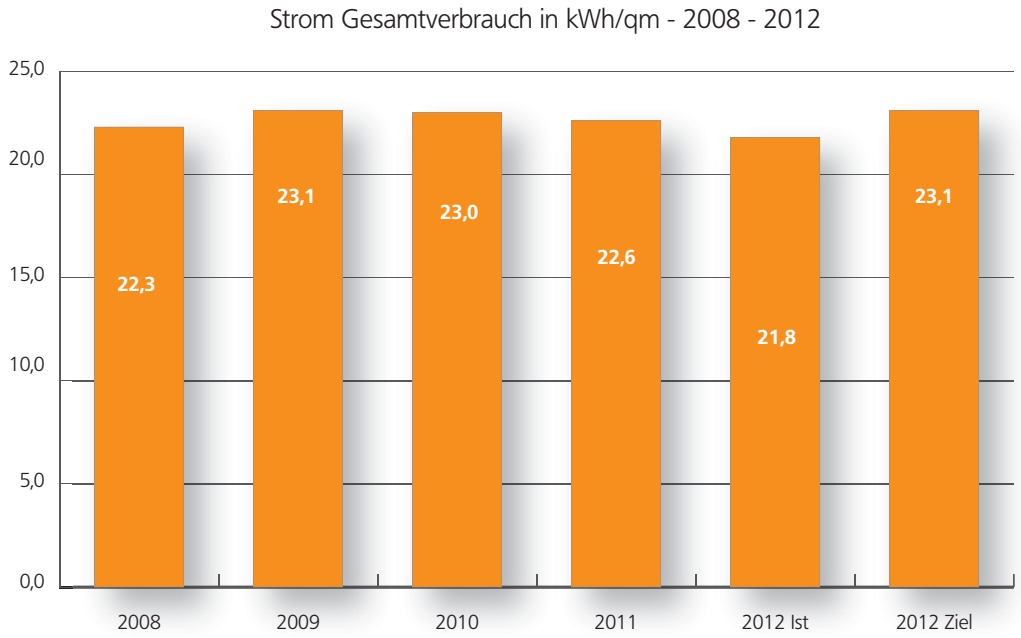
11.24.02 Facility Management

Schlüsselprodukt

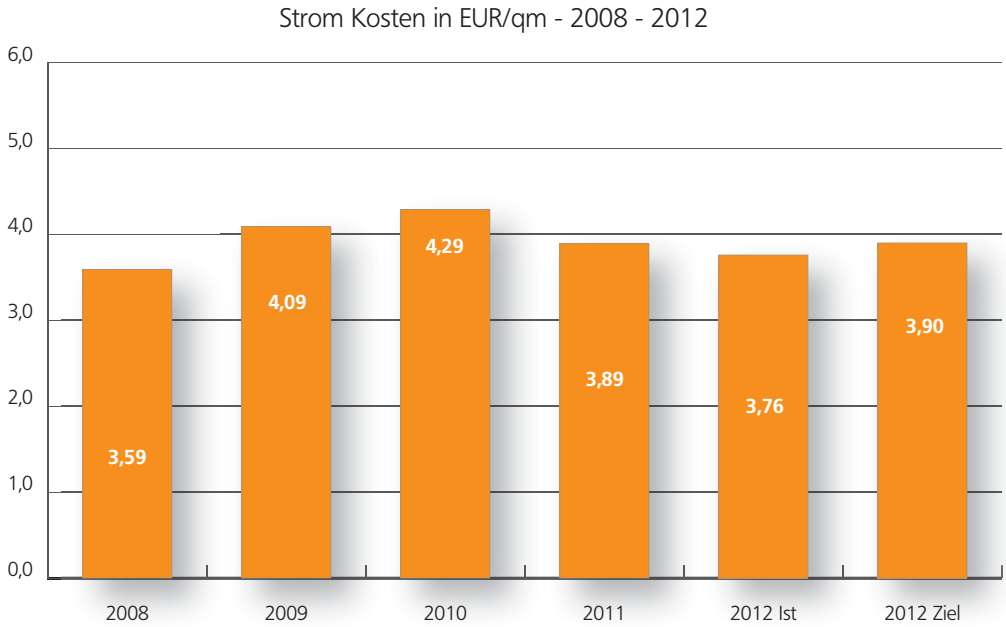
Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

- Stromverbrauch- und Kosten je m² Nutzfläche

Das dritte Diagramm zeigt die Entwicklung des kreiseigenen Stromverbrauchs je m² Nutzfläche. Im Jahresvergleich 2008-2012 wird eine Konstante beim Stromverbrauch sichtbar. Aufgrund des Einsatzes von LED-Beleuchtungen besonders in den Tiefgaragen konnte das geplante Ziel für 2012 erheblich unterschritten werden.



Das vierte Diagramm zeigt die Entwicklung der kreiseigenen Stromkosten je m² Nutzfläche. Im Jahresvergleich 2008-2012 wird wie im Verbrauch eine Konstante sichtbar. Die Unterschreitung des geplanten Zieles ist neben des Einsatzes der LED-Beleuchtung auf die gemeinsame Ausschreibung und Vergabe der Stromlieferung mit den Städten und Gemeinden zurückzuführen.



Facility Management 11.24.02

Schlüsselprodukt

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	0	51.900	87.810,07	35.910,07	0	0	35.910,07-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	142.000	147.159,67	5.159,67	0	0	5.159,67-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8,87	355.060	346.437,38	8.622,70-	0	0	8.622,70	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	3.786,81-	3.786,81-	0	0	3.786,81	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	93.600	9.081,34	84.518,66-	0	0	84.518,66	0
10	=	Ordentliche Erträge	8,87	642.560	586.701,65	55.858,43-	0	0	55.858,43	0
11	-	Personalaufwendungen	52.967,27-	2.111.588-	2.142.482,63-	30.894,78-	0	0	30.894,78	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16,70-	4.936.247-	3.927.554,29-	1.008.692,43	402.796,33	0	605.896,10-	153.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0,94-	1.186.889-	1.242.125,54-	55.236,62-	0	0	55.236,62	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	291.300-	291.241,89-	58,11	0	0	58,11-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	502,36-	19.761-	19.186,08-	575,28	0	0	575,28-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	53.487,27-	8.545.785-	7.622.590,43-	923.194,42	402.796,33	0	520.398,09-	153.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	53.478,40-	7.903.225-	7.035.888,78-	867.335,99	402.796,33	0	464.539,66-	153.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	56.059,94	9.822.218	8.734.845,10	1.087.373,14-	0	0	1.087.373,14	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.735,23-	388.707-	424.375,64-	35.668,85-	0	0	35.668,85	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	585,24-	322.954-	439.226,41-	116.272,83-	0	0	116.272,83	0
54	-	Aufwand für IuK	260,85-	23.781-	23.460,87-	319,65	0	0	319,65-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0,22-	1.006.209-	486.753,05-	519.455,71	0	0	519.455,71-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	53.478,40	8.080.569	7.361.029,13	719.539,46-	0	0	719.539,46	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	0	177.344	325.140,35	147.796,53	402.796,33	0	254.999,80	153.000,00-

Facility Management 11.24.02

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.204,17	497.060	488.677,87	8.382,21-	0	0	8.382,21	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	50.394,56-	7.328.196-	5.604.032,15-	1.724.163,78	402.796,33	0	1.321.367,45-	153.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	49.190,39-	6.831.136-	5.115.354,28-	1.715.781,57	402.796,33	0	1.312.985,24-	153.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	13.472,28-	13.472,28-	10.485,51-	0	2.986,77	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	13.472,28-	13.472,28-	10.485,51-	0	2.986,77	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	13.472,28-	13.472,28-	10.485,51-	0	2.986,77	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	49.190,39-	6.831.136-	5.128.826,56-	1.702.309,29	392.310,82	0	1.309.998,47-	153.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	49.190,39-	6.831.136-	5.128.826,56-	1.702.309,29	392.310,82	0	1.309.998,47-	153.000,00-

61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen

Ziele & Kennzahlen

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Die finanzielle Handlungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung ist nachhaltig sichergestellt.	Einwohner/-innen

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Der Haushalt ist im ordentlichen Ergebnis, unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, ausgeglichen.	**A 1 k1**
A 2	Das Basiskapital bleibt erhalten (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).	**A 2 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Aufstellung eines im ordentlichen Ergebnis ausgeglichenen Gesamthaushaltes unter Berücksichtigung einer bedarfsgerechten Finanzausstattung (Plan).	100 %
A 1.2	Vollständige Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs im Gesamtergebnishaushalt (IST).	100 %
A 2.1	Der Haushalt wird ab 2012 ohne Inanspruchnahme der Erleichterungsregel nach Art. 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts im ordentlichen Ergebnis ausgeglichen.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Fehlbetrag/Überschuss (Ergebnis) - (in EUR)	0	2.909.256	Haushaltssatzung vom 07.12.2011: 0 EUR Nachtragssatzung vom 25.07.2012: - 3.984.300 EUR
A 2 k1	Veränderung des Basiskapitals (in EUR)	0	-510.822	Aufgrund einer GPA-Prüfungsfeststellung hatte eine Korrektur der Rückstellung Urlaub/Mehrarbeit zu erfolgen.

GESAMTBETRACHTUNG

Der Haushalt 2012 wurde am 07.12.2012 mit einem veranschlagten ordentlichen Ergebnis von 0 EUR beschlossen. Um die Kommunen an dem guten Jahresergebnis 2011 mit rd. 4 Mio. EUR zu beteiligen, wurde der Kreisumlagehebesatz 2012 um 1,8 % gesenkt und damit die Kreisumlage um 3.984.300 EUR reduziert.Der Nachtragshaushalt vom 25.07.2012 wies damit einen Fehlbetrag in Höhe von 3.984.300 EUR aus.

Die Grunderwerbsteuer entwickelte sich im Rechnungsjahr weiterhin sehr stabil und führte zu Mehrerträgen in Höhe von rd. 552.300 EUR, welche insb. aus den Monaten Juni bis Oktober 2012 resultierten.

Die Schlüsselzuweisungen § 8 FAG brachten mit der 4. Abschlagszahlung noch eine deutliche Verbesserung: der Kopfbetrag wurde bei einer Ausschüttungsquote von 71,4 % von 510 EUR auf 517 EUR angehoben. Mit einer geringen Nachzahlung für 2011 bedeutete dies Mehrerträge in Höhe von rd. 1.264.500 EUR.

Teilergebnisrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen **61.10**

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	126.120.191,84	119.038.200	120.877.850,17	1.839.650,17	938.985,28	0	900.664,89-	0
		31110000 Schlüsselzuweisungen vom Land § 8 FAG	21.394.572,40	19.399.600	20.664.097,50	1.264.497,50	938.985,28	0	325.512,22-	0
		31310010 Zuw.Land §11 (1) FAG (Einwohner)	2.451.153,70	2.451.800	2.452.508,80	708,80	0	0	708,80-	0
		31310040 Zuw.Land §11 (4) FAG (Sonderbehörden)	2.200.596,00	2.244.000	2.299.737,00	55.737,00	0	0	55.737,00-	0
		31310050 Zuw.Land §11 (5) FAG (VRG)	6.368.706,00	6.520.300	6.512.005,00	8.295,00-	0	0	8.295,00	0
		31510000 Zuw.Land § 11 (2) FAG (Grunderwerbssteue	12.612.923,86	10.500.000	11.052.323,11	552.323,11	0	0	552.323,11-	0
		31820000 Kreisumlage	77.286.760,88	74.824.500	74.816.766,76	7.733,24-	0	0	7.733,24	0
		31829000 Zuw.Land § 22 FAG (Soziallastenausgleich	3.805.479,00	3.098.000	3.080.412,00	17.588,00-	0	0	17.588,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	126.120.191,84	119.038.200	120.877.850,17	1.839.650,17	938.985,28	0	900.664,89-	0
16	-	Transferaufwendungen	6.289.595,53-	7.597.500-	7.598.546,23-	1.046,23-	0	0	1.046,23	0
		43710000 Finanzausgleichsumlage §1a FAG	5.650.489,50-	6.821.100-	6.821.106,40-	6,40-	0	0	6,40	0
		43720010 KVJS-Umlage	639.106,03-	776.400-	777.439,83-	1.039,83-	0	0	1.039,83	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	6.289.595,53-	7.597.500-	7.598.546,23-	1.046,23-	0	0	1.046,23	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	119.830.596,31	111.440.700	113.279.303,94	1.838.603,94	938.985,28	0	899.618,66-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	119.830.596,31	111.440.700	113.279.303,94	1.838.603,94	938.985,28	0	899.618,66-	0

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen **61.10**

Philipp von Ritter, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	125.593.729,03	119.038.200	121.532.293,27	2.494.093,27	938.985,28	0	1.555.107,99-	0
		61110000 Schlüsselzuweisungen vom Land § 8 FAG	21.394.572,40	19.399.600	20.664.097,50	1.264.497,50	938.985,28	0	325.512,22-	0
		61310000 Sonstige allg. Zuweisungen Land (FAG)	11.020.455,70	11.216.100	11.215.013,96	1.086,04-	0	0	1.086,04	0
		61510000 Grunderwerbsteuer	12.086.461,05	10.500.000	11.756.003,05	1.256.003,05	0	0	1.256.003,05-	0
		61820000 Allgemeine Umlagen Gemeinden/GV	77.286.760,88	74.824.500	74.816.766,76	7.733,24-	0	0	7.733,24	0
		61829000 Zuw.Land §22 FAG (Soziallastenausgleich)	3.805.479,00	3.098.000	3.080.412,00	17.588,00-	0	0	17.588,00	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	6.289.595,53-	7.597.500-	7.598.546,23-	1.046,23-	0	0	1.046,23	0
		73710000 Allgemeine Umlagen an Land	5.650.489,50-	6.821.100-	6.821.106,40-	6,40-	0	0	6,40	0
		73720000 Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	639.106,03-	776.400-	777.439,83-	1.039,83-	0	0	1.039,83	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	119.304.133,50	111.440.700	113.933.747,04	2.493.047,04	938.985,28	0	1.554.061,76-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	119.304.133,50	111.440.700	113.933.747,04	2.493.047,04	938.985,28	0	1.554.061,76-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	119.304.133,50	111.440.700	113.933.747,04	2.493.047,04	938.985,28	0	1.554.061,76-	0

Teilfinanzrechnung

Ordnung & Gesundheit

Dezernat II

Verantwortung:

Ausschuss: **Verwaltungsausschuss**
Dezernatsleitung: **Thomas Mücke**

2

Produktbereich 11 Innere Verwaltung

11.13 Rechnungsprüfung

11.31 Kommunalaufsicht

Produktbereich 12 Sicherheit & Ordnung

12.10 Statistik und Wahlen

12.20 Ordnungswesen

12.22 Ausländer- und Einbürgerungswesen

12.23 Personenstandswesen

12.26 Veterinärswesen und Lebensmittelüberwachung*

12.60 Brandschutz

12.70 Rettungsdienst

12.80 Katastrophenschutz

Produktbereich 41 Gesundheit & Sport

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege*

Produktbereich 42 Sport & Bäder

42.10 Förderung des Sports

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 2

Für den Teilhaushalt 2 „Ordnung & Gesundheit“
wurden vom Forum Zukunftsstrategie
für das Jahr 2012 keine Strategischen Schwerpunkte formuliert

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2012

Als strategisch relevante Bereiche sind im THH 2 die PG 12.26 (Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung) sowie 41.40 (Maßnahmen der Gesundheitspflege) einzustufen. Die mit dem Land abgeschlossenen Zielvereinbarungen zur Feineinstufung von Betrieben im Rahmen der Betriebsüberwachung und zur flächendeckenden Durchführung der Einschulungsuntersuchung wurden vereinbarungskonform umgesetzt.

Im Bereich **Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung** (PG 12.26) ist die Aufgabenbewältigung derjenigen Bereiche, die nicht die Zielvereinbarung mit dem Land betreffen, aufgrund der anerkannt schlechten Personalsituation, die auch dem Land bekannt ist, nur unzureichend möglich. Die ursprünglich von der Landesregierung gemachten Ankündigungen zu Personalaufstockungen wurden nur in deutlich geringerem Umfang umgesetzt.

Im Fachbereich **Gesundheit** (PG 41.40) wird angestrebt, u. a. mit der implementierten Gesundheitskonferenz die gesundheitlichen Rahmenbedingungen für die Einwohner des Landkreises zu verbessern. Insoweit konnten bei den behandelten Themen „Medizinische Versorgung" und „Gesund durch Lebensstil – den Stoffwechsel im Blick" deutliche Fortschritte erzielt werden. Bei der nächsten Sitzung der Gesundheitskonferenz im Juni 2013 sollen weitere Themen zur Behandlung vorgeschlagen werden.

Ordnungswesen

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz konnten die Ziele (etwa Gesamtkonzept Katastrophenschutz) aufgrund Personalmangels, Krankheit und Rückständen aus den Vorjahren nur unzureichend erreicht werden. Zudem waren die Personalressourcen über einen langen Zeitraum durch die trinationale Erdbebenübung SEISMO 2012 gebunden.

Im Waffenrecht wurden die erforderlichen Daten fristgerecht an das inzwischen in Betrieb genommene Nationale Waffenregister übermittelt. Auch die sonstigen Ziele wurden erreicht. Allerdings konnte für die Auf-

bewahrungskontrollen bisher kein weiterer Kontrolleur gefunden werden. Dadurch ist die Zahl der Kontrollen niedriger als angestrebt.

In der Heimaufsicht wurde den gestiegenen gesetzlichen Überwachungsvorgaben durch Aufstockung um insgesamt eine halbe Stelle gegen Jahresende Rechnung getragen. Das Ziel einer jährlichen Überprüfung jeder überwachungsbedürften Einrichtung konnte zu ca. 85 % erreicht werden.

Im Ausländerbereich fand im November eine Einbürgerungsfeier statt und erfuhr eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit.

Im Bereich **Kommunalaufsicht/Rechnungsprüfung/ Wahlen** wurden die definierten Ziele weitgehend erreicht.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 2, Ordnung und Gesundheit schließt das Jahr 2012 mit einem ordentlichen Ergebnis i.H.v. -3.029.536 EUR und damit 234.264 EUR besser ab als geplant (-3.263.799 EUR).

Produktgruppen THH 2	Plan 2012	IST 2012	Abweichung 2012	Erläuterung
PG 11.13 Rechnungsprüfung	-229.460	-207.909	21.552	
PG 11.31 Kommunalaufsicht	-279.355	-280.250	-895	
PG 12.10 Statistik und Wahlen	26.861	6.876	-19.985	
PG 12.20 Ordnungswesen	-223.484	-204.688	18.795	
PG 12.22 Ausländer- und Einbürgerungswesen	-276.843	-312.281	-35.438	Mehraufwand (insbes. im Personalbereich) wegen gestiegenem Aufwand bei Einbürgerungsverfahren
PG 12.23 Personenstandswesen	-35.067	-33.725	1.342	
PG 12.26 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	-904.479	-772.459	132.020	Ergebnisverbesserung resultiert aus Minderaufwendungen bei den beauftragten privaten Tierärzten für die Schlachttier- und Fleischuntersuchungen, da deren Zahl – etwa bedingt durch die Insolvenz und nachfolgende Betriebseinstellung des Schlachthofs Stome, Schönau – deutlich gesunken ist.
PG 12.60 Brandschutz	-187.116	-173.647	13.469	
PG 12.70 Rettungsdienst	-487.240	-453.168	34.072	Minderaufwendungen für Abschreibungen (11.300 EUR) und Abrechnung mit ILSt (23.800 EUR)
PG 12.80 Katastrophenschutz	-302.124	-229.227	72.897	Minderaufwendungen aufgrund nach 2013 verschobener Kat.schutzübungen (65.000 EUR)
PG 41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege	-362.992	-366.608	-3.616	
PG 42.10 Förderung des Sports	-2.500	-2.450	50	
THH 2 gesamt	**-3.263.799**	**-3.029.536**	**234.264**	

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.70	Sprechfunk, Integrierte Leitstelle	2012	-180.000			-180.000			-180.000
	Zuschuss DRK	2012	65.000			65.000			65.000
	Zuschuss Land	2012	50.000			50.000			50.000
	Saldo Sprechfunk, Integrierte Leitstelle		-65.000			-65.000			-65.000
12.70	Digitale Alarmierung, Alarmumsetzer	2012-2013	-48.000			-48.000			-48.000
	Anteil DRK		24.000			24.000			24.000
	Saldo Digitale Alarmierung, Alarmumsetzer		-24.000			-24.000			-24.000
12.80	Rüstwagen	2010-2011	-450.003	-450.003					
	Zuschuss Stadt Schopfheim	2010-2011	144.000	75.000			68.252		
	Zuschuss Land	2011-2015	163.500	53.500		30.000	30.000		80.000
	Saldo Rüstwagen		-142.503	-321.503		30.000	98.252		80.000
12.80	Gefahrguttransporter	2014	-360.000						-360.000
	Zuschuss Land		112.000						112.000
	Saldo Gefahrguttransporter		-248.000						-248.000
12.80	Mobile Ölsperre	2013	-210.000						-210.000
XX.XX	Investitionszuschüsse					-5.000		-5.000	-10.000
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend				-52.000	-24.339	-7.700	-33.000
	Zuschüsse Land					11.300	6.640		
	Saldo Software u. bewegl. AV					-40.700	-17.699	-7.700	-33.000
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-689.503**	**-321.503**	**0**	**-104.700**	**80.553**	**-12.700**	**-510.000**

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

Bei PG 12.70 wurde die Einführung des digitalen Sprechfunks (180.000 EUR) bei der ILSt auf 2013 verschoben, weil die landesweite Umsetzung noch aussteht. Die Kosten für die digitalen Alarmumsetzer werden anteilig mit der Jahresrechnung der ILSt abgerechnet.

Die 24.339 EUR (Software und bewegliches Anlagevermögen) betreffen folgende Produktgruppen und Anschaffungen:

12.60 Brandschutz: Rohrdichtkissen, Dreiwegehahn	4.048 EUR	(Plan: 4.200 EUR)
12.80 Katstrophenschutz: Dekon Dusche	13.167 EUR	(Plan 40.000 EUR)
41.40 Gesundheitspflege: Hörtestgeräte	7.123 EUR	(Plan 7.800 EUR)

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	863.987,57	594.500	759.099,96	164.599,96	0	0	164.599,96-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	230.696,72	180.000	161.672,47	18.327,53-	0	0	18.327,53	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	121,00	300	11.419,39	11.119,39	0	0	11.119,39-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	97.503,44	44.000	74.998,42	30.998,42	0	0	30.998,42-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	414.656,75	443.192	439.520,52	3.671,96-	9.000,00	0	12.671,96	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.606.965,48	1.261.992	1.446.710,76	184.718,28	9.000,00	0	175.718,28-	0
11	-	Personalaufwendungen	3.276.959,97-	3.304.721-	3.315.243,37-	10.522,82-	0	0	10.522,82	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	250.267,58-	308.944-	253.355,57-	55.588,75	9.000,00-	19.096,00-	83.684,75-	34.400,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	95.597,88-	119.300-	109.767,19-	9.532,81	0	0	9.532,81-	0
16	-	Transferaufwendungen	162.634,00-	183.500-	180.637,87-	2.862,13	0	0	2.862,13-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	681.150,01-	609.327-	617.242,34-	7.915,46-	0	1.800,00-	6.115,46	300,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	4.466.609,44-	4.525.792-	4.476.246,34-	49.545,41	9.000,00-	20.896,00-	79.441,41-	34.700,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	2.859.643,96-	3.263.799-	3.029.535,58-	234.263,69	0	20.896,00-	255.159,69-	34.700,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	547.482,71	315.271	589.549,79	274.278,46	0	0	274.278,46-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	24.386,48-	62.014-	4.924,43-	57.089,41	0	0	57.089,41-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	808.246,41-	709.096-	690.356,65-	18.739,47	0	0	18.739,47-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	627.140,82-	689.964-	549.222,08-	140.742,36	0	0	140.742,36-	0
54	-	Aufwand für IuK	166.083,97-	169.097-	171.577,14-	2.480,34-	0	0	2.480,34	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	223.219,37-	331.544-	293.544,49-	37.999,42	0	0	37.999,42-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.353.614,01-	1.421.120-	1.463.789,80-	42.670,12-	0	0	42.670,12	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.655.208,35-	3.067.563-	2.583.864,80-	483.698,66	0	0	483.698,66-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	5.514.852,31-	6.331.363-	5.613.400,38-	717.962,35	0	20.896,00-	738.858,35-	34.700,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.540.726,35	1.111.392	1.313.306,13	201.913,65	9.000,00	0	192.913,65-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	4.385.009,84-	4.373.592-	4.475.509,10-	101.917,35-	9.000,00-	20.896,00-	72.021,35	34.700,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.844.283,49-	3.262.199-	3.162.202,97-	99.996,30	0	20.896,00-	120.892,30-	34.700,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	180.300	104.891,74	75.408,26-	0	0	75.408,26	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	180.300	104.891,74	75.408,26-	0	0	75.408,26	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	308.812,45-	280.000-	24.339,19-	255.660,81	0	0	255.660,81-	7.700,00-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	5.000-	0	5.000,00	0	0	5.000,00-	5.000,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	308.812,45-	285.000-	24.339,19-	260.660,81	0	0	260.660,81-	12.700,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	308.812,45-	104.700-	80.552,55	185.252,55	0	0	185.252,55-	12.700,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.153.095,94-	3.366.899-	3.081.650,42-	285.248,85	0	20.896,00-	306.144,85-	47.400,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	3.153.095,94-	3.366.899-	3.081.650,42-	285.248,85	0	20.896,00-	306.144,85-	47.400,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Ein grundsätzlicher Fortschreibungsbedarf im Hinblick auf die Gesamtstrategie wird nicht gesehen. Es sind insbesondere auch keine grundlegenden gesetzlichen Änderungen bekannt.

Im FB Gesundheit hinterlassen das kurzfristige Ausscheiden der Fachbereichsleitung, die Elternzeit einer Ärztin im Hygienebereich, eine Stellenbesetzungssperre einer Stelle des höheren Dienstes im Bereich Prävention bis Oktober und die teilweise Reduzierung der Arbeitszeit bei einer Sachgebietsleiterin ab Juni Lücken, die fachlich nur schwer und zeitlich allenfalls mit erheblicher Verzögerung bzw. gar nicht geschlossen werden können. Durch absehbare zusätzliche Aufgaben, etwa bei der Krankenhaushygiene, sind Defizite bei der Aufgabenerfüllung zu erwarten.

Wegen geringerer Schlachttier- und Fleischuntersuchungen im Bereich Veterinärwesen ist auch zukünftig mit Minderaufwendungen im Personalkostenbereich zu rechnen. Bei der seit Jahren angespannten Personalsituation ergibt sich im Veterinärbereich eine Entspannung durch eine zusätzliche halbe Stelle; in der Lebensmittelüberwachung zeichnet sich keine Veränderung ab.

FB Ordnung: Eine grundlegende Verbesserung der Personalsituation im Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz dürfte noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

12.26 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Ziele & Kennzahlen

Dr. Uta Hertkorn, FBL Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Durch eine risikoorientierte Überwachung von Lebensmittelbetrieben ist der Schutz der Verbraucher vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und wirtschaftlicher Übervorteilung durch Irreführung und Täuschung sichergestellt.	Verbraucher

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Beibehaltung des aktuellen Probesolls von 100 %.	**A 1 k1**
A 2	Bis 2015 sollen entsprechend den gesetzlich geforderten Vorgaben 100 % der Lebensmittelbetriebe entsprechend ihrer Risikoeinstufung überwacht werden.	**A 2 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Optimierung des Personal- und Ressourceneinsatzes.	100 %
A 2.1	Erhöhung der Anzahl der Betriebskontrollen.	47 %
A 2.2	Adäquate Aufstockung der Ressourcen.	56 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Probennahme (in %)	100	98	Ein Restkontingent konnte wegen unerbringlicher Probenanforderungen nicht bedient werden
A 2 k1	Betriebskontrollen (in %)	36	47	Die neben den anlassbezogenen Betriebskontrollen sehr hohe Zahl routinemässiger risikobasierter Kontrollen lässt sich nur durch den sehr engagierten professionell geplanten und abgearbeiteten Einsatz der Kontrolleure erreichen, begünstigt durch die Tatsache, dass in 2012 Südbaden von großen personal- und zeitaufwändigen Vorkommnissen im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständebereich weitgehend verschont geblieben ist. Im Fall von Lebensmittelkrisen oder Skandalen, die vorrangig abgearbeitet werden müssen, ist der hohe Anteil an Routinekontrollen nicht zu erbringen.

GESAMTBETRACHTUNG

Probenzuführung:
Ein Restkontingent konnte wegen unerbringlicher Probenanforderungen nicht bedient werden.

Betriebskontrollen:
Die zusätzlich zu den anlassbezogenen Betriebskontrollen hohe Zahl routinemässiger risikobasierter Kontrollen - die Erwartungen wurden übertroffen - lässt sich nur durch den sehr engagierten, professionell geplanten und abgearbeiteten Einsatz der Kontrolleure erreichen, allerdings auch begünstigt durch die Tatsache, dass in 2012 Südbaden von großen personal- und zeitaufwändigen Vorkommnissen im Lebensmittel- und Bedarfsgegenständebereich weitgehend verschont geblieben ist. Im Fall von Lebensmittelkrisen oder Skandalen, die vorrangig abgearbeitet werden müssen, ist der hohe Anteil an Routinekontrollen nicht zu erbringen.
Eine weitere Steigerung der Betriebskontrollen ist noch zu erwarten, wenn der Lebensmittelkontrolleur in Ausbildung Ende 2013 mit der Ausbildung fertig ist und voll eingesetzt werden kann. Danach ist mit kaum einer weiteren Steigerung zu rechnen, da die personellen Ressourcen voll ausgeschöpt sind.
SOLLbedarf: derzeit 9 LMKs, ohne Berücksichtigung der Zusatzaufgabe Einfuhrkontrolle.
Ausfälle wie längere Krankheit fallen wegen der Unterbesetzung stärker ins Gewicht, Vertretungen sind schwieriger zu organisieren.

Das Ziel 100 % der Kontrollen bis 2015 kann mit dem derzeitigen Personalstand nicht erreicht werden. Größere Lebensmittelskandale mit dem dann nötigen Personaleinsatz werden das Ergebnis ggf. nach unten verändern.

Teilergebnisrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung **12.26**

Dr. Uta Hertkorn, FBL Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	78.162,90	60.000	57.141,04	2.858,96-	0	0	2.858,96	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	230.696,72	180.000	161.672,47	18.327,53-	0	0	18.327,53	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	10.786,61	10.786,61	0	0	10.786,61-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.425,74	2.000	5.330,44	3.330,44	0	0	3.330,44-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.918,88	4.310	10.952,68	6.642,88	0	0	6.642,88-	0
10	=	Ordentliche Erträge	318.204,24	246.310	245.883,24	426,56-	0	0	426,56	0
11	-	Personalaufwendungen	698.884,66-	819.738-	689.032,88-	130.705,27	0	0	130.705,27-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.732,14-	52.476-	59.979,51-	7.503,03-	0	6.100,00-	1.403,03	7.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.626,62-	800-	966,63-	166,63-	0	0	166,63	0
16	-	Transferaufwendungen	146.184,00-	153.000-	152.634,00-	366,00	0	0	366,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	120.011,50-	124.774-	115.729,13-	9.044,59	0	800,00-	9.844,59-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	1.004.438,92-	1.150.788-	1.018.342,15-	132.446,20	0	6.900,00-	139.346,20-	7.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	686.234,68-	904.479-	772.458,91-	132.019,64	0	6.900,00-	138.919,64-	7.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	1.200,50	0	571,07	571,07	0	0	571,07-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	885,16-	0	861,30-	861,30-	0	0	861,30	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	185.473,23-	157.830-	151.935,56-	5.894,04	0	0	5.894,04-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	92.407,58-	98.179-	85.426,07-	12.752,44	0	0	12.752,44-	0
54	-	Aufwand für IuK	41.657,13-	41.702-	43.150,73-	1.449,17-	0	0	1.449,17	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	59.897,80-	83.099-	75.841,34-	7.258,05	0	0	7.258,05-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	478.578,59-	537.448-	541.190,02-	3.741,90-	0	0	3.741,90	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	857.698,99-	918.257-	897.833,95-	20.423,23	0	0	20.423,23-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.543.933,67-	1.822.736-	1.670.292,86-	152.442,87	0	6.900,00-	159.342,87-	7.000,00-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung **12.26**

Dr. Uta Hertkorn, FBL Veterinärwesen & Lebensmittelüberwachung – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	234.909,27	246.310	203.481,66	42.828,14-	0	0	42.828,14	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.001.406,44-	1.149.988-	1.054.714,38-	95.273,97	0	6.900,00-	102.173,97-	7.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	766.497,17-	903.679-	851.232,72-	52.445,83	0	6.900,00-	59.345,83-	7.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	766.497,17-	903.679-	851.232,72-	52.445,83	0	6.900,00-	59.345,83-	7.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	766.497,17-	903.679-	851.232,72-	52.445,83	0	6.900,00-	59.345,83-	7.000,00-

Teilfinanzrechnung

41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege

Ziele & Kennzahlen

Dr. Uwe Hoffmann, FBL Gesundheit – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Erarbeitung von Themenfeldern mit gesundheitlichem Handlungsbedarf im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
B	Verringerung der Anzahl impfpräventabler Infektionserkrankungen im Landkreis Lörrach.	Bevölkerung
C	Transparenz im Verwaltungshandeln beim Fachbereich Gesundheit.	politische Entscheidungs-träger, Bevölkerung

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Kontaktaufnahme/Vernetzung mit auf dem Gebiet der Gesundheit tätigen Gruppierungen im Landkreis, Sammlung von verfügbaren lokalen Gesundheitsdaten.	**A 1 k1**
B 1	Hinwirken (durch Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und weitere geeignete Maßnahmen, zum Erreichen eines Durchimpfungsgrades im Landkreis Lörrach für die 2. Masernimpfung > 95 % bis 2014.	**B 1 k1**
C 1	Jährlicher Rechenschaftsbericht des Fachbereichs Gesundheit im Sinne einer lokalen Gesundheitsberichterstattung bis 01.03 des Folgejahres.	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Etablierung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheit/Etablierung lokaler Gesundheitskonferenzen.	100 %
B 1.1	Nachverfolgung der Kinder ohne dokumentierte Masernimpfung in der Vorschuluntersuchung in den Jahren 2011/12/13.	91,06 %
C 1.1	Etablierung eines standardisierten Berichtsformates mit noch festzulegenden „Gesundheitsdaten" aus dem Bereich der öffentlichen Gesundheit.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Gesundheitskonferenz/Projektgruppen	1	1	
B 1 k1	Durchimpfungsgrad (in %)	95,1	86,6	2011/2012
C 1 k1	Fristgerechte Erstellung (Ja/Nein)	Ja	Ja	

GESAMTBETRACHTUNG

Übergeordnetes Ziel des Fachbereichs Gesundheit ist die Förderung und der Schutz der Gesundheit der Kreisbewohner.
Die 2011 etablierte Gesundheitsberichterstattung wurde fortgesetzt.
Die regionale Gesundheitskonferenz wird weitergeführt mit dem Schwerpunkt Stoffwechsel (Diabetes). Die 3. regionale Gesundheitskonferenz ist für Juni 2013 geplant. Dort soll über weitere zu behandelnde Themen abgestimmt werden.

Im Rahmen der Vorschuluntersuchung werden Eltern auf fehlende Impfungen, wie z.B. Masern, hingewiesen und beraten.
Der Fachbereich beteiligt sich an der Messe „Gesunde Zeiten" mit Moderation und Standbetreuung, ebenso an der Regiomesse mit einem Stand zur Präsentation der Selbsthilfegruppen.

Zusätzlicher personeller Aufwand entstand durch die neue Trinkwasserverordnung mit der Überwachung von Hausinstallationen auf Legionellen (Keim, der Lungenentzündungen hervorrufen kann).

Durch die neue Krankenhaushygieneverordnung und die im Sommer 2013 geplante Novellierung des Infektionsschutzgesetzes werden weitere Aufgaben bewältigt werden müssen (Mehr-aufwand durch erweiterte Meldepflichten).

Teilergebnisrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Uwe Hoffmann, FBL Gesundheit – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	169.451,31	156.000	162.386,15	6.386,15	0	0	6.386,15-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	121,00	300	141,00	159,00-	0	0	159,00	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.618,35	12.000	7.122,82	4.877,18-	0	0	4.877,18	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	35.000	0	35.000,00-	0	0	35.000,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	195.190,66	203.300	169.649,97	33.650,03-	0	0	33.650,03	0
11	-	Personalaufwendungen	402.448,43-	408.352-	402.518,83-	5.832,73	0	0	5.832,73-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.527,28-	54.430-	36.599,06-	17.831,02	0	4.196,00-	22.027,02-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	959,62-	900-	1.663,38-	763,38-	0	0	763,38	0
16	-	Transferaufwendungen	14.000,00-	26.000-	25.553,87-	446,13	0	0	446,13-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	68.756,17-	76.610-	69.922,65-	6.687,55	0	1.000,00-	7.687,55-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	520.691,50-	566.292-	536.257,79-	30.034,05	0	5.196,00-	35.230,05-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	325.500,84-	362.992-	366.607,82-	3.615,98-	0	5.196,00-	1.580,02-	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	17.284,00	0	74.859,12	74.859,12	0	0	74.859,12-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	236.519,31-	153.887-	157.130,30-	3.242,95-	0	0	3.242,95	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	199.087,20-	216.878-	192.118,29-	24.759,92	0	0	24.759,92-	0
54	-	Aufwand für IuK	44.217,24-	45.721-	49.102,32-	3.380,88-	0	0	3.380,88	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	44.111,65-	60.765-	55.348,39-	5.416,68	0	0	5.416,68-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	825.056,09-	834.272-	837.084,66-	2.812,74-	0	0	2.812,74	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.331.707,49-	1.311.524-	1.215.924,84-	95.599,15	0	0	95.599,15-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.657.208,33-	1.674.516-	1.582.532,66-	91.983,17	0	5.196,00-	97.179,17-	0

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Maßnahmen der Gesundheitspflege **41.40**

Dr. Uwe Hoffmann, FBL Gesundheit – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	226.689,04	168.300	171.782,94	3.482,94	0	0	3.482,94-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	521.053,81-	558.292-	551.000,41-	7.291,43	0	5.196,00-	12.487,43-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	294.364,77-	389.992-	379.217,47-	10.774,37	0	5.196,00-	15.970,37-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	7.800-	7.123,34-	676,66	0	0	676,66-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	7.800-	7.123,34-	676,66	0	0	676,66-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	7.800-	7.123,34-	676,66	0	0	676,66-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	294.364,77-	397.792-	386.340,81-	11.451,03	0	5.196,00-	16.647,03-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	294.364,77-	397.792-	386.340,81-	11.451,03	0	5.196,00-	16.647,03-	0

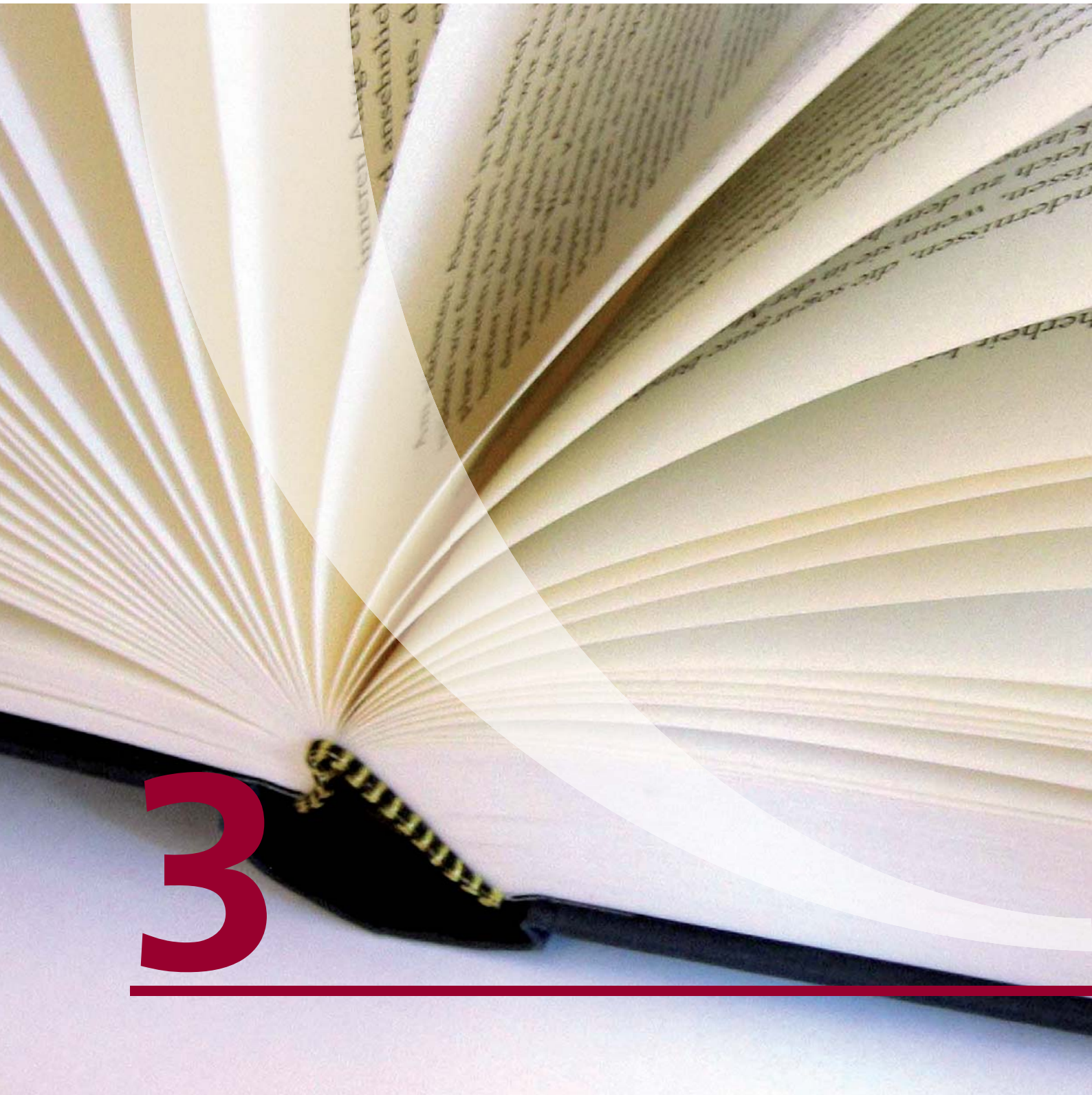
Teilfinanzrechnung

Bildung & Kultur

Dezernat II

Verantwortung:

Ausschuss: **Verwaltungsausschuss**
Dezernatsleitung: **Thomas Mücke**



3

Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben

21.20 Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen*

21.30 Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen*

21.50 Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen

Produktbereich 22 Schulpersonal & Schulentwicklung

22.20 Schulentwicklung*

22.20.01 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen*

Produktbereich 25 Archiv

25.21 Archiv

Produktbereich 26 Musikschulen

26.20 Musikpflege

Produktbereich 28 Sonstige Kulturpflege

28.10 Kulturpflege

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 3

- Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert.

- In der Region Lörrach sind die Bildungs- und Erziehungangebote aufeinander abgestimmt, angefangen bei der Kindertagesbetreuung. Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und andere an Bildung und Erziehung beteiligte Partner bilden eine Verantwortungsgemeinschaft in der Region. Regionale Abstimmungen gewährleisten, dass die Übergänge der Schüler/-innen erfolgreich verlaufen (Bildungsregion).

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert

Wirkungsziel 2012 - PG 22.20

- Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u. a. durch Kompetenzzentren).

Um dem o.g. strategischen Ziel der bedarfsgerechten Ausrichtung unserer Bildungseinrichtungen näher zu kommen, wurden folgende Maßnahmen und Umstrukturierungen durchgeführt:

Zum Schuljahr 2012/13

- erhielt das Wirtschaftsgymnasium der Kaufmännischen Schule Lörrach das neue Profil „Internationale Wirtschaft";
- wurde das Technische Gymnasium mit dem Profil „Umwelttechnik" an der Gewerbeschule Rheinfelden zweizügig weiterentwickelt;
- an der Gewerbeschule Lörrach erfolgte die erstmalige Einrichtung eines Bildungsangebots im Bereich „Nahrung – Hoga" (Einjährige Berufsfachschule);
- an der Mathilde-Planck-Schule Lörrach wurde eine Fachschule für Sozialpädagogik in Form der „praxisorientierten Ausbildung von Erzieher/-innen" (PIA) eingerichtet.

Nach den rückläufigen Gesamtschülerzahlen der letzten Jahre konnte zum Schuljahr 2012/2013 wieder ein leichter Anstieg verzeichnet werden.

Das Vorhaben, den Standort Schopfheim durch Einrichtung eines technischen Berufskollegs II an der Gewerbeschule zu stärken und gleichzeitig höherwertige Abschlüsse anbieten zu können, scheiterte trotz einer ausreichenden Zahl an Anmeldungen an der Landesregierung, die äußerst kurzfristig ihre Zustimmung versagte.

Weiter zu führen ist nach wie vor der von der Leitung der Mathilde-Planck-Schule eingebrachte Ansatz einer Auflösung der Außenstelle Schopfheim und deren Eingliederung in Lörrach, die bisher aus Gründen der Raumknappheit nicht umgesetzt werden konnte. Hierzu hat kürzlich eine Besprechung mit dem Regierungspräsidium Freiburg stattgefunden, bei dem die grundsätzliche Vorgehensweise besprochen wurde.

Strategischer Schwerpunkt

Strategischer Schwerpunkt

In der Region Lörrach sind die Bildungs- und Erziehungsangebote aufeinander abgestimmt, angefangen bei der Kindertagesbetreuung. Schulen, Schulaufsicht, Schulträger und andere an Bildung und Erziehung beteiligte Partner bilden eine Verantwortungsgemeinschaft in der Region. Regionale Abstimmungen gewährleisten, dass die Übergänge der Schüler/-innen erfolgreich verlaufen (Bildungsregion).

Wirkungsziel 2012 - PG 22.20

- Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote (Bildungsregion).

Die Bemühungen, die im Berufsorientierungsprozess beteiligten Partner in ein Gesamtkonzept einzubinden, führten trotz etlicher Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg, da die Interessenslagen zu unterschiedlich sind (etwa IHK <> HWK) und keine Einigung erzielt werden konnte, wer den Prozess federführend steuert. Der Prozess ist damit nicht völlig zum Erliegen gekommen; derzeit werden bilaterale Gespräche zwischen Schulamt und Agentur für Arbeit geführt.

Nichtsdestotrotz wird das Projekt Ausbildung durch Praktikum (AdP) weiterhin erfolgreich im gesamten Landkreis umgesetzt und konnte auf insgesamt 20 Schulen ausgeweitet werden. Abgeleitet aus dem laufenden Resilienz-Pilotprojekt (Weil am Rhein, Todtnau) sollen die konzeptionellen Ansätze im Rahmen einer verstärkten Präventivarbeit in weitere Kindergärten, die einen hohen Anteil an Auffälligkeiten aufweisen, übertragen werden.

Weitere Aufgabenschwerpunkte

Die Integration von Schüler/-innen mit Behinderungen bzw. Benachteiligungen konnte ressourcenneutral ausgebaut werden und neue Klassen in Großen Kreisstädten eingerichtet werden; die Beschulung an den allgemeinbildenden Schulen wurde dabei so gesteuert, dass kein zusätzliches Betreuungspersonal eingesetzt werden musste.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 3 schließt das Jahr 2012 mit einem ordentlichen Ergebnis i.H.v. 1.435.065 EUR und damit 794.505 EUR besser ab als geplant (640.560 EUR).

Produktgruppen THH 3	Plan 2012	IST 2012	Abweichung 2012	Erläuterung
PG 21.20 Sonderschulen	-420.894	-228.109	192.785	Mehrerträge durch höhere Sachkostenbeiträge des Landes und Minderaufwendungen bei den Aufwendungen der Schulbudgets. Diese münden in die Schulbudgetüberträge nach 2013.
PG 21.30 berufsbildende Schulen	1.556.889	2.085.721	528.832	Mehrerträge durch höhere Sachkostenbeiträge des Landes und Minderaufwendungen bei den Aufwendungen der Schulbudgets. Diese münden in die Schulbudgetüberträge nach 2013.
PG 21.50 sonst. schulische Aufgaben und Einrichtungen	-185.149	-159.919	25.230	
PG 22.20 Schulentwicklung	-89.911	-56.215	33.696	Minderaufwand aufgrund Verzicht auf externe Moderation
PG 25.21 Archiv	-28.697	-36.948	-8.251	
PG 26.20 Musikpflege	-106.962	-107.148	-186	
PG 28.10 Kulturpflege	-84.716	-62.317	22.399	Der Minderaufwand resultiert aus der eher restriktiven Kulturförderung in 2012 (da aufgrund des niedrigen Zinsniveaus auch die für eine Förderung zur Verfügung stehenden Zinserträge aus dem Kulturfonds Schlossgut Istein niedriger ausfielen)
THH 3 gesamt	**640.560**	**1.435.065**	**794.505**	

Sowohl bei PG 21.20 (Sonderschulen) als auch bei PG 21.30 (berufsbildende Schulen) liegen die Aufwendungen der Schulbudgets unter den eingeplanten Mitteln, die auch die Schulbudgetreste der Vorjahre enthalten.
Es ist festzustellen, dass die Summe der Restmittel der beruflichen Schulen im Vergleich zu früheren Jahren deutlich abgenommen hat.

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
21.20	Bewegliches Anlagevermögen, Sonderschulen	fortlaufend			-11.896	-36.400	-14.173	-14.496	-122.700
21.30	Bewegliches Anlagevermögen, Berufsbildende Schulen	fortlaufend			-31.435	-318.200	-186.057	-103.250	-1.138.500
XX.XX	Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen						1.669		
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	fortlaufend				-5.400	0		-28.800
Saldo aus Investitionstätigkeit					**-43.331**	**-360.000**	**-198.561**	**-117.746**	**-1.290.000**

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

Die Minderausgaben im investiven Bereich der PG 21.20 und 21.30 resultieren daraus, dass die Umsetzung der Investitionen überwiegend erst mit Beginn des neuen Schuljahres im September gestartet und bis Ende des Jahres nicht abgeschlossen werden konnte.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	5.435.760,99	5.374.700	5.668.850,46	294.150,46	73.000,00	0	221.150,46-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	106.257,44	78.300	99.155,31	20.855,31	0	0	20.855,31-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	149.245,81	178.300	159.852,64	18.447,36-	0	0	18.447,36	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	65.148,13	36.700	34.599,84	2.100,16-	0	0	2.100,16	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	143.600	0	143.600,00-	0	0	143.600,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	5.756.412,37	5.811.600	5.962.458,25	150.858,25	73.000,00	0	77.858,25-	0
11	-	Personalaufwendungen	3.305.182,95-	2.224.571-	2.005.702,77-	218.868,05	0	0	218.868,05-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.763.497,74-	1.653.315-	1.152.472,91-	500.841,85	0	460.943,50-	961.785,35-	822.531,61-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	936.814,38-	306.200-	315.019,76-	8.819,76-	0	0	8.819,76	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66,00-	0	74,00-	74,00-	0	0	74,00	0
16	-	Transferaufwendungen	182.296,29-	250.900-	230.706,89-	20.193,11	0	0	20.193,11-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	706.241,47-	736.054-	823.417,10-	87.362,70-	0	200,00-	87.162,70	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	9.894.098,83-	5.171.040-	4.527.393,43-	643.646,55	0	461.143,50-	1.104.790,05-	822.531,61-
19	=	Ordentliches Ergebnis	4.137.686,46-	640.560	1.435.064,82	794.504,80	73.000,00	461.143,50-	1.182.648,30-	822.531,61-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	494.159,16-	633.782-	542.939,25-	90.843,07	0	0	90.843,07-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	1.117.312,36-	5.801.000-	5.008.750,11-	792.249,67	0	0	792.249,67-	0
54	-	Aufwand für IuK	8.683,80-	9.009-	13.881,57-	4.872,33-	0	0	4.872,33	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	282.931,18-	312.587-	284.862,52-	27.724,27	0	0	27.724,27-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	85.124,18-	71.620-	603.549,79-	531.930,15-	0	0	531.930,15	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.988.210,68-	6.827.998-	6.453.983,24-	374.014,53	0	0	374.014,53-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	6.125.897,14-	6.187.438-	5.018.918,42-	1.168.519,33	73.000,00	461.143,50-	1.556.662,83-	822.531,61-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	5.681.588,88	5.657.400	5.956.083,66	298.683,66	73.000,00	0	225.683,66-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	9.022.100,98-	4.828.340-	4.099.767,08-	728.572,90	0	461.143,50-	1.189.716,40-	822.531,61-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.340.512,10-	829.060	1.856.316,58	1.027.256,56	73.000,00	461.143,50-	1.415.400,06-	822.531,61-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	1.669,00	1.669,00	0	0	1.669,00-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	1.669,00	1.669,00	0	0	1.669,00-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	309.108,66-	360.000-	200.230,40-	159.769,60	0	43.331,00-	203.100,60-	117.746,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	309.108,66-	360.000-	200.230,40-	159.769,60	0	43.331,00-	203.100,60-	117.746,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	309.108,66-	360.000-	198.561,40-	161.438,60	0	43.331,00-	204.769,60-	117.746,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.649.620,76-	469.060	1.657.755,18	1.188.695,16	73.000,00	504.474,50-	1.620.169,66-	940.277,61-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	3.649.620,76-	469.060	1.657.755,18	1.188.695,16	73.000,00	504.474,50-	1.620.169,66-	940.277,61-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Hinblick auf den strategischen Schwerpunkt der bedarfsgerechten Ausrichtung der kreiseigenen Bildungseinrichtungen sollten die laufenden Projekte mit der bisherigen Zielrichtung weitergeführt werden.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird aktuell ein Gesamtkonzept zu den Standorten und die Festlegung bzw. Schaffung von Kompetenzzentren im Rahmen der AG Schulen vorbereitet.

Nach wie vor unklar ist, wie sich die Ausbreitung der Gemeinschaftsschule, die ja den Gedanken der inklusiven Beschulung verstärkt umsetzen soll, auf den laufenden Inklusionsprozess im Landkreis auswirken wird.

Beim Thema Ganztagsschulen steht weiterhin eine Regelung im Schulgesetz zur Mitfinanzierung der entstehenden (Bau-)Kosten für die notwendigen Einrichtungen zur Verköstigung der Schüler/-innen aus. Zudem hat auch der seit Jahren zu verzeichnende Lehrermangel an unseren Beruflichen Schulen mit der Folge, dass keine Ressourcen für eine pädagogisch sinnvolle Beschäftigung der Schüler/-innen zur Verfügung stehen, bisher eine Teilnahme an derartigen Projekten verhindert.

Im Bereich Bildungsregion haben die Bemühungen, die im Berufsorientierungsprozess beteiligten Partner in ein Gesamtkonzept einzubinden, trotz etlicher Bemühungen nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Die Bemühungen werden zwar fortgesetzt, es besteht dennoch durchaus die Gefahr, dass die angestrebte Gesamtlösung nicht erreicht werden kann. Im Hinblick auf die im Frühjahr 2014 auslaufenden Zuschussleistungen des Landes wird über eine Weiterführung gegebenenfalls in geänderter Form oder mit anderer Zielrichtung zu entscheiden sein.

Änderungsbedarf im Hinblick auf das Budget 2014 und den Investitionsbedarf wird nicht gesehen.

21.20 Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Die von Deutschland ratifizierte UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ist an Kreisschulen umgesetzt.	Schüler/-innen mit Behinderungen
B	Reibungsloser Unterrichtsverlauf ist durch die Bereitstellung des erforderlichen Betreuungspersonals und der sachlichen Ressourcen sichergestellt.	Schüler/-innen mit Behinderungen

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Die Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe und inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind geschaffen.	**A 1 k1**
B 1	Die erforderlichen personellen Ressourcen für den Schulbetrieb stehen bereit und der hohe Deckungsgrad an Betreuungspersonal sowie an unterstützenden Kräften (Bufdis, Praktikant/-innen) wird gehalten.	**B 1 k1/B 1 k2**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	In Zusammenarbeit mit Kindergarten- und Schulträgern der Regelschulen bzw. -kindergärten sowie des Staatlichen Schulamtes ressourcengünstige und weitgehende Lösungsmöglichkeiten sowie Umsetzungsplanungen zur Inklusion erarbeiten und drei Außenklassen bis 2014 einrichten.	100 %
B 1.1	Frühzeitige und regelmäßige Überprüfung der erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen unter Berücksichtigung der Änderungen der Bundeswehrrechtsreform.	100 %
B 1.2	Erhebungen zum Deckungsgrad des erforderlichen Betreuungsbedarfs erstellen.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Inklusiv beschulte Schüler/-innen	38	36	Gruppenweise Beschulung ist in der Umsetzung gut gelungen. Schätzung ist nahezu genau ausgefallen, lediglich zwei Schüler/-innen weniger.
B 1 k1	Anzahl der Zivildienstleistenden/Praktikanten	12	15	Der Wegfall der Wehrpflicht konnte durch rasches Reagieren und Einstellung von 9 Personen im Bundesfreiwilligendienst kompensiert werden. Zudem wurden 6 Praktikanten eingestellt und das Praktikantenentgelt um 80 EUR auf das regionale Bezahlungsniveau angepasst (Attraktivität).
B 1 k2	Stellenanteile für Betreuende Kräfte	19,9		Der Betreuungsbedarf wird zu 100 % gedeckt.

GESAMTBETRACHTUNG

TEILERGEBNISRECHNUNG
Zur Ertragsseite:
Aufgrund der Festsetzung der Sachkostenbeiträge sind die Einnahmen höher ausgefallen, als in der Planungsphase angenommen wurde.
Daher ist auf der Einnahmeseite eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Einnahmen der Essensgelder sind geringer als angenommen ausgefallen.
Zur Aufwandsseite:
Aufgrund nicht nahtlos besetzter Stellen sind die Personalaufwendungen nicht in voller Höhe angefallen - hier kam es zu Einsparungen.
Auch bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind Minderausgaben erkennbar.
Die Schulen wirtschaften sehr bewusst mit den Schulbudgetmitteln, so dass hier jährlich Schulbudgetreste gebildet und in die Schulbudgetmittel des Folgejahres übertragen werden.
Auch künftig ist davon auszugehen, dass hier die Planansätze eingehalten werden, zumal sich derzeit keine gravierenden Veränderungen für das HH-Jahr 2013 abzeichnen.

INVESTITIONEN - FINANZHAUSHALT
Zahlreiche Investitionsmaßnahmen konnten in 2012 nicht realisiert werden, da hierfür zuerst bauliche bzw. EDV-technische Maßnahmen notwendig sind.
Im Zuge der Investitionsplanung 2013 wurden die meisten dieser Maßnahmen erneut für 2013 beantragt und vom VA genehmigt, so dass die Umsetzung voraussichtlich in 2013 erfolgt.
Die mangelnde Investitionstätigkeit wirkt sich analog auf die Aufwendungen für Abschreibungen aus.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen **21.20**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.328.633,26	1.296.100	1.356.372,40	60.272,40	0	0	60.272,40-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	2.715,00	3.000	2.150,00	850,00-	0	0	850,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	57.040,59	43.000	55.856,26	12.856,26	0	0	12.856,26-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	24.756,18	36.100	23.541,46	12.558,54-	0	0	12.558,54	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	21.100	0	21.100,00-	0	0	21.100,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.413.145,03	1.399.300	1.437.920,12	38.620,12	0	0	38.620,12-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.326.694,24-	1.224.767-	1.116.590,61-	108.176,64	0	0	108.176,64-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	583.288,41-	272.234-	198.827,11-	73.406,41	0	75.810,27-	149.216,68-	141.412,02-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	145.102,11-	17.800-	17.034,30-	765,70	0	0	765,70-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	255.899,91-	305.393-	333.577,22-	28.183,86-	0	0	28.183,86	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.310.984,67-	1.820.194-	1.666.029,24-	154.164,89	0	75.810,27-	229.975,16-	141.412,02-
19	=	Ordentliches Ergebnis	897.839,64-	420.894-	228.109,12-	192.785,01	0	75.810,27-	268.595,28-	141.412,02-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	168.574,33-	232.723-	178.501,44-	54.221,14	0	0	54.221,14-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	196.037,46-	1.225.033-	887.800,19-	337.233,12	0	0	337.233,12-	0
54	-	Aufwand für IuK	604,20-	591-	841,77-	250,77-	0	0	250,77	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	70.732,80-	78.147-	71.180,43-	6.966,27	0	0	6.966,27-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	2.856,07-	2.578-	95.883,25-	93.305,69-	0	0	93.305,69	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	438.804,86-	1.539.071-	1.234.207,08-	304.864,07	0	0	304.864,07-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.336.644,50-	1.959.965-	1.462.316,20-	497.649,08	0	75.810,27-	573.459,35-	141.412,02-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von Sonderschulen **21.20**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.393.861,45	1.371.600	1.430.606,05	59.006,05	0	0	59.006,05-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	2.206.069,02-	1.800.894-	1.566.542,36-	234.351,77	0	75.810,27-	310.162,04-	141.412,02-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	812.207,57-	429.294-	135.936,31-	293.357,82	0	75.810,27-	369.168,09-	141.412,02-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.180,70-	36.400-	14.173,29-	22.226,71	0	11.896,00-	34.122,71-	14.496,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.180,70-	36.400-	14.173,29-	22.226,71	0	11.896,00-	34.122,71-	14.496,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	5.180,70-	36.400-	14.173,29-	22.226,71	0	11.896,00-	34.122,71-	14.496,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	817.388,27-	465.694-	150.109,60-	315.584,53	0	87.706,27-	403.290,80-	155.908,02-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	817.388,27-	465.694-	150.109,60-	315.584,53	0	87.706,27-	403.290,80-	155.908,02-

Teilfinanzrechnung

21.30 Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen

Ziele & Kennzahlen

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Die Beruflichen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes ausgerichtet. Durch optimierte Bildungsangebote stehen dem regionalen Arbeitsmarkt adäquat ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Anzahl zur Verfügung.	Auszubildende, Regionale Unternehmen, Berufliche Schulen

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Die Beruflichen Schulen verfügen über ein vielfältiges Bildungsangebot.	**A 1 k1**
A 2	Technisches Gymnasium „Umwelttechnik" ist bis zum Schuljahr 2013/14 auf eine Zweizügigkeit hin ausgebaut.	**A 2 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Bestehende Bildungsangebote an den Beruflichen Schulen überprüfen und am Bedarf ausrichten.	80 %
A 2.1	Die erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen für die Einrichtung zusätzlicher Gymnasialklassen „Umwelttechnik" frühzeitig überprüfen und die Zustimmung des zuständigen Gremiums einholen.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Anzahl bestehender Berufsfelder an Beruflichen Schulen im Landkreis Lörrach	12	12	TG Rheinfelden wurde weiterentwickelt. BK II an der GWS Schopfheim wurde vom Land abgelehnt. Zug „Internationale Wirtschaft" wurde am WG Lörrach eingerichtet.
A 2 k1	Anzahl der berufl. Gymnasialklassen (jeweils mehrzügig)	14	14	Es sind 14 Gymnasialklassen an allen beruflichen Schulen vorhanden.

GESAMTBETRACHTUNG

Aufgrund der Erhöhung der Sachkostenbeiträge ist auf der Ertragsseite eine Verbesserung zu verzeichnen.
Nicht nahtlos besetzte Stellen in Schulsekretariaten der Beruflichen Schulen haben zu Minderausgaben geführt.

Investitionmaßnahmen konnten nicht vollumfänglich umgesetzt werden, da die Lieferung in 2012 durch die Firmen nicht mehr erfolgen konnte und das Vergabeverfahren aufgrund der unbesetzten Stellen nicht rechtzeitig begonnen wurde. Ansonsten wurden die Schulbudgets eingehalten.

Teilergebnisrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	4.045.126,23	4.033.600	4.239.824,09	206.224,09	73.000,00	0	133.224,09-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	103.082,44	74.300	96.917,31	22.617,31	0	0	22.617,31-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	89.579,47	135.200	103.117,63	32.082,37-	0	0	32.082,37	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.462,53	0	11.058,15	11.058,15	0	0	11.058,15-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	122.500	0	122.500,00-	0	0	122.500,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	4.276.250,67	4.365.600	4.450.917,18	85.317,18	73.000,00	0	12.317,18-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.724.565,30-	731.933-	612.446,17-	119.486,46	0	0	119.486,46-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.133.426,92-	1.290.492-	907.312,87-	383.179,57	0	385.133,23-	768.312,80-	681.119,59-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	786.956,18-	283.500-	293.349,88-	9.849,88-	0	0	9.849,88	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66,00-	0	74,00-	74,00-	0	0	74,00	0
16	-	Transferaufwendungen	89.196,29-	94.300-	94.432,39-	132,39-	0	0	132,39	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	399.803,62-	408.486-	457.580,57-	49.095,05-	0	0	49.095,05	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.134.014,31-	2.808.711-	2.365.195,88-	443.514,71	0	385.133,23-	828.647,94-	681.119,59-
19	=	Ordentliches Ergebnis	2.857.763,64-	1.556.889	2.085.721,30	528.831,89	73.000,00	385.133,23-	840.965,12-	681.119,59-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	288.774,34-	354.413-	311.812,19-	42.600,68	0	0	42.600,68-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	898.147,42-	4.539.562-	4.088.731,63-	450.830,36	0	0	450.830,36-	0
54	-	Aufwand für IuK	1.691,16-	1.653-	2.356,76-	703,28-	0	0	703,28	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	198.051,80-	218.811-	199.305,75-	19.505,01	0	0	19.505,01-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	77.207,16-	63.797-	495.635,93-	431.839,05-	0	0	431.839,05	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.463.871,88-	5.178.236-	5.097.842,26-	80.393,72	0	0	80.393,72-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	4.321.635,52-	3.621.347-	3.012.120,96-	609.225,61	73.000,00	385.133,23-	921.358,84-	681.119,59-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen **21.30**

Anja Emmenecker-Schabow, SST Bildung– Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	4.221.527,01	4.239.100	4.449.181,66	210.081,66	73.000,00	0	137.081,66-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	6.365.441,13-	2.490.211-	2.061.140,05-	429.070,54	0	385.133,23-	814.203,77-	681.119,59-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.143.914,12-	1.748.889	2.388.041,61	639.152,20	73.000,00	385.133,23-	951.285,43-	681.119,59-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	1.669,00	1.669,00	0	0	1.669,00-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	1.669,00	1.669,00	0	0	1.669,00-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	303.927,96-	318.200-	186.057,11-	132.142,89	0	31.435,00-	163.577,89-	103.250,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	303.927,96-	318.200-	186.057,11-	132.142,89	0	31.435,00-	163.577,89-	103.250,00-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	303.927,96-	318.200-	184.388,11-	133.811,89	0	31.435,00-	165.246,89-	103.250,00-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	2.447.842,08-	1.430.689	2.203.653,50	772.964,09	73.000,00	416.568,23-	1.116.532,32-	784.369,59-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	2.447.842,08-	1.430.689	2.203.653,50	772.964,09	73.000,00	416.568,23-	1.116.532,32-	784.369,59-

Teilfinanzrechnung

22.20 Schulentwicklung

Ziele & Kennzahlen

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A S	Die kreiseigenen Bildungseinrichtungen sind am Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes und der Schüler/-innen ausgerichtet und effizient organisiert (u. a . durch Kompetenzzentren).	Schüler/-innen, Ausbildungsunternehmen
B S	Verbesserung der Lern- und Lebenschancen von Jugendlichen durch regionale Abstimmung aller Bildungs- und Erziehungsangebote (Bildungsregion).	Schüler/-innen, Auszubildende und Jugendliche

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1 S	Bis zum 31.08.2012 liegt ein mit dem RP abgestimmtes Konzept für ein bedarfsorientiertes Bildungsangebot an den beruflichen Schulen des Landkreises Lörrach vor.	
A 2 S	Ab Schuljahr 2012/2013 erfolgt ein optimierter Ressourceneinsatz.	**A 2 k1**
A 3 S	Ein Ganztagsbeschulungsangebot ist zum Schuljahr 2012/2013 als Schulversuch am Standort Lörrach für Schüler/innen im berufsvorbereitenden Bereich sowie im Berufskolleg auf den Weg gebracht.	
B 1 S	Erhöhung der Einmündungsquote in Ausbildungsverhältnisse (Übergangsmanagement Schule-Beruf) um mindestens 10 Prozentpunkte innerhalb der nächsten 3 Jahre.	**B 1 k1**
B 2 S	Schwächere Schüler erhalten bedarfsgerechte Unterstützungsmaßnahmen.	**B 2 k1**
B 3 S	Bis zum Jahr 2014 liegt ein öffentlich verantwortetes Gesamtkonzept (Aufbau und Umsetzung einer Bildungsregion) vor, aus welchem konkrete Handlungsziele und Maßnahmen für alle Beteiligten hervorgehen.	**B 3 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Zur Erstellung des Konzeptes werden Ausbildungsunternehmen einbezogen, um die Akzeptanz des Schulentwicklungsplans sicher zu stellen. In Zusammenarbeit mit zuständigen Kammern und Verbänden werden notwendige Maßnahmen zum Erhalt von schwachen Ausbildungsbereichen ergriffen.	40 %
A 2.1 S	Die Raumressourcen sowie Sachausstattung werden auf die tatsächliche Auslastung der Klassen- und Fachräume überprüft, um den notwendigen Bedarf festzustellen.	30 %
A 2.2 S	Abschluss der Bedarfsanalyse im Forum „Berufliche Bildung“.	100 %
A 3.1 S	Antragstellung beim Regierungspräsidium Freiburg auf Einrichtung des Schulversuchs nach Vorliegen der mit den Schulen gemeinsam erstellten Konzeption zu Beschulungs- und Betreuungsangeboten am Standort Lörrach.	0 %
B 1.1 S	Bestandsaufnahme bestehender Strukturen (Projekte) und Abläufe, Generierung einer Datenbasis (Einmündungsquote).	
B 2.1 S	Einberufen von Gesprächsrunden an den Haupt- und Werkrealschulen des LK, Einsatz von Praktikumsbeauftragten für schwächere Schüler.	20 %
B 3 .1 S	Etablierung eines regionalen Bildungsbüros und Kommunizierung der Zielsetzungen an alle Beteiligten.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 2 k1 S	Kooperative Nutzung von Fachräumen (in h/Wo)	60	45	GWS und MPS Lörrach nutzen seit Einrichtung des Bereichs HoGa die Fachräume an der MPS gemeinsam. Am Standort Schopfheim nutzt die KS stundenweise die Klassenzimmer der dortigen MPS und GWS. Die KS und MPS Lörrach nutzen gemeinsam den Schulserver und den EDV-Fachmann. Viele weitere kooperative Nutzungsmöglichkeiten sind vorhanden, werden jedoch bisher nicht genutzt.
B 1k1 S	Einmündungsquote (in %)			Die Zahl der teilnehmenden Schulen am Programm AdP (Ausbidlung durch Praktikum) konnte auf 20 gesteigert werden. Auswirkungen bei der Einmündungsquote sind derzeit noch nicht messbar.
B 2 k1 S	Zahl der Schüler, die Unterstützung erhielten			730 (160 im Rahmen Ausbildungsbegleitende Hilfen; 200 Berufseinstiegsbegleiter; 300 Ausbildung durch Praktikum; 30 Berufspraktikumsjahr; 40 Einstiegsqualifizierung).
B 3 k1 S	Fortschritt Konzepterstellung (in %)			Nach jetzigem Stand ist aufgrund unterschiedlichster Interessen nicht mit einem Gesamtkonzept zu rechnen.

GESAMTBETRACHTUNG

Für die externe Moderation stehen per 31.12.2012 insgesamt noch 17.400 EUR zur Verfügung sowie 1.000 EUR für Sachkosten. Es ist davon auszugehen, dass diese Beträge auch in 2013 nicht abgerufen werden, da die externe Moderation voraussichtlich nicht mehr benötigt wird.

Schulentwicklung **22.20**

Teilergebnisrechnung

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	45.000,00	45.000	45.000,00	0	0	0	0	0
10	=	Ordentliche Erträge	45.000,00	45.000	45.000,00	0	0	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	78.420,66-	73.657-	74.523,96-	867,36-	0	0	867,36	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.833,85-	55.116-	23.124,38-	31.991,54	0	0	31.991,54-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.862,56-	6.138-	3.566,58-	2.571,42	0	0	2.571,42-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	104.117,07-	134.911-	101.214,92-	33.695,60	0	0	33.695,60-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	59.117,07-	89.911-	56.214,92-	33.695,60	0	0	33.695,60-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	2.453,88-	4.087-	6.601,56-	2.514,59-	0	0	2.514,59	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	5.584,20-	6.542-	6.002,28-	539,83	0	0	539,83-	0
54	-	Aufwand für IuK	1.958,04-	2.259-	2.288,29-	29,77-	0	0	29,77	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	0	0	140,21-	140,21-	0	0	140,21	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	2.158,64-	2.355-	2.391,61-	36,73-	0	0	36,73	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	12.154,76-	15.242-	17.423,95-	2.181,47-	0	0	2.181,47	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	71.271,83-	105.153-	73.638,87-	31.514,13	0	0	31.514,13-	0

Teilergebnisrechnung

Schulentwicklung **22.20**

Teilfinanzrechnung

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	45.000,00	45.000	45.000,00	0	0	0	0	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	99.796,07-	134.911-	102.760,68-	32.149,84	0	0	32.149,84-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	54.796,07-	89.911-	57.760,68-	32.149,84	0	0	32.149,84-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	54.796,07-	89.911-	57.760,68-	32.149,84	0	0	32.149,84-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	54.796,07-	89.911-	57.760,68-	32.149,84	0	0	32.149,84-	0

Teilfinanzrechnung

22.20.01 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

Ziele & Kennzahlen

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Weiterentwicklung von Bildungsangeboten, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen.	
Stärkung des Schulstandortes Schopfheim.	
Effizienter Ressourceneinsatz durch schulübergreifende Nutzung vorhandener Ressourcen.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MASSNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Weiterentwicklung des Technischen Gymnasiums „Umwelttechnik" an der Gewerbeschule Rheinfelden.	100 %
Stärkung des Berufsschulstandortes Schopfheim durch Weiterentwicklung von Bildungsangeboten, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen.	50 %
Stärkung der Gewerbeschule Schopfheim im Bereich Metall durch die Verlagerung der Werkzeugmechaniker und Werkzeugmechanikerinnen von der Gewerbeschule Lörrach.	0 %
Stärkung des Bereichs Nahrung an der Gewerbeschule Lörrach durch die Weiterentwicklung im Bereich Hotel- Gastro (HoGa).	100 %
Konzentration der Mathilde-Planck-Schule an einem Standort.	0 %
Erhalt der landwirtschaftlichen Ausbildung im Landkreis Lörrach.	100 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
22.20.01- 01	Nettoaufwand des LK Lörrach für die beruflichen Schulen (in EUR)	3.933.851,0	3.201.553,0	Mehrerträge entstanden durch höhere Sachkostenbeiträge des Landes und Minderaufwendungen der Schulen im Rahmen ihrer Schulbudgets. Letztere führen zu Schulbudgetüberträgen nach 2013 und stellen daher nur vorübergehende Minderaufwendungen dar.
22.20.01- 02	Nettoaufwand GWS Lörrach	1.403.690,0	1.297.165,0	
22.20.01- 03	Nettoaufwand GWS Schopfheim	1.298.233,0	1.171.922,0	
22.20.01- 04	Nettoaufwand GWS Rheinfelden	759.823,0	765.573,0	
22.20.01- 05	Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ	276.249,0	95.812,0	
22.20.01- 06	Nettoaufwand Kfm. Schule SH	-172.543,0	-241.324,0	
22.20.01- 07	Nettoaufwand MPS (LÖ + AS SH)	368.398,0	112.405,0	
22.20.01- 08	Nettoaufwand GWS LÖ/Schüler	826,2	859,6	
22.20.01- 09	Nettoaufwand GWS SH/Schüler	1.370,9	1.203,2	
22.20.01- 10	Nettoaufwand GWS RHF/Schüler	831,3	812,7	
22.20.01- 11	Nettoaufwand Kfm. Schule LÖ/Schüler	1.279.744,0	1.186.374,0	
22.20.01- 12	Nettoaufwand Kfm. Schule SH/Schüler	0,0	-313,4	
22.20.01- 13	Nettoaufwand MPS/Schüler	436,5	138,4	
22.20.01- 14	Anzahl Schulstunden in denen Ressourcen kooperativ genutzt werden Schulstandort Lörrach/Schopfheim	150	0	
22.20.01- 15	Anzahl Klassen, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen (insgesamt)	23,0	23,0	

Gesamtbetrachtung

Überwiegend konnten im Prozess Schulentwicklungsplanung deutliche Fortschritte erzielt werden, wenn auch nicht bei allen Punkten. Inzwischen gibt es etwa zur Verlagerung der Werkzeugmechaniker neue Ansätze seitens des Landes, die weiter zu verfolgen sind. Die Ausgaben konnten durch den Verzicht auf eine externe Moderation deutlich reduziert werden.

Kommentierung Schlüsselproduktzielerreichung
Durch Erreichen der Zweizügigkeit sind am TG Rheinfelden große Erfolge erzielt worden.

Schlüsselprodukt

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 22.20.01

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

Die Stärkung des Standortes Schopfheim scheiterte hinsichtlich der Neueinrichtung eines Technischen Berufskollegs II am Kultusministerium; die bereits Anfang 2012 abgestimmte Verlagerung der Werkzeugmechaniker konnte letztlich nicht umgesetzt werden und wird inzwischen vom Regierungspräsidium nicht mehr mitgetragen.
An der Gewerbeschule Lörrach konnte die geplante neue Ausbildungsrichtung im Bereich Nahrung umgesetzt werden.
Ebenso konnte die landwirtschaftliche Ausbildung in Schopfheim aufrechterhalten werden, obwohl seitens des Landes bereits eine Aussetzung dieser Ausbildung (Gärtner und Floristen) bekannt gegeben worden war. Die Konzentration der Mathilde-Planck-Schule in Lörrach ist bisher aufgrund zu geringer Raumressourcen nicht umsetzbar, wird aber weiterverfolgt.

Zusammenhang zwischen Schlüsselproduktzielen und PG-Leistungszielen, Beitrag zu Wirkungszielen
Das Schlüsselproduktziel „effizienter Ressourceneinsatz" setzt das entsprechende PG-Leistungsziel um; insgesamt dienen alle Schlüsselproduktziele dem PG-Wirkungsziel. Das zeigt sich hinsichtlich der Ausrichtung des Angebots am Bedarf der Schüler-/innen vor allem bei den seit drei Jahren erstmals wieder gestiegenen Schülerzahlen, dies insbesondere dank der Erweiterungen bei den Gymnasialklassen.

Kommentierung Haushaltsverlauf
Es ergaben sich Einsparungen durch den Verzicht auf eine externe Moderation des Prozesses. Das Budget wurde dadurch um rund 30.000 EUR unterschritten.

Beschreibung	Schuljahr Haushaltsjahr	08/09 2008	09/10 2010	10/11 2011	11/12 2012
K 22.20.01- 01	Nettoaufw. berufl. Schulen (in EUR)	3.347.458	3.020.218	4.658.166	3.201.553
K 22.20.01- 02	Nettoaufw. GWS Lörrach	1.074.496	1.057.444	1.774359	1.297.165
K 22.20.01- 03	Nettoaufw. GWS Schopfheim	-12.330	-59.114	1.036.607	690.077
K 22.20.01- 04	Nettoaufw. GWS Rheinfelden	586.322	588.472	662.555	765.573
K 22.20.01- 05	Nettoaufw. Kfm. Schule LÖ	1.309.580	647.761	390.760	95.812
K 22.20.01- 06	Nettoaufw. Kfm. Schule SH	616.478	1.009.783	220.911	69.807
K 22.20.01- 07	Nettoaufw. MPS (LÖ + AS SH)	-227.088	-224.128	572.973	283.119
K 22.20.01- 08	Nettoaufw. GWS LÖ/Schüler	639	642	1.081	860
K 22.20.01- 09	Nettoaufw. GWS SH/Schüler	-14	-63	1.126	708
K 22.20.01- 10	Nettoaufw. GWS RHF/Schüler	557	574	689	813
K 22.20.01- 11	Nettoaufw. Kfm. Schule LÖ/Schüler	732	376	230	57
K 22.20.01- 12	Nettoaufw. Kfm. Schule SH/Schüler	896	1.408	285	91
K 22.20.01- 13	Nettoaufw. MPS/Schüler	-273	-270	709	349
K 22.20.01- 14 Anzahl Schulst. i. d. Ressourcen kooperativ genutzt werden je Schulstandort	Schulstandort Lörrach	0	0	0	50
	Schulstandort Schopfheim	0	50	80	100
K 22.20.01-15 Anzahl Klassen, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen je Schulstandort	TG an GWS Rheinfelden	0	0	1	2
	WG an Kfm. Schule Lörrach	4	4	5	5
	BTG, SG, EWG an				
	Mathilde-Planck-Schule Lörrach	3	3	4	4
	TG an GWS Lörrach	3	3	3	4
	BK I, BK II an GWS und				
	Kfm. Schule Schopfheim	6	5	7	8

Die oben stehende Tabelle zeigt mit dem Nettoaufwand pro Schuljahr und Schule die finanziellen Aufwendungen, die alleine vom Landkreis Lörrach getragen werden. Der Nettoaufwand stellt die Differenz zwischen Bruttoaufwand und Sachkostenbeiträge als Zuweisung vom Land Baden-Württemberg dar.
Durch die vermehrte Förderung der Bildung und dadurch erstrebte höhere Qualifizierung unserer Schüler/-innen, was zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt führt, soll langfristig eine Entlastung bei den Sozialausgaben herbeigeführt werden. Desweiteren wird angestrebt, den bestehenden Bedarf der Wirtschaft aufgrund des immer spürbarer werdenden Fachkräftemangels bestmöglich zu decken.

22.20.01 Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen

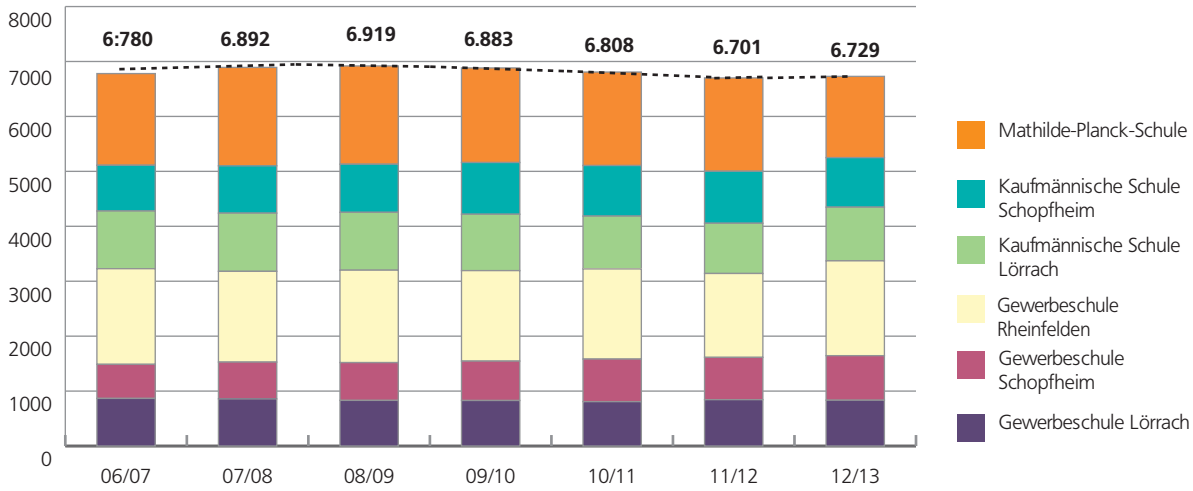
Schlüsselprodukt

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

Weitere erklärte Ziele bei der Schulentwicklung der Beruflichen Schulen sind zudem eine Entlastung der Haushaltsmittel durch eine kooperative Nutzung der Ressourcen untereinander, sowie die Erweiterung bei den angebotenen Bildungsabschlüssen.

Die Schülerzahlen im Landkreis Lörrach sind bis zum Schuljahr 2008/09 kontinuierlich gestiegen. Ähnlich wie auf Landesebene erreichten die Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/09 ihren Höchststand und sind seither rückläufig. Entgegen dem Landestrend (und trotz der entgegensteuernden demografischen Komponente) konnte der Landkreis Lörrach im laufenden Schuljahr 2012/2013 durch die ergriffenen Maßnahmen jedoch wieder eine Steigerung bei den Schülerzahlen erreichen (vgl. u.s. grafische Darstellung).

Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen im LK Lörrach



Schlüsselprodukt

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 22.20.01

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	19.473,15-	18.289-	19.773,39-	1.484,47-	0	0	1.484,47	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.449,43-	29.616-	24,38-	29.591,54	0	0	29.591,54-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	44,52-	1.638-	99,96-	1.538,04	0	0	1.538,04-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	22.967,10-	49.543-	19.897,73-	29.645,11	0	0	29.645,11-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	22.967,10-	49.543-	19.897,73-	29.645,11	0	0	29.645,11-	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	188,48-	1.156-	3.206,22-	2.050,15-	0	0	2.050,15	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	43,92	1.896-	395,91-	1.500,50	0	0	1.500,50-	0
54	-	Aufwand für IuK	10,92	202-	596,57-	394,73-	0	0	394,73	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1.359,16-	2.355-	2.354,98-	0,10-	0	0	0,10	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.492,80-	5.609-	6.553,68-	944,48-	0	0	944,48	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	24.459,90-	55.152-	26.451,41-	28.700,63	0	0	28.700,63-	0

Schulentwicklungsplanung Beruflicher Schulen 22.20.01

Thomas Mücke, Dezernent II – Verwaltungsausschuss

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	22.631,73-	49.543-	20.009,31-	29.533,53	0	0	29.533,53-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.631,73-	49.543-	20.009,31-	29.533,53	0	0	29.533,53-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	22.631,73-	49.543-	20.009,31-	29.533,53	0	0	29.533,53-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	22.631,73-	49.543-	20.009,31-	29.533,53	0	0	29.533,53-	0

Verkehr & Strukturpolitik

Dezernat III

Verantwortung:

Ausschuss: **Umweltausschuss**
Dezernatsleitung: **ELB Walter Holderried**

4

Produktbereich 12 Sicherheit & Ordnung

12.21 Verkehrswesen

Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben

21.40 Schülerbeförderung

Produktbereich 51 Räumliche Planung & Entwicklung

51.10 Räumliche Planung*

51.10.15 Verkehrsplanung/Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung*

51.11 Vermessung und Geoinformation

51.12 Flurneuordnung

Produktbereich 54 Verkehrsflächen & Anlagen, ÖPNV

54.20 Kreisstraßen*

54.20.01 Bereitstellung und Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen*

54.30 Landesstraßen

54.40 Bundesstraßen

54.70 ÖPNV

54.90 Sonstige Leistungen für Verkehrsflächen

Produktbereich 57 Wirtschaft & Tourismus

57.10 Wirtschaftsförderung*

57.50 Tourismus

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 4

Der Landkreis

- fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D – CH – F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.
- fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.
- unterstützt die zukunftsorientierte Bereitstellung eines bedarfsgerechten- und umweltschonenden ÖPNV- Angebotes.
- fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Im Landkreis

- besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der radnutzenden Bevölkerung.

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D - CH - F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.

Wirkungsziele 2012 - PG 57.10

- Der Landkreis fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D-CH-F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrikt Basel hat eine lange Tradition. Die Schwerpunkte des Landkreis-Engagements im Bereich der Gesundheitsversorgung waren u. a.:
- 2002: erste Kontakte auf politischer Ebene zur Zusammenarbeit im Gesundheitswesen
- 2007-2010: Pilotprojekt Basel-Stadt/ Basel-Land/ Landkreis Lörrach zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im akutstationären Sektor und in der Rehabilitation.

Der Landkreis Lörrach hat sich auch im Jahr 2012 intensiv mit dem Thema grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung und zwar insbesondere mit dem Bereich Pflege und Pflegebedürftigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe beschäftigt.

Am 15.11.2012 startete dazu ein gemeinsames Modellprojekt des Landkreises Lörrach und der Kantone Basel-Stadt und Basel-Land unter Beteiligung des Landes gemeinsam mit den Pflegekassen zur Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepten für Pflegebedürftige in häuslicher Pflege.

Die Zielsetzung des Projektes ist die Erarbeitung eines grenzüberschreitenden Versorgungsmodells,

- dem der Ansatz „Verbundene Pflege“ (in der Schweiz: Co-Pflege) zugrunde liegt,
- das sich an den Bedürfnissen der Betroffenen als Pflegebedürftige und Pflegende orientiert und die Chancen in der Region – für die Region in den Blick nimmt.

Verkehr & Strukturpolitik

Das Projekt soll dazu wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zur Bedarfslage, zu zukunftsfähigen Versorgungsstrukturen und ihrer Wirkung liefern. In statistischen Modellierungen soll den sich wandelnden Rahmenbedingungen und sich vermindernden finanziellen und sozialen Ressourcen für die Pflege Rechnung getragen werden.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert durch aktive Strukturpolitik gleichwertige Lebensbedingungen für den Ländlichen Raum.

Wirkungsziel 2012 - PG 57.10

- Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum.

Das Ziel, „den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum in allen Bereichen im Sinne der Nachhaltigkeit zu stärken und weiter zu entwickeln" verlangt vom Landkreis und seinen Gemeinden eine aktive Rolle. Diese manifestiert sich in einer zielorientierten Strukturpolitik sowie einem entsprechenden Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels.

Der Landkreis hat mit seinen großen Städten im Umfeld von Basel nicht nur urbane Strukturen, sondern auch erhebliche Anteile im ländlichen Raum.

Hier gilt es, sich mit den vielfältigen Herausforderungen und Entwicklungen vor allem in den Bereichen Wirtschaft und Struktur auseinanderzusetzen. Die Tendenzen in diesen Bereichen werden in besonderem Maße durch den demografischen Wandel beeinflusst, verstärkt und/oder gar verursacht. Der Landkreis kann sich diesen Entwicklungen nur gemeinsam mit den Städten und Gemeinden stellen.

Daher haben sich Kreistag und Verwaltung in 2012 auf den Weg zur aktiven Gestaltung der Zukunft begeben. Dies gilt z. B. für die mit der Prognos AG entwickelte Sozialstrategie. Der Landkreis verfügt mit seiner Sozialstrategie, dem fortzuschreibenden Kreisaltenhilfeplan, arbeitsmarkt- und unternehmensbezogenen Zahlenwerken und Zielsetzungen, mit den in Aufstellung befindlichen Nahverkehrsplanungen (auch behindertengerechte Mobilität - gesellschaftliche Teilhabe) sowie mit den Grundlagen und Planungen zur Breitbandversorgung in vielen Bereichen über eine fundierte Datenbasis.

Hierzu wurden in 2012 die entsprechenden Beschlüsse gefasst und erste Grundlagen erarbeitet, um die Fülle an

Daten, die für verschiedene Bereiche vorliegen, in 2013 im Rahmen einer strukturpolitischen Betrachtung zusammen zu führen.

Daneben hat der Landkreis mit seiner kreiseigenen Strukturförderung und einem entsprechenden Engagement im Bereich LEADER, ELR und Naturpark wichtige Impulse gegeben und Förderprojekte für eine nachhaltige Stärkung und Verbesserung der Strukturen gerade im ländlichen Raum ermöglicht.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis unterstützt die zukunftsorientierte Bereitstellung eines bedarfsgerechten- und umweltschonenden ÖPNV- Angebotes.

Wirkungsziele 2012 -PG 51.10

- Der Schienenpersonennahverkehr am Ober- und Hochrhein wird entsprechend der Lörrach-Waldshuter Erklärung schrittweise weiterentwickelt und gestärkt.
- Eine bedarfsgerechte und benutzerorientierte Entwicklung des ÖPNV im Landkreis ist unter besonderer Berücksichtigung der Grenzlage und des ländlichen Raums sichergestellt.

Wirkungsziel 2012 - PG 57.10

- Das grenzüberschreitende ÖPNV Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und benutzerorientiert weiterentwickelt.

Viergleisiger Ausbau Rheintalstrecke

Nach mehr als 30 Jahren Planung und neun Jahren Bauzeit ist am 04.12.2012 der Katzenbergtunnel zwischen Schliengen und Efringen-Kirchen eingeweiht worden. Der Tunnel leistet einen wichtigen Beitrag zur dringend notwendigen Kapazitätserweiterung auf einer der wichtigsten europäischen Transitachsen.

Im Rahmen der weiteren Projektentwicklung betonte der Kreis auch im Jahr 2012 die Kernforderung einer niveaufreien Verknüpfung der alten Rheintalbahn mit den Gleisen 3 und 4. Darüber hinaus setzte sich die Verwaltungsspitze im Projektbeirat weiter für die Forderung ein, keine Transitgüterzüge auf der alten Trasse durch Bad Bellingen und Efringen-Kirchen zu führen.

Hochrheinelektrifizierung

Das Thema der Hochrheinelektrifizierung und die Verbesserung der Verbindung von Basel nach Schaffhausen sowie die damit verbundene optimierte Anbindung der Städte und Gemeinden am Hochrhein sind von nationaler und internationaler Bedeutung.

Verkehr & Strukturpolitik

Auf der Grundlage der in 2010/2011 durchgeführten Untersuchung, die eine erste Investitionskostenabschätzung ermöglichte, wurde im Juni 2012 die Aufnahme der Hochrheinelektrifizierung in das Agglomerationsprogramm Basel beschlossen. Im Dezember 2012 erfolgte durch den Landkreis Lörrach eine politische Absichtserklärung, sich an den weiteren Kosten für die Elektrifizierung zu beteiligen. Sie stellt ein klares Signal gegenüber dem Land dar, dass die Region hinter dem Projekt steht.

Das Gutachten der Hochrheinkommission zur Fahrplanoptimierung vom 01.10.2012 ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Anschlusssituation im Knoten Basel Badischer Bahnhof.

Tarifkooperation
Im Projekt „Tarifkooperation – Optimierung der trinationalen Tarifangebote" im Dreiländereck konnte in 2012 ein wichtiger Schritt mit der Dokumentation aller Tarifangebote erreicht werden. Durch intensive Abstimmungen im Rahmen von trinationalen S-Bahn-Konferenzen wurde ein Fundament für die kommenden Planungsschritte zur Etablierung eines einheitlichen Tarifsystems gelegt. Das Projekt wird auch im Jahr 2013 weiter verfolgt.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung aktiv.

Wirkungsziel 2012 - PG 57.10

- Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend und im TEB für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion ein.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Trinationalen Eurodistrikt Basel erstreckt sich auf viele Bereiche des täglichen Lebens. Die Bemühungen zur Förderung und Entwicklung der grenzüberschreitenden Region erfolgen dabei insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gesundheit, Tourismus oder in einer übergeordneten Förderung des Wirtschaftsstandorts u. a. im Bereich IBA.

Im Vordergrund standen die Projekte im Bereich Mobilität. So konnte in 2012 im Eurodistrict eine gemeinsame Verkehrserhebung zu grenzüberschreitenden Verkehrsströmen abgeschlossen werden. Eine solche Erhebung wurde in der Region erstmalig durchgeführt.

Die Studie zeigt deutlich, dass der motorisierte Individualverkehr im Grenzverkehr sehr ausgeprägt ist. Hier ist Potential für eine entsprechende Umorientierung vorhanden. Ziel sollte künftig eine verstärkte Inanspruchnahme des ÖPNV sowie die Zunahme des Langsam- und Radverkehrs am Pendlerverkehr sein.

Wirtschaftsförderung
Unternehmen, aber auch öffentliche Institutionen sind nur zukunftsfähig, wenn sie die Potenziale beider Geschlechter ausschöpfen. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmig und das heißt familienfreundlich gestaltet werden.

Unter dem Motto: „Frauen mit Zukunft – Region mit Zukunft" möchte der Landkreis Lörrach gemeinsam mit der Stadt Lörrach innerhalb des Programms „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Region und der Wirtschaft stärken.

Bei der Auftaktveranstaltung im Lörracher Rathaus am 19. Juli 2012 unterzeichneten Landkreis, Stadt und Bündnisunternehmen eine gemeinsame Erklärung und tauschten in Workshops erste Erfahrungen aus.

Die Federführung für das Bündnis hat die Wirtschaftsregion Südwest GmbH. Das Lörracher Bündnis wurde vom Bundesministerium als einziges Bündnis in Baden-Württemberg für eine Förderung ausgewählt.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der radnutzenden Bevölkerung.

Wirkungsziel 2012 - PG 51.10

- Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der radnutzenden Bevölkerung.

Grundlage für die Erhöhung des Radverkehr-Anteils am Modal-Split ist die Optimierung des Radwegenetzes. Daher hat der Landkreis Lörrach für das Jahr 2012 die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes als erste Maßnahme und Meilenstein zur Erreichung des o.g. Wirkungsziels festgelegt.

Die Erarbeitung des Radwegekonzeptes erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro VAR aus Darmstadt. Die IG Velo und die Städte und Gemeinden sind ebenfalls in den Erarbeitungsprozess eingebunden. Das Konzept definiert sog. Pendlerrouten (Radschnellwege), Basisrouten für den Alltagsverkehr und ein Verdichtungsnetz.

Entwicklungsprozess Radverkehrskonzept Landkreis Lörrach
(eigene Darstellung in Anlehnung an ERA 2010 mit Darstellungen VAR)

Ergebnis des Radverkehrskonzeptes ist letztendlich ein Maßnahmenkatalog um bestehende Mängel zu beheben, Netzlücken zu schließen und das Radwegenetz optimal weiterzuentwickeln. Die definierten Maßnahmen sollen - entsprechend ihrer Priorisierung - in den kommenden Jahren schrittweise umgesetzt werden.

Durch einen Bürgerbeteiligungsprozess in Form von sechs Regionalkonferenzen hat sich die Fertigstellung des Radverkehrskonzeptes zwar ins Jahr 2013 verschoben, mit der Umsetzung der Maßnahmen kann aber wie geplant in 2013 begonnen werden.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2012

Schülerbeförderung

Die Veränderungen in der Schullandschaft durch Inklusion, Gemeinschaftsschulen, steigende Zahl an Schülern mit Behinderung, etc. führen dazu, dass mehr Einrichtungen zu bedienen sind. Daher wird die Koordination der Beförderung zunehmend schwieriger und kostenintensiver. Die Optimierung der Streckenführung durch Überprüfung der Beförderungsunternehmen sowie die verbesserte Auslastung der eingesetzten Schulbusse führten zu erheblichen Einsparungen im Bereich des freigestellten Schülerverkehrs.

Tourismus

Das Ziel, den Tourismus nachhaltig zu fördern, zu entwickeln und die Strukturen wettbewerbsfähig zu erhalten, wurde auch 2012 weiterverfolgt. Dabei kommt vor allem dem Touristischen Masterplan bzw. dessen Umsetzung wesentliche Bedeutung zu.

So wurden in 2012 verschiedene Seminare für Leistungsträger (z.B. Vermieter, Stadtführer) angeboten, u.a. zu den Themen „Umgang mit schwierigen Kunden" und „Online-Texte gestalten".

Das grenzüberschreitende Tourismusprojekt „Erlebnisraum Hochrhein" wurde in regionalen Workshops fortgeführt, Schwerpunkt im Jahr 2012 war der Kanutourismus. Weitere Themen waren die Aufnahme der Dinkelberg-Gemeinden in den Naturpark Südschwarzwald sowie die Erarbeitung von Grundlagen für die Ausweitung von KONUS.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 4 schließt das Jahr 2012 mit einem ordentlichen Ergebnis i.H.v. -5.825.393 EUR und damit 1.162.812 EUR besser ab als geplant (-6.988.206 EUR).

Produktgruppen THH 4	Plan 2012	IST 2012	Abweichung 2012	Erläuterung
PG 12.21 Verkehrswesen	1.132.146	1.464.121	331.975	Mehrerträge (438.000 EUR) stammen in erster Linie aus dem Bereich der Kfz-Zulassung und Abmeldung. Mindereinnahmen im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung (130.000 EUR) können dadurch ausgeglichen werden.
PG 21.40 Schülerbeförderung	-2.012.781	-1.694.821	317.960	Durch die Optimierung von Streckenführung und Auslastung konnten die Kosten der freigestellten Schülerbeförderung um 6-7% und damit um ca. 300.000 EUR gesenkt werden.
PG 51.10 Räumliche Planung	-477.403	-425.859	51.544	Die Minderaufwendungen resultieren in erster Linie aus der Verschiebung der Neufassung des Nahverkehrsplans auf die Jahre 2015 ff.
PG 51.11 Vermessung und Geoinformation	-849.601	-730.846	118.755	Diese Minderaufwendungen ergeben sich aufgrund nicht angefallener Personalkosten.
PG 51.12 Flurneuordnung	-722.496	-786.679	-64.184	Die Mindereinnahmen resultieren hauptsächlich aus nicht kostendeckenden Erstattungen vom Land (51.000 EUR).
PG 54.20 Kreisstraßen	-349.606	-40.546	309.060	Die Minderaufwendungen bei Sach- und Dienstleistungen (187.000 EUR) sind in erster Linie auf die Verschiebung bei Unterhaltungsmaßnahmen von Kreisstraßen zurückzuführen. Dies hängt mit krankheitsbedingten Vakanzen in den Straßenmeistereien zusammen.
PG 54.30 Landesstraßen	-242.279	-248.047	-5.768	
PG 54.40 Bundesstraßen	-174.475	-238.055	-63.580	Dieses Ergebnis (Mehraufwand) zum Stichtag 31.12.2012 resultiert aus gestiegenen Kraftstoffpreisen (49.000 EUR) sowie Mehrkosten im Winterdienst (18.000 EUR) und wird mit der ersten Bundesmittelzuweisung 2013 ausgeglichen.
PG 54.70 ÖPNV	-2.333.485	-2.283.388	50.097	Das positive Ergebnis resultiert aus Minderausgaben im Bereich der Transferaufwendungen (38.000 EUR Regio S-Bahn) sowie höheren Landeszuwendungen (22.000 EUR).
PG 54.90 Sonstige Leistungen für Verkehrsflächen	-203.669	-170.782	32.886	
PG 57.10 Wirtschaftsförderung	-547.710	-462.792	84.919	Die für das Projekt Breitbandplanung vorgesehenen Mittel (75.000 EUR) werden erst in 2013 benötigt und daher zweckgebunden i.H.v. 30.000 EUR übertragen.
PG 57.50 Tourismus	-206.848	-207.699	-851	
THH 4 gesamt	**-6.988.206**	**-5.825.393**	**1.162.812**	

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
12.21	Erwerb Überwachungsfahrzeug und Messgerät	2011-2012	-130.316	-117.998			-12.318		
54.20	Fuhrpark Straßenmeistereien (SM)	2005-2020	-6.014.400	-2.154.044	-5.856	-192.000	-212.408	-11.367	-1.515.300
	jährl. Investitionskosten-Zuschuss Bund		1.407.000	484.164		46.300	57.491		365.300
	Saldo Investitionstätigkeit Fuhrpark SM		-4.607.400	-1.669.880	-5.856	-145.700	-154.917	-11.367	-1.150.000
54.20	Umbau Knoten Steinen K 6334	2005 - 2011	-610.740	-610.740					
	Auszahlungen für Investitionen (Kassenrest 2010)		0	-18.536					
	Zuschuss Land Umbau Knoten Steinen		320.000	320.000		70.000			
	Saldo Umbau Knoten Steinen (K6334)		-290.740	-309.276		70.000			
54.20	Planung & Bau Teilumgehung Rümmingen	2007 - 2016	-4.407.283	-107.283	-118.184	-100.000		-215.959	-2.100.000
	Grunderwerb K6327		-120.000						-120.000
	Zuschuss Land		2.000.000						200.000
	Saldo Teilumgehung Rümmingen (K6327)		-2.527.283	-107.283	-118.184	-100.000		-215.959	-2.020.000
54.20	Planung & Bau Radwegebrücke Märkt	2011-2014	-471.355	-5.355	-19.645	-10.000	-8.000	-21.645	-456.000
	Grunderwerb K6326		-70.000		-30.000	-30.000		-60.000	-10.000
	Zuschuss Land Radwegebrücke Märkt		147.000						147.000
	Zuschuss Stadt Weil am Rhein		100.000						100.000
	Saldo Radwegebrücke Märkt		-294.355	-5.355	-49.645	-40.000	-8.000	-81.645	-219.000
54.20	Straßen - Veräußerung von Sachvermögen		300				31		
54.20	Straßen - Bauwerke	2012-2015	-1.320.000			-50.000	-3.249	-46.751	-470.000
54.20	Brückenbauwerke (Auszahlung für Investitionen 2010 => Kassenrest)		-871						
54.20	Radwegebau	2014	-1.100.000						-1.100.000
	Zusschuss Land		550.000						550.000
	Saldo Radwegekonzept		-550.000						-550.000
54.40	Zuschuss Bund (Zahlungseingang auf offene Forderung aus 2010)		55.077						
54.70	Elektrifizierung Hochrheinstrecke	2015-2017	-6.000.000						-2.000.000
54.70	Förderung ÖPNV - Tram 8 Basel-Weil am Rhein	2011-2013	-1.000.000	-300.000	-200.000	-150.000	-250.000	-100.000	-350.000
57.10	Strukturförderung	ab 2002	-736.200	-562.671		-75.000	-15.340		
XX.XX	Erwerb bewegl. AV	2011-2012		-6.627			-51.551		
XX.XX	Investitionszuschüsse					-15.000	-2.042		-45.000
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-17.401.788**	**-3.079.090**	**-373.685**	**-505.700**	**-497.387**	**-455.722**	**-6.804.000**

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

Die für 2012 im THH 4 vorgesehenen Investitionen konnten aufgrund des Personalmangels im Fachbereich Verkehr & Straßen nicht wie geplant erfolgen. Die Fachbereichsleitung war das gesamte Jahr 2012 vakant, die Sachgebietsleitung Straßen wurde erst im Sommer 2012 besetzt. Der bis dahin aufgelaufene Investitionsstau konnte mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigt werden. Diese Verzögerungen bei der Umsetzung geplanter Infrastrukturmaßnahmen wirken auch über 2012 hinaus fort.

54.20 Teilumgehung Rümmingen

Bei den weiteren Planungen zur Teilumgehung Rümmingen hat sich der Kreistag für die Variante 3b mit Anschluss der Lörracher Straße entschieden. Derzeit wird die Ausschreibung der Entwurfsplanung vorbereitet. Die zur Umsetzung bereitgestellten Mittel werden in 2013 abgefragt.

54.20 Radwegebrücke Märkt

Die Vorplanungen wurden in 2012 abgeschlossen, dafür sind Kosten in Höhe von 8.000 EUR angefallen. Derzeit findet die Vergabe der Entwurfsplanung statt. Die übrigen geplanten Mittel werden ab 2013 abgerufen.

54.20 Straßenbauwerke

Die Planungen für den Brückenneubau an der K 6350 bei Malsburg-Marzell wurden in 2012 fast fertiggestellt und konnten Anfang 2013 abgeschlossen werden. Die Baumaßnahmen werden voraussichtlich 2013 durchgeführt.

54.20 Umbau Knoten Steinen

Die Baumaßnahmen zum Umbau des Knotens in Steinen sind abgeschlossen. Hier steht allein die Abrechnung (incl. GVFG-Förderung) noch aus.

54.70 Tram 8

Zur Steigerung der grenzüberschreitenden Mobilität soll die neue Tramlinie die Städte Basel und Weil am Rhein näher zusammen bringen. Gleichzeitig wird der ÖPNV in der Region durch die Realisierung des Projektes eine Stärkung erfahren. Der Landkreis beteiligt sich mit insgesamt 1 Mio. Euro an den Baumaßnahmen. Bisher wurden die Mittel nicht wie geplant abgerufen, weshalb ein zweckgebundener Übertrag ins kommende Jahr stattfindet. Die Inbetriebnahme der Tram 8 ist für 2014 vorgesehen, spätestens zu diesem Zeitpunkt wird der im Haushalt eingestellte Restbetrag angefordert werden.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	9.968.431,99	9.720.850	10.312.716,02	591.866,02	2.626,63	0	589.239,39-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	12.120,00	20.000	8.920,00	11.080,00-	0	0	11.080,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	36.794,29	106.400	55.950,81	50.449,19-	0	0	50.449,19	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.497.785,01	3.102.530	3.413.941,98	311.412,38	0	0	311.412,38-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	943.725,02	1.328.912	827.964,17	500.947,43-	12.318,31	0	513.265,74	0
10	=	Ordentliche Erträge	14.458.856,31	14.278.691	14.619.492,98	340.801,78	14.944,94	0	325.856,84-	0
11	-	Personalaufwendungen	6.540.894,14-	7.052.506-	6.587.140,88-	465.365,15	0	6.000,00-	471.365,15-	42.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.238.162,26-	2.718.560-	2.682.630,62-	35.929,30	0	0	35.929,30-	147.100,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	841.718,06-	733.061-	796.861,83-	63.800,63-	0	0	63.800,63	0
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	106,60-	106,60-	0	0	106,60	0
16	-	Transferaufwendungen	5.564.432,49-	5.766.800-	5.658.259,45-	108.540,55	0	150.487,03-	259.027,58-	46.600,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.828.937,14-	4.995.970-	4.719.886,89-	276.082,81	0	148.400,00-	424.482,81-	293.300,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	20.014.144,09-	21.266.897-	20.444.886,27-	822.010,58	0	304.887,03-	1.126.897,61-	529.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	5.555.287,78-	6.988.206-	5.825.393,29-	1.162.812,36	14.944,94	304.887,03-	1.452.754,45-	529.000,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	116.713,60-	0	133.949,41-	133.949,41-	0	0	133.949,41	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.265.553,03-	1.566.429-	1.439.073,35-	127.356,05	0	0	127.356,05-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	611.331,15-	626.263-	580.923,62-	45.339,16	0	0	45.339,16-	0
54	-	Aufwand für IuK	204.009,48-	201.838-	208.518,24-	6.680,52-	0	0	6.680,52	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	437.796,22-	655.987-	597.513,27-	58.473,59	0	0	58.473,59-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	790.101,11-	791.625-	843.590,02-	51.965,06-	0	0	51.965,06	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	3.425.504,59-	3.842.142-	3.803.567,91-	38.573,81	0	0	38.573,81-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	8.980.792,37-	10.830.347-	9.628.961,20-	1.201.386,17	14.944,94	304.887,03-	1.491.328,26-	529.000,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	14.123.534,82	13.588.880	14.242.110,30	653.230,70	14.944,94	0	638.285,76-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	18.002.141,13-	20.467.636-	19.920.907,41-	546.728,24	0	304.887,03-	851.615,27-	529.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.878.606,31-	6.878.756-	5.678.797,11-	1.199.958,94	14.944,94	304.887,03-	1.489.901,03-	529.000,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	109.241,74	116.300	57.491,08	58.808,92-	0	0	58.808,92	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	300,00	0	30,50	30,50	0	0	30,50-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	109.541,74	116.300	57.521,58	58.778,42-	0	0	58.778,42	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	30.000-	0	30.000,00	0	30.000,00-	60.000,00-	60.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	29.977,60-	160.000-	11.248,70-	148.751,30	0	137.829,39-	286.580,69-	284.355,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	317.969,76-	192.000-	276.277,63-	84.277,63-	19.470,99-	5.856,00-	58.950,64	11.366,81-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	351.470,79-	240.000-	267.382,00-	27.382,00-	4.526,05	200.000,00-	168.091,95-	100.000,00-
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	699.418,15-	622.000-	554.908,33-	67.091,67	14.944,94-	373.685,39-	455.722,00-	455.721,81-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	589.876,41-	505.700-	497.386,75-	8.313,25	14.944,94-	373.685,39-	396.943,58-	455.721,81-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	4.468.482,72-	7.384.456-	6.176.183,86-	1.208.272,19	0	678.572,42-	1.886.844,61-	984.721,81-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	4.468.482,72-	7.384.456-	6.176.183,86-	1.208.272,19	0	678.572,42-	1.886.844,61-	984.721,81-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Rahmen der Klausurtagung des gesamten Kreistags am 29./30.06.2012 zur Strategiefortschreibung wurde erstmals eine Priorisierung der für den Landkreis Lörrach strategisch relevanten Themenkomplexe vorgenommen. Dabei wurde der Bereich „Verkehr und Mobilität" als Priorität 1 festgelegt, um den Landkreis Lörrach als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig zu stärken.

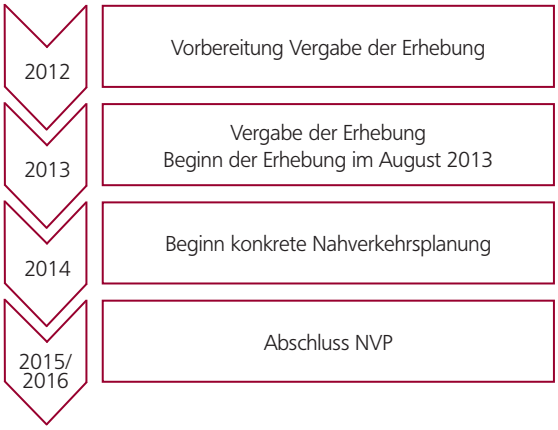
Um dieser strategischen Ausrichtung auch zukünftig gerecht zu werden, sind im THH 4 ab dem Jahr 2013 bereits folgende Projekte und Maßnahmen ins Auge gefasst:

Nahverkehrsplanung

Über die übliche Fortschreibung des vorhandenen Nahverkehrsplans hinaus, sieht der Landkreis Lörrach in der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans die Chance, die Verkehrsangebote im Landkreis und grenzüberschreitend den derzeitigen und zukünftigen Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen.

Dabei werden die Strukturen des Landkreises und die Aufteilung zwischen ländlichem Raum und urbanen Bereichen berücksichtigt.

Zeitplanung



Der Nahverkehrsplan wird in mehreren Phasen erarbeitet: In einem ersten Schritt werden 2013 die notwendigen Zahlen, Daten und Fakten erhoben.

Dabei geht es um eine umfassende Prozessbetrachtung mit Befragungen der Verkehrsteilnehmer. In einer weiteren Phase werden teilweise parallel langfristige Ziele definiert, bevor 2014 mit dem eigentlichen Nahverkehrsplan begonnen wird, der in konkreten Festlegungen mündet. Ziel ist es, die vorhandenen Gestaltungsspielräume zu nutzen und mehr Menschen für den ÖPNV zu gewinnen.

Radwege

Mit dem Radwegekonzept wird erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme, Schwachstellenanalyse und ein Katalog wünschenswerter bzw. notwendiger Maßnahmen vorliegen. Es gilt dann zu unterscheiden, in welcher Zuständigkeit bzw. Straßenbaulast (Bund, Land, Landkreis, Gemeinde) die Maßnahme liegt. Mit den 30.000 EUR, die der Landkreis für 2013 in den Haushalt eingestellt hat, soll eine rasche Aufnahme konkreter Planungen ermöglicht werden. Hierbei stehen verschiedene Töpfe (u. a. Tourismusinfrastruktur, RL Radverkehrsinfrastruktur, Sonderprogramm Bike & Ride-Anlagen etc.) vor allem von Seiten des Landes ab diesem Jahr zur Verfügung. Auch das Vorhaben des Landkreises, Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg“ zu werden, wird den Landkreis voranbringen und weitere Optionen für eine Bezuschussung aufzeigen.

Straßenbau

Im Bereich Infrastrukturmaßnahmen werden deutliche Fortschritte, z.B. bei den Projekten Teilumgehung Rümmingen und Radwegebrücke Märkt erfolgen.

Zur Erhaltung und Unterhaltung werden insbesondere im Bereich der Deckenerneuerung und Bauwerksanierung nach Maßgabe des „Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramms 2011 – 2015“ die entsprechenden Projekte abgearbeitet. In diesem Zusammenhang sei noch einmal betont, dass mit den derzeit jährlich bereitgestellten Mitteln der Erhalt der Straßen in ihrem jetzigen Zustand nicht gewährleistet ist.

Breitbandausbau

Kernstück der Landkreisstrategie ist ein Breitband-Masterplan zur Sicherstellung einer möglichst flächendeckenden zukunftsgerichteten Breitbandversorgung der Bevölkerung, von Dienstleistungsunternehmen, Gewerbebetrieben, land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie sonstigen Institutionen (Schulen, medizinische Einrichtungen, Kindergärten etc.). Dabei soll, ausgehend von mindestens zwei Übergabepunkten je Gemeinde bzw. Cluster, eine FTTB-Planung (fiber to the building) umgesetzt werden. Das bedeutet, dass die Städte und Gemeinden, ausgehend von den entsprechenden Übergabepunkten, eine Versorgung ihrer Teilorte, Baugebiete und Straßenzüge im Detail angehen können.

Organisationsuntersuchung

Im Fachbereich Verkehr & Straßen aber auch im Bereich Vermessung & Geoinformation werden im Jahr 2013 Organisationsuntersuchungen zur Optimierung der Organisation sowie der Geschäftsprozesse und eine entsprechende Aufgabenkritik beginnen. Dies geschieht mit der Zielsetzung, die Bereiche mit den notwendigen Ressourcen auszustatten, die erforderlich sind, um eine optimale Dienstleistungsquantität und -qualität zukünftig sicherzustellen.

51.10 Räumliche Planung

Ziele & Kennzahlen

Walter Holderried, Erster Landesbeamter – Umweltausschuss

	Wirkungsziele	Zielgruppe
A S	Der Schienenpersonennahverkehr am Ober- und Hochrhein wird entsprechend der Lörrach- Waldshuter Erklärung schrittweise weiterentwickelt und gestärkt.	Bevölkerung im Landkreis
B S	Eine bedarfsgerechte und benutzerorientierte Entwicklung des ÖPNV im Landkreis ist unter besonderer Berücksichtigung der Grenzlage und des ländlichen Raums sichergestellt.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB
C S	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der radnutzenden Bevölkerung.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1 S	Bis 2012 liegt ein mit allen Beteiligten abgestimmtes Gutachten zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke einschließlich einer präzisen Kostenabschätzung und Finanzierungsregelung vor.	**A 1 k1**
A 2 S	Vertretung der Interessen der Kommunen, des Landkreises und der Region in der weiteren Planung.	
B 1 S	Der Nahverkehrsplan für den Landkreis Lörrach wird in 2012 unter Einbeziehung eines externen Gutachterbüros erstellt. Dabei sind auch flexible Verkehrsträgersysteme im ländlichen Raum einzubeziehen.	**B 1 k1**
C 1 S	Das Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach ist bis Mitte 2012 erstellt und wird anschließend schrittweise umgesetzt (s. PG 54.20).	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Vorbereitung, Initiierung und Teilnahme an Sitzungen zur Fertigstellung des Gutachtens Elektrifizierung Hochrhein (165.000 EUR).	100 %
B 1.1 S	Fortschreibung des NVP in 2011/12.	0 %
B 1.2 S	Aktive Mitgestaltung durch Einbringung der Landkreisinteressen und -projekte (z.B. Agglomerationsprogramm CH, RV etc.).	100 %
C 1.1 S	Erstellung des Radwegekonzept 2011/2012.	75 %
C 1.2 S	Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen zur Umsetzung.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1 S	Gutachten zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke	2012	Nein	Das Gutachten zu den Leistungsphasen 1 und 2 HOAI liegt vor, für die Tunnels ist Phase 3 abgeschlossen. Die Ergebnisse von HOAI Phase 3 und 4 fehlen überwiegend. Die Mittel aus der Schweiz wurden noch nicht zur Verfügung gestellt. Eine Beauftragung dieser Phasen ist daher bis dato nicht erfolgt.
B 1 k1 S	Nahverkehrsplan neuerstellt/fortgeschrieben	2012	Nein	Wegen der Vorschaltung einer umfassenden Verkehrsdatenerhebung wurde das Ziel der Fertigstellung des NVP auf 2015/2016 verschoben.
C 1 k1 S	Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach	2012	Nein	Die Fertigstellung des Radwegekonzeptes verzögert sich u.a. wegen der umfassenden Einbindung der Gemeinden in den Prozess (mehrere Regionalkonferenzen). Mit der endgültigen Fertigstellung wird Mitte 2013 gerechnet. Die Umsetzung des Radwegekonzeptes wird in 2013 beginnen. Dafür sind 30.000 EUR bereitgestellt.

GESAMTBETRACHTUNG

Produkt 51.10.15 Verkehrsplanung; Konzepte zur Verkehrslenkung und Steuerung
Das Ziel der Fertigstellung eines neuen NVP für den Landkreis Lörrach wurde auf die Jahre 2015/2016 verschoben. Grund dafür ist die Vorschaltung einer umfassenden Verkehrsdatenerhebung in 2013 und 2014. Dies dient dazu, den NVP auf einer belastbaren Grundlage zu stellen. Der erste Schritt zur Erreichung des Ziels wurde 2012 mit der Beauftragung eines Büros zur Begleitung der Ausschreibung und Durchführung der Verkehrsdatenerhebung getan.
Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke konnten Phasen 1 und 2 HOAI abgeschlossen werden. Die Beauftragung der Phasen 3 und 4 sowie einer Standardisierten Bewertung stehen noch aus.
Das Radwegekonzept konnte in 2012 nicht fertiggestellt werden. Ein Planungsbüro ist beauftragt, die umfassende Einbindung der Gemeinden führt jedoch zu einem größeren Zeitbedarf, so wurden die Gemeinden bereits im Entwurfsstadium eingebunden, außerdem fanden laufend Regionalkonferenzen statt (davon die erste in 2012). Mit der Fertigsstellung des Konzepts wird im Frühjahr 2013 gerechnet.
Aufgrund der nur teilweise erfolgten Umsetzung der Projekte, wurden nicht alle Produktgruppenziele in 2012 erreicht. Es wurden daher auch nicht alle geplanten Mittel abgerufen.

Produkt 51.10.16 Regionalentwicklung
Ausgenommen vom Verkehrsbereich (s.o.) findet die Regionalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplans Hochrhein-Bodensee statt. Das Verfahren dazu wurde 2009 eingeleitet. Der Landkreis entrichtet hierfür eine Verbandsumlage - das Budget für 2012 war diesbezüglich auskömmlich.

Teilergebnisrechnung

Räumliche Planung **51.10**

Walter Holderried, Erster Landesbeamter – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	7.313,30-	9.181-	8.899,99-	281,32	0	0	281,32-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10,05-	0-	18,17-	17,81-	0	0	17,81	0
16	-	Transferaufwendungen	238.720,00-	278.200-	276.905,00-	1.295,00	0	0	1.295,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	132.032,76-	190.021-	140.035,64-	49.985,48	0	135.000,00-	184.985,48-	152.000,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	378.076,11-	477.403-	425.858,80-	51.543,99	0	135.000,00-	186.543,99-	152.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	378.076,11-	477.403-	425.858,80-	51.543,99	0	135.000,00-	186.543,99-	152.000,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.847,79-	986-	943,84-	42,44	0	0	42,44-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	206,76-	225-	219,77-	5,00	0	0	5,00-	0
54	-	Aufwand für IuK	122,88-	126-	127,29-	1,53-	0	0	1,53	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	331,96-	498-	450,90-	46,74	0	0	46,74-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	44,77-	55-	75,83-	20,75-	0	0	20,75	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.554,16-	1.890-	1.817,63-	71,90	0	0	71,90-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	380.630,27-	479.292-	427.676,43-	51.615,89	0	135.000,00-	186.615,89-	152.000,00-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Räumliche Planung **51.10**

Walter Holderried, Erster Landesbeamter – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	351.612,29-	477.403-	388.754,57-	88.648,22	0	135.000,00-	223.648,22-	152.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	351.612,29-	477.403-	388.754,57-	88.648,22	0	135.000,00-	223.648,22-	152.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	351.612,29-	477.403-	388.754,57-	88.648,22	0	135.000,00-	223.648,22-	152.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	351.612,29-	477.403-	388.754,57-	88.648,22	0	135.000,00-	223.648,22-	152.000,00-

Teilfinanzrechnung

51.10.15 Verkehrslenkung/-steuerung

Ziele & Kennzahlen

Karsten Hahn, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Fortschreibung bzw. Neuaufstellung des Nahverkehrsplans des Landkreises Lörrach.	K 51.10.15- 01 -03
Entscheidung bis Ende 2012 über die Realisierung der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke aufgrund einer vorliegenden Kostenschätzung/Wirtschaftlichkeitsanalyse.	
Vorlage eines Radwegekonzepts (bis Mitte 2012), als Grundlage für weitere Verbesserungen und Entwicklungen unter besonderer Berücksichtigung grenzüberschreitender Wege.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Ausschreibung und Vergabe eines Auftrags für die Erarbeitung des Nahverkehrsplans an ein externes Beratungsunternehmen.	15 %
Koordination und fachliche Begleitung des Beratungsunternehmens bei der Erstellung des Nahverkehrsplans.	35 %
Fertigstellung der Vorstudie zur Wirtschaftlichkeit der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke (HOAI Phase 1 & 2).	100 %
Entscheidung des Kreistages zum weiteren Vorgehen im Projekt der Elektrifizierung.	100 %
Auftragsvergabe zur Fertigstellung des Radwegekonzepts.	100 %
Fachliche Begleitung der Erstellung des Radwegekonzeptes unter Einbeziehung der Gemeinden etc..	100 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
51.10.15- 01	Motorisierungsgrad Landkreis Lörrach	750,0	751,1	
51.10.15- 02	Motorisierungsgrad Land Baden-Württemberg	660,0	668,6	
51.10.15- 03	Benutzerfrequenz ÖPNV Landkreis Lörrach (ÖPNV-Fahrten/EW)	108,4	108,7	

Gesamtbetrachtung

Bereits in 2012 wurde die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans für den Landkreis Lörrach auf die Jahre 2015 ff. verschoben. Grund dafür ist die Vorschaltung einer umfassenden Verkehrsdatenerhebung in 2013 und 2014, die das tatsächliche Nutzerverhalten darstellt. Erst nach Vorliegen und Auswertung dieser Daten kann eine bedarfsgerechte Nahverkehrsplanung erfolgen.

Bei der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke konnten Phasen 1 und 2 HOAI abgeschlossen werden. Die Beauftragung der Phasen 3 und 4 sowie einer standardisierten Bewertung stehen noch aus.

Das Radwegekonzept wird wegen umfangreichen Abstimmungsprozessen erst Mitte 2013 fertig. Es bildet einen wichtigen Baustein im Rahmen der Erreichung des Wirkungsziels der Schaffung eines verbesserten Radwegenetzes im Landkreis Lörrach. Darin wird einerseits der aktuelle Zustand der Radwege beschrieben, Lücken werden aufgedeckt und Handlungsbedarf zu deren Schließung wird aufgezeigt. Zudem werden alle vorgeschlagenen Maßnahmen priorisiert. Im Anschluss findet die Umsetzung des Konzepts statt (PG 54.20).

Ein Planungsbüro ist beauftragt, die umfassende Einbindung der Gemeinden führt jedoch zu einem größeren Zeitbedarf, so wurden die Gemeinden bereits im Entwurfsstadium eingebunden, außerdem fanden laufend Regionalkonferenzen statt (davon die erste in 2012). Mit der Fertigstellung des Konzepts wird im Frühjahr 2013 gerechnet.

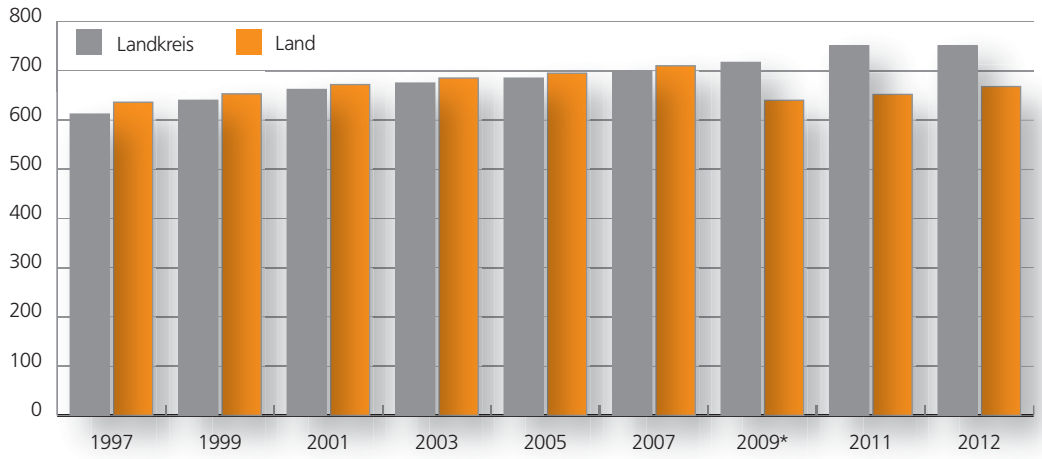
Aufgrund der nur teilweise erfolgten Umsetzung der Projekte, wurden nicht alle Ziele des Schlüsselprodukts in 2012 erreicht. Daher wurden auch nicht alle geplanten Mittel abgerufen.

Verkehrslenkung/-steuerung 51.10.15

Schlüsselprodukt

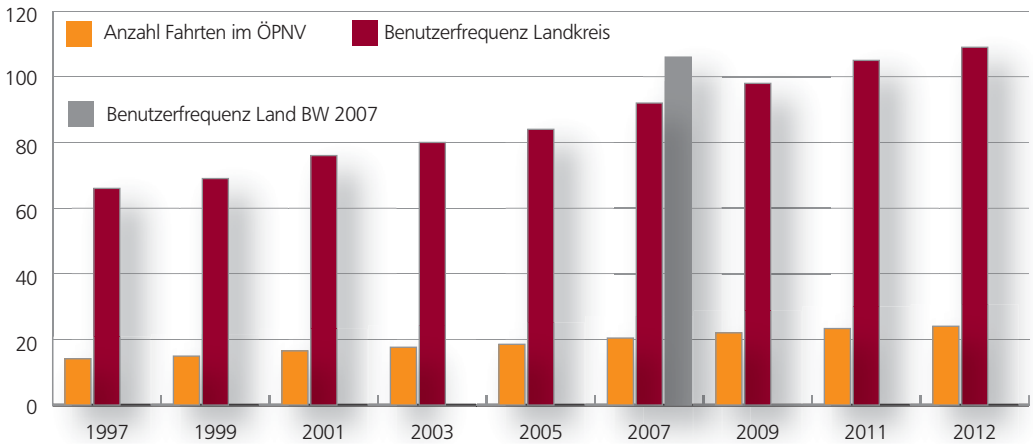
Karsten Hahn, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

K 51.10.15- 01/02 Motorisierungsgrad



* Umstellung Landesstatistik

K 51.10.15- 03 Benutzerfrequenz

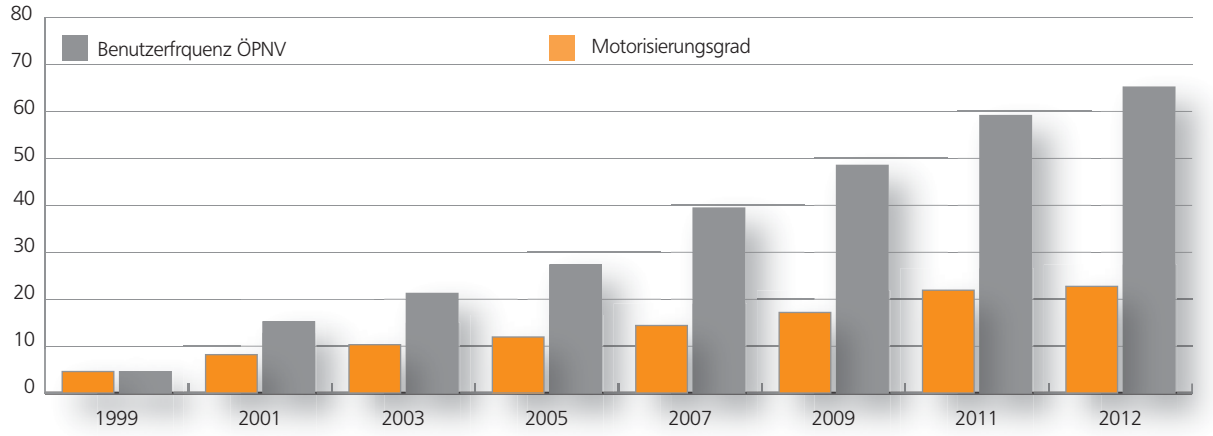


51.10.15 Verkehrslenkung/-steuerung

Schlüsselprodukt

Karsten Hahn, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

Vergleich des Motorisierungsgrades mit der ÖPNV- Benutzerfrequenz im LK Lörrach (in %)



Die Zahlen machen deutlich, dass der Zuwachs bei der ÖPNV Benutzerfrequenz in etwa das Dreifache des Zuwachses des Motorisierungsgrades im Landkreis Lörrach beträgt.

Diese Entwicklung lässt darauf schließen, dass die Planungen des Landkreises Lörrach in den letzten Jahren eine gute Grundlage für Verbesserungen im ÖPNV lieferten. Hierzu gehören insbesondere:

- Planung und Gründung des RVL (1997)
- Nahverkehrplanung (1997) und Fortschreibung des Nahverkehrsplans (2007)
- Planung des Ausbaus der Regio-S-Bahn

Zur weiteren Verstärkung dieser Entwicklung trägt das Produkt 51.10.15 auch zukünftig mit den Vorprüfungen zur Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, der Begleitung des viergleisigen Ausbaus am Oberrhein und vor allem der Neufassung des Nahverkehrsplans bei. Begleitend hierzu wird mit dem Radwegekonzept des Landkreises Lörrach die Grundlage für die zeitgleiche Weiterentwicklung des Langsamverkehrs im Landkreis geliefert. Insgesamt wird deutlich, dass der Mobilitätsbedarf der Bevölkerung noch immer steigt. Ziel des Landkreises Lörrach ist, dass diese Mobilitätszuwächse zukünftig noch stärker im Bereich des ÖPNV´s und Langsamverkehrs (Fahrräder) stattfinden und weniger stark im Bereich des motorisierten Individualverkehrs (Motorisierungsgrad).

Grundzahlen für die Berechnung der vorgenannten Kennzahlen

Bezeichnung	1997	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011	2012
ÖPNV-Fahrgäste LK LÖ (abs.) in Mio.	14,1	14,9	16,5	17,6	18,5	20,4	22,0	23,3	24,0
Zugelassene KfZ LK LÖ (abs.)	131.035	138.414	145.016	149.223	151.680	155.846	159.387	167.705	170.990
Zugelassene Kfz Land BW (abs.) in Mio. *	6,61		7,11	7,32	7,46	7,63	6,86*	7,04*	7,17*

* ab 2008 ohne vorübergehende Stilllegungen und Außerbetriebsetzung

Verkehrslenkung/-steuerung 51.10.15

Schlüsselprodukt

Karsten Hahn, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
10	=	Ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0
11	-	Personalaufwendungen	2.860,06-	2.904-	2.576,53-	327,66	0	0	327,66-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10,05-	0-	18,17-	17,81-	0	0	17,81	0
16	-	Transferaufwendungen	0	1.300-	0	1.300,00	0	0	1.300,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	132.032,16-	190.021-	140.035,64-	49.985,48	0	135.000,00-	184.985,48-	152.000,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	134.902,27-	194.226-	142.630,34-	51.595,33	0	135.000,00-	186.595,33-	152.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	134.902,27-	194.226-	142.630,34-	51.595,33	0	135.000,00-	186.595,33-	152.000,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.356,78-	879-	943,84-	64,46-	0	0	64,46	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	275,68-	225-	219,77-	5,00	0	0	5,00-	0
54	-	Aufwand für IuK	163,84-	126-	127,29-	1,53-	0	0	1,53	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	468,19-	498-	450,90-	46,74	0	0	46,74-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	44,77-	55-	75,83-	20,75-	0	0	20,75	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.309,26-	1.783-	1.817,63-	35,00-	0	0	35,00	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	137.211,53-	196.008-	144.447,97-	51.560,33	0	135.000,00-	186.560,33-	152.000,00-

Verkehrslenkung/-steuerung 51.10.15

Karsten Hahn, FBL Verkehr & Straßen – Umweltausschuss

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	95.326,75-	194.226-	105.526,11-	88.699,56	0	135.000,00-	223.699,56-	152.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	95.326,75-	194.226-	105.526,11-	88.699,56	0	135.000,00-	223.699,56-	152.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	95.326,75-	194.226-	105.526,11-	88.699,56	0	135.000,00-	223.699,56-	152.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	95.326,75-	194.226-	105.526,11-	88.699,56	0	135.000,00-	223.699,56-	152.000,00-

54.20 Kreisstraßen

Ziele & Kennzahlen

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A S	Eine bedarfsgerechte und wirtschaftliche Unterhaltung, Erhaltung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach ist sichergestellt.	Verkehrsteilnehmer und Einwohner/-innen im Landkreis Lörrach
B	Die Infrastrukturanlagen im Landkreis Lörrach sind in ihrer Substanz erhalten.	Landkreis Lörrach, Verkehrsteilnehmer, Einwohner/-innen im Landkreis Lörrach
C S	Im Landkreis besteht ein verbessertes Angebot an Radwegen für eine gestiegene Anzahl der Radnutzenden Bevölkerung.	Bevölkerung im Landkreis und im TEB

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1 S	Zeitnahe, anforderungsgerechte Umsetzung aller Leistungen der betriebl. Unterhaltung (UI) nach „Leistungsheft für den Straßenbetriebsdienst."	**A 1 k1**
A 2 S	Umsetzung des in 2012 fortgeschriebenen Kreisstraßenbauprogramms: zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 oder schlechter weniger als 25 % betragen. Zum 31.12.2019 soll der Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 oder schlechter weniger als 50 % betragen. Zum 31.12.2014 soll die durchschnittliche Bauwerksnote besser als 2,2 sein.	**A 2 k1/A2 k2**
A 3 S	Detailplanung und schrittweise Umsetzung der Teilumgehung Rümmingen in den Jahren 2012-2015.	
B 1	Erfassung aktueller Zustand Kreisstraßen (alle fünf Jahre) u. Bauwerke (alle sechs Jahre) im regelmäßigen Turnus. Fortschreibung Kreisstraßenbauprogramm zur Substanzerhaltung.	**B 1 k1**
C 1 S	Das Radwegekonzept für den Landkreis Lörrach ist bis Mitte 2012 erstellt (PG 51.10) und wird anschließend schrittweise umgesetzt.	**C 1 k1**

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Vollständige Durchführung von zwei Pflegegängen in der Grasmahd bis zum 30.11.2011 (Erster Pflegegang: Intensivbereich, zweiter Pflegegang: Intensiv- und Extensivbereich).	100 %
A 1.2 S	Überarbeitung der Routenplanung für die Grünpflege und Neukozeption des Ressourceneinsatzes in den Meistereibezirken.	100 %
A 2.1 S	Abschluss der geplanten Deckenerneuerungen bis zum 30.10.2012 unter Einhaltung des Budgets.	100 %
A 2.2 S	Bereitstellung ausreichender finanzieller Ressourcen für lfd. Deckenerneuerungen/-erhaltungen.	
B 1.1	Bauwerkshauptprüfungen nach DIN 1076 im Jahr 2014 (ca. 42.000 EUR).	
B 1.2	Regelmäßig wiederkehrende (alle fünf Jahre) Zustandserfassung (und -bewertung) der Kreisstraßen im Jahr 2015 (ca. 55.000 EUR).	

KENNZAHLEN der Zielerreichung		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1 S	Gesamtstrecke mit vollst. durchgeführter Grasmahd (in %)	90	90	
A 2 k1 S	Anteil Kreisstraßen mit Zustandsnote 4,5 (in %)		-	Die nächste Zustandserfassung der Bauwerke findet erst wieder in 2014 statt.
A 2 k2 S	Anteil der Kreisstraßen mit Zustandsnote 3,5 (in %)		-	Die nächste Zustandserfassung der Bauwerke findet erst wieder in 2014 statt.
B 1 k1	Bauwerkshauptprüfung ist erfolgt (Ja/Nein)	2014	-	
C 1 k1 S	Radwegekonzept liegt vor (Ja/Nein)	Ja	Nein	Mitte 2013, Grund für die Verzögerung intensive Absprachen zwischen LRA und Gemeinden

GESAMTBETRACHTUNG

Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern.

Neben den Kreisstraßen stellen die Radwege des Landkreises eine wichtige Verkehrsinfrastruktur dar.
In Anbetracht des derzeitigen Ausbauzustandes der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung sowie der Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur. Für die Erhaltung hat das SG Straßen im Jahr 2012 vier Deckensanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen des Landkreises Lörrach nach dem Kreisstraßenbau- und –erhaltungsprogramm 2011-2015 durchgeführt.

Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden u.a. die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt.
Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur wird zur Zeit die Teilortsumgehung Rümmingen geplant.
Für die Verbesserung der Situation für Radfahrer wurde die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Märkt weiter vorangetrieben.
Durch die beiden o.g. Maßnahmen kommen in den nächsten Jahren größere Investitionen auf den Landkreis zu.

Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen langfristig nicht aus, um eine Verschlechterung des Straßenzustandes zu verhindern.
Um die Kreisstraßen im Landkreis in dem Zustand zu erhalten, den sie zurzeit haben, müssten ca. 2 Mio. EUR pro Jahr für die Erhaltung der Straßen zur Verfügung gestellt werden.

Kreisstraßen **54.20**

Teilergebnisrechnung

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	2.407.306,96	2.365.354	2.430.563,33	65.209,33	2.626,63	0	62.582,70-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	4.854	75,14	4.778,86-	0	0	4.778,86	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.514,49	9.370	7.778,40	1.591,60-	0	0	1.591,60	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.429,99	12.000	62.906,38	50.906,38	0	0	50.906,38-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	44.914	14,99	44.898,73-	0	0	44.898,73	0
10	=	Ordentliche Erträge	2.479.251,44	2.436.492	2.501.338,24	64.846,52	2.626,63	0	62.219,89-	0
11	-	Personalaufwendungen	865.493,76-	979.300-	910.252,14-	69.047,53	0	0	69.047,53-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	776.134,62-	1.413.326-	1.226.042,46-	187.283,18	0	0	187.283,18-	147.100,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	351.549,92-	359.192-	361.817,58-	2.625,58-	0	0	2.625,58	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.622,81-	34.280-	43.771,71-	9.491,34-	0	0	9.491,34	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.014.801,11-	2.786.098-	2.541.883,89-	244.213,79	0	0	244.213,79-	147.100,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	464.450,33	349.606-	40.545,65-	309.060,31	2.626,63	0	306.433,68-	147.100,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	74,92-	74,92-	0	0	74,92	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	75.844,33-	126.839-	101.891,22-	24.948,22	0	0	24.948,22-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	15.214,98-	14.786-	14.203,15-	582,68	0	0	582,68-	0
54	-	Aufwand für IuK	8.079,00-	7.581-	7.662,01-	80,65-	0	0	80,65	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	21.823,45-	29.977-	27.139,42-	2.837,80	0	0	2.837,80-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	85.334,49-	70.267-	83.192,72-	12.925,88-	0	0	12.925,88	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	206.296,25-	249.451-	234.163,44-	15.287,25	0	0	15.287,25-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	258.154,08	599.057-	274.709,09-	324.347,56	2.626,63	0	321.720,93-	147.100,00-

Teilergebnisrechnung

Kreisstraßen **54.20**

Teilfinanzrechnung

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.238.560,20	2.154.374	2.281.706,93	127.332,93	2.626,63	0	124.706,30-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.763.705,68-	2.417.000-	2.193.971,64-	223.028,52	0	0	223.028,52-	147.100,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	474.854,52	262.626-	87.735,29	350.361,45	2.626,63	0	347.734,82-	147.100,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	54.164,27	116.300	57.491,08	58.808,92-	0	0	58.808,92	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	300,00	0	30,50	30,50	0	0	30,50-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	54.464,27	116.300	57.521,58	58.778,42-	0	0	58.778,42	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	30.000-	0	30.000,00	0	30.000,00-	60.000,00-	60.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	29.977,60-	160.000-	11.248,70-	148.751,30	0	137.829,39-	286.580,69-	284.355,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	193.344,00-	192.000-	263.959,32-	71.959,32-	7.152,68-	5.856,00-	58.950,64	11.366,81-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	15.000-	0	15.000,00	4.526,05	0	10.473,95-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	223.321,60-	397.000-	275.208,02-	121.791,98	2.626,63-	173.685,39-	298.104,00-	355.721,81-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	168.857,33-	280.700-	217.686,44-	63.013,56	2.626,63-	173.685,39-	239.325,58-	355.721,81-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	305.997,19	543.326-	129.951,15-	413.375,01	0	173.685,39-	587.060,40-	502.821,81-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	305.997,19	543.326-	129.951,15-	413.375,01	0	173.685,39-	587.060,40-	502.821,81-

Teilfinanzrechnung

54.20.01 Kreisstraßen und Radwege

Ziele & Kennzahlen

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
■ Umsetzung von Erhaltungsmaßnahmen im Umfang von insgesamt 3,32 Mio. EUR bis Ende 2015, davon: • Deckenerneuerungen auf ca. 20 km Kreisstraßen-Teilstrecken in den Zustandsklassen „sehr schlechter Zustand" und „schlechter Zustand" (2,5 Mio. EUR) • Sanierung von 9 Brücken (0,3 Mio. EUR) • Überbauerneuerung an 4 Brücken (0,52 Mio. EUR).	K 54.20.01-01 -04
■ Planung der Teilumgehung Rümmingen und der Radwegebrücke Märkt.	
■ Optimierung des ca. 845 km umfassenden Radverkehrsnetzes im LK Lörrach, auf Basis eines Radverkehrskonzeptes, durch die fortlaufende Umsetzung punktueller Maßnahmen an den kreiseigenen Radwegen (aktuell 21 km) sowie unter besonderer Berücksichtigung grenzüberschreitender Pläne und Wege.	

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
■ Beschluss des Kreisstraßenerhaltungs- und -bauprogramms 2011-2015 und Berücksichtigung in der mittelfristigen Finanzplanung.	100 %
■ Jährliche Mittelbereitstellung und Umsetzung der Maßnahmen entsprechend der im Kreisstraßenerhaltungs- und bauprogramm festgelegten Prioritäten.	100 %
■ Erstellung eines Maßnahmenplans bis 31.12.2012 auf Basis der Empfehlungen und Prioritäten aus dem Radverkehrswegekonzept und der dafür bewilligten finanziellen Mittel.	
■ Umsetzung punktueller Baumaßnahmen (insbes. Lückenschlüsse) am kreiseigenen Radwegenetz, u. a. • 2012 - 2014 : Baumaßnahme Radwegebrücke Märkt • geplant ab 2015: Baumaßnahme Egringen – Holzen.	

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
54.20.01- 01	Unterhaltung und Instandsetzung Gemeinschaftsaufwand (UI-GA) Anteil Kreis je Betriebs –km	6.496	5.610	GA nicht vorhersehbar.
54.20.01- 02	Unterhaltung und Instandsetzung Direktaufwand (UI-DA) Anteil Kreis je Betriebs –km	1.348	400	
54.20.01- 03	Straßenunterhaltung Gesamtaufwand (GA+DA) Anteil Kreis je Betriebs –km	7.844	6.010	
54.20.01- 04	Kilometerbetreuung je Vollzeitstelle Straßenwärter	0,0	0,0	

Gesamtbetrachtung

Der Landkreis Lörrach hat seine Kreisstraßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemein anerkannten Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern.
Neben den Kreisstraßen stellen die Radwege des Landkreises eine wichtige Verkehrsinfrastruktur dar. In Anbetracht des derzeitigen Ausbauzustandes der Kreisstraßen im Landkreis Lörrach liegt der Aufgabenschwerpunkt in der Erhaltung sowie der Unterhaltung der Kreisstraßeninfrastruktur.

Für die Erhaltung hat das SG Straßen im Jahr 2012 vier Deckensanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen des Landkreises Lörrach nach dem Kreisstraßenbau- und –erhaltungsprogram 2011-2015 durchgeführt. Durch die beiden Straßenmeistereien des Landkreises Lörrach werden u.a. die betriebliche Unterhaltung sowie der Winterdienst koordiniert und ausgeführt.
Zur punktuellen Verbesserung der Kreisstraßeninfrastruktur wird zur Zeit die Teilortsumgehung Rümmingen geplant.
Für die Verbesserung der Situation für Radfahrer wurde die Planung des straßenbegleitenden Radwegs an der K 6326 über die BAB A5 bei Märkt weiter vorangetrieben.

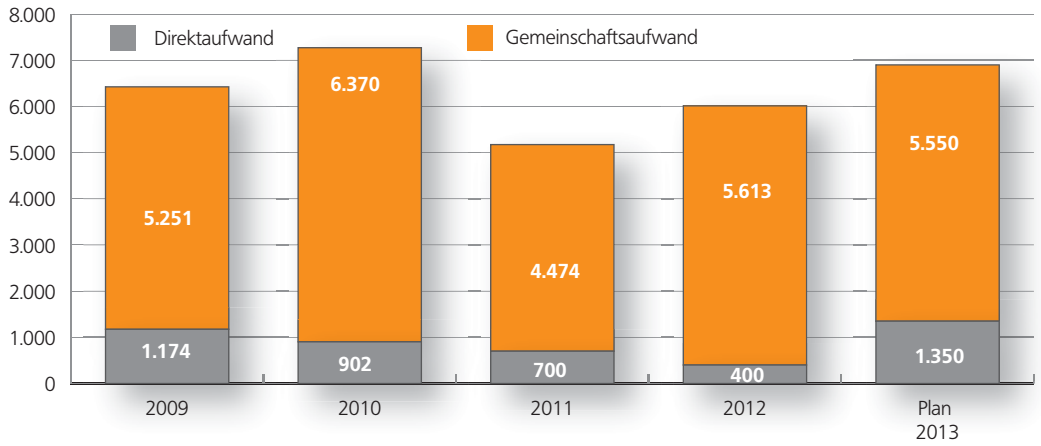
Durch die beiden o.g. Maßnahmen kommen in den nächsten Jahren größere Investitionen auf den Landkreis zu.
Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen langfristig nicht aus, um eine Verschlechterung des Straßenzustandes zu verhindern. Um die Kreisstraßen im Landkreis in dem Zustand zu erhalten, den sie zurzeit haben, müssten ca. 2 Mio. EUR pro Jahr für die Erhaltung der Straßen zur Verfügung gestellt werden.

Kreisstraßen und Radwege 54.20.01

Schlüsselprodukt

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

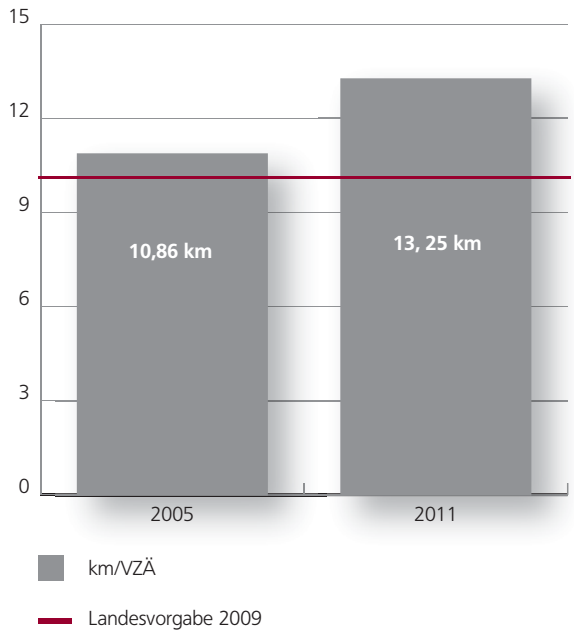
K 54.20.01- 03 Straßenunterhaltung Kreis gesamt pro Betriebs-km (in EUR)



Die Zahlen verdeutlichen, wie sich der Unterhaltungsaufwand für die Kreisstraßen pro Betriebskilometer in den letzten Jahren entwickelt hat. Grundsätzlich gilt, je weniger Maßnahmen in der Straßenerhaltung durchgeführt werden, umso höher ist der Unterhaltungsaufwand (z.B. provisorische Schlaglochbeseitigung, Beseitigung von Rissen u. ä.).

Die Kilometerbetreuung pro Straßenwärter hat aufgrund des Personalabbaus von ca. 20 % (Effizienzrendite) von 2005 um ca. 2,4 km (entspricht ca. 24 %) zugenommen. Die Landesempfehlung liegt bei 10,5 km je Vollzeitstelle (vgl. „Handbuch für den Straßenbetriebsdienst", 2009).

K 54.20.01- 04 Kilometer-
betreuung je Vollzeitstelle Straßenwärter

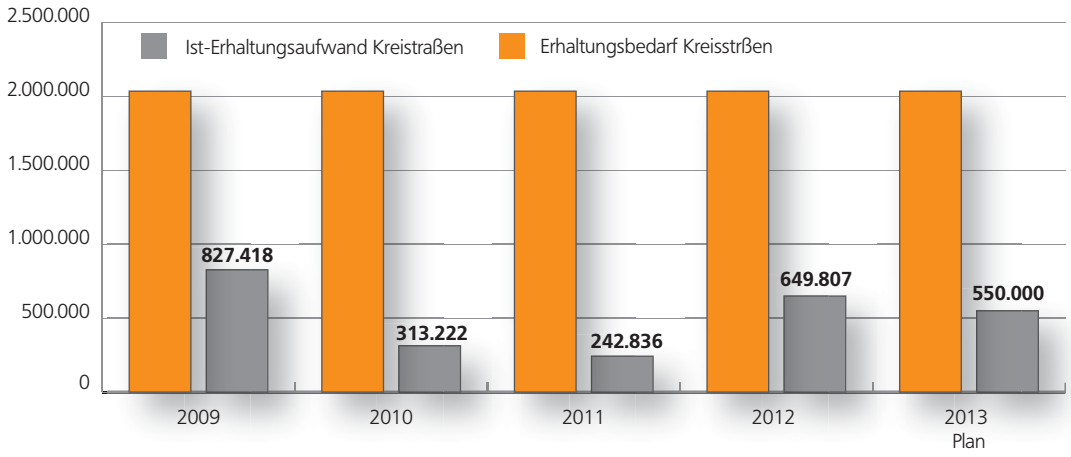


54.20.01 Kreisstraßen und Radwege

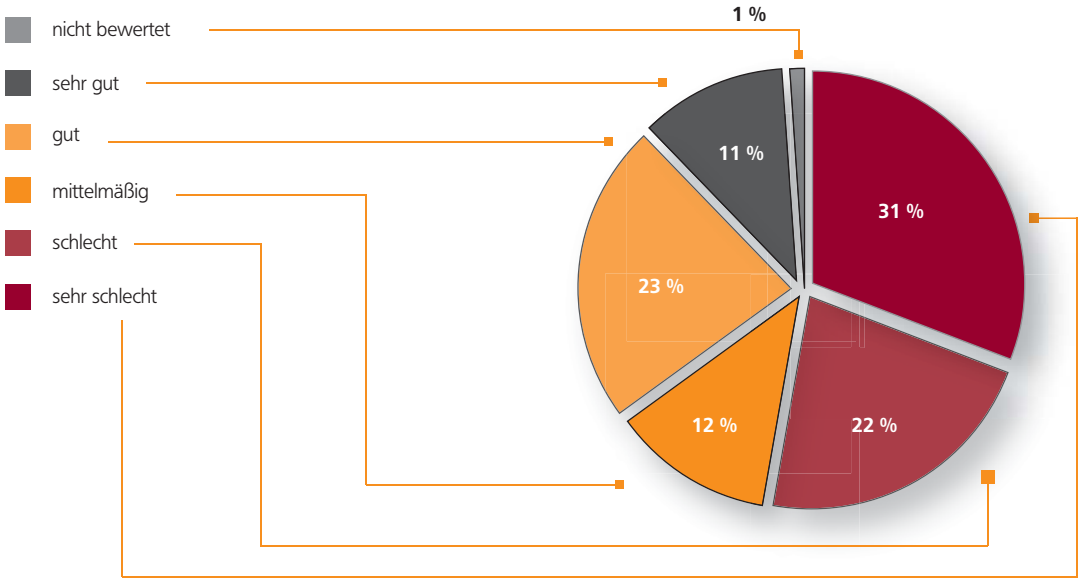
Schlüsselprodukt

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

Soll und Ist Erhaltungsaufwand (Deckensanierungen) Kreisstraßen



Zustand Kreisstraßen (2009/2010) - in % -



Das Diagramm zeigt den jährlichen Erhaltungsbedarf für unsere 222,6 km umfassendes Kreisstraßennetz (in EUR) im Vergleich zu den tatsächlich bereitgestellten Mitteln. Der Soll-Erhaltungsaufwand zeigt auf, welcher Aufwand notwendig ist, um die Substanz der Kreisstraßen langfristig zu erhalten. Im Durchschnitt bedarf jeder Kilometer Kreisstraße alle 15 Jahre einer Deckensanierung. Auf Basis der durchschnittlichen Erhaltungskosten je Kilometer Kreisstraße im Landkreis Lörrach wurde so ein Bedarf von 30,54 Mio. EUR für 15 Jahre ermittelt. Hieraus ergibt sich ein jährlicher Erhaltungsbedarf in der im Diagramm genannten Größenordnung. Es wird deutlich, dass in den letzten Jahren zu wenig Maßnahmen im Bereich der Erhaltung durchgeführt wurden.

Der tatsächliche Erhaltungsaufwand in den letzten Jahren entspricht nur einem Bruchteil des ermittelten Erhaltungsbedarfs. Die Folgen dieser Entscheidung zeigen sich unter anderem am heutigen Zustand der Kreisstraßen (vgl. Kreisdiagramm). Über 50 % der Kreisstraßen befinden sich in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Die in 2012 umgesetzten Erhaltungsmaßnahmen mit einem Volumen von 649.807 EUR liegen noch immer deutlich unterhalb der notwendigen Erhaltungsmittel von 2.036.000 EUR.

Schlüsselprodukt

Kreisstraßen und Radwege **54.20.01**

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	2.407.306,96	2.365.354	2.430.563,33	65.209,33	2.626,63	0	62.582,70-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	0	4.854	75,14	4.778,86-	0	0	4.778,86	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.514,49	9.370	7.778,40	1.591,60-	0	0	1.591,60	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	63.429,99	12.000	62.906,38	50.906,38	0	0	50.906,38-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	44.914	14,99	44.898,73-	0	0	44.898,73	0
10	=	Ordentliche Erträge	2.479.251,44	2.436.492	2.501.338,24	64.846,52	2.626,63	0	62.219,89-	0
11	-	Personalaufwendungen	865.493,76-	979.300-	910.252,14-	69.047,53	0	0	69.047,53-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	776.134,62-	1.413.326-	1.226.042,46-	187.283,18	0	0	187.283,18-	147.100,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	351.549,92-	359.192-	361.817,58-	2.625,58-	0	0	2.625,58	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.622,81-	34.280-	43.771,71-	9.491,34-	0	0	9.491,34	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	2.014.801,11-	2.786.098-	2.541.883,89-	244.213,79	0	0	244.213,79-	147.100,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	464.450,33	349.606-	40.545,65-	309.060,31	2.626,63	0	306.433,68-	147.100,00-
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	74,92-	74,92-	0	0	74,92	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	75.844,33-	126.839-	101.891,22-	24.948,22	0	0	24.948,22-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	15.214,98-	14.786-	14.203,15-	582,68	0	0	582,68-	0
54	-	Aufwand für IuK	8.079,00-	7.581-	7.662,01-	80,65-	0	0	80,65	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	21.823,45-	29.977-	27.139,42-	2.837,80	0	0	2.837,80-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	85.334,49-	70.267-	83.192,72-	12.925,88-	0	0	12.925,88	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	206.296,25-	249.451-	234.163,44-	15.287,25	0	0	15.287,25-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	258.154,08	599.057-	274.709,09-	324.347,56	2.626,63	0	321.720,93-	147.100,00-

Kreisstraßen und Radwege **54.20.01**

Stefanie Ganz, SGL Straßen – Umweltausschuss

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	2.235.892,29	2.154.374	2.281.297,53	126.923,53	2.626,63	0	124.296,90-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.698.308,99-	2.417.000-	2.193.971,64-	223.028,52	0	0	223.028,52-	147.100,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	537.583,30	262.626-	87.325,89	349.952,05	2.626,63	0	347.325,42-	147.100,00-
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	54.164,27	116.300	57.491,08	58.808,92-	0	0	58.808,92	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	30,50	30,50	0	0	30,50-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	54.164,27	116.300	57.521,58	58.778,42-	0	0	58.778,42	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	30.000-	0	30.000,00	0	30.000,00-	60.000,00-	60.000,00-
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.170,61-	160.000-	11.248,70-	148.751,30	0	137.829,39-	286.580,69-	284.355,00-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	193.344,00-	192.000-	263.959,32-	71.959,32-	7.152,68-	5.856,00-	58.950,64	11.366,81-
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	15.000-	0	15.000,00	4.526,05	0	10.473,95-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	200.514,61-	397.000-	275.208,02-	121.791,98	2.626,63-	173.685,39-	298.104,00-	355.721,81-
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	146.350,34-	280.700-	217.686,44-	63.013,56	2.626,63-	173.685,39-	239.325,58-	355.721,81-
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	391.232,96	543.326-	130.360,55-	412.965,61	0	173.685,39-	586.651,00-	502.821,81-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	391.232,96	543.326-	130.360,55-	412.965,61	0	173.685,39-	586.651,00-	502.821,81-

57.10 Wirtschaftsförderung

Ziele & Kennzahlen

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik– Umweltausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A S	Das grenzüberschreitende ÖPNV Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und benutzerorientiert weiterentwickelt.	Gemeinden, Landkreis, jurist. Personen d. priv. u. öffentl. Rechts (Bürger/-innen, Unternehmen, Vereine; auch im grenznahen Ausland)
B S	Der Landkreis Lörrach setzt sich kreisübergreifend und im TEB für zukunftsfähige Strukturen, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie attraktive Lebens- und Standortbedingungen mit dem Ziel der Schaffung einer bevorzugten Wirtschaftsregion ein.	
C S	Der Landkreis fördert die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (D-CH-F) durch Teilnahme an entsprechenden Pilotprojekten.	
D S	Unterstützung einer zielgerichteten und nachhaltigen Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Raum.	

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1 S	Die gemeinsame Verkehrsplanung TEB wird unter Mitwirkung d. LK fortgeschrieben u. ist Grundlage für die Weiterentwicklung/Fortschreibung der nation. Nahverkehrspläne.	
A 2 S	Bedarfsgerechter Ausbau u. Abstimmung des grenzüberschr. ÖPNV-Angebots unter besond. Berücksichtigung einer Park & Ride (Bike & Ride) -Srategie.	
B 1 S	Die regionale Identität ist über die nationalen Grenzen hinweg gestärkt.	
B 2 S	Das Zusammenwachsen der Region ist u. a. baulich sichtbar.	
B 3 S	Die Regional- und Raumplanung im Bereich des TEB ist enger aufeinander abgestimmt.	
C 1 S	Aufdeckung von Problempunkten des aktuellen Leistungsangebots (Gesundheitsversorgung) zwischen D-F.	
C 2 S	Aushandlung administrativer u. juristischer Voraussetzungen für eine Nutzung der Gesundheitsleistungen der drei Länder im TEB.	
C 3 S	Aufbau einer grenzüberschreitenden Gesundheitsplanung zur Kostensenkung bzw. besseren Auslastung durch gemeinschaftliche Nutzung grenznaher Kapazitäten.	
D 1 S	Nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum.	**D 1 k1/ D 1 k2**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Auswertung TEB-Projekt „Stärkung des ÖPNV u. der kombinierten Mobilität", Einbringung kreiseigener Belange.	100 %
A 2.1 S	Grenzüberschreitende Ticket- und Tarifkooperationen.	70 %
B 2.1 S	Teilnahme am INTEREG-Projekt IBA Basel 2020 und Initiierung/Teilnahme kreiseigener und grenzüberschreitender Projekte.	100 %
B 2.2 S	Bereitstellung kreiseigener Mittel für Projekte.	100 %
C 1.1 S	Analyse und Darstellung der IST Situation und Benennung der Problempunkte.	
C 2.1 S	Verhandlungen mit Kostenträgern u. Leistungserbringern über die Ausgestaltung, Anerkennung und die Finanzierbarkeit grenzüberschreitend erbrachter medizinischer Leistungen (D-F-CH).	80 % - 90 %
D 1.1 S	Finanzielle Förderung zukunftsorientier und nachhaltiger Projekte und Maßnahmen (Breitbandversorgung, Tourismus, ÖPNV, Landschaftsoffenhaltung u. Landbewirtschaftung, regenerative Energien, ärztliche Versorgung im ländlichen Raum).	30 % Breitband-Backboneplanung
D 1.2 S	Effiziente Bearbeitung und Koordination von Förderprogrammen, Beratung zu Fördermöglichkeiten und Einbringung landkreiseigener Anträge (INTERREG, Strukturförderung u.a.).	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
D 1 k1 S	Strukturförderung Anzahl Projekte/Fördersumme in EUR		6/60.000	Die geförderten Maßnahmen haben nachhaltige positive strukturelle Effekte auf die betroffene Kommune und das regionale Umfeld.
D 1 k2 S	Sonstige Förderungen Anzahl Projekte/Fördersumme in EUR		1,8 Mio Mittel	Die Mittel in diesem Bereich konnten in 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 700.000,- EUR gesteigert werden (ELR, Tourismusinfrastrukturprogramm und Naturpark und LEADER).

GESAMTBETRACHTUNG

Die Infrastruktur und die gemeinsamen Lebensbedingungen im Trinationalen Eurodistrict Basel sollen langfristig im Interesse der Einwohner verbessert werden. Durch das gemeinsame INTERREG-Projekt zur Mobilität (C-14) konnte eine solide Datengrundlage für die Umsetzung grenzüberschreitender Verkehrsprojekte gelegt werden, der Abschlussbericht hierzu wurde in 2012 vorgelegt. Das im Rahmen der INTERREG-Projekte erhobene Material zeigt deutlich, dass Potentiale zur Senkung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs zur Senkung von CO2-Ausstoß und Lärmbelastung existieren. Außerdem erfolgte in 2012 der Abschluss des INTERREG-Projekt TriRegio, womit eine trinationale Ticketkooperation umgesetzt werden konnte. Die Transparenz im Tarifgefüge des Dreilands wurde darüber hinaus mittlerweile durch die Fertigstellung des Projektes zur Tarifkooperation deutlich gesteigert.
Im Bereich der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung wurde im Jahr 2012 eine Vergleichsstudie zu den Kostenstrukturen des Rehabilitationssektors abgeschlossen. Die Ergebnisse zeigen eine starke Kostendifferenz zwischen den schweizerischen und den deutschen Leistungserbringern. Während die Leistungen qualitativ gleichwertig sind, entstehen auf Schweizer Seite im administrativen Bereich erheblich höhere Kosten. Neu gestartet wurde im Jahr 2012 das Projekt zur grenzüberschreitenden Pflege, das von der Universität Tübingen begleitet wird. Der Landkreis Lörrach wird mit den benachbarten Kantonen die Kostenstrukturen, die gemeinsamen Bedarfe und die weiteren Planungen auch im Hinblick auf Möglichkeiten der gemeinsamen Bewältigung kommender Herausforderungen betrachten.
Zur Strukturförderung werden die Kreisgemeinden laufend über Fördermaßnahmen und Fördermöglichkeiten vom Landkreis Lörrach beraten und dabei begleitet. In 2012 konnten Fördermittel von mehr als 1,7 Mio. EUR in den Landkreis geholt werden (insb. ELR, Tourismusinfrastrukturförderung, Naturparkförderung, LEADER).
Darüberhinaus wurden in 2012 die Vorbereitungen für die Erstellung eines Konzepts für die Breitbandversorgung im Landkreis abgeschlossen, so dass in 2013 mit der Projektumsetzung begonnen werden kann.
Die Ziele für 2012 wurden somit im Wesentlichen erreicht, das hierfür bereit gestellte Budget war auskömmlich.

Teilergebnisrechnung

Wirtschaftsförderung **57.10**

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik– Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	11.764,70	0	0	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	39.369,99	11.400	7.531,83	3.868,17-	0	0	3.868,17	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.214,74	0	4.574,65	4.574,65	0	0	4.574,65-	0
10	=	Ordentliche Erträge	54.349,43	11.400	12.106,48	706,48	0	0	706,48-	0
11	-	Personalaufwendungen	220.206,51-	246.060-	238.337,21-	7.723,15	0	0	7.723,15-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	836,32-	1.460-	7.024,59-	5.564,55-	0	0	5.564,55	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	3.592,76-	7.600-	6.005,17-	1.594,83	0	0	1.594,83-	0
16	-	Transferaufwendungen	166.097,97-	259.000-	175.413,58-	83.586,42	0	150.487,03-	234.073,45-	46.600,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	33.224,85-	44.990-	48.117,43-	3.127,43-	0	0	3.127,43	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	423.958,41-	559.110-	474.897,98-	84.212,42	0	150.487,03-	234.699,45-	46.600,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	369.608,98-	547.710-	462.791,50-	84.918,90	0	150.487,03-	235.405,93-	46.600,00-
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	23.695,96-	17.320-	18.432,41-	1.112,80-	0	0	1.112,80	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	16.527,00-	18.012-	17.338,86-	672,88	0	0	672,88-	0
54	-	Aufwand für IuK	8.470,44-	8.704-	8.973,36-	269,04-	0	0	269,04	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	25.986,08-	30.399-	31.856,32-	1.457,40-	0	0	1.457,40	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	74.679,48-	74.435-	76.600,95-	2.166,36-	0	0	2.166,36	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	444.288,46-	622.145-	539.392,45-	82.752,54	0	150.487,03-	233.239,57-	46.600,00-

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Wirtschaftsförderung **57.10**

Sonya Baron, SSt GÜZ und Strukturpolitik– Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	51.134,69	11.400	7.531,83	3.868,17-	0	0	3.868,17	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	417.768,12-	551.510-	458.119,15-	93.391,25	0	150.487,03-	243.878,28-	46.600,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	366.633,43-	540.110-	450.587,32-	89.523,08	0	150.487,03-	240.010,11-	46.600,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	51.470,79-	75.000-	17.382,00-	57.618,00	0	0	57.618,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	51.470,79-	75.000-	17.382,00-	57.618,00	0	0	57.618,00-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	51.470,79-	75.000-	17.382,00-	57.618,00	0	0	57.618,00-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	418.104,22-	615.110-	467.969,32-	147.141,08	0	150.487,03-	297.628,11-	46.600,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	418.104,22-	615.110-	467.969,32-	147.141,08	0	150.487,03-	297.628,11-	46.600,00-

Teilfinanzrechnung

Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum

Dezernat IV

Verantwortung:

Ausschuss: **Umweltausschuss**
Dezernatsleitung: **Ulrich Hoehler**

5

Produktbereich 52 Bauen & Wohnen

- **52.10** Baurecht*
- **52.20** Wohnraumförderung
- **52.30** Denkmalschutzrecht

Produktbereich 55 Natur- & Landschaftspflege

- **55.20** Gewässerschutz
- **55.40** Naturschutz*
- **55.50** Waldwirtschaft
- **55.51** Landwirtschaft

Produktbereich 56 Umweltschutz

- **56.10** Umweltschutz*
- **56.20** Arbeitsschutz

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 5

Der Landkreis

- sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

- fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis sichert gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten in ihrem Bestand.

Wirkungsziel 2012 - PG 55.40

- Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.

Über die Maßnahmen in diesem strategischen Schwerpunkt konnten seltene Tier- und Pflanzenarten auf einem größeren Raum erhalten werden, womit der Landkreis einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt leistet. Darüber hinaus sichern Naturschutz und Landschaftsoffenhaltung die Grundlage jedweder Naturnutzung wie auch des für den Landkreis wichtigen Tourismus. Insbesondere gilt dies für Offenhaltungsmaßnahmen, durch die die Kultur- und Erholungslandschaft bewahrt wird. So konnten im Jahr 2012 die Flächen im Landkreis, die von Fördermitteln nach der Landschaftspflegerichtlinie (LPR) profitieren, zielgemäß in einem Umfang von 1.100 ha gesichert werden. Insgesamt werden für den Landkreis auf diese Weise Landes- und EU-Mittel in Höhe von jährlich 200.000 EUR bis 300.000 EUR generiert.

Zur konzeptionellen Unterstützung unserer Arbeit wurde im Rahmen der Landkreisstrategie beschlossen, in den Jahren 2012 und 2013 Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten in Auftrag zu geben. Der erste Schritt, das Gutachten zur **Erfassung landkreisspezifischer Arten**, ist in 2012 abgeschlossen worden. Die Ergebnisse wurden in der Sitzung des Umweltausschusses am 20.02.2013 vorgestellt und diskutiert. Im zweiten Schritt sollen im laufenden Jahr die **Gefährdungsursachen für die landkreisspezifischen Arten und mögliche Abhilfemaßnahmen** untersucht werden.

Erfolgreich gegründet wurde in 2012 der Landschaftserhaltungsverband Landkreis Lörrach (LEV), der eine Einrichtung des Landkreises, der Städte und Gemeinden und der Verbände aus den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz ist. Auch engagierte Einzelpersonen können Mitglied im Trägerverein werden. Kurz gefasst

Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum

Strategischer Schwerpunkt

soll der LEV die Landschaftspflegemaßnahmen im Kreisgebiet koordinieren, die Landnutzer bei der Umsetzung der NATURA 2000-Managementpläne beraten und sich bei der Antragstellung für Fortsetzungs- und Neumaßnahmen einbringen. Hierfür steht erhebliche finanzielle Unterstützung von Seiten des Landes bereit. Die Geschäftsstelle des LEV hat am 02.01.2013 ihre Tätigkeit aufgenommen.

Der Landkreis fördert den Einsatz regenerativer Energien verbunden mit der Steigerung der Energieeffizienz und der Schonung der endlichen Ressourcen.

Wirkungsziel 2012 - PG 52.10

- Der Anteil an erneuerbaren Energien beim Wärme- und Strombedarf wird erhöht.

Wirkungsziele 2012 - PG 56.10

- Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser-, Wind-, Erdwärme-, Solar-, Biomassenanlage) wird erhöht.
- Förderung des Klima- und Umweltschutzes.

Dieser strategische Schwerpunkt wurde mit Beginn des Jahres 2012 neu gefasst. Im Rahmen des THH 5 sind die Produktgruppen Baurecht und Umweltschutz betroffen. Bei den Maßnahmen handelt es sich um eine Kombination von Normumsetzung, Aktivierung, Beratung und institutionellen Vorhaben.

Zur Umsetzung der **Wärmegesetze und der Energie-Einsparverordnung** wurde zum Februar 2012 im Fachbereich Baurecht eine auf zwei Jahre befristete Stelle (50 %) geschaffen und besetzt. Nach ihrer Einarbeitung konnte die neue Mitarbeiterin Rückstände von Meldungen über Neubau- und Sanierungsvorhaben aufarbeiten und den laufenden Vollzug neu aufstellen. Die Anzahl der betroffenen Bauobjekte war mit knapp 1.000 höher als erwartet. Auch außerhalb des Landratsamts stößt die Initiative auf positive Wahrnehmung.

Die angestrebte verstärkte **Unterstützung/Beratung von potenziellen Anlagenbetreibern im Bereich der erneuerbaren Energien** liegt beim Fachbereich Umwelt.

Datensammlung, Auswertung und Beratungstätigkeiten mit Blick auf Standortsuche und Eignungsprüfung für erneuerbare-Energien-Anlagen konnten zielgemäß erledigt werden. Ein besonderes Gewicht liegt dabei auf der Windkraft. Hier bereiteten sich das Landratsamt und die Gemeinden im Landkreis auf die neuen kommunalen Planungskompetenzen auf der Ebene der Flächennutzungsplanung ab 01.01.2013 vor.

Das Gründungsverfahren für die neue **Energieagentur** konnte im Jahr 2012 nicht abgeschlossen werden. Inzwischen wurde die Energieagentur Landkreis Lörrach GmbH gemeinsam mit den weiteren Partnern Stadt Lörrach, Stadt Rheinfelden (Baden), Stadt Weil am Rhein, badenova und Energiedienst am 15.03.2013 gegründet. Sobald die Geschäftsführung ausgewählt ist und die fachliche Arbeit beginnen kann, soll die Energieagentur zur Information und Beratung beitragen, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können. Adressaten sind insbesondere der private Bereich (kostenfreie Erstberatung), aber auch Gewerbe, Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen.

Weitere Aufgabenschwerpunkte

Die im THH 5 im Übrigen zusammengefassten Bereiche bestehen im Wesentlichen aus staatlichen Aufgaben. In erster Linie handelt es sich dabei um dauerhafte Aufgabenerfüllungen. Dementsprechend stellen über 90 % der ordentlichen Aufwendungen in den Fachbereichen Umwelt, Baurecht, Waldwirtschaft und Landwirtschaft bzw. in den umfassten neun Produktgruppen Personalkosten dar. Die Gegenfinanzierung erfolgt überwiegend aus Landesmitteln im Zusammenhang mit dem Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz (SoBEG) und dem Finanzausgleichsgesetz (FAG).

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 5, Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum schließt das Jahr 2012 mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von -4.119.026 EUR und damit 630.601 EUR besser ab als geplant (-4.749.627 EUR).

Produktgruppen THH 5	Plan 2012	IST	Abweichung 2012	Erläuterung
PG 52.10 Baurecht	41.070	286.218	245.148	Mehrerträge (220.000 EUR) im Bereich Baugebühren; 175.000 EUR davon entfallen allein auf fünf Großvorhaben.
PG 52.20 Wohnraumförderung	-16.367	-13.607	2.761	
PG 52.30 Denkmalschutzrecht	-38.566	-34.774	3.792	
PG 55.20 Gewässerschutz	-688.620	-610.470	78.150	Mehrerträge bei Gebühreneinnahmen und Minderaufwendungen bei den Personalkosten (aufgrund verspäteter Stellenwiederbesetzungen).
PG 55.40 Naturschutz	-347.655	-337.528	10.126	
PG 55.50 Waldwirtschaft	-1.751.386	-1.662.833	88.554	Mindererträge (165.000 EUR) konnten durch Minderaufwendungen (225.300 EUR) ausgeglichen werden.
PG 55.51 Landwirtschaft	-1.244.529	-1.181.527	63.003	Minderaufwendungen im Rahmen der üblichen Budgetschwankungen des Produktgruppenhaushalts.
PG 56.10 Umweltschutz	-547.184	-499.689	47.496	Die Minderaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus der Verschiebung der für 2012 geplanten Gründung der Energieagentur auf 2013.
PG 56.20 Arbeitsschutz	-156.390	-64.818	91.572	Mehrerträge in dieser Produktgruppe sind auf einen Zuordnungsfehler bei der Planung der Bußgelder (Einnahmen 2012: 73.500 EUR) in der Gewerbeaufsicht zurückzuführen; der Planansatz erfolgte an anderer Stelle.
THH 5 gesamt	**-4.749.627**	**-4.119.026**	**630.601**	

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaß-nahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
52.20	Rückflüsse aus Ausleihungen *)	fortlaufend	177.937			13.500	23.116		38.100
XX.XX	Software und bewegliches Anlagevermögen	2011-2013	-18.072	-1.103		-1.600	-5.469		-11.500
Saldo aus Investitionstätigkeit			**159.865**	**-1.103**	**0**	**11.900**	**17.647**	**0**	**26.600**

*) Veranschlagung erfolgte bis 2012 fälschlicherweise in Zeile 19 der Finanzrechnung

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

Bei den Rückflüssen aus Ausleihungen (PG 52.20) handelt es sich um Darlehen an Wohnungsbaugesellschaften, deren Rückzahlung fortlaufend erfolgt.

Die 5.469 EUR (Software und bewegliches Anlagevermögen) betreffen folgende Produktgruppen und Anschaffungen:

PG 52.10 Baurecht	Anbindung ProBau an GIS	2.380 EUR	(Plan: 0 EUR)
PG 55.50 Waldwirtschaft	Erwerb Nadeldrucker	1.099 EUR	(Plan: 0 EUR)
PG 56.10 Umweltschutz	Lärmmessgerät Norsonic	1.990 EUR	(Plan: 1.600 EUR)

Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.270.755,67	816.500	1.055.831,19	239.331,19	0	0	239.331,19-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	942.970,18	952.000	951.827,04	172,96-	0	0	172,96	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.617,89	15.000	10.850,12	4.149,88-	0	0	4.149,88	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.287.361,51	1.342.965	1.231.589,51	111.375,49-	0	0	111.375,49	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	741,07	600	617,99	17,99	0	0	17,99-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	72.030,29	317.655	97.890,54	219.764,34-	0	0	219.764,34	0
10	=	Ordentliche Erträge	3.594.476,61	3.444.720	3.348.606,39	96.113,49-	0	0	96.113,49	0
11	-	Personalaufwendungen	7.020.980,79-	7.197.397-	6.668.836,19-	528.560,52	0	0	528.560,52-	36.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	197.260,61-	271.924-	208.934,56-	62.989,60	1.488,62	0	61.500,98-	13.300,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	11.201,35-	7.939-	11.503,69-	3.564,89-	0	0	3.564,89	0
16	-	Transferaufwendungen	36.270,50-	110.700-	41.646,26-	69.053,74	0	0	69.053,74-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	456.451,31-	606.388-	536.712,17-	69.675,43	2.380,00	0	67.295,43-	37.900,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	7.722.164,56-	8.194.347-	7.467.632,87-	726.714,40	3.868,62	0	722.845,78-	87.200,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	4.127.687,95-	4.749.627-	4.119.026,48-	630.600,91	3.868,62	0	626.732,29-	87.200,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	46.037,24	0	43.963,49	43.963,49	0	0	43.963,49-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	118.296,17-	0	146.988,46-	146.988,46-	0	0	146.988,46	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	994.089,30-	1.104.500-	1.156.160,36-	51.660,31-	0	0	51.660,31	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	657.270,40-	759.327-	649.550,29-	109.776,93	0	0	109.776,93-	0
54	-	Aufwand für IuK	265.306,34-	279.264-	282.294,29-	3.030,65-	0	0	3.030,65	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	381.774,39-	591.744-	542.669,97-	49.074,20	0	0	49.074,20-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	975.294,21-	1.339.722-	1.297.441,37-	42.281,11	0	0	42.281,11-	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	3.345.993,57-	4.074.558-	4.031.141,25-	43.416,31	0	0	43.416,31-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	7.473.681,52-	8.824.185-	8.150.167,73-	674.017,22	3.868,62	0	670.148,60-	87.200,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	3.528.141,68	3.216.359	3.489.234,34	272.875,70	0	0	272.875,70-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	7.641.935,18-	8.145.398-	7.745.901,93-	399.496,06	3.868,62	0	395.627,44-	87.200,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.113.793,50-	4.929.039-	4.256.667,59-	672.371,76	3.868,62	0	668.503,14-	87.200,00-
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	33.589,23	13.500	23.116,08	9.616,08	0	0	9.616,08-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	33.589,23	13.500	23.116,08	9.616,08	0	0	9.616,08-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.102,94-	1.600-	5.468,62-	3.868,62-	3.868,62-	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.102,94-	1.600-	5.468,62-	3.868,62-	3.868,62-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	32.486,29	11.900	17.647,46	5.747,46	3.868,62-	0	9.616,08-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	4.081.307,21-	4.917.139-	4.239.020,13-	678.119,22	0	0	678.119,22-	87.200,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	4.081.307,21-	4.917.139-	4.239.020,13-	678.119,22	0	0	678.119,22-	87.200,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Die strategische Ausrichtung unter dem Thema „Umwelt, Energie und Klimaschutz" ist, soweit der THH 5 betroffen ist, auch für die Folgejahre stimmig. Nach wie vor sind besondere Schwerpunkte auf die Themen regenerative Energien, Energieeffizienz und Ressourcenschutz einerseits und landkreisspezifischer Artenschutz andererseits zu legen.

Bewusstseinsbildung, Unterstützung, Beratung, aber auch Normumsetzung in den Bereichen Energienutzung und -effizienz sowie Energieproduktion im Landkreis werden künftig ein gemeinsames Tätigkeitsfeld der Fachbereiche des Landratsamts und der Energieagentur sein. Ansprechpartner sind hier nach wie vor die Hauseigentümer, das produzierende Gewerbe, Energieerzeuger, Investoren, Städte und Gemeinden etc. Darüber hinaus soll im Jahr 2013 die Teilnahme des Landkreises am European Energy Award (EEA) beginnen. Mit dem EEA sollen alle Energieaktivitäten des Landkreises systematisch erfasst, bewertet, kontinuierlich überprüft, aufeinander abgestimmt und zielgerichtet umgesetzt werden. Mit externer Beratung wird dies im ersten Schritt ein Prozess bis voraussichtlich 2015 sein. Weitere Zertifizierungsschritte können sich anschließen.

Im Naturschutzbereich wird auf der Grundlage der beiden Gutachten zu den landkreisspezifischen Tier- und Pflanzenarten über das weitere Vorgehen zu entscheiden sein. Konkrete strategische Maßnahmen werden sich allerdings erst im laufenden Jahr aus den Ergebnissen der Untersuchung zu den Gefährdungsursachen und insbesondere den möglichen Abhilfemaßnahmen ergeben.

52.10 Baurecht

Ziele & Kennzahlen

Wilfried Berger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Baugenehmigungen möglichst zeitnah erteilen.	Einwohner/-innen
B	Freihalten der Landschaft von illegalen Kleinbauten.	Bauherren, Kommunen
C S	Der Anteil an erneuerbaren Ernergien beim Wärme- und Strombedarf wird erhöht.	Hauseigentümer

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Genehmigungsverfahren innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen abwickeln und darüber hinaus eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 25 Arbeitstagen anstreben.	**A 1 k1**
B 1	Regelmäßige Information der Bevölkerung durch geeignete Kommunikationsmedien.	**B 1 k1**
C 1 S	Verstärkte Beratung und Kontrolle von Hauseigentümern hinsichtlich ihrer Verpflichtungen nach den Wärmegesetzen und der Energieeinsparverordnung.	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Überwachung der Fristen.	100 %
B 1.1	Faltblatt „Gerätehütten im Außenbereich" an Bauinteressenten herausgeben.	100 %
B 1.2	Prüfung von Anfragen.	100 %
B 1.3	Einschreiten gegen illegale Bauten.	
C 1.1 S	Anschreiben der betroffenen Hauseigentümern, Überwachung und Durchsetzen der gesetzlichen Verpflichtungen (Wärmegesetze, EnEV).	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Arbeitstagen	25	21	Dank konstantem Personaleinsatz wurde Ziel übertroffen.
B 1 k1	Anzahl der geprüften Objekte	ca. 50	29	Durch Informationskampagne geringere Anzahl von Kleinbauten im Außenbereich.
C 1 k1 S	Anzahl der Objekte	800 - 900	knapp 1000	

GESAMTBETRACHTUNG

Das Ergebnis übersteigt bei den Erträgen den Haushaltsansatz um rund 220.000 EUR. Dies ist im Wesentlichen auf ein Plus bei den Baugenehmigungsgebühren zurückzuführen. 175.000 EUR entfallen allein auf 5 Großvorhaben. Die im Rahmen des neuen Strategischen Schwerpunkts "Regenerative Energien, Energieeffizienz und Ressourcenschutz" dem Fachbereich Baurecht obliegende Aufgabe (Umsetzung der Wärmegesetze und der Energie-Einsparverordnung) wurde mit Erfolg umgesetzt.

Die zunächst angenommenen Fälle sind 2012 mit annähernd 1.000 betroffenen Objekten deutlich höher ausgefallen. Um die Arbeit an diesem Ziel weiter erfolgreich bewältigen zu können, wird es erforderlich sein, den Personaleinsatz im bisherigen Umfang über Februar 2014 hinaus sicherzustellen. Hierzu wird dem Kreistag nach dem Sommer ausführlich berichtet. Bei den bauordnungsrechtlichen Maßnahmen ist zwar ein Rückgang der Außenbereichsfälle festzustellen. Insgesamt haben aber die Vorgänge, bei denen die Baurechtsbehörde eingreifen musste, zugenommen.

Baurecht **52.10**

Teilergebnisrechnung

Wilfried Berger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.112.924,83	688.500	908.624,43	220.124,43	0	0	220.124,43-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.679,84	9.000	17.629,05	8.629,05	0	0	8.629,05-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	12.200,11	14.096	4.747,75	9.348,49-	0	0	9.348,49	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.137.804,78	711.596	931.001,23	219.404,99	0	0	219.404,99-	0
11	-	Personalaufwendungen	565.018,60-	605.075-	592.393,99-	12.680,72	0	0	12.680,72-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.694,13-	15.704-	8.726,53-	6.977,59	0	0	6.977,59-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	2.099,21-	0	1.704,69-	1.704,69-	0	0	1.704,69	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.031,99-	49.747-	41.957,74-	7.789,30	2.380,00	0	5.409,30-	2.900,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	625.843,93-	670.526-	644.782,95-	25.742,92	2.380,00	0	23.362,92-	2.900,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	511.960,85	41.070	286.218,28	245.147,91	2.380,00	0	242.767,91-	2.900,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	22.158,80	22.158,80	0	0	22.158,80-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	32.525,91-	0	32.531,22-	32.531,22-	0	0	32.531,22	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	89.263,78-	85.299-	78.637,09-	6.662,04	0	0	6.662,04-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	75.215,76-	83.850-	72.642,73-	11.207,05	0	0	11.207,05-	0
54	-	Aufwand für IuK	19.972,32-	20.982-	22.572,05-	1.589,93-	0	0	1.589,93	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	23.578,14-	39.511-	36.147,23-	3.363,79	0	0	3.363,79-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	22.227,86-	25.805-	27.205,58-	1.400,18-	0	0	1.400,18	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	262.783,77-	255.447-	247.577,10-	7.870,35	0	0	7.870,35-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	249.177,08	214.377-	38.641,18	253.018,26	2.380,00	0	250.638,26-	2.900,00-

Teilergebnisrechnung

Baurecht **52.10**

Teilfinanzrechnung

Wilfried Berger, FBL Baurecht – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.068.139,90	703.362	1.059.843,36	356.480,92	0	0	356.480,92-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	637.844,99-	670.245-	645.858,05-	24.387,14	2.380,00	0	22.007,14-	2.900,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	430.294,91	33.117	413.985,31	380.868,06	2.380,00	0	378.488,06-	2.900,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	2.380,00-	2.380,00-	2.380,00-	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	2.380,00-	2.380,00-	2.380,00-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	2.380,00-	2.380,00-	2.380,00-	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	430.294,91	33.117	411.605,31	378.488,06	0	0	378.488,06-	2.900,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	430.294,91	33.117	411.605,31	378.488,06	0	0	378.488,06-	2.900,00-

Teilfinanzrechnung

55.40 Naturschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A S	Landschaft und Natur sind wirkungsvoll geschützt und gefährdete landkreisspezifische Tier- und Pflanzenarten sind in ihrem Bestand gesichert.	Bevölkerung LK Lörrach
B	Natur und Landschaft werden in ihrer standorttypischen Ausprägung erhalten.	Bevölkerung LK Lörrach

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1 S	Ausweisung von Schutzgebieten sowie Einbringen und Umsetzung der Naturschutz- und Artenschutzbelange in sonstigen Verfahren.	**A 1 k1/A 1 k2**
A 2 S	LPR-Pflegeflächen erweitern und wertvolle Flächen (z.B. Streuobstbestände, FFH-Wiesen) durch den Abschluss von Verträgen sichern.	**A 2 k1**
A 3 S	Umsetzung der MAP-Inhalte zu FFH/Natura 2000.	
A 4 S	Bis Ende 2012 sind die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten des Landkreises Lörrach erfasst und darauf aufbauend sind bis Ende 2013 die Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen zum Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten dargestellt.	**A 4 k1/A 4 k2**
B 1	Offenhaltung, Pflege von Natura 2000- Flächen und Biotoppflege (Artenschutz). Umsetzung der Management- und Entwicklspläne der Natura 2000-Gebiete.	

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Daten zu potentiell schutzwürdigen Gebieten erfassen, bewerten; Gebiete ausweisen, Stellungnahmen in Verfahren abgeben, Umsetzung kontrollieren.	
A 2.1 S	Maßnahmenbezogene Verträge abschließen.	
A 2.2 S	Gelder zur Duchführung von Pflegemaßnahmen beschaffen.	
A 2.3 S	Kontaktaufnahme und -pflege mit Landwirten und Institutionen, die Maßnahmen durchführen können.	
A 4.1 S	Gutachten über die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten des Landkreises Lörach in Auftrag geben und dessen Erstellung koordinieren und überwachen.	
A 4.2 S	Gutachten über alle Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen in Auftrag geben und dessen Erstellung koordinieren und überwachen.	
B 1.1	Gründung eines Landschaftserhaltungsverbands Landkreis Lörrach e.V. und Mitgliedschaft des Landkreises.	

KENNZAHLEN der Zielerreichung		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1 S	Aktualisieren/Ändern des LSG „Südwestl. Dinkelberg"	2012	N.N.	In 2012 nicht erreicht wegen schwieriger Verhandlungen mit Kommunen (ausgewiesen am 06.05.2013).
A 1 k2 S	Ausweisung FND „Quellkegel Obereggenen"	2013		In 2013 geplant.
A 2 k1 S	LPR-Pflegeflächen (ha)	1.100	1.100	
A 4 k1 S	Gutachten über die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten des Landkreises Lörach liegt vor (Ja/Nein)	Ja	Ja	Gutachten wurde am 20.02.2013 im Umweltausschuss vorgestellt.
A 4 k2 S	Gutachten über Gefährdungsursachen und Abhilfemaßnahmen liegt vor (Ja/Nein)		2013	Wird wie geplant in 2013 umgesetzt.

GESAMTBETRACHTUNG

Die Leistungsziele in der PG 55.40 konnten - bis auf die Ausweisung des LSG „Südwestlicher Dinkelberg" - in 2012 erreicht werden (das LSG wurde erst am 06.05.2013 rechtskräftig ausgewiesen) und tragen somit zum langfristigen und nachhaltigen Erreichen der Wirkungsziele bei. Die Ziele der PG 55.40 - Artenschutz (Tiere und Pflanzen), Natur- und Landschaftsschutz - sind insgesamt langfristig und nachhaltig zu verfolgen, sie dienen mit den zugehörigen Maßnahmen den Bürgerinen und Bürgern des Landkreises. In 2012 waren über 1100 Verträge mit Landnutzern (vor allem mit Landwirten und Umweltverbänden) abgeschlossen, um damit Landschaft in ihrer standorttypischen Ausprägung zu entwickeln oder zu erhalten. Falls in den Folgejahren entsprechende Finanzmittel über die Landschaftspflegerichtlinie zur Verfügung stehen und sich weiterhin kompetente Bewirtschafter finden, wird erwartet, die Landschaftspflege in dieser Dimension weiterführen bzw. sogar erweitern zu können, zumal da der in 2012 gegründete Landschaftserhaltungsverband im Landkreis mit gleicher Zielrichtung arbeitet.
Über ein in 2012 beauftragtes Artenschutzgutachten konnten in weniger bekannten und untersuchten Naturräumen im Landkreis 59 gefährdete Tier- und Pflanzenarten ermittelt werden, für die der Landkreis eine besondere Verantwortung trägt. In 2013 werden deren Gefährdungsursachen ermittelt bzw. Vorschläge erarbeitet, die Bedingungen für diese Spezies zu verbessern.
Das Ziel, das Landschaftsschutzgebiet "Südwestlicher Dinkelberg" zu aktualisieren/ändern, konnte in 2012 nicht erreicht werden. Die vorgeschlagene Gebietskulisse war für die Grundstücksbesitzer bzw. Landnutzer nicht konsensfähig. Mit einer veränderter Kulisse wurden Anfang 2013 weiteren Verhandlungen aufgenommen, so dass am 06.05.2013 das LSG rechtskräftig ausgewiesen werden konnte.
In 2012 wurde deutlich - was sich auch die Jahre zuvor bereits abzeichnete -, dass die vorhandenen Personalkapazitäten zur Bewätigung der Aufgaben nicht ausreichen. Insbesondere naturschutzfachlich ausgebildetes Fachpersonal fehlt. Diese Situation wird sich auch wegen des in 2012 aufgekommenen Themas der Windkraftplanung/-nutzung zuspitzen: Gerade bei diesem Thema spielen Natur- und Artenschutzbelange eine besondere Rolle. Über eine in 2013 / 2014 avisierte Organisationsuntersuchung/Personalbedarfsermittlung soll das Defizit verifiziert werden.
Die Finanzmittel waren auskömmlich, der Jahresverlauf wie geplant.

Naturschutz **55.40**

Teilergebnisrechnung

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	5.960,74	23.697	10.168,92	13.527,72-	0	0	13.527,72	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	2,19	0	54,39	54,39	0	0	54,39-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.031,40	0	2,37	2,37	0	0	2,37-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	16.920	0	16.919,76-	0	0	16.919,76	0
10	=	Ordentliche Erträge	6.994,33	40.616	10.225,68	30.390,72-	0	0	30.390,72	0
11	-	Personalaufwendungen	263.891,49-	270.734-	274.261,29-	3.527,01-	0	0	3.527,01	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.093,96-	6.603-	4.138,42-	2.464,70	0	0	2.464,70-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	361,61-	0	105,11-	105,11-	0	0	105,11	0
16	-	Transferaufwendungen	36.270,50-	85.700-	39.745,33-	45.954,67	0	0	45.954,67-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.828,57-	25.234-	29.503,95-	4.270,31-	0	0	4.270,31	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	319.446,13-	388.271-	347.754,10-	40.516,94	0	0	40.516,94-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	312.451,80-	347.655-	337.528,42-	10.126,22	0	0	10.126,22-	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	6.766,50	0	8.048,96	8.048,96	0	0	8.048,96-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	5.465,90-	5.465,90-	0	0	5.465,90	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	54.863,69-	72.694-	74.390,23-	1.695,96-	0	0	1.695,96	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	48.272,54-	53.521-	49.831,58-	3.689,27	0	0	3.689,27-	0
54	-	Aufwand für IuK	15.074,76-	15.739-	16.444,09-	705,13-	0	0	705,13	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	17.527,25-	27.807-	26.387,27-	1.420,08	0	0	1.420,08-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	75.425,46-	82.402-	84.477,05-	2.075,45-	0	0	2.075,45	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	204.397,20-	252.163-	248.947,16-	3.215,87	0	0	3.215,87-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	516.849,00-	599.818-	586.475,58-	13.342,09	0	0	13.342,09-	0

Teilergebnisrechnung

Naturschutz **55.40**

Teilfinanzrechnung

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	41.343,56	38.862	11.078,68	27.783,80-	0	0	27.783,80	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	319.205,16-	388.211-	348.180,41-	40.030,87	0	0	40.030,87-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	277.861,60-	349.349-	337.101,73-	12.247,07	0	0	12.247,07-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	277.861,60-	349.349-	337.101,73-	12.247,07	0	0	12.247,07-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	277.861,60-	349.349-	337.101,73-	12.247,07	0	0	12.247,07-	0

Teilfinanzrechnung

56.10 Umweltschutz

Ziele & Kennzahlen

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Es ist sichergestellt, dass im Kreisgebiet keine Gefährdungen oder maßgeblichen Beeinträchtigungen durch Altlasten bestehen. Die Qualität der Böden im Kreis wird erhalten und verbessert. Eine geordnete und umweltgerechte Abfallentsorgung in den Betrieben, maximale Sicherheit der Anlagen, Minimierung der Schadstoff- und Lärmemissionen und eine Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen ist sichergestellt.	Bürger, Industrie- und Gewerbebetriebe, Städte, Gemeinden
B S	Der Anteil an Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien (Wasser-, Wind-, Erdwärme-, Solar-, Biomasseanlagen) wird erhöht.	
C S	Förderung des Klima- und Umweltschutzes.	

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Altlasten: Untersuchung, Gefährdungsabschätzung, ggf. Sanierung von Altlasten zeitnah und im Rahmen finanzieller Möglichkeiten, Organisieren und Bereitstellen von Fördermitteln. Bodenschutz: Böden vor Schadstoffeinträgen schützen, Erkundungen u. Untersuchungen durchführen u. Ergebnisse bewerten	**A 1 k1**
A 2	Abfall: Stand der Technik bei Anlagen sicherstellen und regelmäßig anpassen, regelmäßiges Überwachen der Anlagen. Immissionsschutz: Stand der Technik bei Anlagen sicherstellen und regelmäßig anpassen, regelmäßiges Überwachen der Anlagen.	**A 2 k1**
B 1 S	Verstärkte Unterstützung/Beratung von potenziellen Betreibern von Anlagen im Bereich erneuerbarer Energien bei der Standortsuche und Eignungsprüfung.	**B 1 k1**
C 1 S	Fachkundige Beratung und Information des privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereichs zu Möglichkeiten, wie Energie eingespart, effizienter genutzt und erneuerbare Energien ausgebaut werden können (Energie-Agentur).	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Altlasten: Untersuchungen veranlassen, Bewerten der Ergebnisse, Fördergelder organisieren, ggf. Anordungen zur Sicherung/Sanierung treffen.	100 %
A 1.2	Bodenschutz: Untersuchungen veranlassen, Bewerten der Ergebnisse, Fördergelder organisieren, ggf. Anordungen zur Sicherung/ Sanierung treffen.	100 %
A 2.1	Abfall, Immissionsschutz: Betriebsrevisionen, Messungen vornehmen, Belastungssituationen beurteilen, ggf. Anordnungen, Beseitigungsverfügungen erlassen.	100 %
B 1.1 S	Daten und Informationen sammeln, auswerten, Kontaktaufnahme und Beratung potenzieller Betreiber.	100 %
C 1.1 S	Gründung einer Energie-Agentur.	90 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Anzahl Altlastenuntersuchungen/-sanierung	1	1	
A 2 k1	Anzahl Betriebsrevisionen (vgl. PG 56.20 Arbeitsschutz)	100	100	
B 1 k1 S	Anzahl durchgeführter Beratungen	10	20	Diese Aufgabe soll künftig zum Teil von der EA mit erledigt werden.
C 1 k1 S	Energie-Agentur ist gegründet (Ja/Nein)	Ja	Nein	Gründungstermin ist der 15.03.2013. Andere Gesellschafter mussten ihre internen Beschlussverfahren noch abschließen, vorbereitende Arbeiten zu 90 % erledigt

GESAMTBETRACHTUNG

Alle Ziele im Bereich Altlasten, Bodenschutz, abfallrechtliche und immissionsschutzrechliche Maßnahmen und im Bereich Energie / Klimaschutz konnten erreicht werden. Bis auf Letzteres handelt es sich um staatlich vorgegebene Daueraufgaben, die jährlich aktualisiert und fortgeschreiben werden. Die Ziele bzw. die damit verbundenen Maßnahmen dienen den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und auch den Kommunen im Landkreis. Lediglich die Gründung der Energieagentur konnte in 2012 nicht erreicht werden (Gründungstermin war der 15. März 2013).

Im Bereich Energie und Klimaschutz haben wir eine Vielzahl von Beratungen durchgeführt, insbesondere zu den Bereichen Erdwärme- und Wasserkraftanlagen. In 2012 konnten wir 11 Anlagen mit 37 Erdwärmesonden und 5 Kleinwasserkraftanlagen genehmigen. Im Bereich der Windkraft gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen/Abstimmungsgespräche/Scoping-Termine mit Kommunen, Planern und potenziellen Investoren im Zusammenhang mit den angelaufenen Flächennutzungsplanungen der Kommunen/Gemeindeverwaltungsverbänden bzw. mit potenziellen Investoren in Bezug auf die erforderlichen Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.

Die finanziellen Ressourcen waren ausreichend bemessen - ohne Auffälligkeiten im Jahresverlauf -, die personelle Situation war und ist angespannt, vor allem im Bereich der Gewerbeaufsicht (zunehmende Zahl an Beschwerden in den Bereichen Lärm, Gerüche, Staub).
Eine deutliche Mehrbelastung (auch in der PG 55.20 und 55.40) hat sich auch durch die zunehmende Bedeutung des Themas Energie und Klimaschutz ergeben. Dies betrifft den Bereich Kleine Wasserkraft (Anlagen < 1000 KW installierter Leistung) und vor allem den Bereich Windkraft. Der "neue" Bereich Energie/Klimaschutz/erneuerbare Energien wird thematisch und organisatorisch bisher mit vorhandenem Personal bestritten. Dies kann auf Dauer nicht so bleiben. Nach der Gründung der Energieagentur erhoffen wir uns zumindest eine Teilübernahme von Themen im Bereich Energie und Klimaschutz.

Umweltschutz **56.10**

Teilergebnisrechnung

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	25.089,25	36.483	27.655,79	8.827,57-	0	0	8.827,57	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	8.199,10	0	0	0	0	0	0	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3,76	0	0	0	0	0	0	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.952,02	35.000	33.241,68	1.758,32-	0	0	1.758,32	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	101.950	0	101.949,84-	0	0	101.949,84	0
10	=	Ordentliche Erträge	53.244,13	173.433	60.897,47	112.535,73-	0	0	112.535,73	0
11	-	Personalaufwendungen	538.361,59-	552.395-	503.277,80-	49.117,54	0	0	49.117,54-	20.000,00-
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42.538,18-	81.870-	49.363,28-	32.506,28	389,68	0	32.116,60-	8.000,00-
14	-	Planmäßige Abschreibungen	1.029,68-	400-	1.632,43-	1.232,43-	0	0	1.232,43	0
16	-	Transferaufwendungen	0	25.000-	0	25.000,00	0	0	25.000,00-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.532,75-	60.953-	6.312,47-	54.640,09	0	0	54.640,09-	35.000,00-
18	=	Ordentliche Aufwendungen	591.462,20-	720.617-	560.585,98-	160.031,48	389,68	0	159.641,80-	63.000,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	538.218,07-	547.184-	499.688,51-	47.495,75	389,68	0	47.106,07-	63.000,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	9.022,00	0	10.731,94	10.731,94	0	0	10.731,94-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	7.290,07-	7.290,07-	0	0	7.290,07	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	83.103,72-	81.564-	89.969,93-	8.405,98-	0	0	8.405,98	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	83.032,81-	82.401-	79.072,80-	3.328,00	0	0	3.328,00-	0
54	-	Aufwand für IuK	25.929,96-	24.232-	26.093,41-	1.861,69-	0	0	1.861,69	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	30.148,29-	42.812-	41.871,23-	941,05	0	0	941,05-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	165.724,79-	178.868-	182.687,22-	3.819,38-	0	0	3.819,38	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	378.917,57-	409.877-	416.252,72-	6.376,13-	0	0	6.376,13	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	917.135,64-	957.061-	915.941,23-	41.119,62	389,68	0	40.729,94-	63.000,00-

Teilergebnisrechnung

Umweltschutz **56.10**

Teilfinanzrechnung

Dr. Georg Lutz, FBL Umwelt – Umweltausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	67.075,66	94.833	54.709,90	40.122,82-	0	0	40.122,82	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	557.962,26-	701.325-	615.421,26-	85.904,16	389,68	0	85.514,48-	63.000,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	490.886,60-	606.493-	560.711,36-	45.781,34	389,68	0	45.391,66-	63.000,00-
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	1.600-	1.989,68-	389,68-	389,68-	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	1.600-	1.989,68-	389,68-	389,68-	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	1.600-	1.989,68-	389,68-	389,68-	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	490.886,60-	608.093-	562.701,04-	45.391,66	0	0	45.391,66-	63.000,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	490.886,60-	608.093-	562.701,04-	45.391,66	0	0	45.391,66-	63.000,00-

Teilfinanzrechnung

Soziales & Arbeit

Dezernat V

Verantwortung:

Ausschuss: **Sozialausschuss**
Dezernatsleitung: **Elke Zimmermann-Fiscella**

6

Produktbereich 31

Soziale Hilfen

31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII*
31.10.01	Hilfe zur Pflege*
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II*
31.20.01	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach §22 SGB II*
31.30	Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler
31.40	Soziale Einrichtungen
31.50	Leistungen nach Bundesversorgungsgesetz
31.60	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
31.70	Betreuungsleistungen
31.80	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen
31.90	Bildung & Teilhabe

Produktbereich 37

Schwerbehinderten- & Soziales Entschädigungsrecht

37.10	Schwerbehindertenrecht
37.20	Soziales Entschädigungsrecht

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 6

Der Landkreis

- stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis *.

* Der demografische Wandel und seine Folgen werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme haben. Dies betrifft auch den Landkreis und die in seiner Zuständigkeit befindlichen Aufgabenbereiche, insbesondere die Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Aber die strategischen Planungen müssen diesen Aspekt auch bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und bei der Grundsicherung für Erwerbsfähige nach dem SGB II berücksichtigen.

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.

Wirkungsziele 2012 - PG 31.10

- Menschen mit Behinderungen leben im Landkreis Lörrach so normal wie möglich.

- Im Landkreis existiert ein zukunftsorientiertes Unterbringungsangebot für Pflegebedürftige.

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Die strategische Zielsetzung lautet, dass Menschen mit Behinderung im Landkreis Lörrach so normal wie möglich leben sollen. Unter Berücksichtigung dieser Vorgabe haben 2012 das Strategiebüro Eingliederungshilfe, der Fachkreis Behindertenhilfe und die 5 Fachgruppen die Teilhabeplanung fortgeschrieben. Die zweite Stelle einer Steuerungsfachkraft wurde geschaffen und gezielt im Bereich der Werkstätten eingesetzt. Der Landkreis hat sich 2012 an einem Bausteinprojekt des Kommunalverbandes Jugend & Soziales beteiligt, welches zum Ziel hatte, mehr Menschen mit einer schweren Behinderung aus dem Förder- und Betreuungsbereich in eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung zu integrieren. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden derzeit ausgewertet und werden landesweit in die weiteren Planungen einfließen.

Insgesamt waren die Fallzahlen in der Eingliederungshilfe 2012 stabil, vor allem in den Bereichen Werkstätten und stationäres Wohnen. Dies zeigt, dass die entsprechenden Steuerungsmaßnahmen ihre Wirkung entfaltet haben. Zu Kostensteigerungen führten die Vergütungsverhandlungen, welche zu höheren Pflegesatzsteigerungen führten als erwartet.

Hilfe zur Pflege

Bei der Hilfe zur Pflege stand im Jahr 2012 neben dem Ausbau der Beratungsstrukturen die Entwicklung eines zukunftsorientierten Unterbringungsangebots auf der Agenda. Nach umfangreicher Recherche wurde das

Strategischer Schwerpunkt

Projekt „Zusammen Leben, alleine Wohnen“ entwickelt, das im Jahr 2013 dem Sozialausschuss vorgestellt wird. Der damit verbundene Ausbau des ambulant betreuten Wohnens könnte den aufgrund des demografischen Wandels unausweichlichen Zustrom in den stationären Bereich zumindest bremsen.

Die leichten Fallzahlensteigerungen bei der Hilfe zur Pflege im Jahr 2012 waren aufgrund des demografischen Wandels zu erwarten. Jede Erweiterung der Platzzahlen bei den Heimen bringt auch eine Erhöhung der Fallzahlen bei der Hilfe zur Pflege mit sich, da immer ein Teil der neuen Bewohner auf Sozialhilfe angewiesen ist. Einige der Faktoren, die Auswirkungen auf die Ausgaben in diesem Bereich haben, sind vom Landkreis nicht beeinflussbar, wie z. B. die Rentenhöhe der stationär untergebrachten Menschen oder die jeweilige Pflegestufe. Weiterhin war 2012 der Anstieg an Personen unter 65 Jahren zu beobachten, da immer mehr psychisch kranke Personen vor Erreichen der Altersgrenze stationäre Hilfe benötigen. Der Personenkreis bleibt zudem aufgrund des jüngeren Alters auch länger in Einrichtungen.

Im Herbst 2012 wurde das Projekt „Aktivierender Hausbesuch“ gestartet. Ehrenamtliche Kräfte, die durch die Mitarbeiterinnen des Pflegestützpunktes / iPunktes angeleitet, geschult und betreut werden, besuchen ältere Menschen zu Hause und versuchen, über eine gezielte und bedarfsgerechte Aktivierung die Kompetenzen der älteren Menschen zu erhalten bzw. wieder herzustellen mit dem Ziel, möglichst lange ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Ab 2013 wird diese Maßnahme durch die Einstellung einer Steuerungsfachkraft in der Pflege ergänzt, die ganz gezielt Besuche und Beratungen zu Hause durchführen soll, damit mögliche Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege gezielt eingesetzt werden können, um den Verbleib in der eigenen Wohnung so lange als möglich zu sichern. Beide Maßnahmen nehmen gezielt die strategische Forderung aus der Politik nach einer Verstärkung der Geh-Struktur auf.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2012

Besonders erfreulich war der Verlauf im Jahr 2012 bei der **Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II**. Strategischer Schwerpunkt und Ziel ist die Reduzierung der Aufwendungen im Bereich Kosten der Unterkunft durch weitest mögliche Integration aller erwerbsfähigen Personen in den Arbeitsmarkt sowie einer Annäherung der SGB II –Quote im LK Lörrach an den Landesschnitt (Senkung von 5,8 auf 5,4).

Diese wichtige Zielsetzung wurde sogar übertroffen, die SGB II –Quote im Landkreis Lörrach konnte im Laufe des Jahres 2012 auf 5,0 gesenkt werden. Dies war möglich, da die eingeleiteten Maßnahmen im Rahmen des Strategiepapiers „Senkung der SGB II Quote „ besser und schneller gegriffen haben als gedacht, da die sich aus der weiterhin guten konjunkturellen Lage bietenden Möglichkeiten für langzeitarbeitslose Menschen im Landkreis dadurch optimal genutzt werden konnten. In Zahlen bedeutet das, dass sich die Bedarfsgemeinschaften von Dezember 2011 mit 4.941 auf 4.726 im Dezember 2012 verringert haben. Hieraus resultieren die im Dezember 2012 9.181 Personen in Bedarfsgemeinschaften. Diese Verringerung hat 2012 Einsparungen von brutto 940.000 Euro erbracht. Die Mittel für Bildung und Teilhabe wurden im Jahr 2012 planmäßig eingesetzt.

Im Jahr 2012 wurde ein neues Konzept zur **Angemessenheit der Kosten der Unterkunft** im Landkreis Lörrach verabschiedet. Das neue Konzept berücksichtigt erstmals regionale Unterschiede innerhalb des Landkreises und ermöglicht durch einen entsprechenden Energievorteilsausgleich, energetische Sanierungen bei der Angemessenheitsprüfung entsprechend zu berücksichtigen. Das Konzept wurde in enger Abstimmung mit den örtlichen Wohnungsbaugesellschaften erarbeitet und von diesen sehr begrüßt. Das neue Konzept war wegen der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt im Landkreis, aufgrund derer zunehmend Sozialwohnungen im urbanen Bereich aus der Angemessenheitsgrenze herauszufallen drohten, unausweichlich. Aber mittelfristig werden höhere Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft die Folge sein.

Soziales & Arbeit

Vor besondere Herausforderungen standen im Jahr 2012 die **Leistungsgewährung und die Unterbringung von Flüchtlingen**. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.07.2012, wurde festgestellt, dass die bisherigen Sätze des Asylbewerberleistungsgesetztes unzureichend sind. Gleichzeitig wurde das menschenwürdige Existenzminimum neu festgelegt und eine gesetzesvertretende Übergangsregelung geschaffen. Da die Geldleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes durch das Urteil deutlich angehoben wurden, entstanden dem Landkreis allein durch die Umsetzung des Urteils Mehrkosten in Höhe von ca. 28.000 EUR pro Monat. Fast gleichzeitig stiegen die Zugangszahlen der Flüchtlinge um mehr als 100 Prozent. Aufgrund der gestiegen Flüchtlingszahlen musste die Stelle der Sozialbetreuung angehoben werden, deswegen lagen die Personalaufwendungen auch höher als geplant. Da die vorhandene Unterbringungskapazität in der Gemeinschaftsunterkunft in Rheinfelden nicht mehr ausreichte, müssen Anfang 2013 zusätzliche Kapazitäten (plus 96 Plätze) durch die Aufstellung von Containern geschaffen werden.

Die geplante Freizeitfläche konnte somit nicht gebaut werden, da die Flächen für die zusätzliche Wohncontainer benötigt werden.

Aufgrund einer Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes zum 01.08.2012 konnten ca. 60 Flüchtlinge vorzeitig die Gemeinschaftsunterkunft verlassen. Die Versorgung dieser Menschen mit sozialhilferechtlich angemessenem Wohnraum ist dabei eine große Herausforderung, die nur mit Unterstützung der Städte und Gemeinden bewältigt werden kann. Die Sozialbetreuung der Flüchtlinge ist ein dringend notwendiger Bestandteil der Arbeit, für die 266 Flüchtlinge Stand 31.12.2012 stand bisher nur eine Stelle zur Verfügung. Es ist notwendig dass die Sozialbetreuung aktiv in der Wohnungssuche und Wohnungsvermittlung tätig wird. Nur wenn diese Flüchtlinge die GU zeitnah verlassen können, können die ständig neu zugewiesenen Flüchtlinge aufgenommen werden. Zukünftig wird hier zusätzliches Personal benötigt.

Erfreulich stellte sich 2012 die **Entwicklung des Pflegestützpunktes** dar. Dieser wird sehr gut angenommen und stellt gemeinsam mit den fünf I-Punkten im Landkreis ein zentrales Element in der niedrigschwelligen, hilfeerschließenden Beratung im Vor- und Umfeld der Pflege dar. Die Anzahl der Ratsuchenden beim Pflegestützpunkt wurde im Jahr 2012 mit 1.212 (geplant 1.200) voll erreicht.

Die **Fortschreibung der Kreispflegeplanung** für den Landkreis konnte 2012 noch nicht begonnen werden, da die Eckwerte des Landes, welche Grundlage für diese Planungen sind. erst im Frühjahr 2013 zur Verfügung gestellt werden.

Im November 2012 startete das **Grenzüberschreitende Pflegeprojekt** des Landkreises mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land. Das Projekt, welches eine Laufzeit von 3 Jahren hat, wird neue Erkenntnisse über Angebote und Bedarfe im Gesamtbereich Pflege und deren Weiterentwicklung in den kommenden Jahren in der Grenzregion Lörrach-Basel bringen.

Die **Konzeption zur Suchtprävention und Suchthilfe** wurde im Mai 2012 vom Kreistag verabschiedet. Auf dieser Basis wird derzeit der Teilhabeplan für suchtgefährdete und suchterkrankte Menschen erarbeitet, der bis Mitte 2013 fertiggestellt sein wird.

Bei der Umsetzung des **Bildungs- und Teilhabepaketes** wurde im Jahr 2012 verstärkt auf den Bereich Lernförderung eingegangen. Um eine höhere Inanspruchnahme und Akzeptanz zu erreichen, wurden unter Berücksichtigung von Hinweisen der Schulen einfachere Verfahrensregelungen geschaffen und alle Schulen nochmals per Rundschreiben auf die Fördermöglichkeit um das Verfahren hingewiesen.

Da der Landkreis die Satzung zur Schülerbeförderung geändert hat, war ab 01.09.2012 auch die **Bezuschussung der Schülerbeförderung über das Bildungs- und Teilhabepaket** zu regeln. Dazu war erforderlich, ein Verfahren zu entwickeln und mit den beteiligten

Verkehrsunternehmen und dem Sachgebiet Schülerbeförderung abzustimmen. Die Schulen und Schulträger wurden in drei Informationsschreiben umfassen informiert. Die Umsetzung hat gut funktioniert. Das Ziel, einen möglichst einfachen Zugang für die Begünstigen zu schaffen, wurde erreicht. Offen ist, ob der Bund für die Mittel aus 2012 eine Spitzabrechnung fordern wird, was eine Rückzahlung bereits vereinnahmter und nicht verausgabter zur Folge hätte. Es wurde eine Rückstellung in Höhe von 360.077 Euro gebildet, falls es zu eventuellen Rückerstattungen an den Bund kommt.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Der Teilhaushalt 6, Soziales und Arbeit schließt mit einem Zuschussbedarf von - 62.514.536 EUR um 620.296 EUR besser ab als geplant (- 63.134.832 EUR).

Die Verbesserung gegenüber der Planung beruht in erster Linie auf einer **sehr guten Entwicklung in Produktgruppe 31.20**, Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II. Hier konnte, im Zusammenspiel der seit 2011 ergriffenen Maßnahmen und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt, eine Ergebnisverbesserung von nahezu 1. Mio. EUR herbeigeführt werden. Die Einsparung beruht auf der verringerten Zahl von Bedarfsgemeinschaften für die Leistungen übernommen werden mussten. Diese Entwicklung hat sich im Jahresverlauf bereits abgezeichnet, und gegen Ende 2012 ein wenig abgeschwächt. Es bleibt abzuwarten, wie die Konjunktur und der Arbeitsmarkt in 2013 starten. Zudem ist damit zu rechnen, dass eine weitere Verringerung der hilfedürftigen Bedarfsgemeinschaften immer schwieriger und aufwendiger wird.

Zudem hat die **Produktgruppe 31.30, Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler, zur Ergebnisverbesserung** im THH 6 beigetragen. Hier ist in erster Linie der zeitliche Verlauf der Zugänge der Hilfebedürftigen entscheidend gewesen. So kamen in der ersten Jahreshälfte weniger Personen hinzu als geplant, gegen Ende der zweiten Jahreshälfte dafür mehr. Dies führte im Ergebnis zu Minderaufwendungen von ca. 363.000 EUR.

Die Entwicklung des Haushaltes im **Bereich der Hilfe zur Pflege (31.10.01) war davon geprägt, dass die Ertragsseite hinter der Planung zurückgeblieben ist**. Grund dafür ist, dass die Abwicklung der Altfälle im Wohngeldbereich im Laufe des Jahres 2012 weitgehend abgeschlossen werden konnte. Die Höhe der noch zu erwartenden Erträge in 2012 war schwer vorherzusehen und wurde daher zu hoch angesetzt. Auf der Aufwandsseite war die Entwicklung wie erwartet, die geplanten Fallzahlen, und damit die Aufwendungen, konnten sogar leicht unterschritten werden.

Mit Ausnahme der überdurchschnittlich positiven Entwicklung im Bereich SGB II kann man sagen, dass die Planung weitestgehend realisiert wurde. Kleinere Abweichungen konnten ausgeglichen werden, die großen Veränderungen im SGB II Bereich bringen ein insgesamt positives Ergebnis.

Einen Gesamtüberblick zum Ergebnis 2012 der einzelnen Produktgruppen gibt die nachfolgende Tabelle.

Produktgruppen THH 6	Plan 2012	IST 2012	Abweichung 2012	Erläuterung
31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	- 44.915.184	-45.208.971	-293.787	Mehrerträge von 395.000 EUR aus Erstattung BaföG bei Heimfällen in der EGH abzüglich Mindereinnahmen im Bereich Pflege aufgrund Auslaufen der Altfälle im Wohngeldbereich. Mehraufwendungen gibt es hauptsächlich im Bereich Eingliederungshilfe. Hier haben die integrativen Leistungen, das betreute Wohnen u. die Heimunterbringung sowie die Werkstätten aufgrund sehr hoher Vergütungsabschlüsse das Budget deutlich überschritten (756.000 EUR). 30.000 EUR Mehraufwand resultieren aus dem grenzüberschreitenden Pflegeprojekt. Hier stehen aber Erträge in gleicher Höhe entgegen.
31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	- 14.305.219	-13.328.782	976.437	Die verringerte Anzahl an BG's hat einen verringerten Zuschussbedarf von 976.000 EUR zur Folge.
31.30 Hilfen f. Flüchtlinge und Aussiedler	- 686.163	-323.150	363.013	Anstieg (allerdings später als geplant) der Zugänge. Daher Minderaufwendungen von 187.000 EUR. Mehrkosten im Personal durch eine dringend benötigte verbesserte Sozialbetreuung (20.000 EUR). Mehrertrag (ca. 170.000 EUR) Erstattungen vom Land, da die in 2013 eingehenden Beträge (nach jeweils 6 monatiger Wartezeit) für die Pauschalen auf das Jahr 2012 abgegrenzt wurden. Zudem Auflösung einer Rückstellung für anhängige Gerichtsverfahren (37.000 EUR).
31.40 Soziale Einrichtungen	- 357.411	-463.345	-105.934	Zusätzlicher Bewirtschaftungsaufwand GU 39.000 EUR. 73.500 Betriebskostenzuschuss PH Rheinweiler.
31.50 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	- 164.017	-181.221	-17.203	Mehraufwand wegen starker Verschiebungen ambulant zu stationär.
31.60 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	- 187.800	-211.071	-23.271	Zuschüsse familienunterstützende Dienste in 31.60 statt 31.10.02 gebucht.
31.70 Betreuungsleistungen	- 172.710	-161.046	11.664	Minderaufwendungen da geringerer Zuschuss an Betreuungsverein erforderlich sowie leicht geringere Personalaufwendungen.
31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	- 1.433.342	-1.537.944	-104.601	Rückerstattung Schwerpunktpraxis Suchthilfe 16.000 EUR), Mehraufwand Spezialbeförderungsdienst für Behinderte (81.000 EUR).
31.90 Bildung & Teilhabe	- 381.968	-531.832	-149.864	Verbuchung einer dem Vorsichtsprinzip folgenden Rückstellung Bildung und Teilhabe-Paket.
37.10 Schwerbehindertenrecht	- 406.398	-433.500	-27.102	Minderaufwand bei den Personalkosten durch Stellenreduzierung.
37.20 Soziales Entschädigungsrecht	- 124.618	-133.674	-9.056	
THH 6 gesamt	**- 63.134.832**	**- 62.514.536**	**620.296**	

Investitionen 2012

PG	Bezeichnung der Investitionsmaß-nahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bisher bereitgestellt	Ermächti-gungsüber-tragungen aus VJ	2012 PLAN	2012 IST	Ermächti-gungsüber-tragungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2013-2015
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
31.40	Veräußerung von AV	2011	1.900	1.900					
31.40	Rückflüsse aus Ausleihungen *)	fortlaufend	238.253			5.400	6.748		16.400
31.40	Förderung - Seniorenzentrum Steinen	2009-2013	-791.700	-689.400		-100.000	-100.000		-102.300
31.40	Förderung - Emilienpark Grenzach-Whylen	2012	-805.500	-805.500		-134.600	-27.964		
31.40	Förderung - Bürgerheim Rheinfelden	2010-2014	-768.300	-484.100		-100.000	-100.000		-284.200
31.40	Förderung - Pflegeheim St. Fridolin Rheinfelden	2012	-1.043.000	-1.034.000		-9.000			
31.40	Förderung - Seniorenzentrum Efringen-Kirchen	2010-2014	-498.587	-295.587		-105.800	-105.800		-203.000
31.40	Förderung - Tagespflegeeinrich-tung Rheinfelden	2012-2013	-200.600	-50.600		-50.600	-50.600		-150.000
31.40	Erhöhung Kapitalrücklage	2012	-1.000.000	-1.000.000		-1.000.000	-1.000.000		
XX.XX	Erwerb bewegl. AV	2011-2012		-5.462			-9.500		
Saldo aus Investitionstätigkeit			**-4.867.534**	**-4.362.749**	**0**	**-1.494.600**	**-1.387.116**	**0**	**-723.100**

*) Veranschlagung erfolgte bis 2012 fälschlicherweise in Zeile 19 der Finanzrechnung

Erläuterungen zu den Investitionen 2012

An investiven Maßnahmen werden im THH 6 neben einem Darlehensrückfluss und der Erhöhung der Kapitalrücklage des EB Heime größtenteils die Förderungen von Pflegeheimen abgewickelt.

Diese Förderung (vollstationäre Dauerpflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege und Nachpflege) ist nach § 5 Landespflegegesetz Aufgabe von Land, Städten und Gemeinden. Das Land gibt für die Kreise Bedarfskorridore vor, innerhalb derer diese den örtlichen Bedarf festlegen. Nach Feststellung des Landkreises erhalten bedarfsgerechte Einrichtungen bis zum Jahr 2010 in das Förderprogramm des Landes aufgenommene Neubauten und Sanierungen eine Investitionsförderung (Objektförderung), die zu zwei Dritteln vom Land und zu einem Drittel vom Standortkreis erbracht wird. Die Maßnahmen sind zwischenzeitlich alle abgeschlossen. Aufgrund der Deckelung der hierfür bereitgestellten Mittel werden die Investitionskostenzuschüsse des Landkreises über mehrere Jahre verteilt gewährt. Für einen Teil der geförderten Maßnahmen sind daher Restzahlungen des Landkreises noch bis zum Jahr 2014 vorgesehen.

Neben den Rückflüssen aus Ausleihungen und den Investitionsförderungen für die Pflegeheime wurde im Bereich der Gemeinschaftsunterkunft Rheinfelden aufgrund eines dortigen sehr abgenutzten und teilweise defekten Fahrzeuges die Anschaffung eines neuen Kfz erforderlich. Der Anschaffungspreis des Gebrauchtwagens belief sich auf 9.500 Euro. Der Verkauf des Altfahrzeuges erbrachte einen Verkaufserlös in Höhe von 1.900 Euro, welcher bereits im Jahr 2011 im Bereich des außerordentlichen Ergebnisses verbucht wurde. Die Mittel für die Anschaffungen standen im Rahmen des Finanzhaushaltes des Teilhaushaltes 6 zur Verfügung.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	845.201,22	800.000	891.136,78	91.136,78	0	0	91.136,78-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	12.408.436,00	15.056.500	14.362.879,88	693.620,12-	0	0	693.620,12	0
3	+	Sonstige Transfererträge	6.529.961,41	6.890.000	7.509.233,29	619.233,29	0	0	619.233,29-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	66.355,90	39.002	64.980,91	25.978,99	0	0	25.978,99-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	18.599,46	3.803	1.354,50	2.448,86-	0	0	2.448,86	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.716.313,52	4.137.420	4.679.819,56	542.400,00	0	0	542.400,00-	0
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	1.272,80	2.700	1.133,50	1.566,50-	0	0	1.566,50	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	54.941,78	39.200	50.572,14	11.372,14	0	0	11.372,14-	0
10	=	Ordentliche Erträge	24.641.082,09	26.968.625	27.561.110,56	592.485,72	0	0	592.485,72-	0
11	-	Personalaufwendungen	5.028.980,59-	5.356.546-	5.266.890,40-	89.655,83	0	0	89.655,83-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	419.805,15-	511.690-	602.731,51-	91.041,03-	0	0	91.041,03	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	180.742,75-	204.600-	203.088,74-	1.511,26	0	0	1.511,26-	0
16	-	Transferaufwendungen	58.185.840,40-	61.695.900-	61.430.558,48-	265.341,52	0	0	265.341,52-	5.100,00-
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.911.681,88-	22.334.720-	22.572.377,20-	237.657,56-	0	0	237.657,56	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	86.727.050,77-	90.103.456-	90.075.646,33-	27.810,02	0	0	27.810,02-	5.100,00-
19	=	Ordentliches Ergebnis	62.085.968,68-	63.134.832-	62.514.535,77-	620.295,74	0	0	620.295,74-	5.100,00-
40	+	Erträge aus internen Leistungen	406,00	36	0	35,61-	0	0	35,61	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	16.229,59-	0	71.296,57-	71.296,57-	0	0	71.296,57	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.320.089,89-	1.294.091-	1.243.484,08-	50.606,88	0	0	50.606,88-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	366.233,52-	375.999-	336.158,04-	39.840,72	0	0	39.840,72-	0
54	-	Aufwand für IuK	363.526,40-	382.725-	416.037,70-	33.312,58-	0	0	33.312,58	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	667.901,88-	460.628-	424.287,96-	36.340,23	0	0	36.340,23-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	292.562,93-	206.260-	352.110,49-	145.850,69-	0	0	145.850,69	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	3.026.138,21-	2.719.667-	2.843.374,84-	123.707,62-	0	0	123.707,62	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	65.112.106,89-	65.854.499-	65.357.910,61-	496.588,12	0	0	496.588,12-	5.100,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	24.147.146,45	26.954.425	28.198.839,90	1.244.415,06	0	0	1.244.415,06-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	86.327.627,83-	89.898.656-	88.569.838,63-	1.328.817,72	0	0	1.328.817,72-	5.100,00-
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	62.180.481,38-	62.944.232-	60.370.998,73-	2.573.232,78	0	0	2.573.232,78-	5.100,00-
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	1.900,00	0	0	0	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	4.018,45	5.400	6.748,18	1.348,18	0	0	1.348,18-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.918,45	5.400	6.748,18	1.348,18	0	0	1.348,18-	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.462,10-	0	9.500,00-	9.500,00-	0	0	9.500,00	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	1.000.000-	1.000.000,00-	0	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	500.000-	384.364,00-	115.636,00	0	0	115.636,00-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.462,10-	1.500.000-	1.393.864,00-	106.136,00	0	0	106.136,00-	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	456,35	1.494.600-	1.387.115,82-	107.484,18	0	0	107.484,18-	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	62.180.025,03-	64.438.832-	61.758.114,55-	2.680.716,96	0	0	2.680.716,96-	5.100,00-
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	62.180.025,03-	64.438.832-	61.758.114,55-	2.680.716,96	0	0	2.680.716,96-	5.100,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Im Jahr 2012 wurde mit der Prognos AG im Rahmen der Sozialstrategie zahlreiche konkrete Maßnahmen erarbeitet, durch deren Umsetzung ab 2013 mittelfristig die Ausgaben im Bereich Sozial- und Jugendhilfe auf den Landeschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg gesenkt werden sollen.

Die Maßnahmen beinhalten neben einer breiten Palette neuer Angebote, vor allem im Bereich der Jugendhilfe, auch eine Verbesserung des Projektmanagements, die Einführung eines Wirkungscontrollings und der Optimierung der Schnittstellen innerhalb und außerhalb des Dezernates. Beim Erfolg wird es entscheidend darauf ankommen, die Mitarbeiter/Innen und vor allem die Führungskräfte aus den beiden Fachbereichen „mit zu nehmen".

Im Bereich „Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen" wird die weitere Umsetzung der UN-Konvention den Landkreis vor große Herausforderungen stellen. Unter dem Stichwort „Inklusion" wird sich der Landkreis auch mit Blick auf die Kostenfrage bei seinen Entscheidungen daran messen lassen müssen, wie ernst ihm die Umsetzung seines Strategisches Schwerpunktes „Menschen mit Behinderungen leben im Landkreis Lörrach so normal wie möglich" tatsächlich ist. Denn nach aktueller Einschätzung ist mittelfristig von höheren Aufwendungen auszugehen.

Klar ist, dass Inklusion nur dann funktionieren kann, wenn sich gesamtgesellschaftlich der Boden bereitet wird und Infrastruktur und Angebote inklusiv ausgerichtet sind. Dies kann der Landkreis nicht alleine bewerkstelligen. Deshalb wurde im März 2013 unter Schirmherrschaft von Frau Landrätin Dammann das „Netzwerk Inklusion" gegründet, das – u.a. in den Städten und Gemeinden – die entsprechenden Rahmenbedingungen voranbringen soll. Je besser dies gelingt, desto weniger individuelle Unterstützungs- und Assistenzleistungen benötigt der einzelne Mensch mit Behinderungen, um seine Teilhabe an den unterschiedlichen Lebensbereichen zu verwirklichen (z. B. barrierefreier ÖPNV / Sonderfahrdienste).

Insgesamt ist davon auszugehen, dass auch in den kommenden Jahren Tarifsteigerungen bei den Lohnkosten im Sozialbereich zu stetigen Steigerungen der Vergütungssätze führen werden. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der sich in der Grenzregion besonders dramatisch auswirkt, sind angemessene Vergütungen an die Arbeitskräfte im Sozialbereich unabdingbar, vor allem, weil die Arbeitskräfte in diesen Bereichen besonderen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind.

Da die Ausgaben im THH 6 zum Großteil aus Personalausgaben Dritter bestehen (z. B. Transferausgaben aus Pflegesätzen), sind selbst bei gleichbleibenden Fallzahlen Kostensteigerungen unausweichlich.

Die aktuelle Entwicklung bei der Hilfe zur Pflege und insbesondere der Anzahl der Pflegebedürftigen im Landkreis Lörrach zeigt, welch große Herausforderungen in diesem Bereich bevorstehen. Von 2009 – 2011 stieg die Anzahl der Pflegebedürftigen nach der Landespflegestatistik im Landkreis Lörrach um 11,2 % (landesweit um 13,1 %). Problematisch ist, dass die kommunalen Spitzenverbände diese Steigerung bei der Berechnung der neuen Bedarfseckwerte nicht einbezogen haben, da sie – insbesondere im ambulanten Bereich – aus deren Sicht nicht nachvollziehbar ist. Dies macht Planungen für die zukünftigen Hilfen im Bereich Pflege sehr schwierig. Auf jeden Fall ist jedoch mit einer deutlichen Steigerung der Bedarfe im Bereich Pflege zu rechnen und damit auch mit einer Steigerung der Kosten.

Im Bereich Leistungsgewährung und Unterbringung von Flüchtlingen ist davon auszugehen, dass sich 2013 die Zugangszahlen auf einem weiterhin sehr hohen Niveau halten werden.

Aufgrund des schlechten baulichen Zustands der Unterkunft in Rheinfelden und der begrenzten Mietvertragsdauer muss mittelfristig eine neue dauerhafte Lösung gefunden werden. Dazu kommt, dass aufgrund der vom Land geplanten Erhöhung der Mindestwohnfläche in den Gemeinschaftsunterkünften (voraussichtlich von 4,5 auf 7 qm) nach Ende der Übergangszeit rd. 1/3 der vorhandenen Plätze in der GU Rheinfelden wegfallen werden. Die genauen Rahmenbedingungen werden in der angekündigten Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes geregelt werden, dass bis Mitte 2013 vorliegen soll. Der Landkreis ist derzeit auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück, auf dem ein bedarfsgerechter Neubau errichtet werden kann. Für den Erwerb und den Neubau müssen zu gegebener Zeit die entsprechenden Mittel eingeplant werden.

31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Lebensrisiken (Alter, Behinderung, Krankheit, Pflege, Armut, Soziale Schwierigkeiten) sind sozial abgemildert um den Betroffenen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.	Gesetzlich konkretisierte leistungsberechtigte Personen
B S	Menschen mit Behinderungen leben im LK Lörrach so normal wie möglich.	Menschen mit Behinderung
C S	Im Landkreis existiert ein zukunftsorientiertes Unterbringungsangebot für Pflegebedürftige.	Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Adäquate bedarfsorientierte Versorgung leistungsberechtigter Personen durch den Einsatz erforderlicher administrativer u. fiskaler Ressourcen.	**A 1 k1**
A 2	Grundsicherung: Bedarfsorientierte Gewährleistung der gesetzlichen Ansprüche leistungsberechtigter Personen durch den Einsatz erforderlicher administrativer und fiskaler Ressourcen.	
B 1 S	Der Teilhabeplan für seelisch Behinderte wird bis zum 31.12.2012 erarbeitet und in den Folgejahren entsprechend umgesetzt.	**B 1 k1**
B 2 S	Regelmäßige Erarbeitung konkreter Vorschläge zur Umsetzung neuer/weiterer konkreter Maßnahmen für den AK Menschen mit Behinderung und zur Beschlussvorlage im KT.	**B 2 k1/B 2 k2**
B 3 S	Schaffung einer zweiten Steuerungsfachkraftstelle.	**B 3 k1**
C 1 S	Bis Ende 2012 liegt ein zukunftsorientiertes Unterbringungs- und Versorgungskonzept für pflegebedürftige Personen als Grundlage für konkrete Maßnahmen vor.	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Beraten der Leistungsberechtigten, Prüfen, Entscheiden und Bewilligen der im Einzelfall erforderlichen und bedarfsgerechten	100 %
A 2.1	Leistungsansprüche unter ständiger Prüfung des Grundsatzes „ambulant vor stationär".	100 %
B 1.1 S	Teilhabeplanung (Sozialplanung) im Strategiebüro Eingliederungshilfe, im Fachkreis.	100 %
B 2.1 S	Die 5 Fachgruppen (Offene Hilfen, Frühförderung, Wohnen, Arbeit und Tagesstrukturierung, Technische Hilfen und Verkehr) befassen sich kontinuierlich mit der Thematik: „Normalisierung der Lebenswelt von Menschen mit Behinderung" und erarbeiten regelmäßig Vorschläge und konkrete Umsetzungsmaßnahmen.	100 %
C 1.1 S	Ist-Analyse der aktuellen Versorgungsstrukturen im Pflegebereich. Zukunftsorientierte Bedarfs-Analyse und Erstellung des Konzeptes aus welchem Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen hervorgehen.	10 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Grundsicherung Fälle/Stellen	220	229	Leichte Überschreitung, aber immer noch i.Rahmen des Steuerbaren.
B 1 k1 S	Abschluss Teilhabeplan seelisch Behinderte (Ja/Nein)	Ja	Nein	Fertigstellung Frühjahr 2013. Interne u. externe Abstimmung ist komplexer als vorgesehen.
B 2 k1 S	Anzahl Sitzungen Fachgruppen/Fachkreis	10/2	10/2	
B 2 k2 S	Zahl der vom KT beschlossenen neuen Maßnahmen	4	0	Es gabe keine zu beschließenden Maßnahmen
B 3 k1 S	Stelle geschaffen (Ja/Nein)	Ja	Ja	
C 1 k1 S	Zukunftsorientiertes Konzept liegt vor (Ja/Nein)	Ja	Ja	Konzeptionelle Überlegungen für ein Projekt „Zusammen leben - alleine wohnen" (Wohnen mit Pflege) sind abgeschlossen.

GESAMTBETRACHTUNG

Hilfe zur Pflege: siehe Schlüsselprodukt 31.10.01 Eingliederungshilfe: Insgesamt waren die Fallzahlen stabil, unterschätzt wurde die Entwicklung der Vergütungsvereinbarungen. Um dies zukünftig zu vermeiden, sollte eine jährliche Steigerung von 5% eingeplant werden. Der Bereich Inklusion ist in der Abschätzung der Kosten noch problematisch. Hier ist mittelfristig von weiteren Aufwendungen auszugehen. Konkret gab es Überschreitungen des Budgets im Bereich der Hilfsmittel, dieser Bedarf ist sehr schlecht zu planen. Denn alleine ein Wohnungsumbau oder die Anschaffung eines KFZ übersteigt sehr schnell den konservativ geplanten Ansatz. Im ambulant betreuten Wohnen gab es Leistungsverschiebungen bei gleichbleibender Fallzahl durch Verzögerungen in der Bewilligung. Im Bereich der Werkstätten wurden die Steigerungsraten der Vergütungserhöhungen unterschätzt. Hier gab es Ende 2011 und 2012 sehr hohe Abschlüsse. Die Fallzahlen sind stabil. Dasselbe gilt für die stationäre Unterbringung. Krankenhilfe: Bei den Ausgaben zeigen sich angefallene Krankenbehandlungskosten für einen begrenzt vorhandenen Personenkreis, der keinerlei Zugang in eine Krankenkasse finden kann. Der Aufwand kann nicht vorhergesagt werden kann. Es besteht seit längerem die Forderung, auch diesen Personenkreis (bundesweit ca. 90.000 Personen) in die gesetzliche Krankenkasse miteinzubeziehen, dies scheitert bislang noch an Widerständen der Krankenkassen. Die Fallzahl konnte dennoch im Jahr 2012 leicht von 134 im Jahr 2011 auf 122 gesenkt werden. Hilfe für blinde Menschen: Der Planansatz 2012 war als Folge von Fehlbuchungen zu hoch. Durch entsprechende Umbuchungen wurde dies bereinigt. Die Fälle werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben bearbeitet und geprüft. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt handelt es sich um Aufwendungen einer kleiner Gruppe Betroffener, die im Wesentlichen bislang konstant verlief. Die Fälle haben sich nur leicht von 59 auf 63 erhöht. Eine Steuerung ist nur sehr schwer möglich, wird jedoch im Rahmen der Möglichkeiten vorgenommen. Bei den Erträgen gibt es eine Differenz zum Haushaltsansatz die durch Forderungsneubewertungen zu begründen ist. Dieses ist jedoch in 2012 größtenteils abgeschlossen, so dass ab 2013 hier keine Risiken mehr bestehen.Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten: Ausgaben sind schwer vorherzusagen, da sie davon abhängen, wie viele Personen, überwiegend Wohnsitzlose, im Jahr verteilt Hilfe beanspruchen und diese wie lange benötigen 2012 waren zwar mehr Personen davon betroffen, die aber insgesamt weniger stationäre Hilfe in Anspruch nahmen (Verweildauer war kürzer). Daher ergibt sich ein verringerter Zuschussbedarf von 110.000 EUR Grundsicherung : Bei den Erträgen fehlen ca. 370.000 bei der Bundeserstattung aufgrund eines Berechnungsfehlers in der Planung. Die Aufwendungen liegen im stationären Bereich genau im Plan bei stabilen ca. 180 Fällen. Diese Fälle sind jedoch auch in den Fällen Hilfe zur Pflege enthalten, da dieser Personenkreis beide Hilfen erhält. Im ambulanten Bereich gab es ca. 40 Fälle mehr als geplant (Plan 1220, IST 1262), daher liegen auch die Aufwendungen ca. 200.000 EUR über dem Planansatz. Zusätzlich gab es schon Auswirkungen der KdU Erhöhung im Landkreis. Für 2013 gibt es eine 75% Bundeserstattung, daher nimmt das Thema an finanzieller Brisanz für den Landkreis ab. Beratung und Angebote für ältere Menschen: In diesem Bereich wurde 2012 als umfassendes Thema das grenzüberschreitende Pflegeprojekt gestartet, dass auch in den nächsten Jahren im Focus stehen wird.

Teilergebnisrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII **31.10**

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	4.137.738,96	7.131.500	6.741.665,60	389.834,40-	0	0	389.834,40	0
3	+	Sonstige Transfererträge	6.326.394,82	6.548.000	7.152.511,94	604.511,94	0	0	604.511,94-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	72,16	258	0	258,48-	0	0	258,48	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.943,58	776	476,20	299,36-	0	0	299,36	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	173.458,03	85.068	269.513,60	184.445,40	0	0	184.445,40-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	16.100,81	6.463	3.802,92	2.660,16-	0	0	2.660,16	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.665.708,36	13.772.065	14.167.970,26	395.904,94	0	0	395.904,94-	0
11	-	Personalaufwendungen	1.375.469,93-	1.538.196-	1.418.535,41-	119.660,91	0	0	119.660,91-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.206,65-	18.864-	54.191,68-	35.327,92-	0	0	35.327,92	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	83,54-	26-	40,16-	14,12-	0	0	14,12	0
16	-	Transferaufwendungen	54.920.961,36-	57.070.900-	57.827.161,93-	756.261,93-	0	0	756.261,93	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	88.822,89-	59.263-	77.012,52-	17.749,28-	0	0	17.749,28	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	56.399.544,37-	58.687.249-	59.376.941,70-	689.692,34-	0	0	689.692,34	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	45.733.836,01-	44.915.184-	45.208.971,44-	293.787,40-	0	0	293.787,40	0
40	+	Erträge aus internen Leistungen	993,35	0	0	0	0	0	0	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	13.783,33-	0	9.891,91-	9.891,91-	0	0	9.891,91	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	340.159,04-	238.433-	242.362,51-	3.929,11-	0	0	3.929,11	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	84.075,48-	79.301-	70.133,76-	9.167,16	0	0	9.167,16-	0
54	-	Aufwand für IuK	39.319,69-	34.634-	37.247,11-	2.613,07-	0	0	2.613,07	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	190.660,01-	112.228-	106.573,40-	5.654,95	0	0	5.654,95-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	6,86-	6.197-	11.152,03-	4.954,63-	0	0	4.954,63	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	667.011,06-	470.794-	477.360,72-	6.566,61-	0	0	6.566,61	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	46.400.847,07-	45.385.978-	45.686.332,16-	300.354,01-	0	0	300.354,01	0

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII **31.10**

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	10.793.649,07	13.772.065	14.598.440,29	826.374,97	0	0	826.374,97-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	56.312.590,14-	58.687.223-	58.900.561,61-	213.338,29-	0	0	213.338,29	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	45.518.941,07-	44.915.158-	44.302.121,32-	613.036,68	0	0	613.036,68-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	3.641,40-	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.641,40-	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	3.641,40-	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	45.522.582,47-	44.915.158-	44.302.121,32-	613.036,68	0	0	613.036,68-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	45.522.582,47-	44.915.158-	44.302.121,32-	613.036,68	0	0	613.036,68-	0

Teilfinanzrechnung

31.10.01 Hilfe zur Pflege

Ziele & Kennzahlen

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Weiterführung der internen und externen Prüfung, inwieweit das Landratsamt die Fallzahlen und die Kosten- und Angebotsstruktur beeinflussen kann.	K 31.10.01- 01 - 03
Analyse und Neukonzeption der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen im Landkreis Lörrach (Erstellung eines Zukunftskonzeptes).	K 31.10.01- 04 - 05

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Der Eingliederungszuschlag in einigen Pflegeheimen wird geprüft.	100 %
Die „Sondersituationen" im Landkreis im Bereich Hilfe zur Pflege werden 2012 klar dargestellt.	100 %
Es wird geprüft, ob der Landkreis wieder mehr Einfluss auf den Bau von Pflegeplätzen braucht und wenn ja, wie dies umgesetzt werden kann.	75 %
Es wird ein Zukunftskonzept zur zukünftigen Ausgestaltung der Hilfe zur Pflege erstellt.	100 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
31.10.01- 01	Kosten der Hilfe zur Pflege je Einwohner	53,2	52,2	
31.10.01- 02	Kosten der Hilfe zur Pflege je Heimfall	14.010,3	13.864,2	
31.10.01- 03	Falldichte	0,4	0,4	
31.10.01- 04	Anteil stationäre Fälle an Gesamtfälle HzP	87,2	88,5	
31.10.01- 05	Anteil ambulante Fälle an Gesamtfälle HzP	12,8	11,5	

Gesamtbetrachtung

In der Hilfe zur Pflege sind die Ausgaben überwiegend von Fremdfaktoren abhängig (Vermögensaufzehrung in den Heimen, Einkommen und Pflegestufen der Personen) und davon, wie viele Personen im Jahr neu betroffen werden.

Jede Angebotserweiterung bei den Heimen wird sich bei den Ausgaben niederschlagen, da immer ein Teil der neuen Bewohner, ein Teil der Selbstzahler relativ bald, auf Sozialhilfe angewiesen sein wird. Das Ziel der ressourcenschonenden Versorgung betroffener Personen konnte auch in 2012 umgesetzt werden. 2012 sind die Fallzahlen im Heimbereich wie erwartet im Jahresverlauf weiter angestiegen und haben zum Ende des Jahres einen Höchststand von 801 Heimfällen erreicht.

Innerhalb des Fallbestandes besteht aber eine relativ hohe Fluktuation, es gab auch 154 Abgänge. Der Anteil der Personen unter 65 Jahren steigt überproportional an, immer mehr psychisch kranke Personen vor Erreichen der Altersgrenze benötigen stationäre Hilfe, meist unmittelbar im Anschluss an einen Aufenthalt in einem psychiatrischen Krankenhaus. Hier ist die Planung von 170 Fällen im Jahresmittel ausgegangen, im Jahresmittel waren es 188 im Dezember sogar 194. Dieser Personenkreis bleibt zudem auch länger in Einrichtungen, weil er jünger ist. Über 1/3 aller neuen Fälle war bereits längere Zeit schon im Pflegeheim und konnte die dortigen Kosten nicht länger selbst bezahlen. Im ambulanten Bereich sind die Aufwendungen gegenüber der Planung leicht unterschritten worden, da der Fallbestand über das Jahr 2012 konstant verblieben war und nicht angestiegen ist (Dezember IST 101, Jahresmittel Ist 103, Jahresmittel geplant 114). Bei den Einnahmen sind erkennbar weniger Leistungen von Sozialleistungsträgern erzielt worden. Ursache hierfür sind mittlerweile abgewickelte Altfälle im Wohngeldbereich, so dass keine Nachzahlungen mehr anfallen.

Hilfe zur Pflege **31.10.01**

Schlüsselprodukt

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Verlauf 2012:
In der Hilfe zur Pflege sind die Ausgaben überwiegend von Fremdfaktoren abhängig (Vermögensaufzehrung in den Heimen, Einkommen und Pflegestufen der Personen) und davon, wie viele Personen im Jahr neu betroffen werden. Jede Angebotserweiterung bei den Heimen wird sich bei den Ausgaben niederschlagen, da immer ein Teil der neuen Bewohner, zu Beginn oft noch Selbstzahler, relativ bald, auf Sozialhilfe angewiesen ist. Das Ziel der ressourcenschonenden Versorgung betroffener Personen konnte auch in 2012 umgesetzt werden.

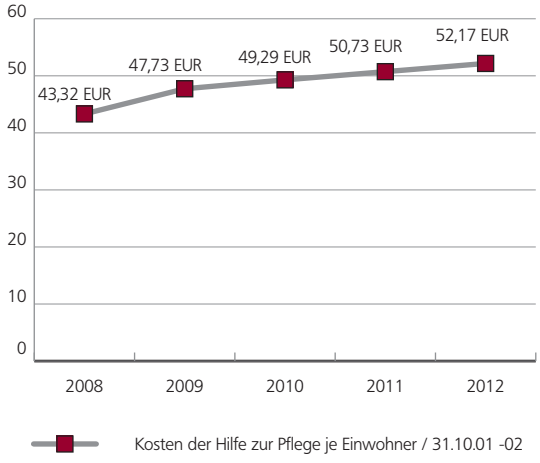
2012 sind die Fallzahlen im Heimbereich wie erwartet im Jahresverlauf weiter angestiegen und haben zum Ende des Jahres einen Höchststand von 801 Heimfällen erreicht.

Von den im Jahr 2012 gestellten 312 Hilfeanträgen mussten 68 wegen vorrangiger Leistungen abgelehnt werden. Bei knapp einem Drittel aller gestellten Anträge befanden sich die Betroffenen bereits schon längere Zeit in Pflegeheimen und hatten bislang die Kosten noch als Selbstzahler auffangen können. Innerhalb des Fallbestandes besteht gleichzeitig eine relativ hohe Fluktuation. So gab es in diesem Jahr auch 154 Abgänge.

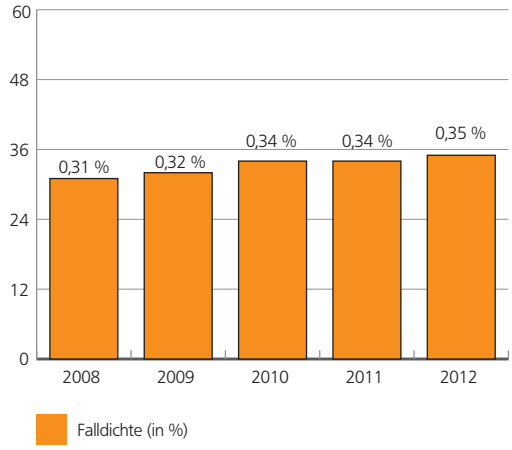
Der Anteil der Personen unter 65 Jahren steigt überproportional an, immer mehr psychisch kranke Personen vor Erreichen der Altersgrenze benötigen stationäre Hilfe, meist unmittelbar im Anschluss an einen Aufenthalt in einem psychiatrischen Krankenhaus. Hier ist die Planung von 170 Fällen im Jahresmittel ausgegangen, im Jahresmittel waren es 188, im Dezember sogar 194 Fälle. Dieser Personenkreis, oft ohne Pflegestufe und damit ohne Ersatzleistungen der Pflegekasse bleibt zudem auch länger in Einrichtungen, weil er jünger ist. Zudem sind erfahrungsgemäß Renten dieser Personen gering oder noch nicht vorhanden.

Für die durch die Fa. Prognos angeregte Fallsteuerung in 2013 wurden eine optimierte Antragserfassung eingerichtet und erste konzeptionelle Überlegungen angestellt. Im Jahr 2013 sollen durch ein besonderes Schnittstellenmanagement an der Nahtstelle zur Heimaufnahme Steuerungspotentiale erschlossen werden. Vorgesehen ist, das gesamte Pflegearrangement noch mehr auf mögliche und verantwortbare Alternativen zu einer stationären Unterbringung auszurichten, und dabei auch bereits im Vorfeld aktivierende Maßnahmen zu ergreifen.

K 31.10.01- 01



K 31.10.01- 03



31.10.01 Hilfe zur Pflege

Schlüsselprodukt

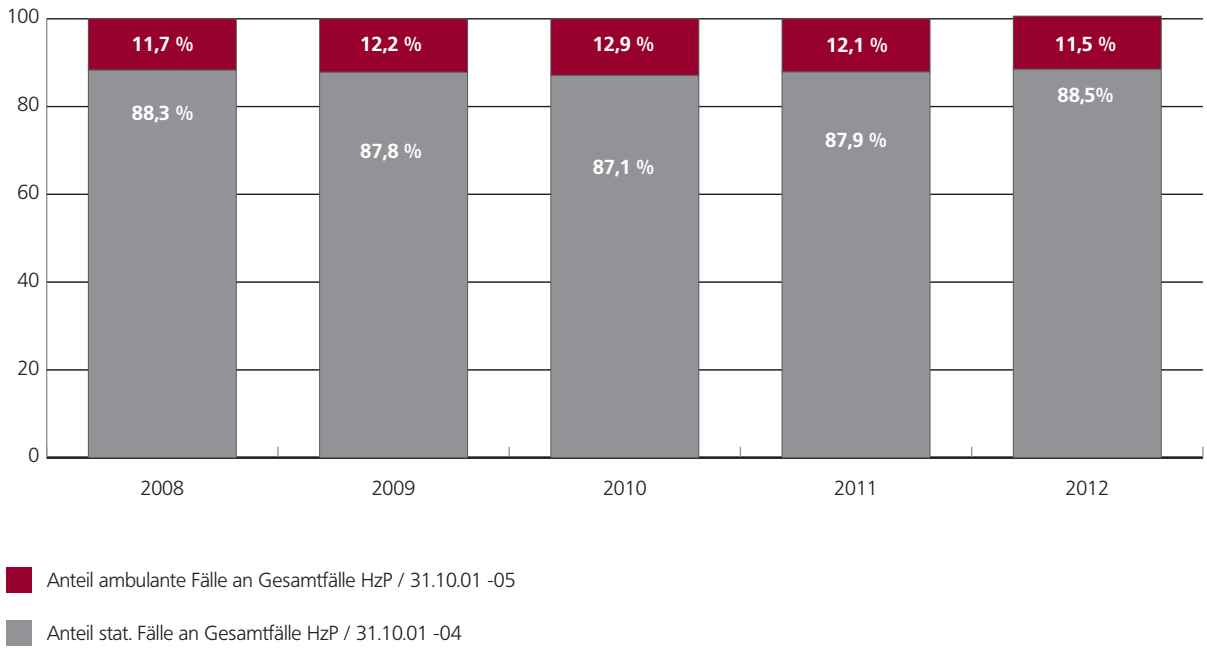
Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Die Quote zwischen ambulanten und stationären Fällen verharrte 2012 nahezu konstant. Im Gegensatz zu vielen anderen Sozialleistungsträgern werden haushaltsnahe Dienstleistungen im Vor- und Umfeld der Pflege in der Grundsicherung finanziert und nicht bei der Pflege. Beide Faktoren der Quote bedingen sich auch nicht zwangsläufig. Für 2013 wird aber durch die beginnende Fallsteuerung ein Anstieg im ambulanten Bereich erwartet, der sich nicht gleich unmittelbar in einem Rückgang der stationären Fallzahlen widerspiegeln wird. Die gesamten Rahmenbedingungen im Kreis Lörrach (hohe Preise in den Heimen bei vergleichsweise geringeren Renten) bestehen als Grundproblem weiter.

Bei den Einnahmen sind erkennbar weniger Leistungen von Sozialleistungsträgern erzielt worden. Ursache hierfür sind mittlerweile abgewickelte Altfälle im Wohngeldbereich, so dass keine Nachzahlungen mehr anfielen. Auch 2012 wurden aber private Unterhaltseinnahmen in einer Größenordnung von 300.000 EUR erlöst, dies trotz der sich stets verschlechternden Rahmenbedingungen (bedingt u.a. durch höhere Selbstbehaltsätze, stagnierende Löhne).

Damit liegt das Gesamtergebnis der Hilfe zur Pflege in der Summe leicht über dem Planansatz (1,8 %).

K 31.10.01- 04/ -05
Verhältnis ambulante Fälle zu den stationären Fällen - in % -



Grundzahlen (die für die Berechnung der vorgenannten Kennzahlen benötigt wurden)

Beschreibung	2008	2009	2010	2011	2012
Brutto-Gesamtaufwand HzP (in EUR) (lfd. Nr. 16)	9.642.000	10.614.000	10.974.000	11.249.600	11.648.700
Brutto-Gesamtaufwand HzP stationär (in EUR)	8.986.000	9.981.000	10.295.000	10.582.800	10.980.500
Gesamtfallzahl HzP	778	812	858	852	895
Fallzahl stationär HzP	687	713	747	7549	792
Fallzahl ambulant HzP	91	99	111	103	103
Einwohner Landkreis Lörrach	222.596	222.401	222.650	222.650	223.300

Hilfe zur Pflege 31.10.01

Schlüsselprodukt

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Teilergebnis-Haushalt

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
3	+	Sonstige Transfererträge	1.846.063,73	2.034.000	1.645.284,82	388.715,18-	0	0	388.715,18	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	14,46	60	0	59,76-	0	0	59,76	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	3,73	179	0	179,40-	0	0	179,40	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.913,01	9.478	522,40	8.956,04-	0	0	8.956,04	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.438,41	1.495	1.150,28	344,80-	0	0	344,80	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.866.433,34	2.045.213	1.646.957,50	398.255,18-	0	0	398.255,18	0
11	-	Personalaufwendungen	330.599,29-	311.637-	331.768,82-	20.131,65-	0	0	20.131,65	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.567,37-	4.352-	3.926,87-	425,05	0	0	425,05-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	8,97-	6-	9,26-	3,26-	0	0	3,26	0
16	-	Transferaufwendungen	11.249.668,86-	11.855.000-	11.648.657,13-	206.342,87	0	0	206.342,87-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.460,60-	21.231-	8.193,90-	13.036,78	0	0	13.036,78-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	11.606.305,09-	12.192.226-	11.992.555,98-	199.669,79	0	0	199.669,79-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	9.739.871,75-	10.147.013-	10.345.598,48-	198.585,39-	0	0	198.585,39	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	342,30-	0	643,55-	643,55-	0	0	643,55	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	56.546,83-	39.707-	43.254,04-	3.547,39-	0	0	3.547,39	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	16.679,04-	17.989-	16.044,03-	1.945,26	0	0	1.945,26-	0
54	-	Aufwand für IuK	7.844,48-	7.907-	8.553,66-	646,62-	0	0	646,62	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	38.412,02-	25.962-	24.653,64-	1.308,09	0	0	1.308,09-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	1,38-	6-	1.151,14-	1.145,14-	0	0	1.145,14	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	119.826,05-	91.571-	94.300,06-	2.729,35-	0	0	2.729,35	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	9.859.697,80-	10.238.584-	10.439.898,54-	201.314,74-	0	0	201.314,74	0

Hilfe zur Pflege 31.10.01

Hugo Mehlin, FBL Soziales – Sozialausschuss

Teilfinanz-Haushalt

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	583.649,09	2.045.213	1.588.193,53	457.019,15-	0	0	457.019,15	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	3.811.189,03-	12.192.220-	11.989.391,34-	202.828,43	0	0	202.828,43-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.227.539,94-	10.147.007-	10.401.197,81-	254.190,72-	0	0	254.190,72	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.227.539,94-	10.147.007-	10.401.197,81-	254.190,72-	0	0	254.190,72	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	3.227.539,94-	10.147.007-	10.401.197,81-	254.190,72-	0	0	254.190,72	0

31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

	WIRKUNGSZIELE	Zielgruppe
A	Der Abbau von wesentlichen Vermittlungshemmnissen trägt zur Erhöhung der Integrationsquote in den Arbeitsmarkt bei.	arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren
B	Für besondere Lebenslagen werden für SGB II Leistungsempfängergesonderte, einmalige Leistungen nach den gesetzlichen Vorgaben erbracht.	arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren
C S	Erwerbsfähige Personen sind in den Arbeitsmarkt integriert und können ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern.	arbeitsfähige Personen zwischen 15 und 64 Jahren

	Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert	Messgröße
A 1	Den SGB II Empfängern werden ganzheitliche und passgenaue kommunale Eingliederungsleistungen angeboten und die Effektivität, Transparenz und Inanspruchnahme dieser Leistungen soll erhöht werden.	**A 1 k1/A 1 k2**
B 1	Die Beratung und Aufklärung der Leistungsempfänger wird weiter intensiviert, die Bedarfsermittlung wird optimiert.	
C 1 S	Die SGB II Quote im Landkreis Lörrach wird bis zum Jahr 2014 von jetzt 5,8 % auf 5,4 % gesenkt.	**C 1 k1**

	Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
A 1.1	Schuldnerberatung, Suchthilfeberatung, Kinderbetreuung und ab 2012 auch psychosoziale Betreuung wird im Jobcenter vor Ort angeboten.	100 %
A 1.2	Teilnahme des Landkreises am Projektteam „Alleinerziehende“.	0 %
B 1.1	Durchführung von Informationsveranstaltungen zu den kommunalen Leistungen für die Mitarbeiter/-innen des Jobcenters.	100 %
C 1.1 S	Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Jobcenter bzgl. der Senkung der SGB II Quote und gemeinsame Erarbeitung/ Abstimmung konkreter Maßnahmen in der AG SGB II.	100 %

	KENNZAHLEN der Zielerreichung	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1	Inanspruchnahme Schuldnerberatung	450	472	Leichte Überschreitung der geplanten Inanspruchnahme aber innerhalb des Planungskorridors.
A 1 k2	Inanspruchnahme Suchtberatung SGB II	140	130	
C 1 k1 S	SGB II Quote LK Lörrach	5,6	5,0	Die eingeleiteten Maßnahmen zur Senkung der SGB II-Qoute haben durch eine zügige Umsetzung aber auch unterstützt durch eine gute konjunkturelle Gesamtlage besser und schneller gegriffen als geplant.

GESAMTBETRACHTUNG

Im Jahr 2011 wurde unter Federführung des Sozialdezernates eine Arbeitsgruppe gebildet, welche nach einer intensiven Analyse der Struktur der Leistungsempfänger Handlungsansätze zur Senkung der SGB-II-Quote entwickelt hat. Darauf basierend erarbeitete das Jobcenter ein so genanntes “Strategiepapier zur Senkung der SGB II -Quote“, in dem eine Reihe von konkreten Maßnahmen für das Jahr 2012 enthalten waren, die sukzessive umgesetzt wurden. Begünstigt durch die gute wirtschaftliche Gesamtsituation habe“&”n die Maßnahmen besser gegriffen, als erwartet. So konnte die SGB-II -Quote deutlich gesenkt und dem Landesschnitt angenähert werden.

In Zahlen bedeutet das, dass sich die Bedarfsgemeinschaften von Dezember 2011 mit 4941 auf 4.726 im Dezember 2012 verringert haben. Hieraus resultieren im Dez 2012 9.181 Personen in Bedarfsgemeinschaften. Diese Verringerung hat in 2012 Einsparungen von brutto 940.000 EUR erbracht. Durch die geringere Zahl an Leistungsempfängern lag auch der Aufwand der einmaligen Hilfen (Erstausstattung Wohnung, Bekleidung etc.) um ca. 100.000 EUR niedriger als geplant.
Die BuT Mittel liegen im Plan.
Diese Entwicklungen hatten 2012 auch deutlich positive Wirkungen auf den Zuschussbedarf in dieser Produktgruppe, der zum Jahresende um rd. 930.000 EUR niedriger lag als geplant.

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II 31.20

Teilergebnisrechnung

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	845.201,22	800.000	891.136,78	91.136,78	0	0	91.136,78-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	8.270.697,04	7.925.000	7.618.900,98	306.099,02-	0	0	306.099,02	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	100.000	157.564,02	57.564,02	0	0	57.564,02-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	95,20	425	0	425,32-	0	0	425,32	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	24,54	1.276	0	1.276,20-	0	0	1.276,20	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.856.665,16	1.803.403	1.958.640,68	155.237,52	0	0	155.237,52-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	18.042,67	10.635	2.066,81	8.568,23-	0	0	8.568,23	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.990.725,83	10.640.740	10.628.309,27	12.430,45-	0	0	12.430,45	0
11	-	Personalaufwendungen	1.996.231,79-	2.131.322-	2.119.845,49-	11.476,25	0	0	11.476,25-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.132,11-	36.036-	36.894,81-	858,53-	0	0	858,53	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	59,04-	43-	68,39-	25,87-	0	0	25,87	0
16	-	Transferaufwendungen	268.661,31-	729.000-	1.766,66-	727.233,34	0	0	727.233,34-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22.520.650,87-	22.049.558-	21.798.516,19-	251.042,09	0	0	251.042,09-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	24.810.735,12-	24.945.959-	23.957.091,54-	988.867,28	0	0	988.867,28-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	13.820.009,29-	14.305.219-	13.328.782,27-	976.436,83	0	0	976.436,83-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	2.326,50-	2.326,50-	0	0	2.326,50	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	326.852,97-	310.370-	329.113,95-	18.743,66-	0	0	18.743,66	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	121.728,30-	140.914-	130.235,86-	10.678,36	0	0	10.678,36-	0
54	-	Aufwand für IuK	52.956,43-	57.538-	64.371,35-	6.833,51-	0	0	6.833,51	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	257.004,11-	184.674-	181.445,50-	3.228,10	0	0	3.228,10-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	9,10-	43-	8.537,91-	8.495,39-	0	0	8.495,39	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	758.550,91-	693.538-	716.031,07-	22.492,60-	0	0	22.492,60	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	14.578.560,20-	14.998.758-	14.044.813,34-	953.944,23	0	0	953.944,23-	0

Teilergebnisrechnung

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II 31.20

Teilfinanzrechnung

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	10.949.472,17	10.640.740	10.511.501,01	129.238,71-	0	0	129.238,71	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	24.787.616,98-	24.945.916-	23.545.574,97-	1.400.341,33	0	0	1.400.341,33-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.838.144,81-	14.305.177-	13.034.073,96-	1.271.102,62	0	0	1.271.102,62-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	13.838.144,81-	14.305.177-	13.034.073,96-	1.271.102,62	0	0	1.271.102,62-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	13.838.144,81-	14.305.177-	13.034.073,96-	1.271.102,62	0	0	1.271.102,62-	0

Teilfinanzrechnung

31.20.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGBII KdU

Ziele & Kennzahlen

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Mittelfristige (bis 2015) Senkung der SGB II Quote im Landkreis Lörrach in Richtung derzeitiger Landesdurchschnitt (aktuell: SGB II Quote = 5,4 %).	K 31.20.01- 03
Jede Bedarfsgemeinschaft lebt in einer Wohnung mit angemessener Wohnungsgröße, Mietezins und Mietnebenkosten.	K 31.20.01- 02

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Abschluss einer mittelfristigen Zielvereinbarung (2012-2015) mit dem Jobcenter zur Erreichung der Ziel-Quote.	100 %
Beratende Unterstützung/Abstimmung geeigneter Maßnahmen mit dem Jobcenter zur Zielerreichung.	100 %
Regelmäßige Überprüfung der vereinbarten Ziele, Ergreifen ggf. erforderlicher Maßnahmen zur Gegensteuerung sowie gemeinsame Umsetzung der vereinbarten und erarbeiteten Aktionspunkte zur SGB II-Quote	100 %
Gemeinsame Klärung und Regelung mit dem Jobcenter, was als angemessene Wohngröße/Mietkosten gilt und bei Nichterfüllung an Maßnahmen zu ergreifen ist	50 %
Mitarbeit des Landkreises in der Arbeitsgruppe SGB II.	100 %

Kennzahlen der ZIELERREICHUNG		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
31.20.01- 01	Kosten KdU je EW	91,6	85,4	weniger Gesamtaufwendungen ergeben weniger Aufwand je EW.
31.20.01- 02	Kosten KdU je BG	4.001,0	3.936,2	
31.20.01- 03	SGB II Quote	5,5	5,0	
31.20.01- 04	Integrationsquote	0,0	28,5	

Gesamtbetrachtung

Im Jahr 2011 wurde unter Federführung des Sozialdezernates eine Arbeitsgruppe gebildet, welche nach einer intensiven Analyse der Struktur der Leistungsempfänger Handlungsansätze zur Senkung der SGB-II-Quote entwickelt hat. Darauf basierend erarbeitete das Jobcenter ein so genanntes „"Strategiepapier zur Senkung der SGB II -Quote"", in dem eine Reihe von konkreten Maßnahmen für das Jahr 2012 enthalten waren, die sukzessive umgesetzt wurden. Begünstigt durch die gute wirtschaftliche Gesamtsituation haben die Maßnahmen besser gegriffen, als erwartet. So konnte die SGB-II -Quote deutlich gesenkt und dem Landesschnitt angenähert werden.

In Zahlen bedeutet das, dass sich die Bedarfsgemeinschaften von Dezember 2011 mit 4941 auf 4726 im Dezember 2012 verringert haben. Hieraus resultieren im Dez 2012 9.181 Personen in Bedarfsgemeinschaften. Diese Verringerung hat in 2012 Einsparungen von netto 766.000 EUR erbracht.

Schlüsselprodukt

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGBII KdU 31.20.01

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

Leistungen für Unterkunft und Heizung nach SGB II dienen zur Sicherung der Unterkunft, bei Miete, aber auch bei Wohneigentum. In den ersten 6 Monaten der Leistungsgewährung werden die Kosten i.d.R. in der tatsächlichen Höhe anerkannt. Ab dem 7. Monat kann die Grundmiete nur noch in der angemessenen Höhe anerkannt werden, wenn der Leistungsempfänger keine ausreichenden Bemühungen unternimmt, eine kostengünstigere Wohnung zu finden. Die kalten und warmen Nebenkosten sind zunächst in tatsächlicher Höhe zu übernehmen. Wasser-, Müll- und Heizkosten werden nach Belehrung der Leistungsempfänger auf den angemessenen Verbrauch künftig nur noch in angemessener Höhe übernommen.

Weitere kommunale Leistungen sind Umzugskosten, Auszugsrenovierungen und Mietkautionen. Mietkautionen werden in der Regel als Darlehen gewährt. Mietschulden können als Darlehen oder Beihilfe übernommen werden, wenn dies gerechtfertigt ist, insbesondere bei drohender Obdachlosigkeit.

Verlauf 2012
Im Jahr 2011 wurde unter Federführung des Sozialdezernates eine Arbeitsgruppe gebildet, welche nach einer intensiven Analyse der Struktur der Leistungsempfänger Handlungsansätze zur Senkung der SGB-II-Quote entwickelt hat. Darauf basierend erarbeitete das Jobcenter ein so genanntes „Strategiepapier zur Senkung der SGB II -Quote", in dem eine Reihe von konkreten Maßnahmen für das Jahr 2012 enthalten waren, die sukzessive umgesetzt wurden. Begünstigt durch die gute wirtschaftliche Gesamtsituation haben die Maßnahmen besser gegriffen, als erwartet. So konnte die SGB-II -Quote deutlich gesenkt und dem Landesschnitt stark angenähert werden.

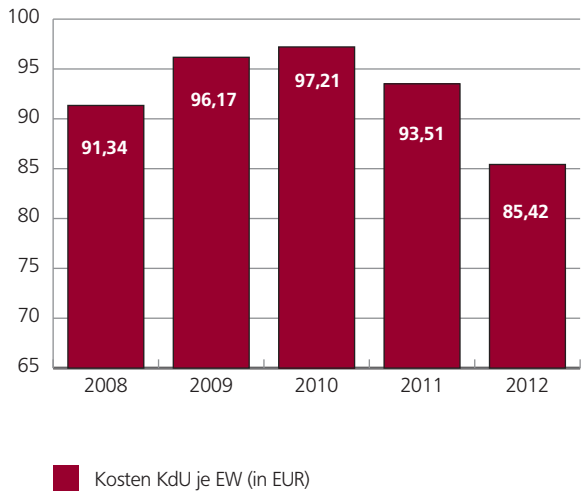
In Zahlen bedeutet das, dass die SGB II-Quote im Landkreis zum 31.12.2012 4,95 %, im Land B-W 4,88% betrug und somit nur noch eine Differenz von 0,07 %-Punkten aufweist.

Die Bedarfsgemeinschaften haben sich von Dezember 2011 mit 4.941 auf 4.726 im Dezember 2012 deutlich verringert. Durchschnittlich waren im Jahr 2012 4.846 Bedarfsgemeinschaften im SGB II Bezug. Hieraus resultieren im Dezember 2012 8.934 Personen und im Jahresschnitt 2012 9.181 Personen in Bedarfsgemeinschaften und somit im Leistungsbezug. Die Zahl der Arbeitslosen im SGB II hat sich gegenüber dem Jahresmittel 2011 von 2.857 Personen auf 2541 Personen im Durchschnitt 2012 verringert. Die Arbeitslosen im SGB II U25 wurden um 38 von 153 auf 115 Personen verringert. Insgesamt ergaben sich somit in 2012 Einsparungen von netto 766.000 EUR.

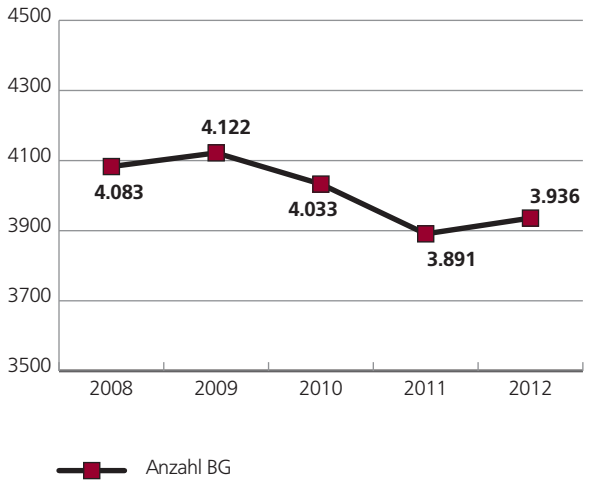
Das Landratsamt hat diese Entwicklung im Jobcenter sehr eng begleitet sowohl über die Trägerversammlung als auch operativ durch regelmäßige Unterstützung und enge Absprachen. Zudem finden sich in den SGB II Ergebnissen auch Resultate guter Arbeit in Bereichen der kommunalen Eingliederungsleistungen wieder.

Die durch die Prognos-Studie empfohlenen Maßnahmen in Bezug auf das Jobcenter wurden Ende 2012 auf den Weg gebracht, in der Trägerversammlung verabschiedet und können nun im Laufe des Jahres 2013 wie geplant umgesetzt werden.

K 31.20.01- 01



K 31.20.01- 02

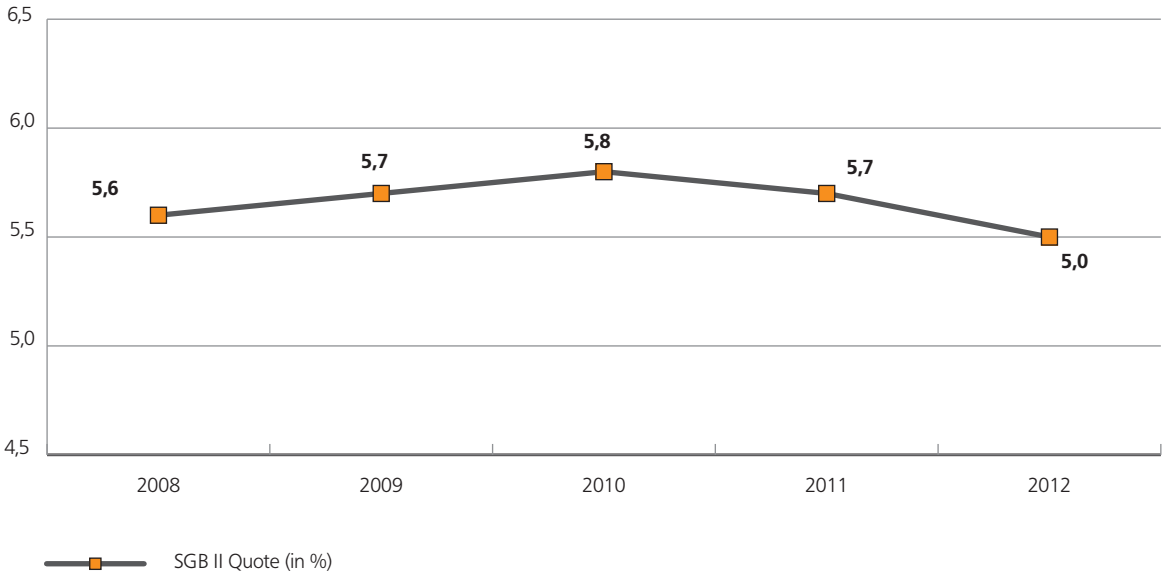


31.20.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGBII KdU

Schlüsselprodukt

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

K 31.20.01- 03



Grundzahlen (die für die Berechnung der vorgenannten Kennzahlen benötigt wurden)

Beschreibung	2008	2009	2010	2011	2012 MW
Gesamtaufwendungen KdU (in EUR)	20.331.000	21.388.000	21.643.000	20.767.000	19.075.054
Anzahl Bedarfsgemeinschaften (BG's)	4.979	5.189	5.366	5.282*	4.846*
Personen in BG (SGB II + Sozialgeld -Empfänger)	10.007	10.215	10.399	10.163*	8.934*
Bevölkerung Landkreis Lörrach unter 65	179.134	178.550	178.871	178.871	178.871

* neue Berechnung

Schlüsselprodukt

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGBII KdU 31.20.01

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

Teilergebnis-Haushalt

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	845.201,22	800.000	891.136,78	91.136,78	0	0	91.136,78-	0
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	8.270.697,04	7.925.000	7.617.587,65	307.412,35-	0	0	307.412,35	0
3	+	Sonstige Transfererträge	0	100.000	153.322,35	53.322,35	0	0	53.322,35-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	82,31	361	0	361,24-	0	0	361,24	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	18,43	1.084	0	1.083,72-	0	0	1.083,72	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.624.130,02	1.802.890	1.752.709,77	50.179,91-	0	0	50.179,91	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	15.625,57	9.030	1.755,31	7.275,09-	0	0	7.275,09	0
10	=	Ordentliche Erträge	10.755.754,59	10.638.365	10.416.511,86	221.853,18-	0	0	221.853,18	0
11	-	Personalaufwendungen	1.652.081,23-	1.818.764-	1.804.066,07-	14.697,93	0	0	14.697,93-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.144,93-	31.257-	29.481,65-	1.775,63	0	0	1.775,63-	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	49,89-	36-	58,49-	22,33-	0	0	22,33	0
16	-	Transferaufwendungen	268.661,31-	0	140,00-	140,00-	0	0	140,00	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.996.951,07-	21.504.117-	20.504.536,80-	999.580,52	0	0	999.580,52-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	23.937.888,43-	23.354.175-	22.338.283,01-	1.015.891,75	0	0	1.015.891,75-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	13.182.133,84-	12.715.810-	11.921.771,15-	794.038,57	0	0	794.038,57-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	1.997,47-	1.997,47-	0	0	1.997,47	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	276.643,13-	260.888-	281.548,15-	20.659,86-	0	0	20.659,86	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	96.037,12-	111.932-	104.048,78-	7.883,43	0	0	7.883,43-	0
54	-	Aufwand für IuK	44.819,75-	48.922-	55.103,87-	6.181,91-	0	0	6.181,91	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	217.161,01-	156.809-	155.508,50-	1.300,37	0	0	1.300,37-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	7,68-	36-	7.267,16-	7.231,00-	0	0	7.231,00	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	634.668,69-	578.587-	605.473,93-	26.886,44-	0	0	26.886,44	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	13.816.802,53-	13.294.397-	12.527.245,08-	767.152,13	0	0	767.152,13-	0

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGBII KdU 31.20.01

Elke Zimmermann-Fiscella, Dezernentin V – Sozialausschuss

Teilfinanz-Haushalt

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	9.083.018,25	10.638.365	10.317.005,97	321.359,07-	0	0	321.359,07	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	21.239.630,82-	23.354.139-	22.149.787,10-	1.204.351,50	0	0	1.204.351,50-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	12.156.612,57-	12.715.774-	11.832.781,13-	882.992,43	0	0	882.992,43-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	12.156.612,57-	12.715.774-	11.832.781,13-	882.992,43	0	0	882.992,43-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	12.156.612,57-	12.715.774-	11.832.781,13-	882.992,43	0	0	882.992,43-	0

Jugend & Familie

Dezernat V

Verantwortung:

Ausschuss: **Jugendhilfeausschuss**
Dezernatsleitung: **Elke Zimmermann-Fiscella**

7

Produktbereich 36

Kinder- Jugend- & Familienhilfe

36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen

36.30 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien*

36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention*

36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege*

36.80 Kooperation und Vernetzung

36.90 Unterhaltsvorschussleistungen

* Im Jahresabschluss im Detail abgedruckt

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 7

Im Landkreis

- besteht ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot für Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege, welches die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützt und die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeiten fördert.

Der Landkreis

- stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.

Zielbeiträge 2012

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot für Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege, welches die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützt und die Entwicklung der Kinder zu eigenverantwortlichen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeiten fördert.

Wirkungsziele 2012 - PG 36.50

- Die Städte und Gemeinden des Landkreises stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
- Bis 2013 wird durch den Ausbau von Betreuungsangeboten für 34 % der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Davon sollen mind. 20 % durch den Landkreis Lörrach als Kindertagespflegeplätze gewährleistet werden.

Im Jahr 2012 wurde die **Kindertagespflege weiter ausgebaut** und durch eine Erhöhung der Stundensätze für die Tagesmütter und der Zuschüsse an die Tageselternvereine deutlich gestärkt. Dabei wurden im Landkreis Lörrach die Stundensätze für die Betreuung von Kindern U 3 und Ü 3 von 3,90 EUR auf einen einheitlichen Satz von 5,50 EUR festgesetzt. Damit ging der Landkreis für die Kinder über 3 Jahren über die Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände hinaus, um die in dieser Altersgruppe oftmals benötigte Randzeitenbetreuung für die Tagesmütter attraktiver zu gestalten. Dies ist ein wesentlicher Beitrag zu diesem strategischen Schwerpunkt. Die Entwicklung 2012 war sehr erfreulich: Ende 2011 wurden insgesamt 108 Kinder, zum Stichtag 31.12.2012 insgesamt 270 Kinder gefördert. Aufgrund der Fallzunahme und der Erhöhung der Stundensätze wurden im Vergleich zu 2011 insgesamt 635.000 EUR mehr für die Kindertagespflege aufgewendet. Dem gegenüber reduzierte sich der Aufwand für Kinder in Tageseinrichtungen von 860.000 EUR auf 776.000 EUR.

Die **Kindergartenfachberatung hat ihre erfolgreiche Arbeit 2012 fortgesetzt** und zahlreiche Städte und Gemeinden im Landkreis im Rahmen des weiteren

Ausbaus der Kleinkindbetreuung beraten. Mit 1.250 Beratungen konnte die Planzahl von 1.500 Beratungen nicht ganz erreicht werden. Dies lag daran, dass Mitte 2012 durch einen Personalwechsel die Koordinationsstelle Kindertagespflege zeitweise nicht besetzt war und die zuständige Mitarbeiterin für die Kindergartenfachberatung die dortigen Aufgaben zeitweise mit übernehmen musste.

Zum 01.08.2013 wird der Rechtsanspruch auf Kleinkindbetreuung für Kinder ab einem Jahr in Kraft treten. Dieses Thema hat den Landkreis schon 2012 beschäftigt, unter Federführung des Sozialdezernates wurde die **AG Kleinkindbetreuung gegründet**, in der sich Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden gemeinsam mit dem Landkreis auf diese Herausforderung vorbereiten. Ende 2012 waren noch zahlreiche Fragestellungen offen. Klar ist, dass im Falle der Nichterfüllung des Rechtsanspruchs der Landkreis als Träger der öffentlichen Jugendhilfe verklagt werden wird. Städte, Gemeinden und Landkreis sitzen also in einem Boot.

Mit den **4 Tageselternvereinen wurden 2012 Zielvereinbarungen** sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht abgeschlossen, um die weitere positive Entwicklung in diesem Bereich zu gewährleisten.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stärkt die Erziehung in der Herkunftsfamilie.

Wirkungsziele 2012 - PG 36.50

- Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet.

- Kinder und Jugendliche werden bei der Bewältigung individueller Entwicklungsprobleme unterstützt und die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungskompetenz gefördert.

Mitte des Jahres 2012 wurde die **psychologische Beratungsstelle als Sachgebiet in den Fachbereich Jugend & Familie integriert**. Nach erfolgtem Wechsel in der Stellenleitung und Neubesetzung mehrerer Personalstellen wurden erforderliche Anpassungen zur Optimierung der Struktur und Prozessqualität mit Nachdruck bearbeitet. Schon im Jahresverlauf wurde deutlich, dass diese Zusammenlegung wertvolle neue Impulse in beide Richtungen geben konnte. Um die Zusammenarbeit so optimal wie möglich zu gestalten, wurde ein über den Kommunalverband Jugend & Soziales begleiteter Prozess mit den Mitarbeiter/Innen der Sozialen Dienste und der Psychologischen Beratungsstelle begonnen.

Im Jahr 2012 wurden in dem **Projekt „Weiterentwicklung der Jugendhilfe"** in 4 Arbeitsgruppen und einer Projektgruppe Maßnahmen erarbeitet, die in die Sozialstrategie eingeflossen sind. In den 4 Arbeitsgruppen haben sich zahlreiche Mitarbeiter/Innen aus den Sozialen Diensten beteiligt, welche dabei ihre Erfahrungen aus der täglichen Arbeit mit den Klienten einbringen konnten.

Im Jahr 2012 haben unerwartete **Steigerungen bei den Fallzahlen in den Bereichen Hilfen für junge Erwachsene und bei den seelischen Behinderungen** zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt (ca. 328.000 EUR bei § 35a und 300.000 EUR bei §41).

Gerade bei den jungen Menschen mit seelischer Behinderung handelt es sich um sehr kostenintensive Leis-

tungen, sodass bereits eine geringe Steigerung der Fallzahlen zu deutlichen Kostensteigerungen führt.

Die **Steigerung im Bereich der Heimhilfe für junge Erwachsene** steht im Zusammenhang damit, dass das betreute Wohnen noch nicht im angedachten Umfang umgesetzt werden konnte (Minderaufwand 135.000 EUR), so dass einigen jungen Menschen keine geeigneten Angebote zur Verfügung standen, aber eine Entlassung aus der Jugendhilfe nicht zu vertreten war. Der erstrebte Ausbau des ambulant betreuten Einzelwohnens als eine Maßnahme aus dem o.g. Weiterentwicklungsprozesses wird hier nach Umsetzung die erwarteten Wirkungen zeigen.

Im Jahr 2012 ist die **Zahl der Inobhutnahmen nochmals angestiegen** (Mehraufwand 133.000 EUR). Dies lag in einer erheblichen Zunahme der Einreise von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Die Fallzahlen der Vollzeitpflege und der Heimerziehung sind gleichbleibend stabil geblieben.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2012

Der im Jahr 2011 nach der Gesetzesänderung neu eingerichtete **Spezialdienst Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften** konnte sich nach erfolgreicher Besetzung der Stellen und erfolgter Einarbeitung im Jahr 2012 etablieren. Dabei konnte der gemeinsam mit dem Fachbereich Personal & Organisation festgelegte Maximalwert von 42 Vormundschaften pro Mitarbeiter eingehalten werden. Die Stellen im Spezialdienst sind besonders herausfordernd, da zum einen rechtlich anspruchsvolle Aufgaben in diesem Themenbereich erledigt werden müssen, aber auch direkte Einzelkontakte zu den Mündeln dazu gehören, für die sozialpädagogische Kenntnisse und Fähigkeiten erforderlich sind. Bei der Zusammensetzung des Teams wurde deshalb ein multiprofessionelles Team gebildet, bei dem ein Wissenstransfer in beide Bereiche erfolgen kann. Aufgrund steigender Fallzahlen bei den Vormundschaften ist 2013 voraussichtlich eine Personalaufstockung erforderlich, um die gesetzte Maximalbetreuungsquote nicht zu überschreiten.

Ein weiterer Schwerpunkt 2012 war der weitere **Ausbau der Frühen Hilfen** im Landkreis Lörrach. Ende 2011 hatte dazu eine große Fachtagung stattgefunden. Die dortigen Ergebnisse, die im Jahr 2012 in mehreren Arbeitsgruppen weiter bearbeitet wurden, machten deutlich, dass insbesondere bei der Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Medizin weiterer Optimierungsbedarf besteht. Der Landkreis hatte sich 2012 im Rahmen einer landesweiten Ausschreibung um ein Projekt der Uni Ulm beworben, welche eine wissenschaftliche Begleitung des weiteren Ausbaus des Netzwerks „Frühe Hilfen“ angeboten hatte. Nach erfolgreicher Vorstellung hat der Landkreis Lörrach den Zuschlag erhalten. Ein wichtiger Aspekt der Arbeitsgruppen war die Einrichtung einer zentralen Stelle im Netzwerk, welche die Leistungen und die Akte der Frühen Hilfen koordiniert und bündelt. Über die Bundesmittel, welche dem Landkreis im Dezember 2012 zugesagt wurden, konnte diese Stelle im Jahr 2013 – vorerst befristet auf die Dauer der Bundeszuwendung bis Mitte 2014 – geschaffen werden.

Im Jahr 2012 wurden die **neuen Richtlinien im Bereich Mobile Jugendarbeit** im Jugendhilfeausschuss verabschiedet. Damit wird zukünftig die Förderung in diesem Bereich in enger Anlehnung an die Vorgaben des Landes deutlich zielgerichteter erfolgen.

Sehr erfolgreich verlief der **Ausbau der Schulsozialarbeit**. Nach der deutlichen Aufstockung der Landkreisförderung um 200.000 EUR und zeitgleichen Wiedereinstieg des Landes konnten insgesamt 13,7 zusätzliche Stellen im Landkreis geschaffen werden. Viele Städte und Gemeinden setzten die durch die Landesförderung frei werdenden Mittel erfreulicherweise zur Schaffung zusätzlicher Stellen ein, was zeigt, dass der Wert und die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit erkannt worden sind. Im Rahmen der Mittelaufstockung wurden gemeinsam mit den Trägern der Schulsozialarbeit und dem Schulamt neue Förderrichtlinien für die Schulsozialarbeit entwickelt, welche neben einer Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeitern und Sozialen Diensten auch qualitative Aspekte berücksichtigen.

Im Jahr 2012 wurden die **neuen Richtlinien zur Zusammenarbeit Jugendhilfe – Schule** nach längerer Vorarbeit fertig gestellt und gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt den Schulen vor Ort vorgestellt.

Im Jahr 2012 wurde erstmalig die **Förderung von Maßnahmen des Jugendförderprogramms nach den neu festgelegten Qualitätskriterien** umgesetzt. Dies führte dazu, dass einige Maßnahmen, welche die qualitativen Anforderungen (Personalschlüssel und Personalqualifikation) nicht erfüllt haben, keine Landkreisförderung erhalten konnten. Die weitere Entwicklung muss beobachtet werden.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2012

Das Ordentliche Ergebnis im Teilhaushalt 7, Jugend und Familie, ist ursächlich von der Entwicklung in Produktgruppe 36.30 geprägt. Insgesamt schließt der Teilhaushalt 7 mit einem um 957.927 EUR über dem Planansatz liegenden Zuschussbedarf ab.

Produktgruppen THH 7	Plan 2012	IST	Abweichung 2012	Erläuterung
36.20 Allg. Förderung junger Menschen	-1.228.466	-957.619	270.847	230.000 EUR weniger Aufwendungen für Schulsozialarbeit, 10.000 weniger Zuschüsse Jugendförderprogramm wegen geringerer Nachfrage (271 Anträge 2012 vs. 340 in 2011), 17.000 EUR weniger Personalaufwand.
36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	-16.784.247	-17.910.054	-1.125.806	Minderaufwand 110.000 EUR Elterntraining (wird 2013 umgesetzt), 34.000 EUR ambulant diverses und 135.000 EUR betr. Jugendwohnen (zusätzliche Plätze kamen erst im Laufe 2012, der letzte wird ab 2013 angeboten). Mehraufwendungen 300.000 EUR Heim § 41, 133.000 EUR Vorl. Maß. z. Schutz (Inobhutnahmen), 328.000 EUR Heim § 35a, 64.000 EUR gem. Unterbringung Väter, Mütter, Kind, 17.000 EUR Lizenzen, 16.000 EUR Dienstreisen, 24.000 EUR Gerichtskosten, 139.000 EUR Erstattungen an Gemeinden, 212.000 EUR Personalaufwand (siehe PG 36.50) und 110.000 EUR Mindererträge.
36.50 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und -tagespflege	-1.456.763	-1.230.700	226.063	Mehrerträge (136.000 EUR) und Mehraufwendungen (ca. 370.000 EUR) die aus geänderten Fördergrundsätzen in der Kindertagespflege resultieren. Darüber hinaus Mehraufwendungen i. H. v 58.000 EUR die aus Änderungen in der Finanzierung der Kindertagespflege resultieren. Die Minderaufwendungen im Personalbereich (502.677 EUR) sind auch eine Falschbuchung bei der Planung zurückzuführen und werden durch Mehraufwendungen im Personal in anderen Bereichen zu 317.000 EUR ausgeglichen. 184.000 EUR konnten im Jahr 2012 für Personal nicht verausgabt werden. Gründe sind Fluktuation sowie erhebliche Probleme einer zeitnahen Stellenbesetzung Dass die PG insgesamt dennoch leicht besser abschließt als geplant ist auf überplanmäßige Kostenersätze und -erstattungen zurückzuführen.
36.80 Kooperation & Vernetzung	-85.619	-174.161	-88.542	89.000 EUR erhöhter Personalaufwand (siehe PG 36.50)
36.90 Unterhaltsvorschussleistungen	-674.298	-914.787	-240.488	In PG 36.90 wurde das Planergebnis erreicht, jedoch eine Rückstellung in Höhe von 124.000 EUR für unklare Zahlungen gebildet sowie nicht mehr werthaltige Forderungen i. H. v. 200.000 EUR abgeschrieben. Für das Jahr 2012 konnte bei den auf das Land BW übergegangenen Unterhaltsansprüchen eine Rückgriffquote in Höhe von 29 % erzielt werden.
THH 7 gesamt	**- 20.229.394**	**-21.187.320**	**-957.927**	

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	336.666,00	1.087.300	1.088.754,18	1.454,18	0	0	1.454,18-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	1.190.557,43	1.717.000	1.684.900,80	32.099,20-	0	0	32.099,20	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	549,80-	998	21.194,50	20.196,42	0	0	20.196,42-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.324,94	2.697	16.246,87	13.550,23	0	0	13.550,23-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.567.958,18	1.527.480	1.657.471,33	129.990,89	0	0	129.990,89-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.342,00	292.100	43.870,00	248.230,00-	0	0	248.230,00	0
10	=	Ordentliche Erträge	3.120.298,75	4.627.575	4.512.437,68	115.137,48-	0	0	115.137,48	0
11	-	Personalaufwendungen	5.794.038,16-	6.124.694-	5.955.648,56-	169.045,58	0	10.000,00-	179.045,58-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	109.902,23-	144.787-	166.327,45-	21.540,49-	0	8.941,43-	12.599,06	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	20,53-	20,53-	0	0	20,53	0
16	-	Transferaufwendungen	16.503.591,72-	18.003.200-	18.645.391,01-	642.191,01-	938.985,28-	0	296.794,27-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	534.478,03-	584.288-	932.370,38-	348.082,78-	0	0	348.082,78	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	22.942.010,14-	24.856.969-	25.699.757,93-	842.789,23-	938.985,28-	18.941,43-	115.137,48-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	19.821.711,39-	20.229.394-	21.187.320,25-	957.926,71-	938.985,28-	18.941,43-	0	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	789,75-	789,75-	0	0	789,75	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	1.016.888,54-	996.217-	1.011.878,32-	15.660,92-	0	0	15.660,92	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	494.999,39-	536.153-	505.919,51-	30.233,58	0	0	30.233,58-	0
54	-	Aufwand für IuK	235.635,97-	242.952-	247.635,02-	4.683,50-	0	0	4.683,50	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	402.642,00-	498.225-	454.489,29-	43.735,54	0	0	43.735,54-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0	0	21.270,64-	21.270,64-	0	0	21.270,64	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	2.150.165,90-	2.273.547-	2.241.982,53-	31.564,31	0	0	31.564,31-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	21.971.877,29-	22.502.940-	23.429.302,78-	926.362,40-	938.985,28-	18.941,43-	31.564,31-	0

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	3.580.399,28	4.335.475	4.484.635,75	149.160,59	0	0	149.160,59-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	22.822.599,95-	24.797.369-	25.551.889,52-	754.520,82-	938.985,28-	18.941,43-	203.405,89-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	19.242.200,67-	20.461.894-	21.067.253,77-	605.360,23-	938.985,28-	18.941,43-	352.566,48-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	19.242.200,67-	20.461.894-	21.067.253,77-	605.360,23-	938.985,28-	18.941,43-	352.566,48-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	19.242.200,67-	20.461.894-	21.067.253,77-	605.360,23-	938.985,28-	18.941,43-	352.566,48-	0

Ausblick, Chancen und Risiken

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen sind auch weiterhin zentrales Thema bei der strategischen Ausrichtung dieses Teilhaushalts.

In den kommenden Jahrzehnten wird es für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises entscheidend darauf ankommen, dass ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb zielen die Maßnahmen im Bereich Jugendhilfe darauf ab, alle Kinder und Jugendlichen ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten gemäß zu begleiten und zu fördern, damit sie später dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt eigenständig und ohne Inanspruchnahme von Transferleistungen zu sichern

Im Jahr 2012 wurde mit der Prognos AG im Rahmen der Sozialstrategie zahlreiche konkrete Maßnahmen erarbeitet, durch deren Umsetzung ab 2013 mittelfristig die Ausgaben im Bereich Sozial- und Jugendhilfe auf den Landesschnitt der Landkreise in Baden-Württemberg gesenkt werden sollen. Die Maßnahmen beinhalten neben einer breiten Palette neuer Angebote, vor allem im Bereich der Jugendhilfe, auch eine Verbesserung des Projektmanagements, die Einführung eines Wirkungscontrollings und der Optimierung der Schnittstellen innerhalb und außerhalb des Dezernates. Beim Erfolg wird es entscheidend darauf ankommen, die Mitarbeiter/Innen und vor allem die Führungskräfte aus den beiden Fachbereichen „mitzunehmen".

In der Jugendhilfe werden die Weichen für die zukünftige sozialstrukturelle Entwicklung des Landkreises Lörrach gestellt. Die Grundlagen dafür wurden im Rahmen der Sozialstrategie gelegt. Allerdings benötigen wir für die Umsetzung der ambitionierten Zielsetzungen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem in den Sozialen Diensten. In den vergangenen Jahren ist es leider nicht gelungen, die hohe Fluktuation in diesem Bereich zu stoppen. Die Gründe dafür sind vielfältig, z. B. die gute Arbeitsmarktlage in der nahen – und gut bezahlenden – Schweiz, aber auch attraktive Stellen für Sozialpädagogen in anderen Aufgabenbereichen führen immer wieder zu Abwanderungen. Die zum Teil sehr belastende Arbeit in den sozialen Diensten tat dazu ihr

Übriges. Die Führungskräfte im Fachbereich Jugend & Familie haben unterschiedliche Maßnahmen eingeleitet, um die Situation zu verbessern. Im Jahr 2013 werden die aktuellen Fallzahlen auf Basis der Organisationsuntersuchung von INSO fortgeschrieben und der künftige Personalbedarf ermittelt.

Neue Herausforderungen ergeben sich aus dem neuen Bundeskinderschutzgesetz. Im Jahr 2013 wird der Landkreis die sich daraus ergebende Informationspflicht im Rahmen eines Familienbesuchs umsetzen. Auch diese Maßnahme greift die politische Forderung nach einer Verstärkung der „Geh-Struktur" auf.

Im Jahr 2013 wird der lange diskutierte Pflegekinderfachdienst bei den Sozialen Diensten eingerichtet werden. Damit soll u.a. die Zusammenarbeit mit den Pflegeeltern verbessert werden, die aufgrund der hohen Fluktuation die häufig wechselnden Zuständigkeiten bei den Fachkräften beklagten. Aber auch die Einhaltung der fachlich festgelegten Standards soll dadurch verbessert werden.

Eine große Herausforderung liegt in der zukünftigen Ausgestaltung der Hilfestrukturen bei den ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen zur Erziehung. Werden die bislang bewährten Strukturen mit E-Schulen, Tagesgruppen und Heimhilfen auch in Zukunft tragfähig sein? Oder muss nicht zukünftig auch hier noch stärker nach neuen Wegen gesucht werden, um Kinder und Eltern mit entsprechendem Bedarf „so normal wie möglich" zu versorgen? Dies würde eine Umsteuerung von Ressourcen und Infrastruktur erfordern, welche auch für die Anbieter massive Folgen haben würde.

36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A S	Kinder werden ab Geburt zur optimalen Förderung in der Herkunftsfamilie bedarfsgerecht begleitet.	Familien mit Kleinkindern in besonders belasteten Lebenssituationen
B S	Kinder und Jugendliche werden bei der Bewältigung individueller Entwicklungsprobleme unterstützt und die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungskompetenz gefördert.	Kinder, Jugendliche, Eltern, Erziehungsberechtigte
C	Die rechtliche Vertretung von Mündel ist durch Pflegeschaft und Vormundschaft aus einer Hand nach rechtlichen und fachlichen Standards sichergestellt.	Kinder, Jugendliche

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1 S	Familien mit Hilfebedarf innerhalb des Netzwerks „Frühe Hilfen" frühzeitig erkennen und bedarfsorientiert an die im Netzwerk bestehenden Angebote weitervermitteln.	
A 2 S	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit beteiligten Institutionen und Familienhebammen.	**A 2 k1**
A 3 S	100 %-tige Bedarfsdeckung in der sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH).	**A 3 k1**
B 1 S	Produkt- und Prozessqualität der kreiseigenen Erziehungsberatung erfüllen die Anforderungen gem. dem Gütesiegel der BKE.	
C 1	Gesetzeskonforme Führung der Personen und Vermögensangelegenheiten (gem. Vorgabe des neuen Vormundschaftsgesetzes).	**C 1 k1**

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1 S	2012: Anpassung der Angebotsstruktur frühe Hilfen.	50 %
A 1.2 S	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit beteiligten Institutionen und Familienhebammen.	60 %
A 2.1 S	Angebotsvorbereitung, -koordination u. -bereitstellung, Schulung der Mitarbeiter/-innen.	0 %
A 3.1 S	Ausreichende Personalausstattung sicherstellen (+4 zusätzliche VZÄ).	40 %
B 1.1 S	Permanente Qualitätssicherung u. ggf. Anpassung der Angebotsstruktur und Prozesse.	90 %
C 1.1	Einrichtung eines Spezialdienstes mit einer den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden personellen Ausstattung.	100 %

KENNZAHLEN der Zielerreichung		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 2 k1 S	Jährl. Fördermittel Elterntrainingprojekt (in EUR)	108.000		Verschoben wegen Integration in Sozialstrategie.
A 3 k1 S	Bedarfsdeckung (in %)	100	80	Es wurde noch nicht die Personalstärke erreicht, die angestrebt wird. Es gestaltete sich in 2012 schwierig, neue Kräfte zu gewinnen. Daher sind die 4 zusätzlichen VZÄ noch nicht komplett besetzt. Hieran wird in 2013 weiter mit hochdruck gearbeitet.
C 1 k1	Vormundschaften je Mitarbeiter/-in Spezialdienst	50	42	42 ist der Maximalwert laut einer internen Vereinbarung. Dieser konnte eingehalten werden.

GESAMTBETRACHTUNG

Im Wesentlichen sind hier Minderaufwendungen in Höhe von 135.000 Euro im betreuten Jugendwohnen entstanden, da hier die Plätze nicht so zügig ausgebaut werden konnten wie dies geplant war. Damit korrespondiert der Mehraufwand von 300.000 Euro bei den Heimfällen der jungen Volljährigen, da diese nicht so zügig wie geplant aus der Heimerziehung in das betreute Einzelwohnen kamen. Sehr erfolgreich waren wir bei der Entwicklung der ambulanten Hilfen und der Heimerziehung. So konnten die ambulanten Hilfen in dem Zeitraum vom 31.12.2011 bis März 2013 von 202 Fällen auf 248 Fällen gesteigert werden. Dies entspricht unserem strategischen Schwerpunkt, der Stärkung der Erziehung in der Herkunftsfamilie. Parallel dazu waren die Fallzahlen der Heimerziehung rückläufig und sanken vom 31.12.2010 von 112 Fällen auf 86 Fälle zum 31.03.2013. Dies sind die Früchte der Investitionen in die Personalaufwendungen im Sozialen Dienst und in die Familienhilfe. Dadurch konnten rechtzeitig ambulante Hilfen in den Familien eingesetzt werden bevor die Erziehungsprobleme so schwierig wurden, dass nur noch eine Heimerziehung in Betracht kam. Als Fazit kann man sagen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, aber unser Ziel noch nicht erreicht haben. Aus diesem Grund sind wir in die Jugendhilfeplanung der teilstationären Tagesgruppen und ambulanten sozialen Gruppenarbeit und Fördergruppen eingestiegen. Die Schullandschaft ist sehr stark in Bewegung geraten, nicht zuletzt durch die Bildung von Ganztagsschulen und Gemeinschaftsschulen. Der Grundsatz, den Jugendhilfebedarf im Rahmen des sozialen Umfeldes anzubieten, zwingt daher dazu Angebote an den Schulen zu planen, da die überwiegenden sozialen Beziehungen der Jugendlichen im Umfeld der Schule geknüpft werden. Durch die in unserer Richtlinie Schulsozialarbeit verankerten Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen mit den Schulen haben wir auch ein Steuerungsinstrument die Jugendhilfeangebote mit den übrigen Anbietern vor Ort intensiv zu vernetzen. Bei den Inobhutnahmen haben wir eine hohe Steigerungsrate. Dies lag zum einen daran, dass immer mehr ausländische Flüchtlinge über Schleuser in unserem Grenzgebiet eintreffen und angeben minderjährig zu sein. Da aufgrund der Rechtsprechung das Alter nicht mehr über eine Handwurzeluntersuchung bestimmt werden kann, gilt das Erklärungsprinzip, so dass wir die vermutlich Volljährigen nicht mehr an die Landesaufnahmestelle weiter leiten können und dadurch unsere Inobhutnahmeplätze überbelegt sind. Aktuell versuchen wir über ein multiprofesionelles Befragungsverfahren an dem ein Kinderarzt, ein Jugend- und Heimerzieher und ein Sozialpädagoge des sozialen Dienstes teilnehmen, das tatsächliche Alter zu erforschen. Unser Ziel ist es, diese jungen Menschen in eine Inobhutnahmestelle im Rahmen eines betreuten Wohnens unterzubringen. Dies kann wirtschaftlich sinnvoll jedoch nur eine bestehende vollstationäre Einrichtung leisten.

Teilergebnisrechnung

Hilfen für junge Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	1.200,00	0	2.086,96	2.086,96	0	0	2.086,96-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	910.694,65	915.000	936.565,38	21.565,38	0	0	21.565,38-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	434,51-	771	187,50	583,02-	0	0	583,02	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	11.583,79	2.310	7.831,87	5.521,99	0	0	5.521,99-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	698.088,98	741.705	824.233,71	82.528,95	0	0	82.528,95-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.096,64	264.842	43.423,62	221.418,62-	0	0	221.418,62	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.624.229,55	1.924.627	1.814.329,04	110.298,36-	0	0	110.298,36	0
11	-	Personalaufwendungen	4.847.099,94-	4.881.639-	5.103.339,15-	221.699,75-	0	10.000,00-	211.699,75	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81.355,19-	112.529-	141.006,63-	28.477,83-	0	8.941,43-	19.536,40	0
14	-	Planmäßige Abschreibungen	0	0	20,53-	20,53-	0	0	20,53	0
16	-	Transferaufwendungen	12.536.396,56-	13.188.000-	13.744.368,83-	556.368,83-	938.985,28-	0	382.616,45-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	464.889,47-	526.707-	735.647,59-	208.941,07-	0	0	208.941,07	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	17.929.741,16-	18.708.875-	19.724.382,73-	1.015.508,01-	938.985,28-	18.941,43-	57.581,30	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	16.305.511,61-	16.784.247-	17.910.053,69-	1.125.806,37-	938.985,28-	18.941,43-	167.879,66	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	698,07-	698,07-	0	0	698,07	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	819.193,71-	749.516-	841.561,10-	92.045,40-	0	0	92.045,40	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	443.110,36-	444.325-	468.921,52-	24.596,03-	0	0	24.596,03	0
54	-	Aufwand für IuK	201.447,44-	190.780-	220.736,80-	29.957,20-	0	0	29.957,20	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	346.182,42-	394.032-	408.406,88-	14.375,07-	0	0	14.375,07	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0	0	19.138,90-	19.138,90-	0	0	19.138,90	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	1.809.933,93-	1.778.653-	1.959.463,27-	180.810,67-	0	0	180.810,67	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	18.115.445,54-	18.562.900-	19.869.516,96-	1.306.617,04-	938.985,28-	18.941,43-	348.690,33	0

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Hilfen für junge Menschen und ihre Familien **36.30**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.554.762,62	1.659.785	1.615.530,50	44.254,66-	0	0	44.254,66	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	17.838.026,44-	18.650.983-	19.751.239,32-	1.100.255,92-	938.985,28-	18.941,43-	142.329,21	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	16.283.263,82-	16.991.198-	18.135.708,82-	1.144.510,58-	938.985,28-	18.941,43-	186.583,87	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	16.283.263,82-	16.991.198-	18.135.708,82-	1.144.510,58-	938.985,28-	18.941,43-	186.583,87	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	16.283.263,82-	16.991.198-	18.135.708,82-	1.144.510,58-	938.985,28-	18.941,43-	186.583,87	0

Teilfinanzrechnung

36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert	Messgröße
Gezielte Angebote für Kinder/Jugendliche und ihre Familien um Heimaufnahmen im Vorfeld zu verhindern und/ oder im Nachgang von Heimaufnahmen diese in ihrer Dauer zu verkürzen.	K 36.30.03- 01 - 06

Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant	Umsetzungsgrad
Einrichtung einer Autismusbegleitung in 2012.	100 %
Erweiterung des Angebotes im betreuten Wohnen.	90 %
Erweitertes finanzielles Engagement im Bereich der ambulanten Begleitung/Übergänge.	60 %

	Kennzahlen der ZIELERREICHUNG	Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
36.30.03- 01	Individuelle Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre (in %)	1,6	1,8	
36.30.03- 02	Anteil Fälle stationäre/teilstationäre individuelle Hilfen (in%)	52,8	54,8	
36.30.03- 03	Anteil Fälle nichtstationäre individuelle Hilfen (in %)	47,2	45,2	
36.30.03- 04	Kosten individuelle Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre (in EUR)	251,3	277,1	
36.30.03- 05	Kostenanteil Fälle stationäre/teilstationäre individuelle Hilfen (in EUR)	204,8	221,0	
36.30.03- 06	Kostenanteil Fälle nichtstationäre individuelle Hilfen (in EUR)	46,5	56,1	

Gesamtbetrachtung

Die Steigerung im Bereich Heimhilfe § 41 steht im Zusammenhang damit, dass das betreute Wohnen nicht im angedachten Umfang umgesetzt werden konnte, so dass für einige jungen Menschen kein geeignetes Angebot zur Verfügung stand, aber eine Entlassung aus der Jugendhilfe nicht zu vertreten ist. Die Folge ist eine vorübergehende Weiterführung in der stationären Jugendhilfe. Der angestrebte Ausbau der ambulanten (u. a. das betreute Einzelwohnen) Unterstützungsleistungen im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe ist noch nicht abgeschlossen, so dass davon ausgegangen wird, dass die erwarteten Wirkungen zeitverzögert eintreten werden.

Die Steigerung der vorläufigen Schutzmaßnahmen wird auf eine im Jahr 2012 nochmals gestiegene Zahl von notwendigen Inobhutnahmen zurückgeführt. Im Jahr 2012 wurde der bisher höchste Stand von vorläufigen Schutzmaßnahmen erreicht.
Die Erhöhung im Bereich der § 35 a Leistungen ist auf eine gestiegene Anzahl von jungen Menschen, die von einer seelischen Behinderung betroffen sind, zurück zu führen. Die Anzahl der Steigerung ist eher gering. Es handelt sich hierbei jedoch um sehr kostenintensive Leistungen, so dass schon geringe Steigerungen in den Fallzahlen zu deutlichen Kostensteigerungen führen.

Die Leistungen bzgl. der Unterbringung in einer Einrichtung von Mutter, Vater und Kind sind sehr individuelle Leistungen, die in der Planung kaum abschließend Einfluss finden können.

Individuelle Hilfen für junge Menschen 36.30.03

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfe für junge Volljährige sind Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung von individuellen Problemlagen.
Es besteht ein Rechtsanspruch auf die notwendigen und geeigneten Leistungen. Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem Bedarf im Einzelfall.

Im Mittelpunkt der Bemühungen stand der Ausbau der ambulanten Hilfeformen, welche von sehr niederschwelligen (Elterntreff) bis hin zu intensiven Formen der ambulanten Betreuung (Ambulante intensive Betreuung) reichen. Die Umsetzung der Projekte Weiterentwicklung der Jugendhilfe konnte im Jahr 2012 voran gebracht werden. Die notwendigen Konzepte sind erstellt. Die Vergabe an freie Träger ist eingeleitet. Das Projekt Betreutes Wohnen befindet sich in der tatsächlichen Umsetzung.

Das bisher erfolgreiche Angebot der Sozialen Gruppenarbeit wurde weiter zur Verfügung gestellt. Es ist hier insbesondere gelungen, die Soziale Gruppenarbeit an Schulen mit erhöhtem Bedarf zu implementieren. Es zeigt sich, dass in Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule lösungsorientierte Ansätze gefunden werden konnten. Diese Ansätze dienen der Integration der jungen Menschen vor Ort in ihrem Lebensumfeld und bedeuten somit eine wichtige Investition in das gemeinschaftliche Zusammenleben und die persönliche Entwicklung der jungen Menschen.

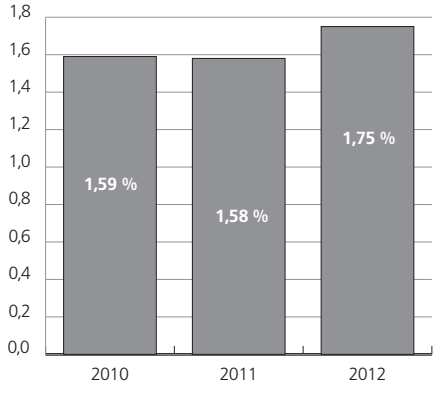
Die Sozialpädagogische Familienhilfe zeigt sich weiterhin als bewährte Hilfe, um Menschen, die in Not- oder Überforderungssituationen sind, die geeignete Hilfe zukommen zu lassen. Im Vordergrund steht dabei die Aktivierung der vorhandenen Ressourcen im Umfeld, aber in der Persönlichkeit der Hilfeempfänger. Die Sozialpädagogische Familienhilfe wird auch weiterhin ein wichtiger Bestandteil der ambulanten Hilfen sein und zeigt hinsichtlich der eingesetzten Mittel einen hohen Ertrag.

Die Aufnahme von hilfebedürftigen Kindern in eine Pflegefamilie ist ein sehr wichtiger Bestandteil der individuellen Hilfen im Landkreis Lörrach. Es ist Ziel, den Bereich der Pflegekinderhilfe weiter zu entwickeln. Die Unterbringung in einer Pflegefamilie ist im Regelfall gerade bei jüngeren Kindern eine gute Möglichkeit, heilsame Erfahrungen machen zu können. Aus diesem Grund wurde der Ausbau der Pflegekinderhilfe hinsichtlich der Begleitung und Beratung von Pflegekindern, Pflegefamilien und auch Herkunftsfamilien in die Wege geleitet, um eine weitere qualitative Aufwertung dieser Hilfe erreichen zu können. Ein Konzept zur Einrichtung eines Pflegekinderspezialdienstes wurde erstellt. Die notwendigen Planungen hinsichtlich des Personaleinsatzes sind auf den Weg gebracht. Ziel ist, dass der Pflegekinderspezialdienst zeitnah seine Arbeit aufnehmen kann.

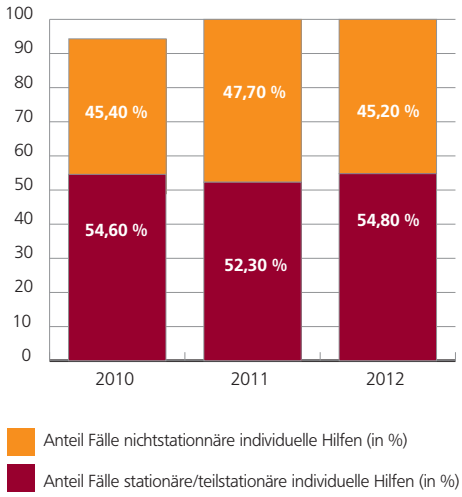
Die Erweiterung des Betreuten Wohnens für junge Menschen im Alter ab 16 Jahren um insgesamt 8 Plätze konnte vorangebracht werden, so dass jetzt eine passgenaue Hilfe für junge Menschen, die die notwendige Reife haben, zur Verfügung steht. Die Erweiterung der betreuten Wohnform, bietet einerseits die Möglichkeit einer individuellen Hilfeleistung, die sich am Entwicklungsstand des jungen Menschen orientiert. Es besteht andererseits das Ziel, im Bereich der stationären Hilfen die Aufwendungen weiter zu senken.

Die Zahlen der stationären Hilfen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung wurde stabil gehalten. Einen nicht unerheblichen Teil im Rahmen der stationären Jugendhilfe nimmt die Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ein. Die Klärung der Situation dieser jungen Menschen, nimmt einen erheblichen Zeitaufwand in Anspruch und bedeutet für die Fachkräfte eine besondere Herausforderung auf Grund der kulturellen Unterschiede. Zum Ende des Jahres 2012 wurden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen der stationären Jugendhilfe untergebracht.

K 36.30.03- 01



K 36.30.03- 02/03



36.30.03 Individuelle Hilfen für junge Menschen

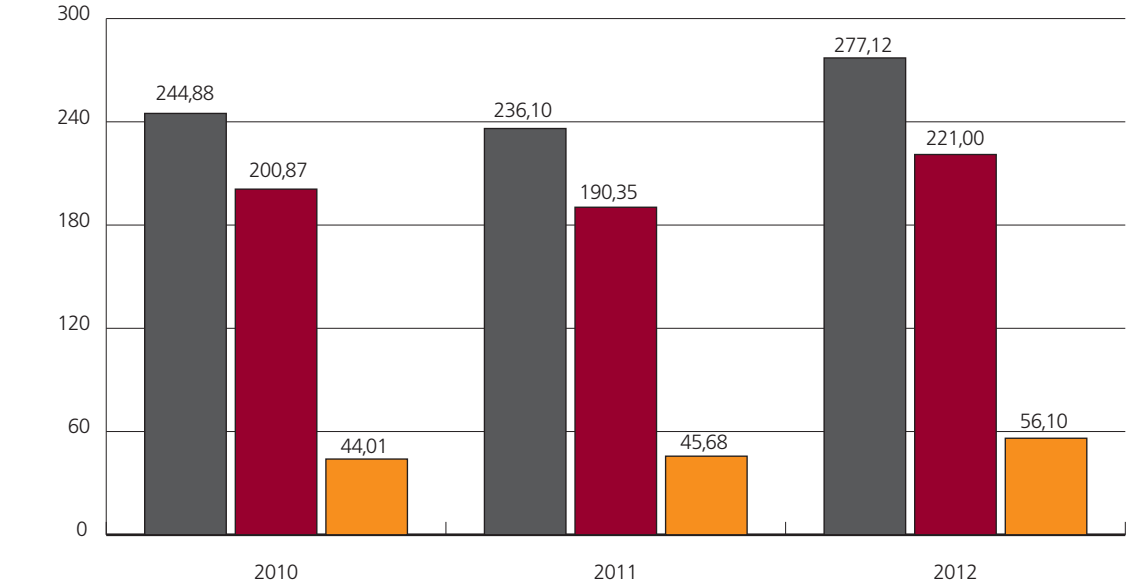
Schlüsselprodukt

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Im Bereich der Eingliederungshilfe gem. § 35 a SGB VIII erfolgte ein bedarfsgerechter Ausbau der Schulbegleitungen bei Autismus.
Dem steigenden Bedarf wurde dadurch Rechnung getragen, dass auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zwischen Fachbereich Jugend & Familie und staatlichen Schulamt, eine gemeinsame Weiterentwicklung der notwendigen Hilfe statt fand. Im Ergebnis wird jetzt gemeinsam jeweils in eigenständiger Verantwortlichkeit den jungen Menschen mit Autismus ein geeignetes Angebot zum Besuch einer Regelschule zur Verfügung gestellt, was ein wichtiger Bestandteil hinsichtlich der gesellschaftlichen Integration ist.

Die Leistungen im Bereich des § 41 SGB VIII (Hilfe für junge Volljährige) im ambulanten Bereich stehen auch immer wieder im Zusammenhang mit der Jugendgerichtshilfe. Es ist hier Ziel, durch erfolgte Unterstützung, weitere Straftaten der jungen Menschen zu verhindern, so dass nochmal eine Wendung in Richtung einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration erreicht werden kann. Es sind teilweise aber auch junge volljährige Menschen, die auf Grund von sehr negativ geprägten Entwicklungsverläufen sehr deutlich auftretende Entwicklungsverzögerungen vorzeigen, die ein selbständiges Leben zum 18. Lebensjahr nicht möglich machen.
Dies zeigt sich insbesondere, wenn eine tiefgreifende Störung der seelischen und psychischen Gesundheit vorliegt und hierdurch eine Verbindung zur Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII entsteht.

K 36.30.03- 04,-05,06 Kostenanteile nach Hilfeart/individuelle Hilfen - in EUR -



Kosten individuelle Hilfefälle gesamt je Einwohner 0-20 Jahre (in EUR)
Kostenanteil Fälle stationäre/teilstationäre individuelle Hilfen (in EUR)
Kostenanteil Fälle nichtstationäre individuelle Hilfen (in EUR)

Grundzahlen (die für die Berechnung der vorgenannten Kennzahlen benötigt wurden)

Beschreibung	2009	2010	2011	2012
Fallzahl individuelle Hilfen	NN	775	768	845
Fallzahl teilstat./stat. Individuelle Hilfen	NN	423	402	463
Fallzahl nichtstat. Individuelle Hilfen	NN	352	366	382
Aufwand aller Hilfearten individuelle Hilfen (in EUR)	NN	11.800.000	11.373.000	13.343.000
Aufwand aller teilstat./stat. Hilfearten individuelle Hilfen (in EUR)	NN	9.679.000	9.171.000	10.641.000
Aufwand aller nichtstat. Hilfearten individuelle Hilfen (in EUR)	NN	2.121.000	2.201.000	2.702.600
Einwohner von 0-20 Jahren im LK Lörrach	NN	48.186	48.180	48.150

Schlüsselprodukt

Individuelle Hilfen für junge Menschen 36.30.03

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Teilergebnis-Haushalt

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	0	0	43,73	43,73	0	0	43,73-	0
3	+	Sonstige Transfererträge	899.541,35	895.000	924.584,21	29.584,21	0	0	29.584,21-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	342,16-	519	0	519,00-	0	0	519,00	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.154,38	882	6.786,74	5.904,42	0	0	5.904,42-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	687.620,95	739.190	749.729,90	10.540,10	0	0	10.540,10-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	3.186,55	38.819	42.570,43	3.751,23	0	0	3.751,23-	0
10	=	Ordentliche Erträge	1.599.161,07	1.674.410	1.723.715,01	49.304,69	0	0	49.304,69-	0
11	-	Personalaufwendungen	2.289.886,71-	2.171.307-	3.123.298,83-	951.991,71-	0	0	951.991,71	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.654,92-	60.668-	62.865,72-	2.198,12-	0	8.941,43-	6.743,31-	0
16	-	Transferaufwendungen	12.264.134,17-	12.822.000-	13.439.116,29-	617.116,29-	938.985,28-	0	321.868,99-	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	405.614,78-	493.151-	678.185,51-	185.034,35-	0	0	185.034,35	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	14.994.290,58-	15.547.126-	17.303.466,35-	1.756.340,47-	938.985,28-	8.941,43-	808.413,76	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	13.395.129,51-	13.872.716-	15.579.751,34-	1.707.035,78-	938.985,28-	8.941,43-	759.109,07	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	546,84-	546,84-	0	0	546,84	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	416.233,22-	404.893-	564.194,98-	159.302,00-	0	0	159.302,00	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	148.854,20-	142.280-	229.574,56-	87.294,72-	0	0	87.294,72	0
54	-	Aufwand für IuK	115.111,57-	113.811-	151.443,18-	37.631,70-	0	0	37.631,70	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	203.765,04-	237.619-	282.974,62-	45.355,45-	0	0	45.355,45	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0	0	13.255,08-	13.255,08-	0	0	13.255,08	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	883.964,03-	898.603-	1.241.989,26-	343.385,79-	0	0	343.385,79	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	14.279.093,54-	14.771.319-	16.821.740,60-	2.050.421,57-	938.985,28-	8.941,43-	1.102.494,86	0

Individuelle Hilfen für junge Menschen 36.30.03

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

Teilfinanz-Haushalt

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	1.518.509,42	1.635.591	1.591.737,42	43.853,70-	0	0	43.853,70	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	14.668.444,33-	15.544.762-	17.248.174,77-	1.703.412,33-	938.985,28-	8.941,43-	755.485,62	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.149.934,91-	13.909.171-	15.656.437,35-	1.747.266,03-	938.985,28-	8.941,43-	799.339,32	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	13.149.934,91-	13.909.171-	15.656.437,35-	1.747.266,03-	938.985,28-	8.941,43-	799.339,32	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	13.149.934,91-	13.909.171-	15.656.437,35-	1.747.266,03-	938.985,28-	8.941,43-	799.339,32	0

36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Ziele & Kennzahlen

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschusss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe
A S	Die Städte und Gemeinden des LK stellen ausreichend pädagogisch hochwertige Betreuungsplätze zur Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege zur Verfügung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.	Kinder von 0 - 14 und deren Familien
B S	Bis 2013 wird durch den Ausbau von Betreuungsangeboten für 34 % der Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Davon sollen mind. 20 % durch den LK Lörrach als Kindertagespflegeplätze gewährleistet werden.	Kinder von 0 - 14 und deren Familien

Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße
A 1 S	Von der Kindergartenfachberatungsstelle werden 1.500 pädagogische, entwicklungs- und organisationsbezogene Beratungen der Leiterinnen und Leiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen und freien Träger (ohne kirchl. Träger) vorgenommen.	**A 1 k1**
A 2 S	Bis 31.12.2015 unterstützt der LK die Städte und Gemeinden finanziell beim Ausbau der normierten Ganztagesbetreuung auf Basis neugefasster Förderrichtlinien.	**A 2 k1/A 2 k2**
B 1 S	Koordination, Beratung und finanzielle Förderung (bzgl. der Qualifizierung von Tageseltern) der 4 Tageselternvereine im Landkreis Lörrach.	**B 1 k1**

Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad
A 1.1 S	Angebot einer Kindergartenfachberatung.	100 %
A 1.2 S	Beratung und Unterstützung der Kindertageseinrichtungen bei der Umsetzung des Orientierungsplans und bei der Elternarbeit.	100 %
A 1.3 S	Abschluss von Vereinbarungen mit den Tagesmüttervereinen zum Umfang und der Qualität der Werbung, Qualifizierung, Vermittlung und Betreuung in der Kindertagespflege.	100 %
A 2.1 S	Förderung des Ausbaus der GT-Betreuung in den Kitas, durch das Förderprogramm Kinderbetreuungen.	100 %
B 1.1 S	Durchführung von Koordinationstreffen und Beratungen von Tageselternvereinen.	100 %
B 1.2 S	Bereitstellung von Fördermitteln.	100 %

KENNZAHLEN der Zielerreichung		Ziel	IST	KOMMENTIERUNG der Abweichung
A 1 k1 S	Anzahl durchgeführter Beratungen	1.500	1.250	
A 2 k1 S	Bearbeitete/bewilligte Förderanträge	7/6	8/6	
A 2 k2 S	Jährlicher Förderbetrag Ausbau Betreuung (in EUR)	60.000	60.000	
B 1 k1 S	Jährliche Fördermittel für Tageselternvereine (in EUR)	106.000	258.000	Änderungen in der Finanzierung der Kindertagespflege haben zu einer erhöhten Förderung geführt

GESAMTBETRACHTUNG

Kindertagespflege: Anfang 2012 mussten sämtliche Beträge der Tagespflege neu kalkuliert werden, sodass die Umsetzung als auch die Planung sehr schwierig war. Insbesondere wurden die Pflegesätze einheitlich auf 5,50 Euro angehoben. Die FAG-Mittel des Landes wurden drastisch erhöht zur Finanzierung der U 3-jährigen, sodass die Kostenbeitragstabelle neu kalkuliert werden musste. Zusätzlich musste die Anpassung der Kostenbeteiligung der Eltern in Tagespflege an die Kosten der Tageseinrichtungen angepasst werden. Außerdem musste eine Satzung über die Kosten der Tagespflege erlassen werden. Auch die Finanzierung der Tagespflegefachdienste musste angepasst werden, damit diese FAG-Mittel auch hier zweckentsprechend weitergereicht wurden. Sowohl die Mehrerträge von 136.000 EUR (3211 0000) wie die Mehraufwendung von ca. 370.000 EUR (4331 0000) resultieren aus den geänderten Fördergrundsätzen in der Kindertagespflege. Zum 01.05.2012 wurde die laufende Geldleistung in der Kindertagespflege von 3,90 EUR auf 5,50 EUR je Betreuungsstunde erhöht. Zum 31.12.2011 wurden insgesamt 108 Kinder in Kindertagespflege gefördert; zum Stichtag 31.12.2012 insgesamt 270 Kinder. Aufgrund der Fallzunahme und der Erhöhung der Stundensätze wurde im Vergleich zu 2011 insgesamt ca. 635.000 EUR mehr für die Kindertagespflege aufgewendet. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich der Aufwand für die Kinder in Tageseinrichtungen von 860.000 EUR (2011 - 796 Kinder) auf 776.000 EUR (2012 - 724 Kinder). Förderprogramm Kinderbetreuung: 15.000 EUR. Die Gemeinde Schliengen hat mit Antrag vom 18.12.2008 eine Förderung für die Schaffung von 30 Ganztagesplätzen über das Förderprogramm Kindertagesbetreuung beim Landkreis gestellt, dieser wurde am 18.02.2009 vom Jugendhilfeausschuss gewährt. Am 23.11.2011 teilte dann die Gemeinde Schliengen mit, dass lediglich 20 Ganztagesplätze, nach Bedarfslage, eingerichtet werden. Der zu viel gewährte Zuschuss in Höhe von 15.000 EUR wurde von der Gemeinde Schliengen zurückerstattet. Aufgrund der gedeckelten Zuschusssumme des Förderprogrammes Kindertagesbetreuung konnte im Jahr 2011 der Antrag der Gemeinde Grenzach-Wyhlen nur teilweise und der Antrag des Familienzentrums Weil am Rhein nicht berücksichtigt werden. Aufgrund der Rückzahlung der Gemeinde Schliengen war es möglich dem Antrag der Gemeinde Grenzach-Wyhlen nun vollumfänglich und den Antrag Familienzentrum Weil am Rhein teilweise zu bedienen. Kostenersatz Bildungshäuser: Erst im Oktober 2011 hat sich das Kultusministerium in einem Schreiben zum Kostenersatz für die Arbeit in den Bildungshäusern final festgelegt und sich gleichzeitig zur vorgesehenen Laufzeit des Projektes geäußert. Diese wurde zunächst bis zum 31.12.2012 terminiert. Kindertagesbetreuung: Im Rahmen des Paktes für Familien mit Kindern zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden vom 01.12.2011 erfolgte eine deutliche Erhöhung der Zuweisung des Landes nach § 29 c Finanzausgleichsgesetz (FAG) für die Kleinkindbetreuung. Die bisherigen Werte haben sich zum 01.01.2012 nahezu verdreifacht. Gem. § 29c FAG sind die Landkreise verpflichtet, die Mittel zweckgebunden zu verwenden. Die laufenden Geldleistungen pro Betreuungsstunde wurden auf 5,50 Euro erhöht. Die Empfehlungen der laufenden Geldleistung für die Kinder unter 3 Jahre in Höhe von 5,50 Euro sind gemäß § 8b Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) bindend. Diese zusätzlichen Mittel sind für eine nachhaltige Implementierung ausreichender Tagespflegeverhältnisse zur Sicherstellung des Rechtsanspruches ab 01.08.2013 notwendig. Die Abweichung bei den Personalkosten (502.000 EUR) resultiert aus einer fehlerhaften Verteilung der Gemeinkostenstelle SD I - IV. Der Personalaufwand ist in 2012 auch tatsächlich angefallen, wurde jedoch korrekt in den PG 36.30 und 36.80 verbucht. Für die kommenden Jahre ist auch die Verteilung wieder korrekt. Im gesamten wurde das Personalkostenbudget im THH 7 um ca. 180.000 EUR unterschritten.

Teilergebnisrechnung

Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässiger Mehraufw. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2012	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
2	+	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	335.466,00	1.087.300	1.086.664,46	635,54-	0	0	635,54	0
3	+	Sonstige Transfererträge	105.316,45	100.000	236.708,91	136.708,91	0	0	136.708,91-	0
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	80,34-	126	21.007,00	20.880,84	0	0	20.880,84-	0
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.420,43	215	8.415,00	8.200,44	0	0	8.200,44-	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	62.192,00	51.262	76.130,86	24.868,58	0	0	24.868,58-	0
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.245,36	27.258	446,38	26.811,38-	0	0	26.811,38	0
10	=	Ordentliche Erträge	512.559,90	1.266.161	1.429.372,61	163.211,85	0	0	163.211,85-	0
11	-	Personalaufwendungen	227.442,39-	738.240-	235.562,52-	502.677,41	0	0	502.677,41-	0
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	13.980,21-	14.756-	11.302,54-	3.453,62	0	0	3.453,62-	0
16	-	Transferaufwendungen	1.635.442,31-	1.957.000-	2.400.416,56-	443.416,56-	0	0	443.416,56	0
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.497,17-	12.928-	12.790,80-	137,12	0	0	137,12-	0
18	=	Ordentliche Aufwendungen	1.883.362,08-	2.722.924-	2.660.072,42-	62.851,59	0	0	62.851,59-	0
19	=	Ordentliches Ergebnis	1.370.802,18-	1.456.763-	1.230.699,81-	226.063,44	0	0	226.063,44-	0
51	-	Aufwand für Mitwirkungsleistungen	0	0	41,69-	41,69-	0	0	41,69	0
52	-	Aufwand für Serviceleistungen	37.817,95-	117.987-	35.732,98-	82.254,25	0	0	82.254,25-	0
53	-	Aufwand für Miete (intern)	8.587,17-	59.302-	9.717,99-	49.584,17	0	0	49.584,17-	0
54	-	Aufwand für IuK	7.246,68-	27.681-	8.403,49-	19.277,51	0	0	19.277,51-	0
55	-	Aufwand für Steuerung/-unterstützung	12.737,24-	57.793-	15.754,16-	42.038,86	0	0	42.038,86-	0
60	-	Kalkulatorische Kosten	0	0	708,31-	708,31-	0	0	708,31	0
70	=	Kalkulatorisches Ergebnis	66.389,04-	262.763-	70.358,62-	192.404,79	0	0	192.404,79-	0
90	=	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	1.437.191,22-	1.719.527-	1.301.058,43-	418.468,23	0	0	418.468,23-	0

Teilergebnisrechnung

Teilfinanzrechnung

Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege **36.50**

Udo Wegen, FBL Jugend & Familie – Jugendhilfeausschuss

lfd. Nr.		Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2011	PLAN 2012	IST 2012	Vergleich PLAN / IST 2012	Zulässige Mehrausz. 2012	Ermächti-gungen aus 2011	Verfügbare Mittel abzgl. IST	übertragene Ermächt. nach 2013
			1	2	3	4	5	6	7	8
1	+	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	512.266,92	1.238.903	1.399.800,39	160.897,39	0	0	160.897,39-	0
2	-	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	1.876.556,30-	2.721.215-	2.658.239,58-	62.975,75	0	0	62.975,75-	0
3	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.364.289,38-	1.482.312-	1.258.439,19-	223.873,14	0	0	223.873,14-	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.364.289,38-	1.482.312-	1.258.439,19-	223.873,14	0	0	223.873,14-	0
21	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	=	Delta Finanzierungsmittelbestand	1.364.289,38-	1.482.312-	1.258.439,19-	223.873,14	0	0	223.873,14-	0

Teilfinanzrechnung

Abspann

Allgemeine Hinweise

- Abs. Absatz
- AK Arbeitskreis
- Art. Artikel
- BW Baden-Württemberg
- bzw. beziehungsweise
- d.h. das heißt
- EAL Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach
- EB Eigenbetrieb
- EU Europäische Union
- EUR Euro
- EW Einwohner
- HH-Plan Haushaltsplan
- LK Landkreis
- LR Landrat
- lt. laut
- MA Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- NKHR Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen
- PE Personalentwicklung
- % Prozent
- Sh. siehe
- sog. so genannte
- THH Teilhaushalt
- u. a. unter anderem
- vgl. vergleiche

- Sämtliche Planansätze und IST-Ergebnisse in diesem Jahresabschluss sind in der Währung Euro (EUR) ausgewiesen.
- Die örtliche Wertgrenze für Investitionen wird gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO festgesetzt auf 1.000.000 EUR.
- Für bewegliche Vermögensgegenstände des Sachvermögens bis zu einem Wert von 1.000 EUR (geringwertige Wirtschaftsgüter) wird die Vereinfachungsregelung des § 38 Abs. 4 GemHVO in Anspruch genommen.

Teillhaushaltsbezeichnungen (THH)

THH 1	Finanzen & Zentrales Management
THH 2	Ordnung & Gesundheit
THH 3	Bildung & Kultur
THH 4	Verkehr & Strukturpolitik
THH 5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum
THH 6	Soziales & Arbeit
THH 7	Jugend & Familie

Abkürzungen der Ausschüsse

KT	Kreistag
VA	Verwaltungsausschuss
UA	Umweltausschuss
SozA	Sozialausschuss
JHA	Jugendhilfeausschuss

Abspann

Budgetabrechnung

Die in Orientierung an den Organisationseinheiten (Dezernaten) gebildeten Hauptbudgets B_1 bis B_7 sind mit den THH-Budgets nicht vollständig deckungsgleich. Hintergrund ist, dass Aufgaben einiger Teilprodukte zwar aufgrund der Produktorientiertheit der Haushaltsgliederung einem THH zugeordnet, organisatorisch aber von einem anderen Dezernat übernommen werden.
Es handelt sich dabei um die in den Haushaltsvermerken (S. 580) als nicht gegenseitig deckungsfähig aufgeführten Teilprodukte. Die genannten Teilprodukte sind hinsichtlich des Haushaltsvolumens weniger bedeutend.

Die Hauptbudgets wurden in Teilbudgets (Fachbereichs-Budget) untergliedert. Durch das Engagement der Budgetverantwortlichen und deren Mitarbeiter/innen konnten auch im Jahr 2012 beträchtliche Mehrerträge bzw. Einsparungen bei den Aufwendungen erzielt werden.

Entsprechend der beschlossenen Budgetregeln wurde aufgrund einzeln begründeter Anträge im Rahmen einer Stufenprüfung der tatsächliche Budgetübertrag ermittelt. Es erfolgten Budgetüberträge aufgrund management bedingten Mehrerträgen/Minderaufwendungen in Höhe von 467.100 EUR und Budgetüberträge aufgrund nicht besetzter Personalstellen in Höhe von insg. 78.000 EUR, somit in Summe 545.100 EUR.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011 haben sich die Budgetüberträge erhöht. Dies ist vorwiegend auf wenige große Positionen zurückzuführen. So wurde beispielsweise im Bereich Facility-Management (PG 11.24) aus eingesparten Mitteln der Gebäudebewirtschaftung ein Budgetübertrag in Höhe von 80.000 EUR für zusätzliche technische Ausstattung mit Gebäudeleittechnik bewilligt. Bei der Schülerbeförderung (PG 21.40) konnte aus den eingesparten Aufwendungen sogar ein Übertrag in Höhe von 127.000 EUR gebildet werden, die in 2013 für nicht eingeplante erhöhte Aufwendungen für Begleitpersonal aufgrund der zu erwartenden Mindestlöhne verwendet werden sollen.

Die Budgetüberträge verteilen sich auf die Budgets wie folgt:

Budget	Bezeichnung	Verantwortliche/r	ordentliches Ergebnis Plan - in EUR -	ordentliches Ergebnis IST - in EUR -	Vergleich Plan/ISt - in EUR -	Budgetübertrag - in EUR -
B_1	Finanzen & Zentrales Management	Herr Philipp von Ritter	93.901.972	98.418.627	4.516.655	259.900
B_2	Ordnung & Gesundheit	Herr Thomas Mücke	-3.428.106	-3.132.082	296.023	34.700
B_3	Bildung & Kultur	Herr Thomas Mücke	179.636	1.434.499	1.254.863	0
B_4	Verkehr & Struktur-politik	Herr ELB Walter Holderried	-7.301.946	-5.893.824	1.408.121	183.300
B_5	Umwelt, Baurecht & Ländlicher Raum	Herr Ulrich Hoehler	-4.557.479	-3.910.723	646.755	67.200
B_6	Soziales & Arbeit	Frau Elke Zimmermann-Fiscella	-63.583.673	-62.885.906	697.768	0
B_7	Jugend & Familie	Frau Elke Zimmermann-Fiscella	-20.213.982	-21.121.334	-907.352	0
Gesamt			**-5.003.578**	**2.909.256**	**7.912.834**	**545.100**
Ermächtigungsübertragungen			**-1.019.278**	**0**	**-1.019.278**	
Gesamthaushalt			**-3.984.300**	**2.909.256**	**6.893.556**	

Ermächtigungsübertragungen

Übertragungen aufgrund Haushaltsvermerke nach § 21 Abs. 2 GemHVO

Die Übertragbarkeit von Ansätzen des Ergebnis- und Finanzhaushalts ist in § 21 GemHVO geregelt. Danach bleiben bei Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen die Ansätze bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für Ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann. Außerdem können Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets für übertragbar erklärt werden. In den Haushaltsvermerken (Haushaltsplan S. 578 ff.) wurde die Ausgestaltung dieser Übertragbarkeitsregelung für den Landkreis Lörrach näher definiert.
Die Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts stellt auch in diesem Bereich einen Paradigmenwechsel dar. Entsprechend den Grundsätzen des Ressourcenverbrauchskonzeptes wird das Ergebnis des Jahres belastet, in dem der Aufwand tatsächlich anfällt. Bei der Übertragung von Ansätzen wird allein die (Budget-) Ermächtigung, somit die Berechtigung die Haushaltsmittel für den genannten Zweck verwenden zu dürfen, ins neue Jahr übertragen. Erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme der Mittel wirkt sich dies belastend auf die Ergebnisrechnung bzw. die Finanzrechnung aus. Die Ermächtigungsübertragungen verschlechtern somit nicht das Ergebnis des ablaufenden Haushaltsjahres, sondern führen zu einer wirtschaftlichen Belastung des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Ermächtigungsübertragungen im Ergebnishaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen in Höhe von insgesamt 1.814.731,61 EUR sind entsprechend den im Haushaltsplan 2012 festgelegten Budget- und Übertragungsvermerken gebildet worden. Sie haben sich im Vergleich zu 2011 erhöht. Dies ist neben der Erhöhung der Budgetüberträge aufgrund managementbedingter Einsparungen (siehe oben) auch auf erhöhte Schulbudgetreste zurückzuführen. Bei der Umstellung auf die kommunale Doppik war es nicht möglich die Schulbudgetreste ins Jahr 2011 zu übertragen. Der Kreistag hatte sich entschlossen, die Budgetreste dennoch zu belassen und jeweils hälftig in 2011 und 2012 erneut einzuplanen. Somit konnten die Schulen in 2012 wieder über die gesamten Budgetreste verfügen, weshalb sich im Vergleich zu 2011 (460.943 EUR) die Überträge auf insgesamt 822.531,61 EUR erhöhten.
Im Wesentlichen setzen sich die gebildeten Ermächtigungsübertragungen wie folgt zusammen:

PG	Bezeichnung	Betrag - in EUR -
11.24	Sanierung Sanitäranlagen Kreissporthalle Lö	73.000,00
21.20	Sonderschulen - Schulbudgetreste	141.412,02
21.30	Berufliche Schulen - Schulbudgetreste	681.119,59
51.10	Gutachtenkosten Elektrifizierung Hochrheinstrecke	80.000,00
51.10	Verkehrsdatenerhebung	41.000,00
54.20	Deckensanierung Kreisstraßen	147.100,00
57.10	Strukturförderung und Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	46.600,00
XX.XX	Weitere Übertragungen entsprechend den Haushaltsvermerken	59.400,00
XX.XX	Managementbedingte Budgetreste	545.100,00
Gesamtsumme		**1.814.731,61**

Ermächtigungsübertragungen im Finanzhaushalt

Die Ermächtigungsübertragungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Finanzhaushalt sind gemäß der Bestimmung des § 21 Absatz 1 GemHVO gebildet worden und betragen insgesamt 586.167,81 EUR.

PG	Bezeichnung	Betrag - in EUR -
12.60	Brandschutz	5.000,00
12.80	Katastrophenschutz	7.700,00
21.20	Sonderschulen	14.496,00
21.30	Berufsbildende Schulen	103.250,00
54.20	Kreisstraßen	355.721,81
54.70	ÖPNV - Zuschuss Tram 8	100.000,00
Gesamtsumme		**586.167,81**

Die Detailsicht über die gebildeten Ermächtigungsübertragungen findet sich im Anhang unter Kapitel 9 – Anlagen.

Abspann

Gegenüberstellung Zeilentexte

In nachfolgender Übersicht werden die Abweichungen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeilentexte in der Gesamt- sowie in den jeweiligen Teilrechnungen dargestellt. Abweichende Bezeichnungen werden rot hervorgehoben:

Gesamtergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung lt. §§ 49 und 51 GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Gesamtergebnisrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktivierte Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummer 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Ordentliches Ergebnis
20	+/-	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren	Fehlbetragsabdeckung aus Vorjahren
21	=	Ordentliches Ergebnis einschl. Fehlbetragsabd. (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Ordentliches Ergebnis einschl. Fehlbetragsabd.
22	+	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Erträge
23	-	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Aufwendungen
24	=	Sonderergebnis (Saldo aus Nummern 22 und 23)	Sonderergebnis
25	=	Gesamtergebnis (Summe aus Nummern 21 und 24)	Gesamtergebnis

Gegenüberstellung Zeilentexte

Gesamtfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO			Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	Sonstige Transfereinzahlungen
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	Zinsen und ähnliche Einzahlungen
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	Sonstige haushaltswirks. Einzahlungen
9	=	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 1 bis 8 ohne außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung)	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
10	-	Personalauszahlungen	11 Personalauszahlungen
11	-	Versorgungsauszahlungen	
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	Zinsen und ähnliche Auszahlungen
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	Transferauszahlungen
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	Sonstige haushaltswirks. Auszahlungen
16	=	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Invest.tätigkeit
23	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 18 bis 22)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen

Abspann

Gegenüberstellung Zeilentexte

29	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
30	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 24 bis 29)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
31	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummer 23 und 30)	Saldo aus Investitionstätigkeit
32	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus Nummern 17 und 31)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
35	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummer 33 und 34)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
36	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nummer 32 und 35)	Delta Finanzierungsmittelbestand
37	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Einzahlungen
38	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. durchlaufende Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	Haushaltsunwirksame Auszahlungen
39	=	Überschuss/Bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo aus Nummer 37 und 38)	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen
40	+	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln
41	+/-	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Summe aus Nummer 36 und 39)	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln
42	=	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus den Summen Nummer 40 und 41)	Endbestand an Zahlungsmitteln

In nachfolgender Übersicht werden die Abweichungen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeilentexte in der Gesamt- sowie in den jeweiligen Teilrechnungen dargestellt. Abweichende Bezeichnungen werden rot hervorgehoben:

Teilergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung lt. § 51 und § 4 III GemHVO			Ertrags- und Aufwandsarten Teilergebnisrechnung
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	Steuern und ähnliche Abgaben
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse
3	+	Sonstige Transfererträge	Sonstige Transfererträge
4	+	Öffentlich-rechtliche Entgelte	Öffentlich-rechtliche Entgelte
5	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	Privatrechtliche Leistungsentgelte
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Kostenerstattungen und Kostenumlagen
7	+	Zinsen und ähnliche Erträge	Zinsen und ähnliche Erträge
8	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	Aktivierte Eigenleistungen
9	+	Sonstige ordentliche Erträge	Sonstige ordentliche Erträge
10	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 9)	Ordentliche Erträge

11	-	Personalaufwendungen	11 Personalaufwendungen
12	-	Versorgungsaufwendungen	
13	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
14	-	Planmäßige Abschreibungen	Planmäßige Abschreibungen
15	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
16	-	Transferaufwendungen	Transferaufwendungen
17	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Sonstige ordentliche Aufwendungen
18	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummern 11 bis 17)	Ordentliche Aufwendungen
19	=	Anteiliges ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 10 und 18)	Ordentliches Ergebnis
22	+	Erträge aus internen Leistungen	40 Erträge aus internen Leistungen
23	-	Aufwendungen für interne Leistungen	51 Aufwand für Mitwirkungsleistungen 52 Aufwand für Serviceleistungen 53 Aufwand für Miete (intern) 54 Aufwand für IuK 55 Aufwand für Steuerung/-unterstützung
24	-	Kalkulatorische Kosten	60 Kalkulatorische Kosten
25	=	Kalkulatorisches Ergebnis (Saldo aus Nummern 22 bis 24)	70 Kalkulatorisches Ergebnis
26	=	Nettoressourcenbedarf/-überschuss (Summe aus Nummern 21 und 25)	90 Nettoressourcenbedarf oder -überschuss

Abspann

Gegenüberstellung Zeilentexte

In nachfolgender Übersicht werden die Abweichungen der gesetzlich vorgeschriebenen Zeilentexte in der Gesamt- sowie in den jeweiligen Teilrechnungen dargestellt. Abweichende Bezeichnungen werden rot hervorgehoben:

Teilfinanzrechnung

Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung lt. §§ 50 und 51 III GemHVO			Einzahlungs- und Auszahlungsarten Gesamtfinanzrechnung Landratsamt Lörrach
1	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung	Einzahlungen der Ergebnisrechnung
2	+	zahlungswirksame ordentliche und außerordentliche Aufwendungen	Auszahlungen der Ergebnisrechnung
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nummer 1 und 2)	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus lfd. Verwaltungstätigkeit
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit
9	=	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 4 bis 8)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	Auszahlungen für Baumaßnahmen
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachverm.
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen
15	-	Auszahlungen für sonstige Investitionen	Auszahlungen für sonstige Investitionen
16	=	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummer 10 bis 15)	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
17	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüber-schuss/-bedarf aus Investiti-onstätigkeit (Saldo aus Nummer 9 und 16)	Saldo aus Investitionstätigkeit
18	=	Anteiliger Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe aus Nummer 3 und 17)	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag
19	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
20	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen
21	=	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätig-keit (Saldo aus Nummern 19 und 20)	Saldo aus Finanzierungstätigkeit
22	=	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus Nummer 18 und 21)	Delta Finanzierungsmittelbestand